Tom Strohschneider (Hrsg.)

Eduard Bernstein oder: Die Freiheit des Andersdenkenden

Dietz Berlin

Dietz Berlin / Biografische Miniaturen

Tom Strohschneider (Hrsg.)

Eduard Bernstein oder: Die Freiheit des Andersdenkenden

Dietz Berlin

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.dnb.de abrufbar.

Alle Zitate in diesem Buch folgen den Regeln der neuen Rechtschreibung.

Gefördert von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Mit 5 Abbildungen, Dietz Berlin (S. 7, 139),
Schweizerisches Sozialarchiv (S. 37, 107),
Bundesarchiv, Bild 102-14155 / Fotograf: Georg Pahl (S. 65)

1. Auflage 2019
@ Karl Dietz Verlag Berlin GmbH
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Alle Rechte vorbehalten
Gestaltung: Andreas Homann
Druck und Bindung: CPI, Leck
Printed in Germany

ISBN 978-3-320-02361-4

Inhalt

Bernstein: Kritisches Denken in Bewegung

Ein politischer Essay

Bernsteins Aktualität 10
Endziel und Bewegung 12
Konstruktiver Sozialismus 14
Zu früh gekommen 16

Bernsteins Kritik 22
Lehrjahre und Liberalismus 23
Der doppelte Vermittler 26
Die »englische Brille« 30
Engels Testament 35
Vor eine neue Situation gestellt 38
»Probleme des Sozialismus« 41
Möglichst scharf gegen Ede 45

Bernsteins Erben 50
Ein Bild wird befestigt 52
Bernstein in der Bundesrepublik 53
Bernstein in der DDR 57
Nur ein kurzer Aufritt 59
Bernsteins Werk 61

Zur Auswahl der Texte 64

Eduard Bernstein

Der Revisionismus in der Sozialdemokratie 67
Wie ist wissenschaftlicher Sozialismus möglich? 109
Von der Sekte zur Partei 141

Anhang

Verwendete Literatur 217
Ausgewählte Schriften von Bernstein 219
Ausgewählte Daten 220
Der Herausgeber 223

Eduard Bernstein

Tom Strohschneider
Bernstein: Kritisches Denken in Bewegung
EIN POLITISCHER ESSAY

Franz Walter hat ihn eine »singuläre Gestalt« genannt, für Teresa Löwe-Bahners war er »innerhalb der SPD fast vollständig isoliert«. Wolfgang Abendroth kritisierte ihn für seine »evolutionistischen Fortschrittsthesen und bloßen Hoffnungen«, die kommunistische *Rote Fahne* sah seine Überlegungen »auf die Verewigung der Versklavung des Proletariats« hinauslaufen. Uwe-Jens Heuer urteilte, dass er »bisherige Grundwahrheiten infrage stellte, ohne eine konstruktive Antwort zu geben«, während er bei Carlo Schmid »auf der ganzen Linie gesiegt« haben soll. Laut Thomas Meyer diente der »bescheidene Sozialist mit Zivilcourage seiner Partei durch Widerspruch«.

Wer war dieser Eduard Bernstein? Die Frage mag überraschen, denn über Bernstein wissen viele etwas zu sagen. Nicht selten sind es sehr eindeutige Urteile. Im historischen Gedächtnis der Arbeiterbewegung ist ihm ein ganz bestimmter Platz zugewiesen worden: Den einen gilt er als »Verräter« am Marxismus und als »Erzrevisionist«, der die Sozialdemokratie auf den Weg der Anpassung lenkte; die anderen machten sich ihn als Vordenker einer reformistischen Politik hübsch zurecht, die von utopischem Überschuss entleert keine eigene Vorstellung von Sozialismus mehr hat. Je nach eingenommener Perspektive reichen zum Beleg meist ein paar Zitate, nicht selten werden so freilich bloß Meinungen über Bernstein verewigt, sein tatsächliches Wirken und Werk verschwinden dabei im Hintergrund. Befördert wird dies durch immer noch erstaunliche Lücken in der Forschung über Bernstein und einen nicht eben einfachen Zugang zu seinen Schriften.

Dieses Büchlein nimmt nicht in Anspruch, die angesprochenen Leerstellen füllen zu können. Nicht einmal annähernd wird der »ganze Bernstein« auf den folgenden Seiten eine Rolle spielen; dazu sind Person wie Programm viel zu vielschichtig, zu

widersprüchlich, zu facettenreich. Über den jungen Bernstein des liberalen Berliner Umfeldes, über den Marxisten der Zürcher Jahre, über den langjährigen Reichstagsabgeordneten und Bernsteins Rolle in der Revolution von 1918/1919 sowie bei der Aufarbeitung des Ersten Weltkriegs, über seine den politischen Zionismus und die Kolonialpolitik betreffenden Ansichten, über viele Details seiner ökonomischen und philosophischen Kritik ließen sich jeweils allein schon ganze Bücher füllen.

Das bescheidene Anliegen dieses Buches ist ein anderes. Es soll Lust auf eine Wiederbefassung mit dem demokratischen Sozialisten Eduard Bernstein machen, zur Lektüre seiner Schriften, der Literatur über ihn und zur Diskussion darüber anregen, was man für progressives Politik daraus lernen könnte. Die folgenden Ausführungen konzentrieren sich denn auch auf die unmittelbare Zeit des »Revisionismus«-Streits in der Sozialdemokratie in den Jahren 1895 bis 1903, auf die sich anschließende doppelt schiefe Rezeption Bernsteins, auf die wenigen späteren linken Versuche, Bernsteins zu aktualisieren. Seine Überlegungen zu einer sozialistischen Politik sind keine Folie, die man nach Belieben heute »anwenden« könnte. Aber in der Geschichte des bisherigen Umgangs mit ihm ebenso wie in der Art seines Herangehens an die Wirklichkeit könnte etwas freizulegen sein, was linkem Nachdenken noch heute weiterhilft.

Es liegt hier keine wissenschaftliche Arbeit vor. Auf Fußnoten wurde weitgehend verzichtet, die verwendete Literatur findet sich im Anhang. Wie es den Gepflogenheiten dieser Reihe entspricht, soll vor allem Eduard Bernstein selbst zu Wort kommen. Die drei hier vorgestellten Texte sind dabei nur ein kleiner Ausschnitt aus einem Gesamtwerk, das bis heute noch nicht einmal komplett erfasst ist.

Bernsteins Aktualität

»Ich bin überzeugt, dass Deine jetzigen Anschauungen unsere Sache aufs schwerste schädigen müssen, und ich halte es jetzt für die Hauptaufgabe der *Neuen Zeit*, Deinen Standpunkt zu

bekämpfen«, kündigt Karl Kautsky am 6. März 1899 gegenüber Eduard Bernstein an. Und weiter schreibt der langjährige Freund und enge Weggefährte: »In der Tat, ich fürchte, Deine Broschüre[1] entfesselt einen Kampf, der nur mit Deiner Niederlage enden kann oder mit einer Spaltung der Partei. Ich meine nicht mit einer theoretischen Niederlage – darüber kann nur die Nachwelt entscheiden –, sondern mit einer praktischen.«

Wenn es um Eduard Bernstein geht, kann noch immer Thomas Meyers Diktum aus dem Jahr 1977 Gültigkeit beanspruchen – er gehört zu »denjenigen sozialistischen Theoretikern, an denen sich die Geister der Bekenner sozialistischer Ziele am heftigsten scheiden«: von den einen als »trojanisches Pferd« der Bourgeoisie verächtlich gemacht, von den anderen zum Kronzeugen ganz unterschiedlicher sozialdemokratischer, linksreformerischer und sonstiger Anschauungen erhoben. Von vielen links liegen gelassen, von noch mehr gänzlich ignoriert. Bis heute geistert sein Name als Belegformel für »reformistische Verirrung«, noch immer wird ebenso gern getan, als stünde Bernstein am Anfang der modernen Regierungssozialdemokratie oder habe Bad Godesberg vorweggenommen.

Hat er? Was in Kautskys Brief an Bernstein noch Prognose von Möglichkeiten war, ist heute im Rückblick vielfach endgültigem Urteil gewichen – in dem Sinne des Wortes: Der Fall wird als abgeschlossen betrachtet. Bernstein und der Streit um den »Revisionismus« als historische Episode, etwas für Historiker oder Archivare. Und wird es politischer beim Rückblick, kann Bernstein in einem Atemzug als »praktischer Sieger« und »theoretischer Verlierer« auftauchen. Das passt für die linke Revisionismuskritik, die sich so bestätigt, wie eine theoriearme Sozialdemokratie reformistisch geworden ist; das passt für die Bernstein vereinnahmende Traditionspflege aber ebenso, die sich ihren Vordenker für das erinnerungspolitische Holzschnittkabinett gebastelt hat. »Bernstein« ist über die Jahre zu einer Spielmarke der Auseinandersetzung unter Linken

1 Gemeint ist Bernsteins Hauptwerk: Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, Stuttgart 1899.

geschrumpft, zu etwas, das auf den Tisch geworfen wird, wenn es passt, viel dazu sagen muss man dann auch nicht mehr.

Endziel und Bewegung

Ein beinahe unentrinnbares Schicksal für Bernstein scheint es zu sein, oft auf einen halben Satz reduziert zu werden – die berühmte Passage, laut der ihm »das, was man gemeinhin Endziel des Sozialismus nennt … nichts, die Bewegung alles« sei. Die »Endziel«-Formulierung bedauerte er später: wegen ihrer durch Fehlinterpretation verheerenden Wirkung, nicht wegen ihres Inhaltes. »Eine Bewegung ohne Ziel wäre ein chaotisches Treiben, denn sie wäre auch eine Bewegung ohne Richtung«, schrieb er rückblickend. Auch in seinem zentralen Werk – »Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie« von 1899 – versuchte er sich an einer Erklärung: Die Arbeiterbewegung habe »keine fix und fertigen Utopien durch Volksbeschluss einzuführen«, zitiert er aus Karl Marx' »Der Bürgerkrieg in Frankreich« von 1871. »Sie hat keine Ideale zu verwirklichen; sie hat nur die Elemente der neuen Gesellschaft in Freiheit zu setzen, die sich bereits im Schoße der zusammenbrechenden Bourgeoisgesellschaft entwickelt haben.« Im »Grundgedanken war es dieser Ausspruch«, so Bernstein weiter, »an den ich bei Niederschrift des Satzes vom Endziel dachte.« Er hätte auch an Friedrich Engels denken können, der 1893 der Zeitung *Le Figaro* auf die Frage, »und was ist Ihr, der deutschen Sozialisten, Endziel?« geantwortet hatte: »Aber wir haben kein Endziel. Wir sind Evolutionisten, wir haben nicht die Absicht, der Menschheit endgültige Gesetze zu diktieren. Vorgefasste Meinungen in Bezug auf die Organisation der zukünftigen Gesellschaft im Einzelnen? Davon werden Sie bei uns keine Spur finden.«

Es ging Bernstein bei jener Aussage keineswegs um bloße Mahnung gegen Utopisterei und radikale Rhetorik, nicht nur um die Warnung, sich nicht auf vorgefertigte Pläne für die Transformation der kapitalistischen Gesellschaft zu verlassen. Die »Endziel«-Frage betraf für ihn ganz grundsätzlich die der sozialistischen Strategie. Bei Marx konnte man keine eindeutige

Empfehlung für politische Schlussfolgerungen aus seiner Kritik der Verhältnisse finden, weil er diesen Fragen, wie Thomas Meyer betont, »im engeren Sinne teils offengelassen und teils nur peripher in wechselnden Kontexten behandelt hatte«.

In der Sozialdemokratie der 1890er-Jahre war so einerseits ein deterministisches Geschichtsbild prägend, ein Parteimarxismus, mit dem man das Warten auf eine Revolution ebenso begründen wie hinter dem Rücken einer in Alltag und Organisationsseele wirkenden Heilserwartung eine nur-reformistische Politik verfolgen konnte, die sich für eine weitergehende Transformation der Verhältnisse gar nicht mehr interessierte. Das war der Ausgangspunkt für Bernstein: Er lehnte beides ab, er befand Theorie und Praxis nicht mehr in Übereinstimmung. In einer Kritik an den englischen Fabiern formulierte er einmal, »es wurde mehr über Bord geworfen, als bloßer Phrasenballast. Der Sozialismus wurde auf eine Reihe sozialpolitischer Maßregeln reduziert, ohne jedes verbindende, Einheitlichkeit des Grundgedankens und der Aktion ausdrückende Element.« Damit hätten die englischen »Gelegenheitssozialisten« zwar manches erreicht, aber eben auch »der sozialistischen Bewegung den Kompass vorenthalten, der sie von dem bloß tastenden Umhertreiben zu bewahren hat.«

Ist das der »kleinbürgerlich-demokratischer Fortschrittler«, als den Rosa Luxemburgs Polemik Bernstein sehen wollte? Und wer muss da nicht an heutige linke Parteien denken? Parteien, deren sozialpolitische und sonstige Forderungen für sich genommen zwar sinnvoll sein mögen, die aber nicht durch ein übergeordnetes strategisches Band zusammengehalten und in die Zukunft gezogen werden. Linke Politik in der sozialdemokratischen Matrix, zu der mehr Organisationen gehören als die SPD, sind oftmals Abwehrmaßnahmen, korrigieren Fehlentwicklungen, stopfen Gerechtigkeitslücken; aber es sind Einzeltöne, sie bilden keine Symphonie gesellschaftlicher Gestaltung mehr. Sogar das Denken in solchen Kategorien der wirklichen Veränderung findet man heute eher selten. Politik wird entweder als Erfüllung eines Lieferversprechens betrachtet, die Bürger als Kunden, bei denen es darauf ankommt, dass die einzel-

nen »Päckchen« den Adressaten erfreuen (auf dass er sich mit einer Wählerstimme revanchiert). Beim Ausschlag des Pendels auf die andere Seite versteckt linke Politik – ob nun in Parteien oder in Bewegungen – eigene Schwäche, geringe Zustimmung und mangelnde Strategie gern hinter lauter Rhetorik. Wo die einen auf der Begriffsebene das Sozialistische scheu umschleichen, sprechen andere umso kämpferischer vom Antikapitalismus. Die einen, um es mit Bernstein zu sagen, haben zu viel vom utopischen Überschuss über Bord geworfen, die anderen ruhen sich auf »Phrasenballast« aus.

Konstruktiver Sozialismus

Thomas Meyer hat vor nunmehr schon über 35 Jahren vorgeschlagen, Bernsteins Schriften unter der Maßgabe zu lesen, dass hier ein neuer »Theorietyp des Sozialismus« präsentiert wird, »der als Handlungsanleitung für eine sozialistische Transformation komplexer Industriegesellschaften dienen« könne. Diese Innovation hatte drei Denkvoraussetzungen, die man danach prüfen könnte, ob sie weiterhin aktuell sind: Von einem plötzlichen oder baldigen Zusammenbruch der kapitalistischen Ökonomie als Türöffner in eine alternative Ordnung kann, erstens, realistischerweise nicht ausgegangen werden. Entsprechende Vorhersagen haben sich in der Vergangenheit blamiert, die Fähigkeit der kapitalistischen Produktionsweise zur Anpassung und Weiterentwicklung gerade in und durch Krisen wurde immer wieder unterschätzt. Alle auf einen großen Kladderadatsch setzenden Hoffnungen haben schwerwiegende politische und strategische Folgen, weil deterministische Voraussagen zu falschen Heilserwartungen führen und so die Diskussion über Fragen des Übergangs, der realen Veränderung, der dafür sinnvollen Kooperation, Taktik, Organisation und so weiter wie überflüssig haben erscheinen lassen.

Ein zweiter Pfeiler von Bernsteins Denken lässt sich – mit Meyer gesprochen – als handlungsleitende Erkenntnis darüber bezeichnen, dass aus einer immer komplexer werdenden ökonomischen und gesellschaftlichen Realität des modernen Kapitalismus eine sozialistische Alternative »nicht durch

einen aktivistischen Sprung erreicht werden« kann, was unmittelbare Konsequenzen für die politischen Wege dorthin hat. Hieraus resultiert die hohe Bedeutung, die Bernstein den demokratiepolitischen Fortschritten beimisst, die zumeist Erfolge der Arbeiterbewegung sind: Es braucht allgemein akzeptierte, rechtsstaatlich abgesicherte und in einer für alle gleichermaßen zugänglichen Öffentlichkeit immer wieder neu diskutierte Verfahren, mit denen die Suche nach möglichen Wegen sozialistischer Veränderung gesellschaftlich organisiert werden kann. Die entscheidende dritte Voraussetzung von Bernsteins Denkungsart besteht darin anzuerkennen, dass Sozialismus auf eine Weise verwirklicht werden muss, die dem Selbstbestimmungsanspruch der unmittelbaren Produzenten, »des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters«, der in ökonomischen Abhängigkeitsverhältnissen stehenden Bürger »durch Erweiterung ihrer Teilhabemöglichkeiten und Eröffnung praktischer Erfahrungsprozesse gerecht wird«. Umfassende Demokratisierung ist der Kern eines solchen Veränderungsprozesses, in dem nicht bloß Strukturen, Machtverhältnisse und Naturaneignung im weitesten Sinne transformiert werden, sondern sich auch die Menschen selbst ändern wollen. Das ist weit entfernt von politischen Anmaßungen linker Geschichte, einen »neuen Menschen« aus dem Nichts per autoritärer Anordnung zu schaffen oder auf einen materialistisch verkleideten Aberglauben zu setzen, laut dem vom Sein zum Bewusstsein ein kurzer, glühender Draht gespannt ist und sich alle Fragen mit den ersten Enteignungen zum Beispiel von Wohnungskonzernen wie von selbst lösen werden.

Bernstein ist immer wieder vorgeworfen worden, sein Pochen auf (die bürgerliche) Demokratie vernachlässige den Klassencharakter des bürgerlichen Staates und die kapitalistische Funktion eines Parlamentarismus, der selbst bei bestem Wollen dem Primat der Ökonomie, den Lobbyisten, dem stummen Zwang der ökonomischen Verhältnisse nicht gewachsen sei. Dass er in seiner Zeit, also um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert, Elemente einer Theorie sozialistischer Veränderung vorschlug, denen die damaligen Umstände tatsäch-

lich entgegenstanden, ist richtig. Dem »konstruktiven Sozialismus« von Bernstein, bei dem demokratischer Reformismus die praktische Methode bildete, aber umfassende gesellschaftliche Veränderung das Ziel blieb, fehlten im kaiserlichen Obrigkeitsstaat die Voraussetzungen zu seiner Realisierung. Hinzu kam der Entwicklungsstand der Sozialdemokratie selbst, die damalige Herausforderungen teils nicht verstanden hat, etwa was den wachsenden Differenzierungsprozess innerhalb der Klasse angeht. Auch sind die damit einhergehenden kulturellen, politischen Entwicklungen unterschätzt worden. Die Idee eines sich aufgrund ökonomischer Gesetze mehr und mehr homogenisierenden Proletariats, ein Selbstbild also, das Identifikation und Bindungskraft entfaltete aber zugleich auch einen andere soziale Milieus, Lebenserfahrungen, Bedürfnisse ausschließenden Charakter erhielt, blockierte die Suche nach längerfristig wachsenden Mehrheiten für einen Weg sozialistischer Veränderung.

So gesehen war Bernsteins »Revisionismus« illusionär für die Zeit, in der er die entsprechenden Überlegungen vorstellte. Das heißt aber nicht notwendig, dass diese Ideen auch heute als illusionär gelten müssen. Man könnte Bernstein vielmehr für »verfrüht« halten – weder die politische und gewerkschaftliche Linke noch die sozialdemokratische Diskussion waren schon »so weit«. Die Umstände führten dazu, dass man sich Bernsteins Vorschläge per Parteitagsbeschluss entledigte. Später behauptete die Sozialdemokratie ganz gern einmal, sie würde in Wahrheit ja längst dem Kurs Bernsteins folgen. Die auf revolutionäre Paradigmen des Wandels setzenden Sozialisten behaupteten über die SPD dasselbe und tun es hier und da bis heute – gern unter Berufung auf Rosa Luxemburg, die zu einer der wichtigsten Quellen der Bernstein-Kritik avancierte.

Zu früh gekommen

War Bernstein »zu früh«, so könnte man sagen, war Luxemburg mit dem, was sie theoretisch zu entwickeln und dann praktisch umzusetzen suchte, »zu spät«. Die Illusion des einen bestand darin, die noch nicht ausreichend entwickel-

ten Voraussetzungen für einen konstruktiven Sozialismus zu übersehen. Die Illusion der anderen lag darin, an einem praktisch schon überholten Transformationsmodell festzuhalten, das auf Kampfformen setze, die aus überholten Kapital- und Überbaustrukturen resultierten. Das russische Vorbild passte schlicht nicht mehr auf die schon längst darüber hinweggegangenen Verhältnisse in Deutschland. Vor einfachen Urteilen wie jenem, Luxemburg stehe zweifellos links von Bernstein, wäre also zu warnen. War es nicht vielleicht sogar anders herum? Das ist ohne die große Frage, was eigentlich »das richtige Links« ist, kaum zu beantworten. Aber hier soll erst gar nicht der Versuch unternommen werden, einen weiteren Beitrag zur politischen Türsteherei beizusteuern. Es mangelt ja wahrlich nicht an Leuten, die gern den Einlassdienst zum politischen Diskurs in der Linken übernehmen – und Bernstein ist gerade ein Beispiel dafür, was alles aus dem Blick geraten kann, wenn einem sozialistischen Intellektuellen das Linkssein bestritten wird.

Bernstein hat um 1900 in einzelnen Elementen schon gedacht, was Erik Olin Wright in seinem sozialistischen Forschungsprogramm der vergangenen Jahre verdichtet hat. Wenn von einem möglichen Kompass die Rede sein müsste, dann wäre anzuschließen: Sozialismus und Kapitalismus sind in den klassischen Vorstellungen als binärer Gegensatz konstruiert, schreibt der 2019 verstorbene US-amerikanische Sozialwissenschaftler. Seine Alternative dazu läuft auf »Wege zu einem Sozialismus gesellschaftlicher Handlungsfähigkeit« hinaus. Im Kern »dreht sich der Vorschlag darum, die Machtverhältnisse in der Ökonomie so zu verändern, dass die Möglichkeit einer ernsthaften Demokratie vertieft und erweitert wird«, so Wright.

Kapitalismus verstand Wright als »eine Struktur, in der die Produktionsmittel in Privateigentum sind und in der Allokation und Gebrauch von Ressourcen Resultat privater Machtausübung« sind. Etatismus sei eine Struktur, »in der die Produktionsmittel Eigentum des Staates sind und die Allokation von Ressourcen durch die Ausübung staatlicher Macht

erreicht wird.« Sozialismus war dagegen für Wright »eine Struktur, in der die Produktionsmittel in Gesellschaftseigentum übergegangen sind und Allokation und Ressourceneinsatz sich aus der Ausübung ›gesellschaftlicher Macht‹ ergeben«. Damit wird Demokratie zu einem »ihrem Wesen nach« sozialistischen Prinzip. »Wenn sie einen Prozess der Unterordnung staatlicher unter gesellschaftliche Macht bezeichnet, dann Sozialismus die Unterordnung ökonomischer unter gesellschaftliche Macht.« Entscheidend sind also die Fortschritte, die gemacht werden können bei den unterschiedlichsten Versuchen, den Hebel im Sinne des gesellschaftlichen Interesses zu verlängern, um damit den Raum der privaten Aneignungslogik zu verkleinern.

Das ist ganz ähnlich dem, was Bernsteins Denken ausmacht. Sozialismus kann nur dann als solcher gelten, wenn in dem Prozess der politischen Praxis dorthin die Voraussetzungen für eine gleichberechtigte Teilhabe aller an allen sie betreffenden gesellschaftlichen Entscheidungen immer wieder neu geschaffen und erweitert werden. Was bei Wright gesellschaftliche Handlungsfähigkeit ist, heißt bei Bernstein »Genossenschaftlichkeit«. Diese braucht als Grundprinzip einen erfahrungsoffenen Transformationsprozess, der wiederum bestimmte demokratische Verfahrensweisen voraussetzt und in allem aus den bestehenden Gegebenheiten heraus entwickelt werden muss. Kein »Anti« ändert die Welt. Oder um noch einmal Meyer zu zitieren: »Sozialismus kann nicht unter den Trümmern des Kapitalismus nur gefunden«, sondern »immer nur in den Formen Wirklichkeit werden, die sich von den gegebenen Voraussetzungen her praktisch verwirklichen lassen«. Damit sind nicht bloß »objektive« Voraussetzungen gemeint, nicht nur der Stand der Produktivkräfte, die jeweilige Entwicklung demokratischer Verfahren, der Zustand des Staates und der institutionellen Ordnung aller politischen Raumebenen – von der Kommune bis zum Planeten. Sondern es geht auch um »subjektive« Fragen: Sozialistische Transformation im Sinne Bernsteins vermeidet die Unterbrechung der gesellschaftlichen Reproduktion, weitet stattdessen die Räume

gesellschaftlicher Macht Zug um Zug aus, stützt sich dabei auf den nach Prinzipien gleichberechtigter Entscheidungsteilhabe organisierten demokratischen Staat (oder verteidigt ihn, sofern das nötig ist) und berücksichtigt dabei immer, dass der »Inhalt« der Transformation, den Bernstein von den politischen Voraussetzungen für diese unterschied, sich aus den täglichen Erfahrungen der Menschen ergeben muss.

Sozialismus, wie er hier verstanden wird, »ist daher nur durch eine schrittweise Erweiterung der Elemente der Selbstbestimmung von unten und der gesamtgesellschaftlichen Kontrolle von oben zu erreichen«, so Meyer. Den Faden mit Bernstein im Hinterkopf weitergesponnen hieße das, politisch nicht beim Beklagen der Folgen ökonomischer Abhängigkeit im Kapitalismus stehen zu bleiben, also im Wesentlichen »nur« Sozialpolitik zu betreiben; sondern die Abhängigkeit wieder ins Zentrum der politischen Kritik zu stellen und alles zu tun, das aus den kapitalistischen Verhältnissen resultierende fremde Kommando über das Leben der Einzelnen zurückzudrängen. Das heißt auch, nicht nur von der materiellen Verteilung her zu denken, sondern vom gesellschaftlichen Verhältnis her, welches diese Verteilung hervorbringt. Sozialismus bedeutet in diesem Sinne Freiheit. Bernstein schreibt in seinen »Voraussetzungen«, die »Ausbildung und Sicherung der freien Persönlichkeit ist der Zweck aller sozialistischen Maßregeln«, selbst solcher, die »äußerlich sich als Zwangsmaßregeln darstellen. Stets wird ihre genauere Untersuchung zeigen, dass es sich dabei um einen Zwang handelt, der die Summe von Freiheit in der Gesellschaft *erhöhen*, der mehr und einem *weiteren* Kreise Freiheit geben soll, als er nimmt.« Ihm ist der Sozialismus nicht ein Gegensatz zum Liberalismus, wie es in heutigen Debatten oft leichter Hand und ohne genaue Begriffsdefinition behauptet wird. Sondern Sozialismus ist »dem geistigen Gehalt nach sein legitimer Erbe«. Bernstein unterscheidet dabei zwischen »Parteien, die sich den Namen liberal zulegten« und die »im Verlaufe reine Schutzgarden des Kapitalismus« geworden seien, und einem »Liberalismus als weltgeschichtliche Bewegung«, die dem Sozialismus voraus-

gegangen sei und ohne die eine Sozialdemokratie nicht sein kann was sie (im besten Falle) ist: verwirklichte soziale Demokratie.

Ein freiheitlicher Sozialismus ist ohne Überwindung sozialer und ökonomischer Abhängigkeitsverhältnisse nicht zu denken. Aber zu oft scheint es heute, dass eine linke Idee auf die liberalen Aspekte verzichten oder diese als nachrangig betrachten könne. Der real existierende Wirtschaftsliberalismus der vergangenen Jahrzehnte und die unter Linken gern genutzte Wortschöpfung vom Neoliberalismus mögen zu einer distanzierten Haltung gegenüber allem, was mit »liberal« in Verbindung steht, beigetragen haben. Aber auch Marx fing als demokratischer Revolutionär an und blieb bis zum Ende davon überzeugt, dass der wahre Reichtum *disposable time* ist, also »freie Zeit« für die Entwicklung des Einzelnen, für Dinge, »die nicht wie die *labour* durch den Zwang eines äußren Zwecks bestimmt« sind. Diese Freiheit braucht soziale Voraussetzungen, die ohne die Veränderung der Produktion und Reproduktion nicht zu erreichen sind. Aber diese Voraussetzungen werden eben auch nicht dadurch geschaffen, dass man unter Sozialdemokratie eine Politik versteht, welche die alten Verhältnisse sogar noch verewigt. Um es zugespitzt zu formulieren: Mit der Forderung nach Lohnerhöhungen kommt man einem freiheitlichen Sozialismus nicht näher – höchsten einem Binnenwachstum, größeren Konsumpotenzialen und damit fortgesetzter Akkumulation. Mit Kämpfen um die Verringerung der Arbeitszeit oder mit der Verwirklichung von am Prinzip der Genossenschaftlichkeit orientierten wirtschaftsdemokratischen Ideen, die nicht zuletzt auf Bernstein zurückgehen, dagegen schon. Alles drei würde die materiellen Verteilungsverhältnisse im ersten Schritt ändern, aber nur die beiden zweitgenannten Ziele tun dies auch nachhaltig zugunsten des gesellschaftlichen Interesses.

Auf dem »sozialistischen Weg«, der nicht nur einer »wohin« ist, sondern selbst schon die Veränderung, sind Strukturreformen nötig. Diese müssten »so beschaffen sein«, »dass sie dem sozialistischen Prinzip unmittelbar Geltung verschaffen

und zugleich den Keim zur weiteren Intensivierung seiner Geltung in sich bergen«, wie es Thomas Meyer formuliert hat. Das schließt eine Idee des Sozialismus als dogmatisches Lehrgebäude ebenso aus wie ein nur-reformistisches Herumdoktern an den sozialen, ökologischen und demokratiepolitischen Folgen des Kapitalismus. Keine »wissenschaftliche Lehre« sollte über allem stehen, kein dogmatisches Gebäude errichtet werden. Bernsteins Motto hätte auch lauten können, dass man den Weg erst beim Gehen finden wird – dies aber nur dann nicht zum Irrlauf gerät, wenn dabei steuernde Prinzipien gelten, die immer wieder neu und dem jeweiligen Stand der Veränderung entsprechend diskutiert werden können.

Und natürlich ist auch ein an Bernstein orientiertes Denken nicht ohne Fallstricke. »Das Grundproblem, das der Revisionismus aufwirft, ist das des Verhältnisses von Theorie und Praxis: Ist Realismus immer rechts? Ist die Linke zur Utopie und zum Dogmatismus verurteilt?«, so hat es der französische Philosoph Pierre Séverac im »Kritischen Wörterbruch des Marxismus« einmal formuliert. »Im Übergang von der theoretischen Forschung (bei Marx) zur ethisch-politischen Lehre (bei den Vulgarisatoren) verliert der Marxismus einen beträchtlichen Teil seiner Fähigkeit zur Untersuchung der Wirklichkeit und wird dafür zu einer moralischen Garantie für revolutionäres Engagement, später zu Legitimation des autoritären Sowjetstaates. Umgekehrt führen die stets von Neuem unternommenen Versuche einer kritischen Erneuerung des Marxismus ihrer Urheber fast unvermeidlich dazu, in reformistischen oder liberalen politischen Strömungen aufzugehen, wenn nicht gar den politischen Kampf aufzugeben.« Aber es steht da ja auch »fast unvermeidlich«. Noch ist längst nicht der letzte Pudding gegessen.

Die Fortentwicklung und Ausbildung von Ideen, Anschauungen, Positionen müsse »mit ihrer Kritik beginnen«, hat Bernstein einmal geschrieben. Er taugt nicht für irgendeine heutige »Anwendung« seines Denkens, auch nicht für neue »Schulen« oder dergleichen. Und Huldigung hätte er nicht gewollt. Bernstein hat da weitergemacht, wo Marx aufgehört hatte – immer

wieder und alles infrage zu stellen. In dem Bemühen, die Anwendungsmöglichkeiten der marxschen Kritik unter seither gründlich veränderten Bedingungen auszuloten, war er dem Alten methodisch, politisch, intellektuell näher als viele der »selbstgerechten Theorie-Bewahrer« in der Linken, von denen die Historikerin Helga Grebing einmal sprach.

Bernstein steht also für »kritisches Denken in Bewegung«. Der Umgang mit ihm, die Debatte über sein Werk, die Rezeption seines Wirkens können ein Spiegel sein, durch den die gesellschaftliche Linke von heute selbstkritisch, bestätigend, ergänzend oder ablehnend auf ihre eigene Geschichte, auf wichtige Begriffe, auf die Kultur des Umgangs miteinander blicken könnte. Und wann, wenn nicht jetzt, sollte man über »Probleme des Sozialismus« diskutieren, wie Bernsteins Artikelserie in der *Neuen Zeit* überschrieben war, jene Folge von Aufsätzen, die die historische Debatte in Gang setzte? Wann, wenn nicht jetzt, wäre solch eine neue Prüfung sinnvoll – angesichts von Suchbewegungen in der sozialdemokratischen Matrix, einer eklatanten Schwäche der Linken, eines Rechtsrucks und im Schatten einer großen Krise, in der sich der Kapitalismus abermals als anpassungsfähiger erwiesen hat, als es manchem lieb sein dürfte?

Bernsteins Kritik

Das vorherrschende Bernstein-Bild ist meist ganz auf den »Revisionisten« konzentriert. Dabei hatte der »Entwicklungsgang eines Sozialisten«, wie eine der autobiografischen Schriften Bernsteins heißt, sehr unterschiedliche Etappen – sowohl vor dem Streit um den »Revisionismus« als auch danach. Das Leben Bernsteins auf wenige Aspekte zu reduzieren heißt immer auch, Bemerkenswertes beiseite zulassen, Facetten eines politischen Lebens auszublenden, die bis heute von Rang sein könnten. Man wünschte mehr Bernstein-Neugier, denn da ist vieles zu entdecken: der politische Aktivist, der Programmmacher, der Redakteur mit weitem Horizont, der Abgeordnete

im Reichstag und auf kommunaler Ebene, der Herausgeber und Rezensent, der Freund und Briefeschreiber, der Historiker der Arbeiterbewegung, der Ratgeber.

Die über Bernstein erschienene Literatur stellt überwiegend den »Revisionisten« ins Zentrum. Dies kann man als Abbild einer bestimmten Erzählung sozialdemokratischer Geschichte von ihrem Ende her betrachtet sehen – die Erzählung einer in jenen Jahren und unter dem Einfluss der Revisionismusdebatte zur Reformpartei »geläuterten« SPD. Es wirkt aber umgekehrt auch als Passepartout, der die Sicht auf Bernsteins Leben auf bestimmte Fragen lenkt. Wer die Forschungslandschaft überblickt, findet dort an maßgeblichen Schriften solche, die zu ergründen suchen, wie Bernsteins Weg zum »Revisionismus« verlaufen ist. Zu nennen sind hier unter anderem die Arbeiten von Thomas Meyer, Horst Heimann, Bo Gustafsson, Sven Papcke, Peter Gay, Pierre Angel oder Lucio Colletti. Auch Francis L. Carstens Bernstein-Biografie dreht sich im Grunde um den Revisionismusstreit als eine Art Höhepunkt des Lebensweges. Christina Morina hat in ihrer Studie über »Die Erfindung des Marxismus« kritisiert, in der Biografik werde Bernsteins »Werdegang vom Marxisten zum Revisionisten meist ohne eingehende Analyse seiner Weltanschauung in der Zeit zwischen 1879 und 1896« abgehandelt. Mit ihrer Studie über das Wirken Bernsteins als Politiker und Abgeordneter in den Jahren 1902–1907, 1912–1918 und 1920–1928 geht unter anderem Teresa Löwe-Bahners über diese Engführung hinaus. Eine Reihe von Fachbeiträgen ist Bernsteins Rolle bei der Gründung der USPD gewidmet, deren Mitglied er zeitweise war, oder sie betrachten den Einfluss jüdischer Kultur auf sein Denken.

Lehrjahre und Liberalismus

Eduard Bernstein wird am 6. Januar 1850 in Schöneberg geboren, das bis 1920 eine eigenständige Gemeinde neben Berlin war. Der Vater war Lokomotivführer, die Familie gehörte der jüdischen Reformgemeinde an. Aufgrund der beengten Verhältnisse muss Bernstein mit 16 Jahren das Gymnasium, des-

sen Besuch die Eltern dennoch und mithilfe der Stiftung eines wohlhabenden Kaufmannes zu ermöglichen versucht hatten, aus finanziellen Gründen verlassen. Er schließt eine Banklehre ab und arbeitet bis 1878 unter anderem im Finanzhaus S. & L. Rothschild in Berlin. Hier liegen Erfahrungen, die auch politische Prägekraft entfaltet haben dürfen. Bernstein erlebt aus der Perspektive des kapitalistischen Bankwesens die sogenannten Gründerjahre, den folgenden Börsenkrach und die sich anschließende wirtschaftliche Stagnationsphase. Später wird er darüber sagen, was er dabei »erfuhr, hat viel dazu beigetragen, mich für den Beitritt zur Sozialdemokratie zu prädisponieren«, auch wenn er die ökonomischen und politischen Vorgänge zunächst »noch rein moralisch« beurteilt habe. Es ist auch eine Zeit, wie etwa Detlef Lehnert schildert, in der eine dynamische Wirtschaftskonjunktur gewerkschaftliche Aktivitäten der Arbeiterschaft begünstigte – was sich in einer wachsenden Zahl an Streiks vor allen in den Jahren 1871 bis 1873 Ausdruck verschaffte; einen ähnlichen Umfang erreichten diese erst wieder in den Jahren 1889/1890. Christina Morina sieht in Bernsteins Herkunft aus einfachen Verhältnissen und seiner Stellung bei der Bank »ein Doppelleben«; sie schildert, er sei »an Arbeitervereinen, Streikkassensammlungen, Flugblattaktionen, Kneipenabenden samt heftigen Prügeleien« beteiligt gewesen, außerdem »an Agitationsreisen in die Provinz und Hilfsmaßnahmen zur Linderung des Schicksals obdachloser Familien«. Bernstein arbeitete diese Zeit historiografisch in seiner dreibändigen »Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung« auf. Biografisch sind jene Erlebnisse unter anderem in seinen »Sozialdemokratischen Lehrjahren« nachgezeichnet.

Damals konnte es angehen, wir schreiben Frühjahr 1872, dass ein junger politisch interessierter Mensch von einer Rede beeindruckt der Sozialdemokratischen Partei beitritt. Es war ein Auftritt August Bebels, der sich gerade des Leipziger Hochverratsprozesses gegen ihn und Wilhelm Liebknecht erwehren musste. Bernstein ist einerseits irritiert, dass so wenig Zuhörer erschienen sind, andererseits ist der Impuls für eigenes politisches Engagement stark. Kurz darauf wird er Bebel bei einem

Treffen in einer Bierwirtschaft vorgestellt – und zieht schon wenige Monate später »agitatorisch für die Sozialdemokratie« durch die Lande. Zu Hause hatte Bernstein zunächst mit wenig Verständnis dafür zu rechnen. Der Vater hatte den Beitritt zur Sozialdemokratie »sehr übel empfunden«, wofür es weniger klassenmäßige oder direkt politische Gründe gab. Es schien, so schildert es Bernstein, den Vater sehr zu stören, dass aus dem sozialdemokratischen Lager scharf gegen Artikel des Onkels Aron Bernstein polemisiert wurde. Jener war »ein überzeugter und unerschrockener Verfechter demokratischer Grundsätze« (Isidor Kastan) und als Journalist unter anderem Leitartikler in der vom linksliberalen Verleger Franz Duncker begründeten *Volks-Zeitung*.

Die Verbindung ist auch deshalb von Interesse, weil sie auf eine liberale Erfahrungsperiode Eduard Bernsteins verweist, deren Nachwirken stark ist. Der Historiker Helmut Hirsch, unter anderem Herausgeber einiger Schriften Bernsteins in den 1970er-Jahren, spricht von »vier bis fünf Phasen in Bernsteins langem Dasein und Wirken«. In der ersten sei dieser »mehr mit literarischem und liberalem Gedankengut in Berührung gekommen als mit sozialdemokratischem«. Das Jahr 1872 markiert den Eintritt in Phase zwei, »der bürgerlich Erzogene« findet zunächst zur Internationalen Arbeiterassoziation und bald auch zur »Eisenacher« Sozialdemokratie, wo er »voller Anpassungsfähigkeit und Betätigungseifer in die jeweils anfallende Parteiarbeit« eingestiegen sei. Das bedeutete aber nicht Anpassung, wie sich am Verhältnis zu Eugen Dühring studieren lässt. Bernstein studiert dessen »Kursus der National- und Sozialökonomie« und wirbt dafür bei Bebel und anderen führenden Sozialdemokraten – wie Thomas Meyer schreibt, »wegen dessen ausgeprägten Liberalismus«. Das mag irritieren, immerhin ist Dühring wegen seiner rassistischen und antisemitischen Propaganda bekannt. Aber Bernstein, so Hirsch, habe sich vor allem für dessen »antimarxistisches Sozialismusverständnis« interessiert. Dies passte zu der auch von Bernstein geteilten »Skepsis gegenüber der eigenartigen, damals in der Sozialdemokratie verbreiteten Haltung, vom

sozialistischen Staat wahre Wunder der Organisations- und Steuerungsfähigkeit zu erwarten und dem Individuum alle Selbstverantwortung abzunehmen« (Meyer). Man kann dieses Denken als eines bezeichnen, welches das liberale Element nicht als Gegensatz zu Marx versteht, sondern als Betonung eines Gedankens, der sich auch bei Marx finden lässt. Bernstein selbst rekapituliert das später mit den Worten, ihm sei es darum gegangen, »die Arbeiter davor zu warnen, von dem zu erobernden Staat zu erwarten, er werde das ganze Wirtschaftsgetriebe des modernen Staates von oben herab durch Gesetze, Verordnungen und Zentralkörper in Kürze zur höchsten Wirtschaftlichkeit zu entwickeln«. Die distanzierte Haltung gegenüber einem sozialistischen Etatismus und einer letzten Endes paternalistischen Heilslehre vom starken, nach der »Eroberung« schon alles richtenden Staat hat Bernstein nicht mehr verlassen. Auch nicht in jener Zeit, die ihn als einen der Köpfe des parteioffiziellen Marxismus-Verständnisses jener Zeit zeigt.

Der doppelte Vermittler

Mit Hirsch betrachtet ist dies die dritte Phase in Bernsteins politischem Leben. Zunächst hatte er Marxens »Bürgerkrieg in Frankreich« gelesen, aber prägend sollte dann wie für so viele jener Generation der »Anti-Dühring« werden. Die Rothschild-Bank hatte 1874 auf englische Geschäftszeit umgestellt, sodass Bernstein den nun früheren Feierabend nutzen konnte, um unter anderem Dührings Abendvorlesungen in Berlin zu besuchen. Zugleich kannte er zu dieser Zeit bereits Engels »Lage der arbeitenden Klasse in England«, hatte auch Wilhelm Liebknecht kennengelernt und war in jener Kommission tätig, die das Programm für die sich 1875 in Gotha zusammenschließenden beiden Zweige der deutschen Sozialdemokratie formulieren sollte. Ab 1879 korrespondiert Bernstein mit Engels, der Anfang 1877 seine sich kritisch mit Dühring auseinandersetzende Artikelserie im *Vorwärts* gestartet hatte, bald darauf war das Material auch als Buch erschienen. 1878 schlug der preußische Obrigkeitsstaat mit dem »Gesetz gegen

die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie« zu. Das Sozialistengesetz verbat politische Betätigung im Sinne sozialistischer Ideen, die praktische Arbeit der Sozialdemokratie wurde in den Untergrund oder ins Exil gezwungen – lediglich die im Reichstag sitzenden Abgeordneten genossen parlamentarische Immunität; Kandidatur und Wahl als Privatpersonen blieben auch weiterhin möglich.

Was hier höchst gedrängt als kurze Skizze beschrieben ist, enthält wichtige Zutaten für die politische Prägung nicht nur Bernsteins, sondern überhaupt der Sozialdemokratie. Das Sozialistengesetz und der »Anti-Dühring« werden zu einer Generationserfahrung, ohne die der Einfluss marxschen Denkens in der sozialistischen Bewegung nicht zu erklären ist. Was sich in jener Zeit ausformt ist oft als »Parteimarxismus« beschrieben worden, als eine Lesart und Interpretationsweise, die unterschiedlichste Bedürfnisse stillen konnte. Zur Zeit des Gothaer Einigungsprozesses Mitte der 1870er-Jahre war die Denkwelt sozialdemokratischer Funktionäre zunächst noch stark von radikaldemokratischen und assoziationssozialistischen Ideen geprägt. Ferdinand Lassalle oder Dühring spielten eine große Rolle; erst allmählich rückte die Marx-Rezeption in den Vordergrund – das Sozialistengesetz sollte dazu beitragen: »Die Erfahrung massiver Verfolgung schien zentrale Thesen marxscher Theorie eindrucksvoll zu bestätigen«, so der Historiker Stefan Berger. »War es nicht offensichtlich, dass der Staat ein Instrument in den Händen der herrschenden Klasse war?« Befördert wurde diese Entwicklung zudem vom Erfolg des »Anti-Dühring«, der für viele damals »Identifikationserlebnis und interpretatorischer Einstieg in den Marxismus« wurde. Bernstein rückblickend: Er »ward durch« Engels Kritik »belehrt, wie grundfalsch« Dühring »die marx-engelsche Geschichts- und Gesellschaftsauffassung dargestellt hatte«. Noch etwas ging vom Sozialistengesetz aus: Bernstein erhielt zwar 1878 noch eine beachtliche Gehaltserhöhung von der Bank und lehnte daher zunächst die an ihn herangetragene Frage nach einem Arbeitswechsel ab; nicht zuletzt politische Umstände aber bewegten ihn bald zum Umdenken. Im Herbst

1878 siedelte Bernstein in die Schweiz über und trat in Lugano eine Stelle als Privatsekretär beim sozialdemokratischen Mäzen Karl Höchberg an.

Es ist hilfreich, sich beim Durchgang großer Biografien immer einmal an das jeweilige Lebensalter der Protagonisten zu erinnern. Bernstein ist gerade einmal Ende 20, als er ins Exil geht – und dort eine Rolle findet, welche seinen Lebensweg prägt. Er wird hier, so Hirsch, »in hohem Maß zum Sprachrohr von Friedrich Engels, zum journalistischen Ausmünzer des nach Marxens Tod führenden Parteitheoretikers und ersten eigentlichen ›Marxisten‹«. Wenn Engels der »erste Marxist« ist, dann wäre so gesehen Bernstein der zweite. Bevor er jedoch als Redakteur des *Sozialdemokrat* akzeptiert wird, muss dieser eine Irritation ausräumen, die mehr als bloß anekdotischen Wert hat. In dem von Höchberg damals herausgegebenen »Jahrbuch für Sozialwissenschaft« war ein als »Dreisterne-Artikel« in die Annalen eingegangener namentlich nicht gezeichneter Text erschienen, der »einen Teil der Schuld für Isolation und Verbot der Partei im Verhalten von Teilen der Partei selbst erblicken wollte«, wie Thomas Meyer es zusammenfasst. Der Artikel löste entsprechend Empörung aus, Marx und Engels wandten sich daher in London gegen Bernsteins Mitarbeit im *Sozialdemokrat* – und erst ein gemeinsamer Besuch mit Bebel bei den beiden in London konnte das Vertrauen wiederherstellen. Hier liegt einerseits mit der Ursprung für das sehr nahe Verhältnis zwischen Bernstein und Engels, andererseits liest sich der »Dreisterne-Artikel« in Teilen wie ein Vorgriff auf Themen des Revisionismusstreits. Kritisiert wird zum Beispiel die in der Sozialdemokratie vorherrschende Revolutionsschwärmerei.

Wenn man also der Frage nachgeht, wo und wann sich der »Revisionismus« Bernsteins begann herauszuschälen, wird man recht früh schon Elemente davon finden. Nach außen hin aber lässt sich mit Thomas Meyer erst einmal von einer »im Winter 1878/79 begonnenen und publizistisch bis 1895 durchgehaltenen marxistischen Phase seiner Entwicklung« sprechen, bis 1895 habe Bernstein »den kategorialen Bezugs-

rahmen des Parteimarxismus nicht verlassen oder dessen Korrekturbedürftigkeit publizistisch vertreten«.

Inzwischen war wiederum Prägendes in Bernsteins Leben geschehen. 1887 hatte er Regina Zadek geheiratet, und wie er diese Verbindung in den »Lehrjahren« schildert, erzählt sicherlich auch über den bloßen Fakt hinaus etwas über Bernsteins Person. Bereits mit ihr bekannt, lud er Regina 1886 nach Zürich ein, »noch bei der Niederschrift« des entsprechenden Briefes hatte er »nicht an eine engere Verbindung gedacht«, die Frage kam dann aber doch auf einem Spaziergang zu sprechen, als sich die Unterhaltung »abstrakt dem Problem zuwandte, das mich mit Bezug auf unsere Personen beschäftigte«. Regina scheint damals die in diesen Dingen Beherztere gewesen zu sein. Bernstein erinnert sich an den Beginn dieser bis 1923 bestehenden engen persönlichen und Arbeitsbeziehung mit den Worten, »dass wir uns die Hand zum Lebensbunde reichten und diesen durch Umarmung besiegelten«. Schon 1880 war Karl Kautsky, den Bernstein bereits kannte, nach Zürich zu Höchberg gekommen. Die persönliche Nähe der beiden, die gemeinsame Arbeit an Fragen des Marxismus, hat für die Geschichte der Sozialdemokratie nicht zu unterschätzende Bedeutung. »Ihm und mir kam es darauf an, erstens uns selbst in der Theorie zu festigen, dann aber insbesondere das Verständnis der marx-engelschen Lehre und der aus dieser sich ergebenden Folgerungen für den Kampf in der Partei zu fördern«, so Bernstein. Auch Christina Morina hat auf die Wirkung des Dreigestirns verwiesen – nach innen war diese derart, dass »im Gespräch mit Engels per Brief und Kautsky vor Ort aus diffuser Motivation eine feste Weltanschauung« für Bernstein wurde; dieser dann darauf aufbauend nach außen hin »zum doppelten Vermittler« wurde: »einerseits zwischen Marx und Engels und ›unseren Leuten‹ in Deutschland und andererseits zwischen den Generationen in der Bewegung«. Zum praktischen Ausdruck kam das unter anderem in der Zusammenarbeit, die in das Erfurter Programm der Sozialdemokratischen Partei nach der 1890 erfolgten Aufhebung der Sozialistengesetze mündete.

Die »englische Brille«

Dem vorausgegangen war im Sommer 1888 die erzwungene Übersiedlung Bernsteins nach London. Bei der Beschreibung des Weges zum »Revisionismus« wird dieser Tatsache meist besondere Bedeutung beigemessen. In der britischen Hauptstadt veranstalteten die Fabier zu jener Zeit gerade eine Vortragsreihe zu Problemen des Sozialismus. Die reformsozialistisch-intellektuelle Bewegung trug ihre Besonderheit schon im Namen. Dieser geht auf einen römischen General zurück, über den gesagt wird, er habe sich durch seine lange Zeiträume einkalkulierende Strategie ausgezeichnet. Ist Bernstein also in Wahrheit »ein Fabier« geworden? Nicht nur für Thomas Meyer »sprechen doch alle verfügbaren Zeugnisse« für einen starken Einfluss; »die generative Idee des bernsteinschen Revisionismus« entspreche »in unübersehbarem Ausmaß dem Sinnzentrum des fabischen Sozialismusbegriffs«. Auch Engels war eine gewisse »Fabianschwärmerei« von Bernstein nicht verborgen geblieben. Helmut Hirsch hat sein Buch über die »Entwicklungsgeschichte des evolutionären Sozialismus« auf diesen Umstand gegründet und Klaus Leesch hat den »Einfluss englischer sozialreformerischer Vorstellungen« auf Bernsteins Sozialismusverständnis untersucht – um nur einige wenige Beispiele aus der Literatur zu nennen.

Bernstein dagegen hat später bestritten, den Fabiern überhaupt etwas theoretisch zu verdanken zu haben. Till Schelz-Brandenburg, der den Briefwechsel zwischen Bernstein und Kautsky aus den Jahren 1895 bis 1905 herausgegeben hat, sieht das ähnlich. Die Korrespondenz der beiden weise darauf hin, »dass das ›englische Milieu‹ keine Änderung, sondern eher eine Bekräftigung zentraler Überzeugungen Bernsteins bewirkt hat«. Wichtig an dieser Interpretation ist die auf die gängige Bernstein-Einordnung abzielende Pointe: »Das traditionelle Bild vom gefallenen Revolutionspropheten Bernstein« lässt dessen kritisches Denken zu einer Abkehr von einem als Hochamt gedachten »glücklichen Marxismus« werden. Diesen musste, siehe den Einfluss des »Anti-Dühring«, zuvor

auch Bernstein erst erklimmen, bis er quasi aufgrund einer persönlichen Schwäche dann »englischen Einflüssen« erlegen sei. Es kommt hinzu, dass mit dem Verweis auf die »englische Brille«, wie Rosa Luxemburg eine Polemik gegen Bernstein in der *Leipziger Volkszeitung* 1899 betitelte, der Revisionismus quasi »ausgebürgert« werden konnte: Hier der »richtige Sozialismus«, dort der falsche.

Die Logik solcher Zuschreibungen kann unter anderem mit der Frage auf die Probe gestellt werden, warum Engels, der ja auch jahrelang in England lebte, dem »englischen Milieu« nicht erlegen ist. Wichtiger noch ist aber etwas anderes: Es gab Gründe, warum Marx seine Analyse des Kapitalismus ausdrücklich an den weiter entwickelten englischen Verhältnissen exemplifizierte. Verhältnisse, die anderen Ländern bloß »das Bild der eignen Zukunft« zeigten, wie es im Vorwort zum ersten Band des »Kapital« heißt. Die englischen Verhältnisse hatten einen politischen, sozialen, reformerischen Vorsprung, eine weit entwickelte Gewerkschaftsbewegung, ein politisches System realer Mitbestimmung, die Selbstverständlichkeit, mit der auch sozialistische Forderungen Teil der öffentlichen Debatte waren, die Fabrikgesetzgebung … Demgegenüber war der parteipolitische Sozialismus in England arg zurückgeblieben. Und natürlich ist es kein Zufall, dass Bernsteins »Revisionismus« in einem Augenblick öffentlich vertreten wird, in dem eine Phase wirtschaftlicher Prosperität nach der langen krisenhaften Periode einsetzte. »Dies gilt allerdings nicht in dem trivialen Sinne, dass der Revisionismus ein Reflex der kapitalistischen Konjunkturperiode gewesen sei«, so Thomas Meyer, sondern in vermittelter Weise. Die krisenhafte Phase seit dem Gründungsschwindel nach 1871 schien die Erwartung vom nahenden Zusammenbruch zunächst zu bestätigen. Der 1895 einsetzende Aufschwung sprach hingegen gegen jene Vereinfachungen, die Bernstein auch bei Bebel hörte. In einer seiner Autobiografien erzählt er von einem Kneipengespräch, bei dem Bebel auf die in den Raum gestellte Frage, wann denn die Revolution eintreten werde, mit den Worten »in spätestens zwanzig Jahren« geantwortet habe.

Man kann mit Thomas Meyer von einer »relativ kontinuierlichen Richtungsänderung ab 1890« bei Bernstein ausgehen, dies zeigt sich vor allem in den überlieferten Briefen und Selbstzeugnissen, mit denen er seine publizistischen Arbeiten rückblickend einordnet. Die Arbeit an einem 1891 in der von Kautsky redigierten *Neuen Zeit* erschienenen Text »Zur Frage des ehernen Lohngesetzes« machte Bernstein klar, dass Marxens Analyse wirtschaftsgeschichtlich insofern beschränkt geblieben sei, als er die Möglichkeiten der Gestaltung der Lohnfrage »unter dem Einfluss der fortgeschrittenen Gewerkschaftsorganisationen und sozialpolitischen Gesetzgebung« nicht voraussehen konnte. In Rezensionen von Büchern der Ökonomen Gerhart von Schulze-Gävernitz oder Julius Wolf, die weitgehende Kritik an der Konzentrations- und Verelendungstheorie formuliert hatten, verteidigt Bernstein zwar die »gültige« parteimarxistische Auffassung, gibt aber privat zu erkennen, die Lektüre der Bücher habe Zweifel bei ihm geschürt »an Sätzen, die ich bis dahin für unwiderleglich gehalten hatte«. Die Agrardebatte, welche die Sozialdemokratie seit 1894 beschäftigte und sich unter anderem darum drehte, ob die Sozialdemokratie auch unter Bauern agitieren sollte, trug ebenfalls zu Bernsteins Weiterentwicklung bei. Einfluss nahm zudem die Diskussion über den Neukantianismus in der Sozialdemokratie, in der es unter anderem um wissenschaftstheoretische Kritik am Materialismus ging. Der Sozialdemokratie, so Bernstein in den »Voraussetzungen«, tue ein Kant not, »der einmal mit der überkommenden Lehrmeinung mit voller Schäre kritisch-sichtend ins Gericht geht«, und »der mit überzeugender Schärfe bloßlegte. was von dem Werke unserer großen Vorkämpfer wert und bestimmt ist fortzuleben und was fallen muss und fallen kann«.

Der Einfluss der hegelschen Dialektik auf den Marxismus habe zu spekulativen Konstruktionen geführt, so beschreibt Pierre Séverac den Kern der bernsteinschen »Revision«. In der Politik der Sozialdemokratie habe das so manche falsche Voraussage und selbst strategische Irrtümer hervorgerufen. Marx und Engels hätten Sozialismus und Revolution durch eine

rein dialektische Konstruktion verknüpft, während beides seinem Ursprung und seiner Natur nach völlig verschieden sei. Die ökonomische Entwicklung der modernen Gesellschaft widerspreche einigen marxschen Thesen, namentlich über die Polarisierung der sozialen Klassen und über die Folgen der Konzentration des Kapitals. »Statt sich zu vereinfachen, wird die sozioökonomische Organisation immer komplexer: Die Ausbreitung der Lohnarbeit wird begleitet vom Aufstieg neuer Mittelschichten, die Konzentration des Kapitals gehe einher mit einer Vervielfachung der Aktionäre, also einer Vermehrung der Anzahl der Besitzenden. Entgegen der marxschen Prognose verschärfen sich die ökonomischen Krisen des Kapitalismus nicht ständig. Ganz im Gegenteil erweise sich der Kapitalismus als immer besser imstande, die Krisen zu überwinden.«

Dieser »Pfeiler« der bernsteinschen Revision, die Kritik an einer verengten Auslegung der materialistischen Geschichtsauffassung, ist ohne den zweiten »Pfeiler« nicht zu denken. Die »Unsicherheit auf dem Gebiet der Wertlehre«, hielt Bernstein selbst als die »Einleitung« zu der »viel gravierenderen Anklage hinsichtlich meiner Stellung zur Klassenkampflehre«. Es ist dabei kein Zufall, dass Bernstein mit seiner Kritik anhebt, nachdem der dritte Band von Marxens »Das Kapital« in der Bearbeitung von Engels 1894 erschienen war. Zuvor versprochene Antworten auf bisher offen gebliebene werttheoretische Fragen waren darin nicht zu finden, das sah keineswegs nur Bernstein so. »In der marxschen Werttheorie stehen sich die Arbeitswerttheorie und die empirische Tatsache des Ausgleichs der Profitraten im Weg«, so resümiert dies Gerhard Himmelmann. Auf der einen Seite sollte der Wert der Waren durch die zu ihrer Produktion gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit bestimmt sein, wobei zudem galt, dass nur lebendige Arbeit Mehrwert hervorbringen könne. Auf der anderen Seite sollten sich die Profitraten der einzelnen Kapitalisten zu einer durchschnittlichen ausgleichen«. Der Widerspruch bestand nach Ansicht der Kritiker von Marx darin, so Himmelmann, »dass wenn der eine Kapitalist arbeitsintensiv und

der andere kapitalintensiv arbeitet, aber nur Arbeit Mehrwert schaffen kann, der Ausgleich der Profitraten beider dazu führt, dass sie unterschiedliche Mehrwertraten haben müssen, der arbeitsintensive pro Arbeitskraft eine geringere und der kapitalintensive pro Arbeitskraft eine höhere. Die höchste Mehrwertrate liege also in der kapitalintensiven Warenproduktion, was nach Marx eigentlich nicht sein konnte.«

Der zeitliche Hintergrund für Bernsteins Zweifel ist nicht unwichtig. Seitens der Grenznutzentheorie wurde nach dem Erscheinen des dritten Bandes, etwa durch Eugen Böhm-Bawerk, großer Wind gegen die Kritik der politischen Ökonomie insgesamt gemacht. Bernstein war kein Ökonom, hatte sich aber schon 1890 erstmals ausführlicher mit Fragen der Werttheorie befasst. In London waren ihm, der wie ein Schwamm alles politisch Interessante aufsog, die heftigen Diskussionen über die marxsche Werttheorie und die Grenznutzentheorie der Schule William Stanley Jevons' nicht verborgen geblieben. Der Sozialist George Bernard Shaw war dabei »als Anhänger von Marx in die Kontroverse« eingetreten, »um als Verfechter der jevonsschen Theorie aus ihr hervorzutreten«. Jedoch stellte sich Bernstein nicht auf eine der beiden Seiten, er erkannte den jeweiligen Sichtweisen jeweils eine, allerdings begrenzte Erklärungskompetenz zu – die Grenznutzentheorie als Marktpreistheorie und die Arbeitswerttheorie als Theorie über die Substanz, die in die Arbeit eingehe, ihr abstrakt einen Wert verschafft, mithin den Tatbestand der Ausbeutung kenntlich mache. Er kritisierte beide Ansätze zugleich für ihre Beschränkungen. Diese Vorgehensweise findet sich bei Bernstein immer wieder – und wurde ihm seitens seiner linken Kritiker als Eklektizismus vorgeworfen.

Aber ist das nun eine »Abwendung« von Marx oder steckt hier eine Absage an die sozialistischen Ziele drin? Bo Gustafsson zitiert in seiner Studie über Bernstein den konservativen Publizisten Max Lorenz, der schreibt, Bernstein »gibt vor, den Marxismus weiterführen und am Ende darlegen zu wollen, dass es schließlich doch Marx ist, der gegen Marx Recht behält«. Dass er dies »nur vorgibt«, entsprach damals auch

den Reaktionen vieler Sozialdemokraten. Bernstein hingegen schreibt, ihm sei es nicht um »Kritik der Doktrin« im Sinne der völligen Zurückweisung gegangen, »sondern Berichtigung von Annahmen in Bezug auf Tatsachen«. Wer von der »Wissenschaftlichkeit des Sozialismus« mehr erwarte als eine »Schaustück«, das nur »bei festlichen Anlässen aus dem Silberschrank« genommen werde, müsse bei Auftauchen von Widersprüchen »auch das Bedürfnis empfinden, mit ihnen aufzuräumen. Darin und nicht im ewigen Wiederholen der Worte der Meister beruht die Aufgabe ihrer Schüler.« Es ist viel darüber diskutiert worden, ob Bernstein aus dem Londoner Exil nicht teilweise gegen Anschauungen andachte, die in der von ihm kritisierten Weise in der Sozialdemokratie gar nicht herrschten. Auch der Umgang mit Daten zur Begründung der jeweiligen Kritik ist vor allem damals viel besprochen worden. Der Streit um den »Revisionismus« liest sich teilweise wie ein Kampf um die richtigen statistischen Angaben und ihre Interpretation. Gerd Hohorst hat in seinen Überlegungen über »Sozialstatistische Streitfragen« Bernstein allerdings ein »scharfsichtiges Faktenverständnis« zugebilligt. Er habe damals »ein realistischeres ›Gefühl‹ für die empirische Entwicklung gehabt«, denn »seine Argumente sind aus heutiger Sicht weniger unvereinbar mit den Fakten als die der Orthodoxen«. Auch Michael Krätke hat darauf hingewiesen, dass »Marx, ein großer Faktenhuber«, gerade Bernsteins »Sinn für Tatsachen und seine Abneigung gegen Phrasen« geschätzt habe. Und »Friedrich Engels stellte ihn als theoretischen Kopf klar über Kautsky«.

Engels Testament

Einige Kritiker haben den Vorwurf erhoben, Bernstein habe seine Auseinandersetzung mit bestimmten Elementen der in der Sozialdemokratie dominierenden Auffassung des Marxismus so lange zurückgehalten, bis »der General« 1895 in London starb, um sich dann, nun keine Widerworte mehr fürchtend, zum theoretischen Erbverwalter aufzuschwingen. Das eröffnet die Frage nach der Rolle von Engels und seines

»politischen Testaments«. Seit dem Tode von Marx 1883 war Engels der wichtigste Kopf, Kritiker und Ratgeber der Sozialdemokratie nicht nur in Deutschland. »Wenn Marxismus bedeutet, aus dem Riesen-Torso der marxschen Schriften eine zusammenhängende und umfassende wissenschaftliche Theorie zu entwickeln, die zugleich den Schlüssel zur dauerhaften Umgestaltung der Gesellschaft bieten soll, dann war Engels der erste Marxist«, schreibt Wilfried Nippel. Von hieraus strahlte eine Autorität in die Partei, die Ignaz Auer, welcher damals die laufenden Geschäfte der Vorstandes führte, wenige Wochen nach dem Tode Engels in die folgenden Worte fasste: »Wo aber der Alte unersetzlich ist, das ist die Bibelauslegung.« Dies müsse man bei »allem Respekt vor den jüngeren Kirchenvätern« so sagen, damit waren vor allem Kautsky und Bernstein gemeint. Die Sozialdemokratie werde sich »bis auf Weiteres ohne ›Urquell der Wahrheit‹ behelfen müssen«.

Umso größere Beachtung fand der letzte von Engels verfasste Text: eine Anfang 1895 geschriebene Einleitung zu einer Neuausgabe der »Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850«, die erstmals 1850 veröffentlicht worden waren. Damals, so Engels in einem Brief an Paul Lafargue, hätten Marx und er von der Französischen Revolution 1789 ausgehend auch für die Entwicklung der Februarrevolution in Paris große Erwartungen gehabt. Man sei »damals berechtigt« gewesen, »auf einen bevorstehenden und endgültigen Sieg des Proletariats zu rechnen«. Nun aber stehe die Erklärung an, »warum es nicht dazu kam und inwieweit die Ereignisse dazu beigetragen haben, dass wir die Dinge heute anders sehen als damals«. Die ökonomische, insbesondere die industrielle Entwicklung in Europa sei anders verlaufen, man habe gesehen, dass der moderne Kapitalismus erst am Anfang seiner Entwicklung gestanden habe. Außerdem rekapituliert Engels in der Einleitung den Aufstieg der Sozialdemokratie, die Wahlerfolge, die allein bei den Wahlen von 1887 auf 1890 fast eine Verdoppelung der Stimmen einbrachte – und es ging ja weiter so. »Und so geschah es, dass Bourgeoisie und Regierung dahin kamen, sich weit mehr zu fürchten vor der gesetzlichen als vor der ungesetzlichen Aktion

Eduard Bernstein und Karl Kautzky Ende der 1920er-Jahre

der Arbeiterpartei, vor den Erfolgen der Wahl als vor denen der Rebellion«, so Engels. Er plädierte für eine Strategie, die Michael Krätke mit den »Stellungskrieg«-Überlegungen von Antonio Gramsci verglichen hat: langsame Machteroberung, ein Fortschreiten von Position zu Position. Die Skepsis gegenüber der »Rebellion alten Stils, der Straßenkampf mit Barrikaden« war beim Militärexperten Engels groß. Auch auf diesem Gebiet seien für Aufstände »alle Bedingungen schlechter geworden«.

Engels hat nicht gewollt, »als friedfertiger Anbeter der Gesetzlichkeit« dazustehen. Doch die politischen Umstände des Erscheinens seiner Einleitung zu den »Klassenkämpfen« waren zu beachten. Besorgt, erneut in Visier staatlicher Repression zu geraten, hatte der Parteivorstand der Sozialdemokraten Änderungswünsche, auf die Engels, die »umsturzvorlagenfurchtsamlichen Bedenken« nachvollziehend, auch einging. Er nannte es eine »Ironie der Weltgeschichte«, dass »wir, die ›Revolutionäre‹, die ›Umstürzler‹« inzwischen »weit besser bei den gesetzlichen Mitteln« gedeihen. Und er erinnerte daran, dass »eine vollständige Umgestaltung der gesellschaftlichen Organisation« voraussetzt, »dass die Massen selbst mit dabei« sind, dass sie »selbst schon begriffen haben, worum es sich handelt«. Dazu aber bedürfe es »langer, ausdauernder Arbeit, und diese Arbeit ist es gerade, die wir jetzt betreiben, und das mit einem Erfolg, der die Gegner zur Verzweiflung bringt.« Engels ging freilich weiter davon aus, dass die Aussichten »zehn zu eins« dafür stünden, dass »die Herrschenden« vor einem friedlichen, demokratisch vermittelten Übergang zum Sozialismus, »gegen uns Gewalt anwenden werden; das aber würde uns vom Boden der Stimmenmehrheiten auf den Boden der Revolution führen«.

Vor eine neue Situation gestellt

Bernstein hat sich wieder und wieder positiv auf Engels Text von 1895 berufen. Es stecken darin viele Elemente, die ebenso gut als »revisionistisch« bezeichnet werden könnten. Das Umdenken Engels' basierte auf nüchterner Beobachtung, die Bernstein so sehr schätzte. Auch Ignaz Auer schreibt an Kaut-

sky mitten im Revisionismusstreit, es sei nötig, »die Partei aus dem Gesichtspunkt von 1847 auf den Gesichtspunkt von 1900 zu rücken«. Anders als noch im »Kommunistischen Manifest« von 1848, dessen Botschaft auch 50 Jahre später noch tief im sozialdemokratischen Parteimarxismus steckte, war der Optimismus auf einen raschen ökonomischen Zusammenbruch des Kapitalismus dahin. Zugleich wurde »das Reifen der Sozialdemokratie zur Macht«, also auch die reformorientierte Strategie positiver gesehen. »Im Verlaufe weniger Jahre stellt sich die wirtschaftlich-gesellschaftliche Lage in einem gründlich veränderten Licht dar«, schreib Lucio Coletti in seiner Schrift über »Bernstein und der Marxismus der Zweiten Internationale«. Anlass zum Umdenken, zum Neudenken, zur Überprüfung und Nachjustierung von Analyse, Theorie, Strategie und Praxis gab es damals nicht nur in der deutschen Arbeiterbewegung. Schon Zeitgenossen diskutierten eine allgemeinere, nicht auf bestimmte Parteien beschränkte »Krise des Marxismus«. Der italienische Philosoph Antonio Labriola schrieb 1899 mit Blick auf die Diskussionen über Bernsteins »Voraussetzungen«, die gerade erschienen waren: »Unter der Oberfläche all dieses Debattierlärms gibt es in Wahrheit eine schwerwiegende und grundlegende Frage: die brennenden, heftigen und verfrühten Hoffnungen der letzten Jahre, kollidieren heute mit der komplizierter gewordenen Widerstandskraft der ökonomischen Verhältnisse und den noch verwickelteren Mechanismen der politischen Welt.« Selbst Kautsky, der sich über den »Revisionismus« mit Bernstein so grundtief und auch persönlich überwerfen sollte, betonte anfangs dessen Verdienst, das Problem endlich aufgeworfen zu haben. Colletti, der zwar meint, Bernstein sei »vom wissenschaftlichen Standpunkt aus unbedeutend« gewesen, schreibt immerhin, »in der Beobachtung der historischen Entwicklung kam Bernstein, so muss man sagen, Engels, Kautsky und all den anderen zuvor. Das Bewusstsein, vor eine neue Situation gestellt zu sein, war sein Vorteil und seine Stärke.«

Diesen Vorteil hat die Sozialdemokratie nicht annehmen wollen – und wohl zum Teil auch nicht können. Die Entwick-

lung zur Massenpartei in den 1890er-Jahren hatte zwar alte Brüche wie jenen zwischen Lassalleanern und Eisenachern verblassen lassen, dafür waren neue aufgerissen: Die Sozialdemokratie stand einerseits vor der Frage, wie sie ihre Basis über den Kern der gewerblichen Lohnarbeiter hinaus erweitern könne – und wie das mit den vorherrschenden Annahmen zu vereinbaren war, laut denen etwa Bauern, Mittelschichten, Kleineigentümer aufgrund der angenommenen ökonomischen Gesetzmäßigkeiten verschwinden sollten. Andererseits ging es nun auch darum, ob man auf parlamentarischer Ebene Bündnisse mit liberalen Gruppierungen eingehen könne, wenn sich damit konkrete Verbesserungen für das Leben von arbeitenden Mehrheiten erreichen ließen. Die Führung der Sozialdemokratie um Bebel setzte bei Letzterem auf die Parole: »Lasst nicht die Opportunität, nicht die Zweckmäßigkeit, sondern das Prinzip siegen.« Aber auch Leute, die so sprachen, erkannten an anderer Stelle den Nachteil: Als die Agrardebatte mit dem Verzicht auf eine Konzeption für die politische Eroberung der Landbevölkerung ausging, fand eben dieser Bebel, die Beschlüsse des Parteitags von Breslau 1895 »verlängern unsere Wartezeit um mindestens 10 Jahre, aber dafür haben wir das ›Prinzip‹ gerettet«.

Es war übrigens jene Agrardebatte, in der erstmals das Schlagwort der »Revision unserer Vorstellungen« gefallen ist. Die Frage, die auch Bernstein zu beantworten suchte, ergab sich aus der Lage der Sozialdemokratie. »Wenn die SPD sich keine Chance auf die Ausweitung ihrer sozialen Basis zur Mehrheitsfähigkeit ausrechnen konnte, umgekehrt aber auch den Kompromiss mit bürgerlichen Parteien ablehnte, hing der ›Zukunftsstaat‹ nur noch am seidenen Faden der Erwartung eines Zusammenbruchs der kapitalistischen Gesellschaft«, so hat es der Historiker Detlef Lehnert einmal auf den Punkt gebracht. Aus dieser Blockade heraus gab es mehrere mögliche Wege. Die Nur-Reformisten und Teile der Gewerkschaftsführungen machten einfach ihre Tagespolitik, sie *umgingen* die Blockade. Ein Teil der sich langsam herausbildenden Parteilinken setzte hingegen darauf, die Blockade sozusagen im Sturm

zu überwinden – durch Beschleunigung des Zusammenbruchs per revolutionärer Aktion. Die Mehrheit der Parteiführung wiederum verstand das Dilemma nicht als solches, oder wollte jedenfalls lieber nicht drüber reden – die Blockade wurde *ignoriert*. Berühmt der Ausspruch von Ignaz Auer auf Bernsteins kritische Veröffentlichungen: »Mein lieber Ede, das, was Du verlangst, so etwas sagt man nicht, so etwas tut man.« Dahinter stand nicht zuletzt die Sorge darum, die psychologische Bindungskraft von Revolutionserwartung und proletarischer Identität zu verlieren, wenn man stärker auf milieuübergreifende Reformen und Volksparteikurs setzt.

Letzteres war für Bernstein eine zentrale, eine demokratiepolitische Frage. Wenn er mit Verweis auf die tatsächlich abgelaufene Entwicklung abstritt, »dass die Gliederung der Gesellschaft sich gegen früher vereinfacht hätte«, und konstatiert, dass die Einkommenslagen, Klassenkulturen und Berufsmilieus sich »in hohem Grade abgestuft und differenziert« haben, konnte er auch nicht länger von einer schematisch-vereinfachten Idee der Gesellschaftsveränderung ausgehen, die »nur das ›Werk‹ der Arbeiterklasse sein kann«. Er hielt dies sogar für eine »große Verkennung der Tatsachen« und wies sozialen Gruppen eine immer wichtigere Rolle zu, »die keine Proletarier im Sinne der Theorie sind«. Für Bernstein ist die hohe Bedeutung der Demokratie als Voraussetzung für sozialistische Umgestaltung kennzeichnend, diese sei »Mittel und Zweck zugleich«. Das zog logisch eine Offenheit in Bündnisfragen nach sich, die ein Teil der auf proletarische Binnenidentifikation orientierte Sozialdemokratie nicht mitzumachen bereit war.

»Probleme des Sozialismus«

Bernsteins Artikelserie »Probleme des Sozialismus« erschien zwischen 1896 und 1898 in der *Neuen Zeit* – ein selbst für diese Zeitschrift »ungewöhnlich langer Bandwurm«, so Bo Gustafsson, der sich »durch mehrere Jahrgänge durchgefressen« habe. 1899 folgte die gesammelte Veröffentlichung in dem Buch »Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der

Sozialdemokratie«. Nichts habe ihm ferner gelegen, schreibt Bernstein im Rückblick, »als der Gedanke an eine programmatische Schrift größeren Stils«. Die Artikel und ihre Buchform geben denn auch eher Zeugnis einer politischen Schriftstellerei, einer Lust daran, die offen zutage tretenden Fragen und Widersprüche nicht hinter irgendwelchen Phrasen zum Verschwinden zu bringen, von einer gewissen intellektuellen Streitlust. Bernstein erhebt Einspruch gegen Bücher, Äußerungen, Anschauungen nicht im Gestus des allwissenden Theoretikers, sondern als jemand, der aus politischen Gründen eine aktuelle Auseinandersetzung auszufechten hat. Argument gegen Argument, Beleg gegen Beleg. Von London aus debattiert er über Zeitschriften mit einer begrenzten sozialdemokratischen Öffentlichkeit – und die debattiert aus Deutschland zurück. Seine Artikel, erschienen unter durchaus Grundsätzliches zum Thema machenden Titeln wie »Der Kampf der Sozialdemokratie und die Revolution der Gesellschaft«, »Allgemeines über Utopismus und Eklektizismus« oder »Das realistische und das ideologische Moment im Sozialismus«, hätten ihm »von einem Teil meiner Parteigenossen die heftigsten Angriffe« zugezogen, schreibt er später. »Einige gingen so weit, wegen ihrer meine Ausstoßung aus der Partei zu fordern, andere begnügte sich mit der Forderung die Frage vor den nächsten Parteitag zu bringen.«

Was dann auch 1898 in Stuttgart geschah. Bernstein selbst konnte aufgrund der anhaltenden Repression gegen ihn nicht teilnehmen, er schickte »eine Denkschrift«, in welcher er seine Position »in kurzgefassten Sätzen, einem Manifest ähnlich, darlegte«. Im Vorwort zu den »Voraussetzungen« dokumentiert Bernstein diese vor dem Parteitag verlesene Erklärung und schreibt dazu gleich im ersten Satz, das Buch sei »im Wesentlichen der Begründung der Anschauungen gewidmet«, die er in dieser Erklärung für den Parteitag entwickelt habe. Man kann das Dokument als ein Kernstück des bernsteinschen Wirkens lesen. Dabei geht es keineswegs »nur« um zentrale theoretische Positionen des »Revisionismus«, sondern um eine ganze Denkungsart. Bernstein verbeugt sich

vor der demokratischen Legitimation der Delegierten selbst in der Erwartung eines gegen ihn gerichteten Votums. Er pocht zugleich auf seine Überzeugung und seine intellektuelle Redlichkeit. Dass mit seinen Einwänden »in der willkürhaftesten Weise umgesprungen« ward, um ihn »als wissenschaftlich unzurechnungsfähigen Konfusionarius erscheinen zu lassen«, hat Bernstein tief verletzt. Und doch hat er später Verständnis dafür aufgebracht. Eine andere Meinung zu haben als die Mehrheit, deren Position aber dennoch zu respektieren, das war für Bernstein schon aus einer demokratischen Haltung heraus selbstverständlich, seine Loyalität der Sozialdemokratie gegenüber tat das Übrige. Diese war es auch, die ihn angesichts der oft persönlichen Attacken gegen ihn trotzdem Zurückhaltung wahren ließen. Später wird er mit Blick darauf noch ergänzen: Dass seine Artikelserie »von Gegnern des Marxismus« rechts der Partei genutzt worden war, um gegen den Sozialismus zu politisieren, davon habe er in Hither Green, seinem Londoner Wohnort, nichts erfahren. Und »in der Partei beriefen sich die Befürworter einer opportunistischen Politik« auf ihn – beides war nicht sein Anliegen. Bernsteins Motiv könnte man eher mit Bertolt Brechts Herr Keuner formulieren: »›Ich habe bemerkt‹, sagte Herr K., ›dass wir viele abschrecken von unserer Lehre dadurch, dass wir auf alles eine Antwort wissen. Könnten wir nicht im Interesse der Propaganda eine Liste der Fragen aufstellen, die uns ganz ungelöst erscheinen.‹«

In der Erklärung an den Stuttgarter Parteitag 1898 formuliert Bernstein seine Kritik an der Unverbundenheit zwischen revolutionärer Phrase, realpolitischem Kurs und strategischer Zielsetzung so: »Ich bin der Anschauung entgegengetreten, dass wir vor einem in Bälde zu erwartenden Zusammenbruch der bürgerlichen Gesellschaft stehen und dass die Sozialdemokratie ihre Taktik durch die Aussicht auf eine solche bevorstehende große soziale Katastrophe bestimmen, beziehungsweise von ihr abhängig machen soll.« Die Befürworter eines solchen Kurses könnten sich auch nicht auf das »Kommunistische Manifest« oder andere Schriften der »Klassiker« aus der frühen Zeit berufen, denn dort hätten Marx und Engels »in ver-

schiedenen speziellen Folgerungen, vor allem in der Abschätzung der Zeit, welche die Entwicklung in Anspruch nehmen würde«, geirrt. Es liege, aus der Sicht von 1899, »auf der Hand«, dass sich »die Zuspitzung der gesellschaftlichen Verhältnisse« nicht in der Weise vollzogen habe wie einst unter dem Eindruck einer vergangenen Revolutionsperiode angenommen. »Die Zahl der Besitzenden ist nicht kleiner, sondern größer geworden. Die enorme Vermehrung des gesellschaftlichen Reichtums wird nicht von einer zusammenschrumpfenden Zahl von Kapitalmagnaten, sondern von einer wachsenden Zahl von Kapitalisten aller Grade begleitet. Die Mittelschichten ändern ihren Charakter, aber sie verschwinden nicht aus der gesellschaftlichen Stufenleiter. Die Konzentrierung der Produktion vollzieht sich in der Industrie auch heute noch nicht durchgängig mit gleicher Kraft und Geschwindigkeit.« Der Aufstieg der Sozialdemokratie und liberaler Kräfte durch das allgemeine Wahlrecht habe »das Privilegium der kapitalistischen Bourgeoisie in allen vorgeschrittenen Ländern Schritt für Schritt demokratischen Einrichtungen weichen« lassen. Die »sich immer kräftiger regenden Arbeiterbewegung hat eine gesellschaftliche Gegenaktion gegen die ausbeuterischen Tendenzen des Kapitals« entfesselt, »die zwar heute noch sehr zaghaft und tastend vorgeht, aber doch da ist und immer mehr Gebiete des Wirtschaftslebens ihrem Einfluss unterzieht.« Bernstein verweist auf Fabrikgesetzgebung, die Demokratisierung der Gemeindeverwaltungen, das wachsende Gewerkschafts- und Genossenschaftswesen und zieht daraus einen doppelten Schluss: Einmal bedeute dies den praktischen Beleg, dass sich der Raum des gesellschaftlichen Interesses auf demokratischem Wege gegen den der privaten Aneignungslogik erweitern lässt; zum zweiten folge daraus auch, dass sich die »Gelegenheiten großer politischer Katastrophen« verringerten. Ökonomisch habe der Kapitalismus inzwischen Regenerationskräfte und einen »Umgang« mit Krisen gezeigt, die zu dessen Weiterentwicklung beitragen. Darauf müsse die Sozialdemokratie nun reagieren, es komme darauf an, »die Arbeiterklasse politisch zu organisieren und

zur Demokratie auszubilden, und für alle Reformen im Staate zu kämpfen, welche geeignet sind, die Arbeiterklasse zu heben und das Staatswesen im Sinne der Demokratie umzugestalten«. Denn, so geht es weiter, »die Demokratie heißt jedes Mal so viel Herrschaft der Arbeiterklasse, als diese nach ihrer intellektuellen Reife und dem Höhegrad der wirtschaftlichen Entwicklung überhaupt auszuüben fähig ist«. War das eine Absage an den Sozialismus? Mitnichten. Aber, so Bernstein, »die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse, die Expropriation der Kapitalisten sind an sich keine Endziele, sondern nur Mittel zur Durchführung bestimmter Ziele und Bestrebungen«. Entscheidend seien, schrieb Bernstein aus der damaligen Perspektive, »politische Rechte, und die wichtigste Frage der Taktik, welche die deutsche Sozialdemokratie zurzeit zu lösen hat, scheint mir die nach dem besten Wege der Erweiterung der politischen und gewerblichen Rechte der deutschen Arbeiter zu sein.«

Möglichst scharf gegen Ede

Bernstein konnte erst 1901 aus langjährigem Exil nach Deutschland zurückkehren – als einer der letzten vom Sozialistengesetz verfolgten Sozialdemokraten. Der Streit um den »Revisionismus« ging nun mit Bernstein weiter. Manche seiner Anhänger zeigten sich enttäuscht, weil da kein »reformistischer Heiland« kam, der die Massen durch Reden begeistern konnte, sondern ein immer auch selbstzweiflerischer Denker, der nun erkannte, dass seine Fragen an die eigene Partei von deren Gegner zur antisozialistischen Propaganda missbraucht wurden. Das mag auch dazu beigetragen haben, wie scharf einige eigene Genossen gegen ihn richteten. Alexander Parvus machte im selben Jahr in der *Neuen Zeit* gegen Bernstein Front, nur deshalb halte dieser »an der Sozialdemokratie fest, weil er außerhalb dieser jede politische Bedeutung verlieren würde. Seine Aufgabe ist die sozialreformerische Zersetzung der Sozialdemokratie. Tritt er aus dieser Rolle heraus, so wird er vom Bürgertum in die Rumpelkammer geworfen«. Der einstige Freund Kautsky macht sich auf dem Lübecker Parteitag 1901 lustig, »dass Bern-

stein uns neue Einsichten gebracht hat, davon ist heute nicht mehr die Rede. Als Bernsteins erste Broschüre [gemeint sind »Die Voraussetzungen«] erschien, da wurde sie mit Fanfarentönen begrüßt, da hieß es: Eine neue Zeit ist angebrochen, große Erkenntnisse sind uns geworden. Und wie reden heute die Anhänger Bernsteins: Ach, regt euch doch nicht auf, die Geschichte ist ja nicht der Mühe wert. Es ist nichts dabei herausgekommen.« Und Rosa Luxemburg schreibt in der 1899 entstandenen Aufsatzserie, die sie später unter dem Titel »Sozialreform oder Revolution?« berühmt machen sollte: »In der Auseinandersetzung mit Bernstein und seinen Anhängern, darüber muss sich jedermann in der Partei klar werden, handelt es sich nicht um diese oder jene Kampfweise, nicht um diese oder jene Taktik, sondern um die ganze Existenz der sozialdemokratischen Bewegung.« Gesagt war damit auch: Bernstein sei ein Totengräber der »richtigen« Sache.

Hier wird der Tenor eines wesentlichen Teils auch der späteren Rezeption vorgezeichnet: »Bernstein lässt sein Buch in den Rat an die Partei ausklingen, sie möge zu scheinen wagen, was sie sei: eine demokratisch-sozialistische Reformpartei«, so Luxemburg, die daran die Forderung anschließt, der Parteitag solle Bernstein veranlassen, »seinerseits auch formell als das zu erscheinen, was er ist: ein kleinbürgerlich-demokratischer Fortschrittler«. Luxemburg geht ihrerseits von einer Revolutionstheorie aus, die Otto Kallscheuer als »methodisch radikalisierte Version einer Zusammenbruchstheorie« beschrieben hat. Die Sozialistin ließ sich dann auch noch gegen Bernstein von älteren Parteivorderen einspannen.

August Bebel bat sie Anfang 1899, »möglichst scharf zu schreiben gegen Ede«, und sie zitiert den SPD-Vorsitzenden mit den Worten: »Sagen Sie ihm, dass er nicht in die Partei gehört. Das hat ihm noch keiner gesagt.« Was Bebel sich offenbar nicht selbst traute, tat Luxemburg in ihrer gegen Bernstein gerichteten Publizistik. »Die jetzige opportunistische Strömung überwinden, heißt, sie von sich weisen«, dies war eine Formulierung, für die der Luxemburg-Biograf Ernst Piper die Worte fand, Luxemburg habe »immer wieder Passagen in den

Text« eingefügt, »die mehr oder weniger offen den Ausschluss der Revisionisten aus der Partei forderten«. Das entsprach durchaus auch einer verbreiteten Stimmung an der SPD-Basis, wie Polizeiberichte aus Hamburg aus dem Jahr 1903 nahelegen. Ein Arbeiter wird da mit den Worten zitiert, man müsse »endlich reinen Tisch machen und die Nörgler zur Ruhe bringen«, ein anderer sah in Bernsteins Auffassungen einen »Vorschlag der Hofgängerei«, ein dritter sprach ihm die Expertise ab, es gebe »noch berufenere Leute in der Partei«, wenn es um Strategiefragen gehe. All das ein Spiegel der gegen Bernstein vorgebrachten Funktionärsargumente.

In einer zweiten Auflage von »Sozialreform oder Revolution?« von 1908 hatte Luxemburg die Rauswurf-Forderung gestrichen. Warum? An ihrer Kritik gegen Bernstein hatte sie nichts zurückzunehmen, aber der Streit um den »Revisionismus« war praktisch vorbei. Inzwischen hatte eine andere Debatte die SPD kontrovers bewegt – die um den Massenstreik. Bernstein hatte dabei die Position Luxemburgs unterstützt, wenn auch aus anderen Gründen – er lehnte den Nur-Reformismus des Gewerkschaftsflügels ab, der sich gegen den Massenstreik aussprach, und betrachtete den Massenstreik als legitimen Hebel zur Verteidigung von demokratischen Rechten, sofern diese in Gefahr gerieten. Das mag zur Streichung der Passage ebenso beigetragen haben wie die Tatsache, dass Bernstein ja auch parteioffiziell in die Schranken gewiesen worden war. Auf dem 1903 in Dresden abgehaltenen Parteitag wurden alle Bestrebungen scharf verurteilt, »unsere bisherige bewährte und sieggekrönte, auf dem Klassenkampf beruhende Taktik in dem Sinne zu ändern, dass an Stelle der Eroberung der politischen Macht durch Überwindung unserer Gegner eine Politik des Entgegenkommens an die bestehende Ordnung der Dinge tritt. Die Folge einer derartigen revisionistischen Taktik wäre, dass aus einer Partei die auf die möglichst rasche Umwandlung der bestehenden bürgerlichen in die sozialistische Gesellschaftsordnung hinarbeitet, also im besten Sinne des Wortes revolutionär ist, eine Partei tritt, die sich mit der Reformierung der bürgerlichen Gesellschaft begnügt«.

Das war auch gegen den von Bernstein geäußerten Gedanken gerichtet, »die Sozialdemokratie solle, da sie nun das Recht habe, im Präsidium des Reichstags vertreten zu sein, die Stelle eines Vizepräsidenten annehmen, auch auf die Gefahr hin, dass der betreffende Vizepräsident gemäß dem damaligen Gebrauch des Reichstags verpflichtet werden würde, an dem formalen Besuch, den das Präsidium des Reichstags alle Jahre dem Monarchen machte, teilzunehmen«. Bei den Wahlen 1903 hatten die Sozialdemokraten ihr Stimmenergebnis von nicht ganz zwei auf drei Millionen gesteigert, es gab 81 Abgeordnete, die SPD war längst deutlich die stärkste Partei, allein das Verhältniswahlrecht machte sie nach Mandaten zur Zweitplatzierten hinter der katholischen Zentrumspartei. Bernstein hat sich später in seinem Buch »Der Sozialismus einst und jetzt« damit ausführlich auseinandergesetzt. Auf dem Dresdner Parteitag stimmten auch die meisten derer für die ablehnende Resolution, die als »Revisionisten« galten. Das alles lässt die wieder und wieder geäußerte Behauptung, Bernstein oder »der Revisionismus« hätten sich in der Sozialdemokratie durchgesetzt, und sei es »heimlich«, einigermaßen fraglich erscheinen. Das Problem beginnt damit, dass von dem »einen Revisionismus« nicht die Rede sein kann, Bernstein hat stets darauf verwiesen, dass unter diesem »Dach« ganz unterschiedliche Meinungen kursierten. Wie man damals als Funktionär dazu stand, war nicht zuletzt eine Frage parteitaktischer und tagesaktueller Bedingungen. Ganz sicher gilt die Rede für den angeblichen Siegeszug des »Revisionismus« nicht für die Basis. Der deutsch-britische Historiker Francis Ludwig Carsten schildert die empört ablehnende Resonanz unter der sozialdemokratischen Anhängerschaft. Und dass 1905, wie Georg Fülberth schreibt, »sechs revisionistische Redakteure des *Vorwärts* durch Parteivorstand und Berliner Presskommission aus der Redaktion entfernt« wurden, spricht auch nicht unbedingt für einen Erfolg.

Fülberth, ganz gewiss kein Befürworter der bernsteinschen Linie, hat den Blick auf die Frage nach den gesellschaftlichen, nach den strukturellen Ursachen einer Politik gelenkt, die

damals als revisionistisch galt. Die Veränderungen der Lage der Arbeiterklasse in der Zeit zwischen der Aufhebung des Sozialistengesetzes und dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs – unter anderem Senkung der Arbeitszeit, Erhöhung der Reallöhne bis ca. 1900, neuen soziale Versicherungsleistungen – hätten »eher reformfreundliche Mentalitäten« gefördert. Die Prägung der Sozialdemokratie durch die Erfahrung der Repression und die Furcht vor neuer Illegalisierung unterstützten die Betonung parlamentarischer und reformorientierter Strategien. Aber was davon war »Revisionismus« im bernsteinschen Sinne oder gar als »Umsetzung« seiner Überlegungen? Wenn es richtig ist, wie Fülberth schreibt, dass die SPD nicht in erster Linie von irgendwelchen Theorien, dem »Kautskyanismus« oder einer anderen Integrationsideologie zusammengehalten wurde, sondern durch »die tägliche Praxis der Lohn- und sonstigen Tageskämpfe«, welche »den Arbeitern tatsächlich einen materiellen und intellektuellen Anteil an den Produkten der zeitgenössischen bürgerlichen Zivilisation und Kultur sicherte«, dann war der »Revisionismus« wohl mehr ein Ausdruck sich verändernder Politikbedingungen – und weniger deren Voraussetzung. Und noch etwas bleibt anzumerken: Wo die in der Sozialdemokratie links stehenden Akteure um Luxemburg zunächst den »alten Kurs« der Partei gegen Bernstein verteidigt hatten, kamen auch sie nach der Jahrhundertwende immer mehr zu der Auffassung, die Politik der Sozialdemokratie sei nicht mehr revolutionär. Hierin stimmten sie im Prinzip mit Bernstein überein, der ja auch nichts anderes gesagt hatte. Nur die Schlussfolgerungen waren gegensätzlich – wo der eine die Konsequenz zog, die Strategie endlich wirklich auf die gegebenen Handlungsspielräume auszurichten, das heißt, auch ein neues, den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen entsprechendes Transformationsmodell zugrunde zu legen, meinten die anderen, die Praxis der Partei müsse (wieder) ihrer immer noch revolutionären Theorie angepasst werden. Der zentrale Dissens blieb der in der Einschätzung der Anpassungsfähigkeit des Kapitalismus und der in ihm sich vollziehenden progressiven Potenziale.

»Bei Freund und Feind galt ich als der Mann, der die Sozialdemokratie aus der Bahn, die sie bisher gegangen, herausleiten wollte, der die Revision des Sozialismus radikal in Angriff genommen und verschiedene von dessen Fundamentalsätzen zertrümmert hatte«, so blickte Bernstein später auf die Debatte zurück. Als die langsam endet, war er Mitte 50, mehr und mehr beginnen andere Themen, die Sozialdemokratie zu dominieren. Es bleiben dies auch Bernsteins Themen, aber der Publizist, der Reichstagsabgeordnete, der USPD-Mitgründer, der Stadtverordnete, der Vortragsreisende, der Internationalist und Sozialist, der Mann, der wie wenige andere Sozialdemokraten die deutsche Schuld am Ersten Weltkrieg anprangerte, der Herausgeber von Lassalle und anderer Schriften – dieser Bernstein sollte nie wieder jene Wirkung wie im Revisionismusstreit bekommen. Hatte er einst dagegen angeschrieben, politische Ideen, Analysen, Grundsätze wie »ein Schaustück« zu behandeln, die nur bei festlichen Anlässen herumgezeigt werden, so sollte es ihm später ein bisschen selbst so ergehen. Nicht selten wurde das »Schaustück« Bernstein dabei zur Abschreckung des Publikums vorgezeigt. Und nicht einmal die gelegentliche Berufung auf ihn durch SPD-Leute oder die wissenschaftliche Beschäftigung mit seinem Werk konnten verhindern, dass 2010 bei einer Routineüberprüfung sein Ehrengrab auf dem Friedhof an der Schöneberger Eisackstraße aberkannt wurde. »Von Amts wegen war Bernstein offenbar so weit, vergessen werden zu dürfen«, so schrieb der *Tagesspiegel* damals. Es ist dem Engagement sozialdemokratischer Basismitglieder zu verdanken, dass die klammheimliche Aktion später doch noch korrigiert wurde. Bernsteins bescheidenes Grab ist weiterhin ein Ehrengrab.

Bernsteins Erben

»Einer der Großen aus der Geschichte der deutschen und der internationalen Arbeiterbewegung ist von uns gegangen«, so beginnt der Aufmacher der Abendausgabe des *Vorwärts* vom

19. Dezember 1932. Auf der Titelseite der schwarz umrahmte Name Eduard Bernstein, darunter ein Foto aus dessen letzten Lebensjahren. Aus dem Ausland werden Verbeugungen vor jenem Manne gemeldet, »dessen weißes Gelehrtenhaupt aus einer der kämpferischsten Epochen in unsere Zeit ragte«, es gebe »Beileidstelegramme in großer Zahl«. Die Überführung des Leichnams von Bernsteins Wohnung in der Bozener Straße ins Krematorium Wilmersdorf wird für 15 Uhr noch am selben Tage angekündigt.

Erst wenige Tage zuvor hatte der Berliner Arzt und Sozialdemokrat Benno Chajes, der mit der Stieftochter Bernsteins, Käte Schattner, verheiratet war, an Luise Kautsky geschrieben, »dass es unserm Ede in letzter Zeit leider gar nicht gut geht«. Die letzten Briefe zwischen ihm und Kautsky künden schon das kommende Unheil an, es stehe um die Partei »jetzt schlimmer als unter dem Sozialistengesetz. Damals hatten wir Polizisten und Richter gegen uns, aber keine Nazis«. Bernstein stirbt in der Nacht auf den 18. Dezember 1932 in seiner Wohnung im Bayerischen Viertel. Zur Mittagsstunde macht sich der damalige SPD-Vorsitzende Otto Wels auf den Weg in die Bozener Straße, »und legte auf die Brust des toten Vorkämpfer«, wie der *Vorwärts* zu berichten weiß, »einen Strauß roter Nelken nieder«.

Der Abschied von Bernstein wird zur großen Versammlung nicht nur sozialdemokratischer Genossen. Nachrufe im Rundfunk und in den Zeitungen, Beileidsgäste aus aller Welt, eine Feier, bei der die Halle »die Zahl der Trauergäste nicht zu fassen« vermochte. Als Bernstein am 3. Januar 1933 beigesetzt wird, kommt eine »mehrtausendköpfige Menschenmenge« zusammen, wie die *Vossische Zeitung* berichtet. Im Trauerzug »bemerkte man zahlreiche Reichstags- und Landtagsabgeordnete der sozialdemokratischen Partei«. Es ist ein Abschied nicht nur von einem der Großen der Arbeiterbewegung, immerhin gehörte Bernstein noch zu jenen, die Marx und Engels persönlich kannten und die Vereinigung der sozialdemokratischen Strömungen miterlebt hatten. Es ist auch ein Abschied von einem, der sich durch seine Denkungsart

auszeichnete, durch seine Weise, linke Politik zu begreifen. In der kommunistischen *Roten Fahne* wird Bernstein mehr hinterhergepöbelt denn nachgerufen, er habe »eine solche Rolle gespielt, die auf die Verewigung der Versklavung des Proletariats und der Verewigung der Herrschaft der Bourgeoisie« hinauslaufe. Bei Bernstein habe man es »nicht mehr mit opportunistischen Abweichungen vom revolutionären Marxismus, sondern mit einer vollständigen Revision des Marxismus überhaupt zu tun«.

Ein Bild wird befestigt

In der sozialdemokratischen Presse machte man Bernstein umgehend zum theoretischen Lehrer, zum politischen Ahn, zum Leuchtfeuer einer besseren Zukunft. Dieses Bild hatte nicht viel mit der Realität zu tun, denn was bestimmte von Bernsteins Denkungsart und Theorieansatz wirklich noch die SPD-Debatten jener Zeit? Was bedeutet es, wenn das Zentralorgan der Sozialdemokratie im Jahr 1932 schreibt, »wir handeln in seinem Geiste«? Bernstein wird in der Sicht der Parteifreunde und politischen Weggefährten historisiert, auch die Kontroverse um den »Revisionismus« erscheint in den Würdigungen wie weit entfernte Vergangenheit. Versuche, eine differenziertere Betrachtungsweise an den Tag zu legen, also Bernstein in seiner Widersprüchlichkeit gerecht zu werden, stößt man in den Nachrufen eher selten – etwa in *Der Deutsche Volkswirt*, einer in Berlin erscheinenden wirtschaftspolitischen Zeitschrift. Aus seinen empirischen Analysen »zog er den zwar einfachen, aber doch keineswegs erwarteten Schluss, dass bei einem Auseinanderklaffen von Lehre und Wirklichkeit die größere Wahrheit wohl bei der Wirklichkeit liege. Er tat das gar nicht aus ungeduldigem ›Opportunismus‹, sondern als Marxist, wie er glaubte, der marxsche Methoden der Wirklichkeitsdeutung an die politische Erkenntnis, Folgerung und Entscheidung herantragen wollte.«

Was das bürgerliche und rechte Lager angeht, verhält es sich mit der Befestigung eines schon länger geformten Bildes von Bernstein ganz ähnlich wie bei den Kommunisten. Natür-

lich ist es ein anderes, aber in den Tagen nach seinem Tod fällt bereits ins Auge, wie sich diese komplementär verschränkten Geschichtsbilder gegenseitig stützen. Die *Deutsche Allgemeine Zeitung* hebt Bernsteins anlässlich dessen Todes noch einmal als angeblichen Kronzeugen gegen »den undurchführbaren Stumpfsinn von Karl Marx und Engels« aufs eigene Propagandaschild. Das entspricht ganz der Sichtweise von Bernsteins »linken« Kritikern, die ihn als Verräter an Marx darstellen wollen. Die Befestigung des Bernstein-Bildes sei ein »exemplarischer Fall von ideologischem Geschichtsbewusstsein«, so hat es der Historiker Detlef Lehnert einmal beschrieben. Schon während der Zeit der Revisionismusdebatte angelegte Raster führten später in »politisch interessierte systematische Rezeptionsverzerrungen«. Vielen Sozialdemokraten war Bernstein ohne den »marxistischen Ballast« und als Nur-Reformpolitiker lieber; die Linken hielten ihn für einen Ketzer – und das spiegelte sich auch in der Sichtweise bürgerlicher Bernstein-Bilder, die wiederum ihrerseits das linksradikale Schema des »Verräter des Marxismus« zu bestätigen schienen. Die Aufmerksamkeit, die Bernsteins Tod in der Presse und Parteiöffentlichkeit fand, war nur von kurzer Dauer. »Von vielen bereits vergessen, anderen kaum dem Namen bekannt, hat Eduard Bernstein, dessen Tod kürzlich die Blätter meldeten, das Interesse der Gegenwart nicht mehr stark bewegt«, so die *Neue Zürcher Zeitung* damals in ihrem Nachruf.

Bernstein in der Bundesrepublik

Wenn man so will, kehrt Bernstein über den Umweg USA zurück in die Bundesrepublik. 1954 erscheint die Übersetzung von Peter Gays »The Dilemma of Democratic Socialism. Eduard Bernstein's Challenge to Marx«. Als Peter Fröhlich war der Historiker und Psychoanalytiker 1939 mit seiner Familie aus Deutschland geflohen, seine 1952 vorgelegte erste größere Publikation sollte eine Lücke füllen. »Am auffallendsten ist die literarische Vernachlässigung des deutschen demokratischen Sozialismus«, so Gay. Bernsteins »Modifikationen des Marxismus rührten an die Wurzel des Problems des gesellschaftlichen

Wandels und der Entwicklung des Kapitalismus«, schreibt er weiter – und hielt den Revisionismus für fehlgeschlagen. Dies sei nicht »Bernsteins Versagen, sondern das Deutschlands«. Das Buch zeichnet nach, wie »die Reformisten völlig unabhängig von den Revisionisten in der Partei Einfluss erlangten«, eine wichtige Differenzierung. Allerdings schreibt Gay auch, »dass Bernstein mit seinen Anhängern nicht viel Glück gehabt hat – keiner verstand seinen demokratischen Sozialismus genug, um ihn weiterentwickeln zu können«. Stattdessen sei »ein konservatives Begriffsschema daraus« gemacht worden, »das unter dem ›Schritt für Schritt‹ nur die Mahnung verstand, wenig zu tun und selbst das noch langsam«.

Es dauerte noch zehn Jahre, bis in der Bundesrepublik wieder Texte von Bernstein erscheinen sollten, mit denen man sich selbst ein Bild machen konnte. Helmut Hirsch brachte 1966 drei Aufsätze heraus, seine Einleitung dazu gehört zu den ersten neuen Befassungen mit dem sozialistischen Theoretiker. Zwei Jahre zuvor hatte Susanne Miller in ihrer Studie über »Das Problem der Freiheit im Sozialismus« dem Revisionismusstreit ausführliche Beachtung geschenkt. 1971 erscheint eine Studie von Lucio Colletti über Bernstein auf Deutsch, bald auch die Anfang 1970 eingereichte Dissertation von Bo Gustafsson über Bernstein, die bis heute zu den wichtigsten Abhandlungen über die Entstehung von Bernsteins Kritik und den »Revisionismus« als europäisches Phänomen zählt. Erst die Folgen des politischen Aufbruchs seit Mitte der 1960er-Jahre läuten auch auf politischer Ebene eine kleine Bernstein-Renaissance ein. In den Debatten der neuen Linken jener Jahre ist gern und viel vom »Revisionismus« die Rede, doch »was Revisionismus ist, meinen viele zu wissen; nur wenige verstehen darunter jeweils das gleiche«, so formuliert es Helga Grebing später zusammenfassend. Im Osten hat der Begriff längst den Charakter einer beliebig einsetzbaren Waffe gegen dissidente Anschauungen angenommen. Insofern sich im Gefolge der 68er-Bewegung die K-Gruppen wahlweise an Moskau oder Peking orientierten, griff diese Form der Anwendung auch auf die Bundesrepublik über. Eine gewisse Dynamik erfuhr das

Ganze dadurch, dass sich seit Ende der 1960er-Jahre im SPD-Jugendverband Jusos eine »Linkswende« vollzogen hatte, die zur Bildung unterschiedlicher Flügel führte, von denen eine als »Antirevisionisten« auftrat.

Von hier aus, den innersozialdemokratischen Diskussionen jener Zeit, erfährt die Bernstein-Beschäftigung neuen Antrieb. Während die einen sich eine Überwindung des Kapitalismus durch schrittweise »systemüberwindende Reformen« durch eine SPD-Regierung vorstellen konnten, wiesen die anderen das als »illusionär und reformistisch« zurück und unterstellten, eine solche Strategie würde »die Mobilisierung von Massen für Reformen letztlich nur zum Zwecke der Stabilisierung des kapitalistischen Systems« betreiben und »die Rolle der SPD als Träger kapitalistischer Herrschaft« absichern.

Bernstein war damit wieder in die Debatten bei der SPD zurückgekehrt. Allerdings wurden dabei auch »die in den theorielosen Jahrzehnten vergessenen Vorurteile, Fehldeutungen und Missverständnisse« über dessen Denken »wiederentdeckt und wiederbelebt«, so Horst Heimann, der damalige Vorsitzende der Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus. Das galt für jene, die Bernstein »als Verräter an der Arbeiterbewegung« zeichneten und denen als Bestätigung dafür galt, dass auch Leute wie »Helmut Schmidt Bernsteins Namen mehrmals positiv« erwähnt hatten. Das galt aber genauso für »›rechte‹ Sozialdemokraten«, die Bernstein zwar »loben, lieben und verehren«, dies aber, so Heimann »meist deshalb, weil ihnen der Inhalt seines politischen Denkens unbekannt ist«. Das sollte sich zumindest im kleineren Kreise ändern. Der *Spiegel* registrierte 1977 überrascht, dass Bernstein 45 Jahre nach seinem Tod wieder »auf der Tagesordnung eines sozialdemokratischen Parteitags« stehe, ein entsprechender Antrag an die Hamburger Tagung sorgte damals für Schlagzeilen. Berichtet wurde außerdem, dass der sozialdemokratische Dietz-Verlag »wachsendes Interesse an Büchern von und über Bernstein« registriere. Zwei davon können zu den bis heute wichtigsten Veröffentlichungen gezählt werden: Thomas Meyers im Sommer 1977 erschiene Studie »Bernsteins konstruktiver Sozialis-

mus« und der Bericht über eine im Herbst desselben Jahres abgehaltene Tagung in Freudenberg, die sich mit dessen »historischer Leistung und aktueller Bedeutung« befasste. An der Debatte nahmen prominente Sozialdemokraten, Historiker der Arbeiterbewegung aber auch linke Kritiker des »Revisionismus« aus dem Umfeld der DKP teil.

Schon ein paar Jahre zuvor hatte sich Georg Fülberth 1971 in *Das Argument* des Themas angenommen, auch weil der »Revisionismus« zu einem jener Begriffe geworden war, »die in den letzten Jahren durch undifferenzierte Anwendung verunklärt wurden«. Christoph Butterwegge kritisierte 1978 den »Bernstein-Boom in der SPD« als eine »Flucht nach hinten«, die auch mit der »Erfolglosigkeit sozial-liberaler Regierungstätigkeit« zu erklären sei. Der SPD-Linke Wolfgang Jüttner glaubte damals, der Versuch, in »Bernstein als neuen ›Theoretiker‹ zu entdecken«, werde »keine Resonanz finden.

Zwar gingen die Bemühungen, Bernsteins Wirken kritisch zu aktualisieren, weiter – aber nach 1979 ließ die Aufmerksamkeit dafür wieder spürbar nach. Es mag dafür mehrere Gründe gegeben haben. Ein Teil der SPD-Führung, jedenfalls die pragmatischen Funktionseliten, hatte schlicht kein Interesse an tiefer gehender theoretischer Selbstvergewisserung der praktisch verfolgten Politik. Andere hielten Bernsteins Werk für nicht aktualisierbar, weil sich dessen Anschauung über die tendenziell nachlassende Krisenhaftigkeit des Kapitalismus mit der seit Anfang der 1970er-Jahre sprunghaft steigenden Arbeitslosigkeit nicht vereinbaren ließ. Den Nächsten wiederum schienen aus ganz anderen Gründen Versuche suspekt, Bernstein und den »Revisionismus« marxistisch zu interpretieren. Die politische Debatte jener Zeit drehte sich verstärkt um andere Fragen, etwa den NATO-Doppelbeschluss, und als im Spätsommer 1982 die sozialliberale Koalition scheiterte, waren manchen auch die letzten Gründe abhandengekommen, nach einer theoretischen Untermauerung realer sozialistisch orientierter Reformpolitik zu suchen.

Bernstein in der DDR

In der DDR konnte das Interesse gar nicht erst nachlassen, Bernstein war dort von Anfang an ein politisches Tabu geblieben. Das hieß nicht, dass über ihn geschwiegen wurde, aber er blieb dem Verdikt Luxemburgs und anderer folgend die »Inkarnation des ›Verrats an der Arbeiterklasse‹ und der Abkehr vom Marxismus«. So hat es Jahre nach der Wende von 1989 der Rechtshistoriker Jürgen Schuster formuliert, sein »Plädoyer für einen Verfemten« löste im Jahr 2000 eine kleine Debatte im PDS-Umfeld aus. Protagonisten waren Leute, die auch schon vor der Wende als Ökonomen, Juristen und Schriftsteller einen Namen hatten: Hermann Kant war dabei, Gerhard Zwerenz, Harry Nick und andere. Es ging dabei nicht allein um Bernstein, um die Frage, ob und wie weit man sich bei der Berufung auf diesen von Marx wegbewegen würde, nicht nur um die Richtung der Politik der PDS. Sondern eben und vor allem auch: um die Nicht-Auseinandersetzung mit einem der wichtigsten sozialistischen Theoretiker der Jahrhundertwende.

Schuster hatte daran erinnert, dass »Möglichkeiten, Texte von Bernstein zu lesen und sich ein eigenes Urteil zu bilden«, wie »in der DDR üblich, weitgehend ausgeschlossen« waren. »Umso ausführlicher wurden willkürliche Interpretationen und Entstellungen seiner Texte verbreitet.« In den offiziösen DDR-Darstellungen sei am Ende bloß »eine grob entstellte Version seiner Aussagen« übrigblieben. Dies wurde nun in deutlicher Weise auch als intellektueller Verlust beschrieben, als eine ausgelassene Chance politischer Selbstkorrektur. Bernstein habe Einsichten und Erkenntnisse vorgeschlagen, »die uns braven DDR-Marxisten, die wir uns so erhaben gegenüber den Revisionisten und Opportunisten fühlten, erst durch den weltweiten Zusammenbruch des Staatssozialismus gewissermaßen eingeprügelt werden mussten«. Hier wurde mehrerlei angesprochen: die Pappkameraden-Strategie, mit der Bernstein als »Stammvater des Revisionismus« dargestellt wurde, ohne dass die Mehrheit überhaupt wissen konnte, was der Mann theoretisch oder politisch dachte; die politische Instrumentalisierung gegen jeden von der offiziellen Linie abweichenden Gedanken;

die damit einhergehende theoretische Selbstbeschädigung, die letzten Endes auch zur Unfähigkeit führte, auf die Entwicklung in der DDR korrigierend einzuwirken.

Schuster merkte damals auch an, dass Bernstein »das Odium des Abtrünnigen und Verwerflichen« bei vielen Linken »bis heute nie ganz verlassen« habe. Der Ökonom Harry Nick bestritt dem vergessenen Theoretiker denn auch, an einer sozialistischen Gesellschaft jenseits des Kapitalismus noch interessiert gewesen zu sein. Marxens »originäre Idee« sei dagegen »die sozialökonomische Notwendigkeit des Sozialismus« gewesen. Mit Blick auf die immerwährende Programmdebatte der PDS bleibe die Frage entscheidend, so Nick: »Sind wir wieder bei Rosa Luxemburg? Oder bei Eduard Bernstein?« Das sahen nicht wenige Leserinnen und Leser des einstigen Zentralorgans der SED auch so. Schuster sah sich aufgefordert, sich auch noch einmal zu Wort zu melden: Verschiedene Reaktionen auf sein »Plädoyer für einen Verfemten« hätten »eindrucksvoll die Lebensdauer von überkommenen ideologischen Feindbildern« veranschaulicht, »so sehr die auch von der politischen Realität widerlegt sind«.

Schusters Urteil war schonungslos aber angebracht. Er legte dabei einen Punkt frei, der typisch für die Nicht-Auseinandersetzung mit Bernstein in der DDR war: der argumentfreie Luxemburg-Verweis. Man musste in der Regel nur die zur Ikone gemachte KPD-Mitgründerin ins Feld führen und schon galt eine Aussage als begründet. Schon die Feststellung, Luxemburg sei Bernsteins entschiedenste Kontrahentin gewesen, reichte praktisch aus. Die Verdammung Bernsteins in der offiziösen SED-Darstellung hatte keine Erkenntnis mehr zum Ziel, bezweckte nicht theoretischen Fortschritt, kritische Analyse oder auf die soziale Wirklichkeit bezogene Auseinandersetzung. Sie diente allein der Legitimation einer Herrschaft, die zwar ständig von der historischen Mission und der Wahrheit redete, sich aber ganz offenbar so unsicher über beides war, dass sie zu autoritären Praktiken greifen musste.

Ausführlichere Darstellungen, die sich mit Bernstein auseinandersetzen, sind für die DDR-Zeit rar. Der abfällige Tenor

änderte sich über die gesamte Zeit nicht. Dies galt nicht nur für propagandistische Wortmeldungen. Von Erika König erschien 1964 »Vom Revisionismus zum ›demokratischen Sozialismus‹«. Hier wird gegen Bernstein mehr polemisiert denn argumentiert, da ist vom »revisionistischen Blödsinn« die Rede, von einem »opportunistischen Sumpf« und so fort. In der mehrbändigen »Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung«, die von einem SED-Institut 1966 herausgegeben wurde, folgt die Darstellung ebenfalls der üblichen Linie: So wenig wie möglich über Bernstein, so viel wie möglich gegen ihn. Anders einzuordnen sind etwa die Arbeiten von Dieter Fricke, der als Direkter des Historischen Institutes der Universität Jena viel über Bernstein und dessen Umfeld publizierte. Einer der wenigen Bernstein-Experten der DDR, Manfred Tetzel, hatte 1982 mit einem »Beitrag zu einer kritischen Analyse der gesellschaftstheoretischen Auffassungen Eduard Bernsteins« promoviert. Er erinnerte nach der Wende daran, dass der Sozialdemokrat innerhalb der akademischen Szene »nie eine Unperson« gewesen sei, gestand aber zu, dass er »sicher nicht in dem Maße, wie es ihm gebührte, gewürdigt wurde«.

Der Umgang mit Bernstein in der DDR war nicht zuletzt eine Reaktion auf die Rezeption in der BRD. Als diese dort in den 1970er-Jahren eine kleine Renaissance erlebte, die wiederum ein Ausdruck programmatischer Debatten in der Sozialdemokratie und der gesellschaftlichen Linken war, befleißigte sich auch die Akademie für Gesellschaftswissenschaften in der DDR – eine Forschungsgruppe wurde gebildet, die sich, in Tetzels Worten, »um eine tiefgründigere Analyse seiner gesellschaftstheoretischen Anschauungen« bemühen sollte. Ein Ergebnis dieser akademischen Befassung war die 1984 erschienene Studie »Philosophie und Ökonomie oder Das Exempel Bernstein«.

Nur ein kurzer Auftritt

Zum Bernstein-Bild gehört auch die kurze Episode, in welcher er dem Programm der PDS als Traditionsbezug diente. In der unmittelbaren Wendezeit hatte es von verschiedener

Seite in der sich transformierenden SED Hinweise auf Bernstein gegeben. Dies geschah vor allem in selbstkritischer und die Geschichte der DDR-Verzerrung aufarbeitenden Weise. Anfang Januar meldete sich dann im *Neuen Deutschland* ein »Sozialdemokratischer Studienkreis« zu Wort, der sich am 140. Geburtstag Bernsteins gegründet hatte. Die PDS solle »anstatt großer utopischer Endziele endlich wieder die Bewegung der Gesellschaft, den sozialen Fortschritt und die Mittel zu seiner Verwirklichung in den Blick« nehmen. Kurz darauf beschloss die PDS ein neues Programm – und darin tauchte der Name Bernstein auf. »Wir schöpfen aus der Geschichte des humanistischen Denkens«, hieß es in dem Programm dann schließlich, »insbesondere aus den dialektischen und materialistischen Auffassungen von Karl Marx und Friedrich Engels, Eduard Bernstein und Karl Kautsky, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, W.I. Lenin und Antonio Gramsci und ihrer nachfolgenden vielfältigen Weiterentwicklung. Die Partei nimmt alle diese Idee kritisch in sich auf.« Das war natürlich ein großer Bauchladen, der von dem Wunsch nach Pluralismus nach der langen nichtpluralistischen Frostphase geprägt war, auch davon, die historische Spaltung der historischen Arbeiterbewegung wenigstens traditionspolitisch zu korrigieren.

Zunächst blieb es aber praktisch nur bei der Nennung des Namens von Bernstein in dem Dokument. Wieder war der Sozialdemokrat zu einer Chiffre geworden, diesmal sollte damit untermauert werden, dass die PDS sich einem demokratischen Sozialismus verbunden fühlt. Aber zugleich war es auch eine leere Geste, weil sie ohne wirkliche Auseinandersetzung auskam. Das hatte sogar rein praktische Gründe: Abseits akademischer »Giftschränke« war Literatur von Bernstein in der DDR schwer zu haben. Auf das Problem wies der damalige PDS-Chef Gregor Gysi in interner Runde im Mai 1990 hin: »Fast niemand hierzulande hat Schriften von Bernstein oder Kautsky im Original lesen können«. Notwendig erschien es Gysi deshalb, »schnell Abhilfe« zu schaffen. Noch im Frühjahr 1990 erschienen im bisherigen SED-Verlag Dietz die »Voraussetzungen« und die beiden autobiografischen Bernstein-Schriften

»Sozialdemokratische Lehrjahre« und »Entwicklungsgang eines Sozialisten«. Doch eine politische Diskussion um den Kurs der sich nun reformsozialistisch verstehenden PDS, die wirklich inhaltlich mit Bernstein zu tun hatte, gab es kaum. Er wurde als Symbol für eine bestimmte Theorietradition oder Politikvariante genutzt, nicht aber als Theoretiker selbst rezipiert. 1993 verabschiedete die PDS dann ein neues Programm. Der Name Eduard Bernstein war daraus verschwunden.

Bernsteins Werk

Bernstein ist gemessen an seiner historischen Rolle ein erstaunlich wenig beachteter Sozialist, ein bis heute »vergessener Theoretiker des Sozialismus geblieben«, so Thomas Meyer 1977. Dies sei sogar »für die Mehrzahl derjenigen Betrachter maßgeblich geblieben«, die seiner Position »mit Sympathie gegenübertreten«. Bernstein, so Hendrik Küpper von der Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus unlängst, »scheint selbst vielen Sozialdemokraten kein Begriff mehr zu sein«. Michael Krätke hat das als »ein Armutszeugnis für die Sozialdemokratie« bezeichnet, »die ihre wichtigsten Theoretiker als tote Hunde behandelt« – sofern sie Marxisten waren.

Die Nichtbeachtung hat eine politische Seite, aber nicht nur diese. Bernstein hat es der Nachwelt nämlich nicht unbedingt einfach gemacht. Erstens lag das in »der Eigenart seines Werks und seines Wirkens selbst«, wie Meyer es formuliert. Sieht man von den »Voraussetzungen« und dem über 20 Jahre später veröffentlichten Buch »Der Sozialismus einst und jetzt« ab, das auf einer Berliner Vorlesungsreihe über verschiedene Aspekte des Sozialismus von 1921 gründet, legte Bernstein seine Gedanken nicht in einer großen Synthese oder zusammenhängenden Darstellung vor. Das hatte zweitens mit seiner »Publikationsstrategie« nach der Rückkehr nach Deutschland 1901 zu tun, weil er die Vereinnahmung durch den politischen Gegner der Sozialdemokratie nicht weiter befeuern wollte.

Meyer spricht von einem »überraschenden Abbrechen der theoretischen Spitze« bald nach seiner Rückkehr. Dennoch publizierte Bernstein weiter gegen Missverständnisse an – er,

der sich als »Parteischriftsteller« sah. Zu seinen Veröffentlichungen zählen Sammelbände, mit denen er seine eigene Reputation zu verteidigen trachtete. Bernstein veröffentlichte viele seiner mündlichen Vorträge, er war ein äußerst produktiver Journalist, dies nicht nur als Autor, sondern auch als Herausgeber. Als Reichstagsabgeordneter kamen Reden und Ausarbeitungen hinzu, sein thematischer Horizont war überaus weit. Er beackerte neue Themenfelder, war als Historiker der Arbeiterbewegung Maßstäbe setzend und trug soziologische Überlegungen zu ihrer Geschichte bei.

Die Historikerin Teresa Löwe-Bahners hat »die politische Publizistik« als Bernsteins »Hauptbetätigungsfeld – und sein Brotberuf« beschrieben. Allein die Liste der Zeitschriften ist eindrucksvoll, in denen seine Artikel erschienen: Zunächst im *Sozialdemokrat*, später in der *Neuen Zeit*, bis sich das Blatt gegen die »Revisionisten« positioniert hatte. 1901 gründete er die monatlich erscheinenden *Dokumente des Sozialismus*, die nur wenige Jahrgänge erlebten. Hier zeigte Bernstein, »was er als Intellektueller, als Marxist für die SPD und die ganze sozialistische Bewegung leisten konnte und wollte« (Michael Krätke). Die Dokumente hatten einen weiten, internationalen Horizont; es wurden linke Literatur und Programmschriften sozialistischer Organisationen aus dem In- und Ausland vorgestellt, Texte aus dem Nachlass von Marx und Engels erschienen neben Kommentare und Analysen. Ein 1904 gestarteter Versuch *Das neue Montagsblatt* zu etablieren, scheiterte nach wenigen Monaten. Inzwischen waren die *Sozialistischen Monatshefte* zur publizistischen Heimat geworden. Seit 1907 war Bernstein Berliner Korrespondent der linksliberalen britischen Wochenzeitung *The Nation*, die Arbeit endete mit dem Kriegsausbruch 1914. In das Jahr fällt auch sein Bruch mit den *Monatsheften*. Sein publizistisches Schaffen konzentrierte sich nun vor allem »auf zwei Themen: Kriegsschuld und Koalitionsfrage«, so Löwe-Bahners. Nach dem Krieg publizierte er in einigen bürgerlich-pazifistischen Blättern. Aber die Auseinandersetzungen um die Kriegsschuldfrage machten es Bernstein mit seiner Position immer schwerer, publizistischen Raum

zu finden. Fast drei Jahre war er »innerhalb der sozialdemokratischen Öffentlichkeit weitgehend zum Schweigen verurteilt«. Spätestens seit Anfang der 1920er-Jahre hatte er »in der deutschen sozialistischen Presse tatsächlich kein Sprachrohr mehr«.

Bernstein war inzwischen über 70 Jahre alt, einer der letzten großen Sozialdemokraten aus der Zeit von Marx, Engels, Bebel und anderen. Setzt man die Anstrengungen dagegen, mit denen die Nachlässe anderer großer Sozialisten erforscht und teils herausgegeben wurden, fällt der Umgang mit Bernsteins schriftlicher Hinterlassenschaft außerordentlich dünn aus. Noch immer liegen unveröffentlichte Manuskripte weitgehend unbeachtet in Archiven, vor allem im International Institute of Social History in Amsterdam. Weitere Sammlungen aus Bernsteins Nachlass finden sich unter anderem im Archiv der Sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn.

Zur Auswahl der Texte

Die nachfolgenden drei Aufsätze Bernsteins aus den Jahren 1901, 1909 und 1911 können nur einen winzigen Ausschnitt aus dem Werk Bernsteins vorstellen. Ihre Auswahl folgt erstens der Überlegung, ein möglichst breites Bild seiner Denkweise auf sehr kleinem Raum zu geben und dies mit Texten, die in sich geschlossen sind. Denn ein beträchtlicher Teil der Publikationen Bernsteins gehen aus aktuellen publizistischen Kontroversen hervor, beziehen sich auf andere Streitfragen, sind Reaktionen auf Texte anderer, ohne deren Kenntnis ein Verständnis der Argumente erschwert wird. Auch deshalb entstammen zwei der drei Beiträge einer auf die unmittelbare Zeit der »Revisionismus«-Debatte erst folgenden Periode, ihnen lassen sich auch Bernsteins rückblickende Reflexionen entnehmen.

Ein weiterer Aspekt, der für die Auswahl mitbestimmend war, ist die heutige Verfügbarkeit von Bernstein-Texten. Zwar sind inzwischen auch viele zeitgenössische Publikationen digitalisiert worden und frei im Internet verfügbar. An gedruckten und aktuell lieferbaren Bernstein-Werken mangelt es jedoch. Am leichtesten mag noch der Zugriff auf die »Voraussetzungen« sein, von denen es viele Auflagen und mehrere spätere Neudrucke gibt. Ähnlich ist die Lage beim 1922 erstmals erschienenen Werk »Der Sozialismus einst und jetzt: Streitfragen des Sozialismus in Vergangenheit und Gegenwart«, das mehrere Neuherausgaben erlebte. Zwei der hier vorgestellten Texte sind zuletzt 1976 in der Internationalen Bibliothek im Verlag J.H.W. Dietz Nachf. veröffentlicht worden; der Amsterdamer Vortrag »Von der Sekte zur Partei« lag bisher nur in der Erstausgabe von 1911 vor. Wo es sinnvoll erschien, wurden Hinweise auf Personen und Ereignisse in Fußnoten ergänzt. Die Orthografie wurde den aktuellen Regeln angepasst, kleinere Fehler stillschweigend korrigiert.

Eduard Bernstein beim Spaziergang 1932. Eine der letzten Aufnahmen Bernsteins.

Eduard Bernstein
Der Revisionismus in der Sozialdemokratie[1]

Das Aufkommen des Namens Revisionismus

Der Herr Vorsitzende hat in seiner freundlichen Ansprache von Gegensätzen in der Sozialdemokratie zwischen *Marxisten* und *Revisionisten* gesprochen. Ich halte diese Gegenüberstellung für nicht ganz richtig und werde im Laufe des Vortrages Gelegenheit haben, an ihr eine mir nötig erscheinende Korrektur vorzunehmen. Vorerst aber will ich an den Ihnen nicht unbekannten Umstand anknüpfen, dass in der Tat sich in verschiedenen Ländern in der Sozialdemokratie seit einiger Zeit Strömungen oder Elemente zeigen, die als revisionistisch bzw. Revisionisten bezeichnet werden. Ich sage absichtlich bezeichnet *werden*, weil die Betreffenden sich keineswegs – und am allerwenigsten ursprünglich – den Namen selbst beigelegt haben.

Der Name Revisionist ist ein aufgedrängter, von Dritten gebildeter, kein frei gewählter Name. Aber Beispiele von der Einbürgerung so entstandener Namen haben wir oft in der Geschichte gehabt. Wer die Geschichte der großen Volksparteien oder Volksbewegungen kennt, der weiß auch, wie oft gerade solche aufgedrängten Namen alsbald von den betreffenden Parteien, sei es aus Trotz, sei es aus Gleichgültigkeit gegen Worte, als Bezeichnung für ihre Bewegung aufgenommen und von ihnen selbst gebraucht worden sind. Um nicht von den Parteien des Altertums zu reden, ist das im Mittelalter

1 Am 4. April 1909 hielt Eduard Bernstein im Saale des Handwerkervereins von Amsterdam einen Vortrag, zu dem der Amsterdamer Studentenverein für soziale Studien gemeinsam mit der juristischen Abteilung der Amsterdamer Studentenschaft eingeladen hatte. Wie Bernstein anmerkt, hätte neben »studierten Leuten« auch »eine größere Anzahl von Angehörigen der sozialistischen Arbeiterbewegung Hollands« teilgenommen. Die Druckfassung des Vortrags wurde von Bernstein stilistisch überarbeitet, »aber an keiner Stelle materiell abgeändert«. Der Vortrag erschien 1909 in der Verlags-Gesellschaft Martin G. Cohen Nachfolger, Amsterdam. [T.S.]

in Italien bei der Reformpartei der Fall gewesen, die von ihren Gegnern *Patarener*, d. h. Partei der Lumpensammler, genannt wurde. Desgleichen im Reformationsalter: Der Name *Protestant* war ursprünglich ein Spottname. Ebenso hat man in der Geschichte der Niederlande in dem berühmt gewordenen Beinamen *Geuse*[2] ein Beispiel. In der großen englischen Revolution war der Name der bedeutungsvollen Sekte der *Quäker* anfangs ein Schimpfname. Und nicht anders steht es mit der Benennung der zwei großen historischen Parteien Englands, der *Whigs* und *Tories*. *Tory* bedeutete ursprünglich »Räuber«, *whig* heißt /5/[3] »saure Milch«.[4] Mit diesen Namen schimpften sich die Parteien erst gegenseitig, dann aber hat jede die ihr vom Gegner beigelegte Bezeichnung ruhig akzeptiert und weiter getragen, und so schlimm wie »saure Milch«, ist der Name *Revisionist* gewiss nicht. In der neueren republikanischen Bewegung Frankreichs finden wir den Namen *Opportunisten* zuerst als Schimpfnamen für die von Gambetta[5] geführten Republikaner, und als es 1881–1882 in der französischen Sozialdemokratie zu einer Spaltung kam, wurde die eine Richtung von der anderen verächtlich *Possibilisten* genannt, und auch sie hat den als Schimpftitel gedachten Namen dann mit Ruhe getragen. In den Vereinigten Staaten von Amerika gab und gibt es Politiker, die erst von ihren Gegnern *mugwumps* (= Indianerhäuptlinge) getauft wurden und dann sich mit Humor selbst so nannten. Kurz, solche Namen werden auf irgendwelche Äußerlichkeit hin geprägt und dann nimmt man sie allgemein an.

Wer sind und was wollen nun die sozialistischen »Revisionisten«? Das Wort ist noch jungen Datums. Es sind etwa sieben bis acht Jahre her, dass in Deutschland in der Sozialde-

2 Name niederländischer Freiheitskämpfer während des Achtzigjährigen Krieges von 1568 bis 1648. Der Begriff leitet sich aus dem französischen Wort *gueux* für »Bettler« ab. [T.S.]

3 Angabe der Originalseitenzahlen nach der Ausgabe von 1909. [T.S.]

4 Nach andrer Auffassung ist der Name *whig* von *whiggamore* (= Pferdetreiber) abgeleitet.

5 Léon Gambetta (1838–1882) war ein republikanischer Politiker in Frankreich, u. a. erster Innenminister der »Dritten Republik« (1870/71) und Präsident des Ministerrates (1881/82). [T.S.]

mokratie der Name Revisionist zuerst gebraucht wurde, und zwar geschah es im Anschluss an das damals veröffentlichte Buch eines Mannes, der seitdem aus der deutschen sozialdemokratischen Bewegung verschollen ist, die Schrift des Dr. Alfred Nossig[6] »Die Revision des Sozialismus«, eine Arbeit, die, trotz meines Erachtens recht guter Einzelheiten, von allen Sozialdemokraten, d. h. auch von den Leuten, die man jetzt Revisionisten nennt, zurückgewiesen wurde. Dr. Nossig hat sich, wie bemerkt, seitdem aus der Partei zurückgezogen, der Name Revisionist ist aber geblieben, und ist dann wahllos auf alle diejenigen Sozialisten angewandt worden, die – darunter auch meine Persönlichkeit – sich der überlieferten Theorie der Sozialdemokratie kritisch gegenüberstellen.

In diesem Sinne der Kritik der überlieferten sozialistischen Lehre oder ihrer Auslegung ist der Begriff Revisionismus jedoch in der deutschen Sozialdemokratie etwas älter. Schon auf ihrem Parteitag, der im Jahre 1895 in Breslau tagte, /6/ erklärte ein Delegierter, der 1902 verstorbene, sehr begabte Dr. Bruno Schoenlank[7]: »Es geht eine Revision der Vorstellungsweise in der Partei vor sich.« Er bezog das damals auf die Agrarfrage und verlangte die Anpassung der Haltung der Partei an die geänderte Entwicklung der landwirtschaftlichen Verhältnisse, hat aber späterhin die Sache der Revision fallenlassen. Er wurde, ich weiß nicht wie, von der beschrittenen Bahn wieder abgelenkt.

Mittlerweile waren aber in den Jahren 1896–1897 in der offiziellen wissenschaftlichen Zeitschrift der deutschen Sozialdemokratie, der *Neuen Zeit*, unter dem Titel »Probleme des Sozialismus« einige Aufsätze von mir erschienen,[8] die an

6 Alfred Nossig (1864–1943) war ein polnischer Schriftsteller, Publizist, Künstler und Statistiker. Sein Buch »Revision des Sozialismus« erschien in zwei Bänden 1901 und 1902 (Akad. Verl. f. soziale Wiss. Dr. Edelheim, Berlin/Bern). [T.S.]

7 Bruno Schönlank, auch Schoenlank (1859–1901), war ein sozialdemokratischer Politiker, u. a. Reichstagsabgeordneter (1893–1901) und Journalist, Chefredakteur der *Leipziger Volkszeitung* (1894–1901), die unter seiner Ägide zu einer führenden sozialdemokratischen Tageszeitung wurde. [T.S.]

8 Die zwischen 1896 und 1898 in der *Neuen Zeit*, dem theoretischen Organ der SPD, veröffentlichte Artikelserie Eduard Bernsteins, mit der die Revisionismusdebatte eröffnet wurde. [T.S.]

einer ganzen Reihe von in der Sozialdemokratie verbreiteten Anschauungen Kritik übten, und ihnen folgte im Frühjahr 1898 ein Artikel,[9] der sich gegen die Idee einer zu erwartenden großen, die ganze moderne Gesellschaft erschütternden und zum Sturz bringenden ökonomischen Katastrophe wandte. In diesem Artikel ließ ich gegen einen Vertreter der Katastrophenidee, der damals Karl Kautsky und mir vorgeworfen hatte, in unsern Aufsätzen sei vom Endziel des Sozialismus nie die Rede, beiläufig die Worte fallen: »Was man so gemeinhin Endziel des Sozialismus nennt, das ist mir gar nichts, die Bewegung ist mir alles!« Unter Bewegung, setzte ich hinzu, verstünde ich sowohl die große allgemeine soziale Entwicklung wie speziell die Bewegung der Arbeiterklasse. Der Ausspruch ward aus bestimmten Gründen von den deutschen bürgerlichen, namentlich den bürgerlich-liberalen, Parteien aufgegriffen, und speziell glaubte ihn die damals neu gebildete Partei der Nationalsozialisten[10] gegen die Sozialdemokratie ausspielen zu können. In der Partei aber ward mein Artikel von etlichen Leuten scharf kritisiert und die Forderung erhoben, der kommende Parteitag solle gegen ihn Stellung nehmen. Es war dies der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie, der im Herbst 1898 in Stuttgart tagte. An ihn richtete ich als Antwort auf jene Angriffe eine Zuschrift, die später von mir in einem noch zu erwähnenden Buch abgedruckt wurde und in der ich mich über die hauptsächlichen Streitpunkte ziemlich deutlich aussprach. Um diesen Vortrag nicht zu lang auszudehnen, will ich darauf verzichten, die Zuschrift hier zu verlesen, sondern bemerke nur, dass, was ich damals /7/ geschrieben habe, noch heute mein Glaubensbekenntnis ist. Die Zuschrift fand in Stuttgart einige Opposition, und nach dem Kongress wurde ich von damaligen Freunden aufgefordert, meine Ansichten in einem Buch zusammenhängend niederzulegen. So ent-

9 Eduard Bernstein: Der Kampf der Sozialdemokratie und die Revolution der Gesellschaft, in: Die Neue Zeit, Bd. 1, 18/1898, S. 548–557, hier: 556. [T.S.]

10 Der Nationalsoziale Verein war eine von Friedrich Naumann gegründete Partei, die nationalistische, sozialreformerische und liberale Ziele verband und sich 1903 auflöste. Die meisten Mitglieder traten daraufhin der wirtschaftsliberalen Freisinnigen Vereinigung bei. [T.S.]

stand die vor jetzt zehn Jahren herausgekommene Schrift »Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie«, die seitdem acht Auflagen erlebt hat und in verschiedene Sprachen übersetzt worden ist. In ihrem Vorwort findet man die vorerwähnte Zuschrift an den Stuttgarter Parteitag abgedruckt, und innerhalb bestimmter Grenzen ist sie als eine der grundlegenden Schriften derjenigen sozialistischen Richtung zu betrachten, die man in Deutschland Revisionisten nennt. Von anderen größeren Publikationen dieser Richtung ist wohl die bedeutendste die meines Erachtens ausgezeichnete Arbeit meines Parteigenossen Dr. Eduard David[11] »Der Sozialismus und die Landwirtschaft.«

Weitere Revisionisten, und zwar solche, die sich den Namen ruhig gefallen lassen, sind von deutschen Sozialdemokraten Dr. Joseph Bloch, der Redakteur der *Sozialistischen Monatshefte*; Adolf von Elm, ein aus der Arbeiterklasse hervorgegangener, außerordentlich tätiger Mann, der lange Zeit Reichstagsabgeordneter war, das letzte Mal aber unterlegen ist; Edmund Fischer, ebenfalls aus der Arbeiterklasse hervorgegangen und bisher Reichstagsabgeordneter; Paul Kampffmeyer, jetzt Redakteur der *Münchener Post*, ein sehr fruchtbarer Schriftsteller; Paul Löbe, Redakteur in Breslau; Heinrich Pëus, Redakteur in Dessau; Robert Schmidt, Redakteur und Reichstagsabgeordneter, Reichsarbeitssekretär der deutschen Gewerkschaftsverbände, und viele mehr.[12]

11 Eduard David (1863–1930) war Reichstagsabgeordneter der SPD (1903–1918) und gilt als Wegbereiter der Burgfriedenspolitik. 1919 wurde David Präsident der Weimarer Nationalversammlung und hatte in der Weimarer Republik mehrfach Ministerämter inne. [T.S.]

12 Joseph Bloch (1871–1936) gründete 1895 das sozialdemokratische Theorieorgan *Der Sozialistische Akademiker* mit, aus dem 1897 die *Sozialistischen Monatshefte* hervorgingen. Unter Blochs Leitung wurde die von der SPD unabhängige Publikation zu einem wichtigen Debattenort der Sozialdemokratie. Adolf von Elm, auch Adolph Johann von Elm (1857–1916), war Gewerkschafter und von 1894 bis 1907 Reichstagsabgeordneter der SPD. Er war Gründer der gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Versicherungsaktiengesellschaft Volksfürsorge. Georg Edmund Fischer (1864–1925) war Reichstagsabgeordneter der SPD (1898–1907, 1912–1918) und ständiger Mitarbeiter der *Sozialistischen Monatshefte*. Paul Kampffmeyer (1864–1945) war ein den Sozialdemokraten nahestehender Publizist, 1921 bis 1933 leitete er das SPD-Parteiarchiv, 1925 gehörte er der Programmkommission für das Heidelberger Programm an. Paul Löbe (1875–1967) war von 1903 bis 1919 Chefredakteur der sozialdemokratischen Breslauer *Volkswacht*

Was vertreten nun diese Leute, die ich hier aufgezählt habe? Haben sie ein bestimmtes Programm? Bis jetzt ist dies noch nicht der Fall. Man wird sogar, wenn man ihren Ansichten näher nachforscht, bei ihnen in vielen Punkten in Bezug auf Theorie und Praxis Meinungsverschiedenheiten finden. Ich will dafür ein Beispiel in Bezug auf die Praxis vorführen. Einige Revisionisten – ich nannte schon Dr. Bloch; ich könnte einen zweiten, sehr fleißigen und tüchtigen Mann nennen: Richard Calwer[13] – vertreten den Standpunkt, dass Deutschland in der Handelspolitik zurzeit nicht ohne /8/ gewisse Schutzzölle auskommen könne, während David, meine Person und andere der Ansicht sind, die moderne Arbeiterklasse müsse unbedingt den Grundsatz des freien Austausches zwischen den Völkern hochhalten und alle Schwierigkeiten, die mit dem Wegfall der Schutzzölle verbunden sein können, auf anderm Wege zu lösen suchen. Solche Meinungsverschiedenheiten nun gibt es bei den Revisionisten noch mehr. Das kann aber keineswegs von vornherein gegen diese Richtung sprechen. Wer die Geschichte der Parteien zurückverfolgt, wird auf die Tatsache stoßen, dass alle Parteien, die aus kritisch angelegten Naturen zusammengesetzt sind, bzw. bei denen die Kritik im Vordergrund steht, außerordentlich schwer auf bestimmte Satzungen festzulegen sind. Und so kann auch die Tatsache, dass die Revisionisten in vielem uneinig sind, nicht als Beweis einer Minderwertigkeit der Bewegung angeführt werden.

Aber man wird fragen: In einem Punkte mindestens müssen diese Leute doch unter sich einig sein. Eines muss ihnen doch gemeinsam sein, und was ist dieses Eine? Das nun bringt

und von 1920 bis 1933 Reichstagsabgeordneter der SPD. Er amtierte zeitweise als Reichstagspräsident. Von 1949 bis 1953 war Löbe Bundestagsabgeordneter. Wilhelm Heinrich Pëus (1862–1937) war von 1891 bis 1933 Redakteur des *Volksblattes für Anhalt* sowie Reichstagsabgeordneter der SPD (1896–98, 1900–06, 1912–18, 1928–30). Robert Schmidt (1864–1943), war von 1893 bis 1903 Redakteur des *Vorwärts*, und amtierte später in der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Schmidt war Reichstagsabgeordneter der SPD (1893–98, 1903–18, 1919–30) und hatte in der Weimarer Republik mehrfach Ministerämter inne. [T.S.]

13 Richard Calwer (1868–1927) war Journalist und Ökonom. Nach dem Eintritt in die SPD 1891 war er Redakteur mehrerer sozialdemokratischer Blätter und Reichstagsabgeordneter der SPD (1898–1903). 1909 trat er aus der SPD aus. [T.S.]

mich auf die Bemerkung unseres verehrten Vorsitzenden zurück, in der er von Marxisten und Revisionisten sprach, als ob es hieße: hier Bekenner des Marxismus und dort Revisionisten. Es ist das sogar eine weitverbreitete Auffassung, ich kann sie aber als richtig nicht anerkennen. Denn wenn sie zuträfe, so würde das voraussetzen, dass ein Revisionist notwendigerweise ein *Antimarxist* sein müsse. Mir ist aber kein Revisionist bekannt, auf den diese Bezeichnung zutreffen würde.

Der Grundgedanke des Marxismus

Antimarxist ist zunächst nur ein andrer Ausdruck für Gegner der marxschen Theorie. Was aber sind die Fundamente, was sind die Grundgedanken der marxschen Theorie? Was ist die Grundauffassung, welche die marxsche Lehre unterscheidet von den Lehren der Sozialisten, die Marx vorausgegangen waren? Es ist die stärkere und tiefere Erfassung des *Entwicklungsgedankens*, der *Evolutionsbegriff* in prinzipiellerer Durchführung, als bei irgendeinem andern Sozialisten vor und zur Zeit von Marx. Diejenigen Sozialisten, /9/ die Marx vorangegangen waren, waren meist Utopisten, teils mehr, teils weniger phantastisch angelegt, jedenfalls *spekulative* Naturen, die sich in der Idee eine Gesellschaft ausmalten, die besser sein würde als die gegenwärtige, Leute die eine denkbar beste Gesellschaft sich als Ziel aufstellten und zu erstreben suchten. Oder es waren Reformer, die irgendwelche opportun erscheinende umfassende soziale Reform oder Reformen aufgriffen und in den Vordergrund stellten, aber ohne eine tiefe, grundlegende Analyse der bestehenden Gesellschaft, ohne dass sie diese Reform direkt aus den gegebenen Bedürfnissen heraus abzuleiten vermochten, ohne dass sie fragten: Wie stimmt die Reform überein mit dem ganzen Entwicklungsgange der Gesellschaft, ihren gewordenen Daseinsbedingungen und Kräften? Im Gegensatz dazu vertritt Marx die Auffassung der modernen Gesellschaft als eines sich entwickelnden Organismus, der sich ebenso wenig willkürlich ändern wie willkürlich versteinern lässt, der vielmehr seine durchaus eignen Entwicklungsgesetze hat – Gesetze, die von denen, die an ihm refor-

mieren wollen, gründlich studiert werden müssen. Dieser große Gedanke findet sich schon in frühen Schriften von Marx ausgesprochen, am systematischsten zusammengefasst aber hat ihn Marx im Vorwort zu der Schrift, die er unter dem Titel »Zur Kritik der politischen Ökonomie« im Jahre 1859 veröffentlicht hat,[14] in demselben Jahre, in dem das erste große Buch Darwins über die Entwicklungstheorie in der organischen Natur erschienen ist,[15] und man kann sehr wohl und mit großem Recht diese beiden Publikationen nebeneinanderstellen. Man kann es als einen Zufall bezeichnen, dass sie in demselben Jahre erschienen sind, aber es ist nicht so zufällig, dass sie in derselben Geschichtsepoche, in derselben Zeitperiode entstanden sind. Sie atmen in ihren Grundgedanken den gleichen Geist.

Darwins Buch entwickelt den Gedanken, dass die Veränderungen der Lebewesen nicht auf willkürliche Eingriffe eines Schöpfers zurückzuführen sind, sondern ursächlich aus den Lebensbedingungen dieser Wesen erklärt werden müssen, und was Darwin hinsichtlich der Entstehung von neuen Formen und Arten der Pflanzen und Tiere ausführt, entwickelt Marx mit Bezug auf die Entwicklungsgeschichte der menschlichen Gesellschaften. Natürlich sind die /11/ Entwicklungsbedingungen dieser in wesentlichen Punkten andere, weil sowohl die Pflanzenwelt wie auch die Tierwelt sich im Ganzen unbewusst, absichtslos entwickeln, während die Menschheit sich im Laufe der Zeit ihrer Entwicklungsbedingungen bewusst wird und sich auch immer mehr bewusst wird, wofür sie kämpft. Aber selbst diese Bewusstheit hilft den Menschen nicht über jegliche Gebundenheit hinweg, sie macht nach der marxschen Theorie die Entwicklung der Gesellschaft noch nicht zur Sache der Willkür. In ihrem Entwicklungsgang bleibt die Menschheit gebunden an ihre eigenen Existenzbedingungen. Mit andern Worten: Es ist zuletzt die Ökonomie, die Art und Weise – ich füge hinzu, da die Natur ja selbst das wich-

14 Karl Marx: Zur Kritik der politischen Ökonomie, in: ders./Friedrich Engels: Werke [MEW], Berlin 1956ff., Bd. 13, S. 3–160. [T.S.]

15 Charles Darwin: Über die Entstehung der Arten, London 1895. [T.S.]

tigste Stück Ökonomie ist – und die Naturbedingungen der Produktion der Lebensgüter, welche den letzten entscheidenden Faktor bilden in der Geschichte der Wandlung der menschlichen Gesellschaften. Ein Gedanke, der zwar schon früher, schon vor Marx geäußert worden ist, aber nicht in der präzisen Form, die Marx ihm gegeben hat. Vor allem gebührt Marx das Verdienst, dass er als Theoretiker der Gesellschaftsentwicklung zurückgegangen ist auf die Geschichte der menschlichen Arbeitsmittel, sie zurückgeführt hat auf die *Entwicklung des Werkzeugs*, dieser »Verlängerung der Organe des Menschen«.

Das Werkzeug bestimmt die Art und Produktivität der Arbeit und durch die Arbeit die Kulturhöhe. Was der Mensch der Natur entlockt, wie der Mensch das Land bestellen kann, wie er die Erzeugnisse des Bodens und die Schätze des Erdinnern weiter verarbeitet, sodass auf bestimmtem Raume mehr Menschen wohnen als vorher, dies alles hängt zuletzt ab von der Natur der Werkzeuge, die den Menschen jeweilig zur Verfügung stehen. Der Verkehr der Menschen, die Ansiedelungsweise der Menschen, die Herrschaftsverhältnisse, die Klassenbildung im Schoße der menschlichen Gesellschaften werden bestimmt durch die Produktionsverhältnisse, und die Entwicklung von Produktion, Siedlung, Verkehr und Herrschaft wirkt wiederum zurück auf die moralischen Urteile. Auch diese ändern sich, wenn die Existenzbedingungen wesentlich andere geworden sind, und ebenso ändern sich Rechtsbegriffe und Rechtswesen, da andere Anforderungen an das Recht herantreten. Desgleichen müssen die politischen Verfassungen geändert werden, wenn die ökonomischen Grundlagen der Gesellschaft andre geworden sind. Alles das liegt ausgesprochen in der marxschen Theorie. Wenn durch Änderung der Werkzeuge neue Produktionsweisen im Schoß der Gesellschaft sich entwickeln, wenn die Gesellschaft sich damit in ihrer Gliederung ändert, wenn, zuerst unbewusst, neue Klassen sich heranbilden und dann stärker werden und mit wachsenden Ansprüchen in den Vordergrund treten, so kommt stets ein Punkt, von wo ab der Kampf der vorwärtsdrängenden neuen Klassen gegen die alten privilegierten, im Besitz befindlichen

und die Herrschaft ausübenden Klassen ein Kampf um die Herrschaft wird, und so ist die Geschichte der menschlichen Gesellschaften eine Geschichte von Klassenkämpfen, die sich immer wieder von Zeit zu Zeit abspielen, und sich auch in immer neuen Formen abspielen. Das ist der Grundgedanke der marxschen Theorie.

Nun hat man sich dies einseitig auslegen können. Man hat die bestimmende Macht der technisch-ökonomischen Faktoren übertreiben können; man hat vergessen können, dass die Menschen Köpfe haben, die denken, dass Ideen und Ideologien, Moral und Rechtsbegriffe bis zu einem gewissen Grade ihre eigene Entwicklung haben, dass sie für die Kulturentwicklung, ja, für die Produktionsentwicklung selbst mitbestimmende Faktoren sind. Man hat den Begriff Produktionsweise sehr einseitig auffassen können, man hat den Einfluss des ökonomischen Faktors sehr übertreiben können. Ebenso hat man von einer andern Seite her die marxsche Geschichtsauffassung ins Farblose verwässern, den Ideologien zu viel und den ökonomischen Momenten zu wenig bestimmende Macht zuschreiben können. Das ist alles zuzugeben; aber das sind oder wären Irrtümer, Auslegungsverschiedenheiten, und ihre Widerlegung trifft nicht den Kerngedanken der Theorie. Es gibt keinen Sozialdemokraten, ja, ich behaupte, es gibt keinen Theoretiker der Sozialwissenschaft von irgendwelcher Bedeutung, der jenen Kerngedanken nicht im Prinzip angenommen hätte, und wenn das nicht geschehen wäre, so spräche es nicht gegen die Menschen, sondern gegen die Theorie. Eine Theorie, die innere Wahrheit hat, setzt sich über die Parteikämpfe hinweg mit zwingender Gewalt durch. Das aber ist hier der Fall gewesen. Es ist heute fast ein Gemeinplatz in der Wissenschaft, dass, ob /12/ auch die Ideen ein noch so starkes eignes Leben führen, die allgemeinen Rechts- etc. Auffassungen doch zuletzt in den ökonomischen Verhältnissen, in der Beschaffenheit der Gesellschaft, in der Natur der Klassen, aus denen sie sich zusammensetzt, ihre Wurzel haben. Wie sehr Letzteres in der Politik der Fall ist, mag ein kleines Beispiel aus der Geschichte zeigen, und zwar aus der Geschichte der großen englischen Revolution.

In der großen englischen Revolution gab es bekanntlich eine radikaldemokratische Partei, deren Vertreter von ihren Gegnern die *Leveller* genannt wurden, das heißt die Umstürzler, die Gleichmacher, und in der Tat gab es unter diesen Levellern neben einfachen Demokraten und Radikalen auch Kommunisten. Diese Leveller nun arbeiteten auf der Höhe der Revolution einen Verfassungsentwurf aus, den sie *Volksvertrag – agreement of the people* – nannten. Darin formulierten sie die Beseitigung aller Klassenvorrechte ihrer Zeit und forderten sie das gleiche Wahlrecht – aber mit dem Vermerk »für alle, die nicht im Lohnverhältnis stehen«. Hätte man damals einem Leveller in seiner eigenen Sprache gesagt, dieser Vorbehalt sei nicht demokratisch, so würde er ein sehr erstauntes Gesicht gemacht und die Einrede nicht verstanden haben. Denn wer waren denn die, die dadurch vom Wahlrecht ausgenommen wurden, wie sahen die für Lohn arbeitenden Elemente damals aus? Es ist sehr bezeichnend für die Grundlagen der englischen Revolution, dass während Revolutionen erfahrungsgemäß alle Klassen der Gesellschaft nacheinander in den Vordergrund bringen, wir in den Annalen dieser Revolution von keinem Auftreten der Arbeiterklasse lesen. Wir lesen wohl von Aufständen der Lehrlinge in London, aber nichts von solchen der Arbeiter oder von sonstigen Regungen dieser: Die für Lohn arbeitende Gesellschaftsschicht war in England, infolge der damaligen Struktur der Gesellschaft, noch ganz unbedeutend und unentwickelt. Der Arbeiter im Gewerbe wurde, nachdem er sein Gewerbe erlernt hatte, bald selbstständiger Meister. Die Stellung als Lohnarbeiter war für ihn nur eine Durchgangsstelle, angesichts der Vorschrift siebenjähriger Lehrzeit meist eine sehr kurze Epoche im Leben des einzelnen Arbeiters. Infolgedessen stand er seinem Meister nicht als /13/ Klassengegner gegenüber. Er war sozial ein halb Unmündiger, lebte in der Kost beim Meister und machte die Politik seines Meisters mit, er gehörte organisch zu ihm. Der Gedanke, Leuten wie diesen Arbeitern das Wahlrecht zu geben, konnte den Politikern der Epoche gar nicht kommen, die Arbeiter selbst verlangten es nicht und würden die Forderung auch gar nicht begriffen

haben. Das war damals und auch später noch in andern Ländern der Fall. Solange der Stand als Lohnarbeiter ein Durchgangsstand für die erdrückende Mehrheit der Ausgelernten im Gewerbe ist, bilden die Lohnarbeiter auch noch keine Klasse im wahren Sinne dieses Wortes und stellen sie daher auch keine politischen Forderungen.

Der Revisionismus und die marxsche Entwicklungslehre

Wie nun im 17. Jahrhundert die damalige Struktur der Gesellschaft bestimmte politische Anschauungen schaffte, über die sich selbst die radikalsten Politiker der Epoche auch nicht einmal in der Idee hinwegsetzen konnten, so hat die kapitalistische Entwicklung der Neuzeit andere soziale Anschauungen geschaffen, die ohne jeden Theoretiker, ja, ohne jeden Agitator, sich früher oder später überall hätten durchbrechen müssen. Sie schuf eine Arbeiterklasse, von der es heißt: einmal ein Lohnarbeiter, dein ganzes Leben ein Lohnarbeiter. D. h. eine Klasse von Lohnarbeitern, die nicht zeitweise, sondern dauernd von andern ökonomisch abhängig sind, dafür aber nicht, wie die Handwerksgehilfen im Mittelalter, Spätmittelalter und am Vorabend der kapitalistischen Epoche, staatsbürgerlich unmündig sind, sondern die als Lohnarbeiter heiraten, als Lohnarbeiter Familien bilden und damit auch als Lohnarbeiter weitgehende Ansprüche an Staat und Gesellschaft haben und verfechten müssen. Was interessierten den ehemaligen Handwerksgesellen irgendwelche Steuern? Sie trafen ihn selten direkt, sondern meist nur mittelbar durch die Person seines Meisters. Heute trifft den Arbeiter, der Familienvater ist, die ganze Handels- und Steuerpolitik direkt; heute drückt ihn alles, was das Leben verteuert, und infolgedessen ist er ganz anders an allen Vorgängen im Staat interessiert, muss sich notwendig bei ihm das Bedürfnis und Verlangen herausstellen, /14/ in der Gesetzgebung vertreten zu sein, Einfluss auf die Gesetzgebung und Verwaltung zu erhalten.

So musste sich auch naturgemäß, ganz abgesehen von gelegentlichen wirtschaftlichen Konflikten, ein Klassengegensatz herausbilden zwischen den Arbeitern und ihren Kapitalisten

gewordenen Meistern. Die Arbeiter werden sich eines tieferen, sozialen Unterschiedes zwischen ihnen und den Prinzipalen bewusst, ihr Lohnkampf erhält einen sozialen Charakter. Das war bei den Lohnkämpfen im Mittelalter und Spätmittelalter nicht der Fall gewesen. Was es damals an Lohnkämpfen gab, waren meist nur Kämpfe um eine Art Taschengeld, aber keine Kämpfe um Existenzbedingungen. In der Regel aber drehten sich die Kämpfe der Gesellen gar nicht um den Lohn. Der größte Kampf von Handwerksgesellen, der uns aus dem Mittelalter in Deutschland berichtet ist, der zehn Jahre währende Kampf der Bäckerknechte in Colmar im Elsass,[16] drehte sich um die Frage, welchen Platz die Gesellen bei den Kirchenfesten in der Prozession haben sollten. Das scheint heute vielen lächerlich, aber für den mittelalterlichen Gesellen war der Platz in der Prozession keine bedeutungslose Frage, sondern von ziemlicher Wichtigkeit. Man vergesse nicht, welche große Rolle die Kirche damals im Volksleben spielte; es war ein Stück sozialer Bedeutung, die der Platz in der Prozession zum Ausdruck brachte. Aber sie galt dem Gewerbe, nicht der Klasse.

Ganz andere Momente bestimmen den Kampf der Arbeiter in der Gegenwart. Heute ist es der Kampf um Lohn, Arbeitszeit und Arbeitsrecht, der den Bewegungen der Arbeiter aller Berufe den Charakter aufprägt, und so durchdringt, wie die moderne Produktion Arbeiter aller Art in Fabriken und Werkstätten zusammengebracht hat, das Gefühl gleicher Interessen die ganze Arbeiterklasse. Was im Mittelalter und Spätmittelalter zunächst nur individuelle oder partikularistische Bewegungen waren oder Teile von Erhebungen des unterdrückten Volks im Allgemeinen, wird jetzt eine Bewegung der Arbeiter als *Klasse*, die anknüpft an die reellen Bedürfnisse lebenslänglicher Lohnarbeiter, an ihre Rechtsbedürfnisse im Staat, an ihre wirtschaftlichen Bedürfnisse in der Produktion, im Austausch und in der Verteilung der Güter, an ihr soziales Bedürfnis der Anerkennung als Mündige. Im Angesicht /15/ dieser Tatsache nun durften Karl Marx und sein Mitarbeiter Friedrich Engels

16 Streik der Bäckerknechte in Colmar, 1495–1505; vgl. Oskar Allmann: Geschichte der deutschen Bäcker- und Konditorbewegung, 2 Bde., Hamburg 1910. [T.S.]

vom großen sozialen Ziel des Arbeiterkampfes der Neuzeit den Gedanken aussprechen: Die Mittel und Zwecke des Sozialismus müssen nicht *er*funden, sie müssen: *ge*funden werden, d. h, sie müssen in den materiellen und Rechtsbedürfnissen dieser großen, sich immer mehr entwickelnden Arbeiterklasse *entdeckt* werden, schon in den *Bedingungen* der tatsächlichen Entwicklung dieser Klasse *elementar vorliegen*. Sobald dies der Fall ist, bieten sie den sozialistischen Bestrebungen eine viel festere Grundlage dar, als sie irgendwie sonst erdacht werden könnte. Marx und Engels zogen damit den Sozialismus, wenn ich mich so ausdrücken darf, aus dem Gebiete der geflügelten Fantasie herunter auf den harten Boden der realen Tatsachen des gesellschaftlichen Lebens, sie verlegten in höherem Grade als irgendeiner ihrer Vorgänger die sozialistische Theorie aus der Sphäre der spekulativen Deduktion in die der realistischen Induktion.

Das war nun jedoch für die damalige Zeit in den Augen vieler Sozialisten eine arge Einschränkung der sozialistischen Theorie. Vor allem die sozialistischen Utopisten, bzw. ihre mehr oder weniger orthodoxen Schüler – denn die Owen, Fourier, Saint-Simon waren mittlerweile gestorben – die Systemmacher, die ganze Gesellschaftssysteme ausarbeiteten, wunderschöne vollkommene Gesellschaften auf dem Papier, die spekulativ-philosophischen Sozialisten Deutschlands, die sich die wahren Sozialisten nannten, erblickten in der marxschen Lehre eine ungeheure Abschwächung des Sozialismus. Einer der Letztgenannten, Karl Grün, ging so weit, die Forderung der Umwandlung des absolutistischen Staats in einen Verfassungsstaat gelegentlich als einen Verrat am Sozialismus zu bezeichnen. So tief steckte der Sozialismus noch im Utopismus, dass der geniale deutsche Arbeitersozialist Wilhelm Weitling auf die Idee verfiel, man müsse für die Verwirklichung der sozialistischen Ziele die Zuchthäusler aufbieten. All den Leuten, die so und ähnlich dachten, mussten die marxschen Theorien als eine Verkleinerung, wenn nicht eine Preisgabe der großen spekulativ gewonnenen Ideen erscheinen. So auch anderwärts. Erst neulich hat in

einer Gedenknummer des Berliner *Vorwärts* der russische Marxist Georgi Plechanow /16/ erzählt, wie in den achtziger Jahren in Russland diejenigen, welche die marxsche Lehre in der Weise, wie ich sie hier kurz skizziert habe, vertraten, von Volkstümlern und revolutionären Sozialisten spekulativer Richtung angegriffen wurden als Helfer oder freiwillige Diener des Kapitals, weil sie die Notwendigkeit der kapitalistischen Entwicklung für die Entwicklung der Arbeiterklasse betonten, wie das Marx auch getan hat. Was aber damals in Russland geschehen ist, hat sich noch an vielen Orten zugetragen. Eines ist nun dabei noch charakteristisch. Als ich meinen oben erwähnten Satz über das Endziel veröffentlichte, hat derselbe Plechanow mich äußerst heftig angegriffen, es ist ihm aber das Schicksal nicht erspart geblieben, von russischen Revolutionären der »russische Bernstein« genannt zu werden. Die Übersetzung der marxschen Lehre, soweit sie hier entwickelt ist, in die Praxis ist vielen Sozialisten als die Preisgabe des Endziels des Sozialismus erschienen, und in gewissem Sinne *auch mit Recht*.

Denn grundsätzlich hat meines Erachtens die marxsche Theorie in der Tat die Idee vom *Endziel* gestürzt. Es kann für eine Gesellschaftslehre auf der Grundlage des Entwicklungsgedankens kein Endziel geben, die menschliche Gesellschaft wird nach ihr beständig dem Entwicklungsprozess unterworfen sein. Es kann aufgrund ihrer große Richtungslinien und Ziele, aber ein Endziel kann es nicht geben. Selbst was man als zeitweiliges Endziel bezeichnen könnte, soll nicht aprioristisch aus den Köpfen heraus konstruiert, sondern muss aus den praktischen Kämpfen der Bewegung selbst heraus ausgebildet werden.

Nun findet man freilich auch in den marxschen Schriften ein Zukunftsbild angezeigt. So namentlich am Schluss des schon 1847 verfassten »Kommunistischen Manifestes«[17]. Da ist ausgesprochen, dass die Arbeiter, nachdem sie sich der politischen Macht bemächtigt haben, die ganze jetzige Gesellschaft umändern und eine neue Gesellschaft genossenschaftlichen

17 Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, London, Februar 1848, in: MEW, Bd. 4, S. 459–493. [T.S.]

Charakters errichten werden. Aber das ist in so allgemeinen Umrissen angedeutet und entspricht so sehr der sozialen Idee der Arbeiterklasse, wie sie sich aus deren Lebensbedingungen herausbilden musste und auch im Wesentlichen herausgebildet hat, dass man es nicht als bloße Spekulation bezeichnen kann. In solcher Weise darf man allerdings die Zukunft prognostizieren, dass man sagt: Die sichtbaren /17/ Tendenzen der Entwicklung weisen auf diese oder jene kommende Gestaltung der Dinge hin. Es ist dann zwar auch Deduktion, aber auf realer und nicht auf spekulativer Grundlage. Immerhin kann das »Kommunistische Manifest«, so genial es in Einzelheiten ist, so vieles von der marxschen Gesellschaftstheorie es schon entwickelt, doch nicht als diejenige Produktion von Marx bezeichnet werden, die diesen auf seiner vollen geistigen Höhe zeigt. Zu dieser Kategorie gehören vielmehr diejenigen Schriften, die Marx geschrieben hat, nachdem er in England, dem damals wirtschaftlich höchstentwickelten Land, seine Studien gemacht hatte. Zu ihnen bildet das Buch »Zur Kritik der politischen Ökonomie« die erste Einleitung, und ihre Höhe bezeichnet das zum Teil eine Umarbeitung jenes darstellende große Werk »Das Kapital«. Im Vorwort zum »Kapital« finden wir nun zwei Sätze, in denen Marx den organischen Entwicklungsgedanken ganz besonders scharf betont. Der erste davon lautet:

»Auch wenn eine Gesellschaft dem *Naturgesetz ihrer Bewegung* auf die Spur gekommen ist, kann sie *naturgemäße Entwicklungsphasen weder überspringen* noch *wegdekretieren*. Aber sie kann die Geburtswehen mildern und abkürzen.«[18]

Es ist offensichtlich, dass dieser Satz wiederum eine wesentliche Einschränkung oder, wenn man es so ausdrücken will, Abschwächung des sozialistischen Revolutionsgedankens enthält. Er besagt, dass es nicht in der Willkür der Arbeiterklasse wie irgendeiner andern Klasse liegt, die Gesellschaft nach ihrer Laune, ihrer Fantasie oder irgendeinem fertigen Schema umzumodeln. Die ganzen Lebensbedingungen der Gesellschaft müssen andre geworden sein, eine bestimmte

18 Karl Marx: Das Kapital, Bd. 1, Vorwort zur ersten Auflage, in: MEW, Bd. 23, S. 11–17, hier: 15f. [T.S.]

Entwicklungsreife erhalten haben, wenn eine soziale Umgestaltung von Bedeutung möglich sein soll.

Der zweite Satz, den ich anführen will, und der wie der erste aus dem Jahre 1866 datiert, lautet:

»Die jetzige Gesellschaft (ist) kein fester Kristall, sondern ein *umwandlungsfähiger* und *beständig im Prozess der Umwandlung begriffener Organismus.*«[19] Der Begriff der sozialistischen Umwälzung erhält hier ebenfalls eine sehr bestimmte Begrenzung.

Diese zwei Sätze von Marx nun unterschreibt *jeder* Revisionist. Ja, der Revisionist legt ihnen größere Bedeutung, /18/ größere Tragweite bei, als vielleicht, das gebe ich gern zu, Marx selbst, und jedenfalls als eine Anzahl von Leuten, die zur Schule von Marx gehören, aber nach der Meinung der Revisionisten eine enge marxistische Orthodoxie bilden, indem sie Sätzen, die Marx aufgrund von bestimmten historischen Prämissen aufgestellt hatte, dauernde dogmatische Kraft beilegen, statt ihre bloß relative Bedeutung zuzugeben. Statt zu erkennen, dass wenn, wie das verschiedentlich der Fall ist, die tatsächliche Entwicklung von der doch immerhin nur theoretisch vorgezeichneten Entwicklung abweicht, dann auch die Formeln, die aufgrund der ursprünglichen Voraussetzung abgeleitet wurden, andere werden müssen, stattdessen halten, nach unserer Meinung, die marxschen Orthodoxen, die ihren Hauptvertreter in Karl Kautsky sehen, krampfhaft und ganz unnütz an jenen Formeln fest und suchen sie mit Mitteln aufrechtzuerhalten, die reine Interpretationskunststücke und einer wahrhaft wissenschaftlichen Theorie durchaus unwürdig sind. Man könnte sagen, dass viele von jenen Marxisten eine Sekte im Marxismus bilden, wie sie denn auch allmählich zurückgefallen sind auf allerhand von Marx selbst korrigierte Sätze und Gedanken des »Kommunistischen Manifestes«, sich lieber auf das Manifest berufen, als auf die Schriften, die Marx auf der Höhe seiner Entwicklung verfasst hat.

19 Ebd., S. 17. Bernstein irrt allerdings bei der Terminierung. Das Vorwort zur ersten Auflage ist von Marx mit »London, 25. Juli 1867« datiert. [T.S.]

Der Marxismus und die Entwicklung der Großindustrie

Das »Kommunistische Manifest« hat nun einen, man könnte fast sagen, organischen Fehler, einen Fehler, der auch von Marx anerkannt wurde, sodass er ihn später der Sache nach selbst korrigiert hat, und den Friedrich Engels ausdrücklich zugegeben hat. Es hat den Fehler, dass es die Schnelligkeit und Einseitigkeit der Entwicklung der modernen Gesellschaft bedeutend überschätzt hat. Wilhelm Liebknecht, Marx' langjähriger Exilsgenosse, hat dies bei Gelegenheit öffentlich ausgesprochen, und hat mir privatim interessante Einzelheiten davon erzählt, wie sehr Marx seinerzeit den Gang der Entwicklung überschätzt hat, was übrigens bei Marx' stürmischem, /19/ revolutionärem, lebhaftem Geiste sehr wohl zu verstehen ist. Man darf auch nicht vergessen, dass, als Marx das Manifest schrieb, er noch nicht in England gewesen war, sondern nur aus der Ferne von der damaligen großen Kampfbewegung der englischen Arbeiter vernommen hatte, die zeitweise in der Tat das ganze britische Weltreich mit elementarer Gewalt umstürzen zu wollen schien. Im »Kapital« hat Marx manche seiner ursprünglichen Voraussetzungen korrigiert, aber auch dort finden wir die Schnelligkeit der Entwicklung im kapitalistischen Sinne noch sehr überschätzt und einseitig gewertet. So sind denn zwar eine ganze Reihe von Folgerungen aus den Voraussetzungen, aufgrund derer Marx schrieb, richtig, andere dagegen nicht oder *nicht mehr*. Die Entwicklung der bürgerlichen Wirtschaftsordnung hat eine viel längere Zeit in Anspruch genommen und hat gezeigt, dass diese Gesellschaftsform einer viel größeren Ausdehnung und Ausbildung fähig ist, als Marx und andre ihrerseits angenommen hatten. Und *weil* die Entwicklung länger gedauert hat und die bürgerliche, d. h. die freie Verkehrswirtschaft ihren Bereich sehr viel weiter ausgedehnt hat, war es ganz unvermeidlich, dass sie in dieser Zeit neuen Formen der Organisation Leben geben musste, die Marx unmöglich in ihren Einzelheiten vollständig voraussehen und in ihrer Tragweite erschöpfend würdigen konnte. Greifen wir zum Beispiel eine Tatsache heraus,

die Marx zwar richtig vorausgesagt hat, deren Rückwirkung er aber weder völlig richtig abgeschätzt hat, noch ohne übermenschliche Mittel genau abschätzen konnte: die durch den Kapitalismus bewirkte gewaltige Ausdehnung des Weltverkehrs, die Einbeziehung der überseeischen Länder nicht nur in den Welthandel – das gab es auch früher schon –, sondern in die Produktion und den Austausch von Gütern, die wir normalerweise auch in Europa gewinnen oder herstellen. Die damit verbundene gewaltige Vermehrung der Güterproduktion hat sich erst mit voller Macht entwickelt, nachdem das »Kapital« geschrieben war und Marx aus viel weniger entwickeltem Wirtschaftsverkehr seine Schlüsse gezogen und eine ganze Reihe von Folgesätzen aufgestellt hatte, die nun zum Teil überlebt sind.

Wie großartig heute die Güterproduktion und der Güterverkehr sind, wie großartig der Welthandel sich entwickelt /20/ hat, dafür seien einige wenige Zahlen aus meinem engern Vaterlande, Deutschland, angeführt. Deutschlands Außenhandel betrug im Jahre 1880 nicht ganz sechs Milliarden Mark im Werte, im Jahre 1907 dagegen 18 Milliarden Mark; auf das Dreifache ist also der Wert dieses Handels gestiegen, während die Bevölkerung sich nur um etwa 40 Prozent vermehrte. Und dieser Außenhandel ist, was die Ausfuhr betrifft, heute der Hauptsache nach die Ausfuhr deutscher Industrieprodukte. Die deutsche Industrie ist, könnte man sagen, in ihren größten Betrieben und Unternehmungen über die einfache Verstaatlichung hinausgewachsen. Sie versorgen den Weltmarkt, nicht nur das heimische Land. Wir haben in Deutschland Industrien, die bis zu zwei Drittel ihrer Erzeugnisse ins Ausland senden, weniger als die Hälfte ihrer Produktion in Deutschland selbst absetzen. Vier Jahre nach Marx' Tode, im Jahre 1887, belief sich der Frachtverkehr der deutschen *Eisenbahnen* mit dem Auslande auf 18,89 Millionen Tonnen, 18 Jahre später, im Jahre 1905, auf 43,6 Millionen Tonnen. Der *Seeschiffsverkehr* in deutschen Häfen, der im Jahre 1883 an mit Ladung ein- und ausfahrenden Schiffen 15,51 Millionen Tonnen betrug, belief sich im Jahre 1905 auf 38,33 Millionen Tonnen.

Ein Beispiel dafür, was für Weltmarktbeziehungen sich entwickelt haben und wie ganz neue Formen dafür ausgebildet worden sind, gibt das Bild einer ganz modernen Industrie, die Marx nur erst in ihren Anfängen kannte: die Industrie der Elektrizität, die Fabrikation elektrischer Maschinen und die Anlage sowie der Betrieb elektrischer Licht- und Kraftversorgung. Eine der größten Gesellschaften dieser Industrie in Deutschland ist die Berliner Allgemeine Elektricitäts-Gesellschaft. Sie hatte im Jahre 1907 ein Aktienkapital von 100 Millionen Mark, das nach dem Börsenkurs einen Wert von 220 Millionen Mark vertrat; dazu ein Obligationenkapital von 37 Millionen Mark und eine Reserve von 47 Millionen Mark, also, vom Börsenkurs abgesehen, ein Anlage- und Betriebskapital von 184 Millionen Mark. Aber damit ist ihre Kapitalmacht noch nicht zu Ende. Diese Allgemeine Elektricitäts-Gesellschaft ist beteiligt an der Gesellschaft der Berliner Elektrizitätswerke, die den größten Teil Berlins mit Elektrizität versorgt und ein Kapital hat von zusammen 114 Million Mark, dessen /21/ Kurswert aber ebenfalls viel höher ist. Weiter ist sie durch Aktienbesitz die faktische Oberleitung einer von ihr gegründeten Bank für Elektrische Unternehmungen, die in Zürich sitzt, weil sie dort weniger Steuern zu zahlen hat und mancher unangenehmen Kontrolle entzogen ist. Sie finanziert elektrische Unternehmungen in der ganzen Welt, die ihre Maschinen etc. von der Allgemeinen Elektricitäts-Gesellschaft in Berlin zu beziehen haben, und ist durch Aktienbesitz an circa 20 andern Unternehmungen beteiligt. Dann besteht als Filiale der Allgemeinen Elektricitäts-Gesellschaft noch eine Elektrizitäts-Lieferungsgesellschaft, und weiterhin steht die Gesellschaft in einem Gegenseitigkeitsvertrag – man kann auch einen weniger harmlosen Namen dafür wählen – mit der größten Elektrizitätsgesellschaft der Vereinigten Staaten, der General Electric Company. Die beiden machtvollen Compagnien haben sich für ihren Auslandsmarkt sozusagen die Welt eingeteilt: »Ihr diese Erdhälfte, wir die andere.« So kommen sie sich bei ihren Eroberungszügen nicht ins Gehege. Die Allgemeine Elektricitäts-Gesellschaft steht auf ihrem Gebiet dann wieder im Kartellverhältnis mit

der nächsten großen Elektrizitätsgesellschaft Deutschlands, dem Unternehmen, das an erster Stelle den Namen des großen Erfinders Werner Siemens trägt – heute stehen dort Kaufleute an erster Stelle – der Firma Siemens und Halske, die ein Kapital von 93 Millionen Mark repräsentiert und eng verbunden ist mit der Gesellschaft Siemens-Schuckert in Süddeutschland, deren Kapital sich auf 110 Millionen Mark beläuft. Ein anderes Nebenunternehmen der Siemens-Verbindung hat ein Kapital von 15 Millionen Mark, und weiter hat auch sie eine von ihr gegründete »Elektrobank« an der Hand, die gewisse Finanzierungsgeschäfte für sie besorgt. In neuerer Zeit haben die beiden großen Verbindungen in aller Stille einen Vertrag auf gemeinsames Vorgehen bei öffentlichen Ausschreibungen abgeschlossen mit einigen der nächstgroßen deutschen Elektrizitätsfirmen, von denen die bedeutendste die Firma Felten Guilleaume & Lahmeyer in Frankfurt am Main ist, deren Nominalkapital 80 Millionen Mark beträgt, wozu aber noch die Kapitale einer Reihe von Werken kommen, die das Gefolge dieser Gesellschaft bilden. Ein wahrer Rattenkönig von riesenhaften monopolistischen Gesellschaften ist auf diese Weise /22/ heute in Deutschland verbunden und verschworen, um womöglich die ganze elektrische Industrie, nicht nur Deutschlands, sondern eines großen Teils der übrigen Welt sich zu unterwerfen. Und ebenso, wie diese moderne Industrie dasteht, so stehen auch unsere großen Stahlwerke da, syndiziert in dem weltbekannten Stahlwerksverband, haben wir Verbände in der Textilindustrie, in den Papier- und Druckindustrien usw., die alle neben dem Inlandsmarkt auch dem Auslandsmarkt ihre Tätigkeit widmen und weit über die nationalen Grenzen hinweg ihre Netze gezogen haben, womit die Beschäftigung der Arbeiter in eine früher ungeahnte Abhängigkeit vom Weltmarkt geraten ist.

Kurz und gut, die neuere Entwicklung hat Formen der Organisation der Industrie und des Wirtschaftsverkehrs geschaffen, die Marx noch nicht kannte, noch nicht kennen konnte. Als Marx schrieb, waren Betriebe mit 1000 bis 2000 Arbeitern schon ungewöhnlich große Betriebe, jetzt haben wir Betriebe

mit 20 000, 30 000 bis 40 000 Arbeitern. Es ist interessant zu sehen, wie diese Tatsache sich in der Gedankenwelt der Arbeiter in den fortgeschrittenen Industrien widerspiegelt. Unsere offizielle deutsche Statistik der Betriebe unterscheidet kleine, Mittel- und Großbetriebe. Sie nennt kleine Betriebe solche mit bis zu fünf Personen, Mittelbetriebe solche von sechs bis 50 Personen, Großbetriebe diejenigen, die über 50 Personen zählen. So die offizielle Statistik. Und nun die Auffassung von Arbeitern. Vor sieben Jahren, im Jahre 1902, veranstalteten die Metallarbeiter Berlins für sich eine Statistik der Lohn- und Arbeitszeitverhältnisse in Berlin.[20] In dieser als Buch veröffentlichten Erhebung findet man gleichfalls die Einteilung in kleine, Mittel- und Großbetriebe. Aber die Arbeiter bezeichneten alle Betriebe, die *bis zu 100 Personen* umfassen, noch als *Kleinbetriebe*! Die Mittelbetriebe umfassen bei ihnen von 101 bis 500 Personen, und erst bei über 500 Personen fängt bei ihnen der Großbetrieb an! Fast humoristisch kam das in einer Versammlung von Metallarbeitern zum Ausdruck, der ich beiwohnte und in der nach dem Vortrag Zustände in den verschiedenen Werkstätten besprochen wurden. Da trat ein Arbeiter auf, schilderte Vorgänge in einem bestimmten Unternehmen und sagte dabei mit einer Bewegung, die Geringschätzung ausdrückte: »Ihr könnt Euch /23/ denken, was für ein Geschäft das ist, es sind da nur so 100 Arbeiter beschäftigt.« Ein Geschäft mit 100 Arbeitern setzt zuweilen schon einen Millionär als Besitzer voraus. In den Augen des Arbeiters aber bedeutete in der Metallindustrie ein Geschäft mit »nur so 100 Arbeitern« nicht viel mehr als ehedem das Geschäft eines Kleinkrämers.

So kolossal haben sich die Dinge geändert. Im Jahre 1850 wurden in der Industrie fast nur Maschinen gebraucht, die bis zu 30 Pferdekräfte entwickelten, heute verwendet man in der Großindustrie Maschinen von bis zu 30 000 Pferdekräften. Dazu kommt heute noch die Anwendung der Elektrizität als Erreger der Umwandlung von Stoffen, die *Elektrochemie*, die

20 Ergebnis der statistischen Erhebungen über Arbeits- und Lohnverhältnisse in der Metallindustrie in Berlin. Aufgenommen im Herbst 1902 vom Dt. Metallarbeiter-Verband, Singer Berlin 1903. [T.S.]

ganz neue Produktionszweige geschaffen hat. Alles das liegt nun zwar, wenn auch Marx es nicht im Voraus beschreiben konnte, prinzipiell noch auf der geraden Linie des marxschen Entwicklungsschemas und wird denn auch von der Orthodoxie des Marxismus als Beweis für die Richtigkeit der Theorie gern zitiert. Es hat aber in seiner Rückwirkung auf die wirtschaftlichen Beziehungen, auf die Bedingungen des Kampfes der Arbeiterklasse und die Möglichkeiten und Formen der sozialen Umwälzung doch eine von Marx nicht in Betracht gezogene Tragweite.

Kann man Weltindustrien verstaatlichen? Was würde das heißen? Kann der moderne Staat Werke übernehmen, deren Geschäfte zum großen Teil spekulativer Natur sind? Werke, die mit ihren Erzeugnissen und Ausführungsmöglichkeiten auf dem Weltmarkt als Konkurrenten auftreten und im Kampf um Absatz und Aufträge alle die schönen Eigenschaften der modernen Konkurrenz entwickeln? Und wenn der Staat das weder will noch kann, kann man es darauf ankommen lassen, diese Geschäfte, die in der modernen Volkswirtschaft einen so großen Platz einnehmen, die zusammen ganze Armeekorps von Arbeitern beschäftigen und auf deren Leben ein großer Teil des Wohlstandes des Volkes beruht, könnte man es darauf ankommen lassen, sie, weil der Staat sie nicht kurzerhand übernehmen kann, in einer gesellschaftlichen Katastrophe dem Verfall zu überliefern? Auch das ist unmöglich! Es müssen ganz andere Mittel und Methoden zur Anwendung kommen, um sie allmählich unter stärkere Kontrolle der Gesellschaft zu bringen, die nur nach und nach dazu /24/ gelangen kann, sie vollständig zu beherrschen. Das haben u. a. in einer wirklich revolutionären Bewegung die Arbeiter in den russischen Industriezentren sehr zu fühlen bekommen.

Die russische Revolution, die im Jahre 1905 so großartig, so hoffnungsvoll einsetzte, und von der wir immerhin eines sagen können: Ganz hat das, was sie damals erkämpfte, nicht beseitigt werden können, ein Stück wenigstens ist, trotz aller Brutalität der zarischen Reaktion geblieben – diese russische Revolution hat zeitweise in den großen Industriezentren Russ-

lands, in Charkow, Rostow, Moskau, Petersburg, Warschau und namentlich in Łódź, dem russischen Manchester, die Arbeiter zur herrschenden Kraft in der Industrie gemacht. Die Zarengewalt lag am Boden; die ganze Autorität der Beamten und der Polizei war erschüttert, es kam dahin, dass die Polizei den Fabrikanten erklärte: Seht zu, wie ihr mit den Arbeitern fertigwerdet, wir können euch nicht helfen! Es gibt in Łódź Fabriken mit 7000 bis 8000 Arbeitern; in diesen waren mit einem Male die Arbeiter quasi die Herren. Die Besitzer flüchteten ins Ausland und überließen die Fortführung der Geschäfte Prokuristen und Betriebsleitern. Einige von diesen wurden von Arbeitern erschossen; sie hatten sich ganz einfach den Bedingungen der Arbeiter zu fügen, wenn sie ihrer Haut sicher sein wollten. Das ging aber nur eine verhältnismäßig kurze Weile. Unter solchen Umständen kommt unfehlbar ein Moment, wo die bisherigen Eigentümer der Fabriken den Arbeitern erklären: »Unseretwegen behaltet ihr die Fabriken; wir können sie nicht mehr betreiben, uns ist die Geschichte jetzt gleichgültig!« Wenn ich nicht irre, hat Kautsky in seinem Vortrag, den er hier in Holland über den Morgen nach der Revolution gehalten hat,[21] die Idee entwickelt, dass die freiwillige Preisgabe der Fabriken vonseiten der Fabrikanten eine der ersten Folgen der Revolution der Arbeiterklasse sein würde, und dass die Fabrikanten in der geschilderten Weise sagen würden: »Wohlan, nehmt die Fabriken hin, aber lasst uns zufrieden!« Gewiss, das ist sehr wohl möglich, und ich gebe zu, die Expropriation würde auf diese Weise sehr billig kommen. Die Frage ist nur: Sollen oder können dann die Arbeiter die Fabriken, die der Staat nicht übernehmen kann, ihrerseits übernehmen und mit Erfolg weiter betreiben? Und nach allem, was wir bisher darüber /25/ gesehen haben, kommen wir notgedrungen zu der Folgerung, dass die Arbeiter die Fabriken weder werden übernehmen wollen noch können. Die so billig expropriierten Fabriken würden

21 Karl Kautsky hielt sich erstmals 1902 zu einer Reihe von Vorträgen in den Niederlanden auf. In Amsterdam und Delft sprach er über »Am Tage nach der Revolution«; vgl. Ursula Langkau-Alex: Karl Kautsky in den Niederlanden, in: Österreichische Exilliteratur in den Niederlanden 1934–1940, hrsg. v. Hans Würzner, Amsterdam 1986, S. 61. [T.S.]

in einer Revolution leere Hülsen sein. In Russland endete die Herrschaft der Arbeiter überall damit, dass der Moment kam, wo umgekehrt die Arbeiter den Fabrikanten erklärten: Wir sehen es ein, jetzt seid ihr wieder die Herren, und sich deren Anordnungen ruhig fügten.[22] Die industrielle Diktatur der Arbeiter wäre einfach nicht durchzuführen gewesen. Das wirtschaftliche Leben hat gewisse Lebensgesetze, über die der bloße Wille der Menschen eben nicht hinauskann.

Der Marxismus und die soziale Gliederung

Es sind keine antimarxistischen Gedanken, die ich da ausspreche, es sind Folgerungen, die, wenn auch Marx selbst sie nicht gezogen hat, doch im Einklang mit dem Fundamentalgedanken seiner Theorie stehen. Eine Gesellschaft, deren Einrichtungen und Gewohnheiten auf jahrtausendealter Entwicklung beruhen, kann man nicht von heute auf morgen nach einer ganz andern Richtung hin umändern. Dies namentlich deshalb nicht, weil der Kapitalismus nicht die Folge gehabt hat, die man lange von ihm erwartet hat: die Gesellschaft in ihrem Bau und Organismus zu vereinfachen, durchgängig einfache Verhältnisse zu schaffen. Nein, die Gesellschaft ist komplizierter geworden, die Klassengliederung ist vielseitiger geworden, sie hat sich immer weiter verzweigt. Die kleinen Betriebe in Industrie und Handel sind nicht vernichtet worden, sie sind nur überflügelt und in ihrer Natur und wirtschaftlichen Stellung verändert worden. /26/

Ganze Reihen von ihnen sind freilich verschwunden, von Großbetrieben vernichtet oder aufgesaugt worden. Dafür aber hat der Kapitalismus selbst wieder neue Kleinbetriebe geschaffen. Um nicht im Abstrakten zu bleiben, will ich dafür ein Beispiel anführen. Eine Industrie, die in den modernen, vom Kapitalismus erfassten Ländern in ihrer älteren Form fast vollständig verschwunden ist, ist die Klempnerei. Der Klempnermeister macht heute keine Kasserole, Näpfe etc. mehr, die

22 Mit großer Zurückhaltung, aber für den aufmerksam Lesenden umso eindrucksvoller hat die Frage der russische Marxist Tscherewanin in der Schrift »Das Proletariat und die russische Revolution« (Stuttgart, J.H.W. Dietz Nachf.) vorgeführt. Doch kommt die ökonomische Seite selbst bei ihm nur erst halb zu ihrem Recht.

werden heute in der Fabrik gemacht, er verkauft sie höchstens. Die alte Klempnerei hat einen großen Teil ihrer Arbeit aufgeben müssen. Wo aber früher der Klempnermeister war, da finden wir heute große, mittlere und kleine Installateure für elektrische Einrichtungen. Eine Industrie mit Kleinbetrieben in anderen Formen hat sich entwickelt auf dem Boden der Großindustrie! Ähnliches können wir in noch vielen Industriezweigen beobachten.

Noch stärker ist der Fortbestand der Kleinbetriebe in der Landwirtschaft. In der Landwirtschaft hat sich der Kleinbetrieb wie der Mittelbetrieb als sehr viel widerstands- und leistungsfähiger erwiesen, als die Sozialdemokratie unter dem Einfluss der marxschen ökonomischen Lehren früher annahm. Marx hatte den Untergang des Kleinbetriebs auch in der Landwirtschaft vorausgesagt, weil, als er seine ökonomischen Studien machte, in England, dem kapitalistisch fortgeschrittensten Lande, die Landwirtschaft in der Tat überwiegend in den Händen des großen Grundbesitzes war. Dieser große Grundbesitz ist aber künstlich geschaffen und aufrechterhalten worden durch Eigentümlichkeiten des englischen Rechtes und noch andre besondere Verhältnisse Englands. Es ist zudem auch gar nicht zu bestreiten, dass namentlich der damals in England noch stark vertretene Getreidebau in Gegenden mit weiten Flächen und Ebenen dem Großbetriebe eine bedeutende Überlegenheit über den kleinen Betrieb sicherte.

Ich gehe noch weiter, denn ich habe kein Interesse, um irgendeiner vorgefassten Theorie willen die Augen den Tatsachen zu verschließen. Mein Bestreben ist, die Wahrheit zu erkennen. Ich würde sofort jeden Satz, den ich gegen orthodoxe Marxisten aufgestellt habe, aufgeben, wenn ich mich überzeugte, dass er mit den Tatsachen nicht oder nicht /27/ mehr übereinstimmt. Ich gebe daher noch ein Zweites zu. Ich halte es für glaubhaft, dass selbst in der Viehwirtschaft, wo der Kleinbetrieb sich am zähesten erweist, die größere Produktivität im Verhältnis zur angewandten menschlichen Arbeit beim rationellen Großbetrieb zu finden ist, und dass, rein mathematisch gesehen, dieser sich daher als überlegen erweisen

würde. Es kommt aber da ein anderes Moment in Betracht, das in dieser Welt eine große Rolle spielt und daher nicht ignoriert werden darf, nämlich der psychologische Faktor in der Arbeit. Nehmen wir einen viehwirtschaftlichen Großbetrieb. Da ist das Vieh unter anderm auch des Abends zu versorgen. Es muss je nachdem des Abends gereinigt werden, Wasser und Futter bekommen, auf jeden Fall muss nach ihm gesehen werden. In der Großwirtschaft macht das ein Lohnarbeiter, ein Knecht, und für ihn ist es *Arbeit*, die er ganz richtig und ganz logischerweise als solche betrachtet und angerechnet haben will, denn er tut sie nicht für sich, hat kein eignes Interesse an ihr. Nun gehe man auf das Gütchen eines kleinen oder Mittelbauern, der Vieh hält. Der geht abends auch noch einmal in seinen Stall und sieht nach dem Vieh. Das rechnet er aber nicht weiter als *Arbeit*, es ist für ihn nur *Beschäftigung*, die ihm meist eine gewisse Freude bereitet, denn es ist *sein* Vieh, das er hegt und pflegt. Die physische Kraftausgabe, die er unleugbar dabei verrichtet, wird für ihn durch den psychologischen Faktor ausgeglichen oder mindestens erheblich verringert. Dies ist einer der Gründe, weshalb sich der Kleinbetrieb in allen Ländern außerordentlich stark in der Viehwirtschaft gegenüber dem Großbetrieb erhält und ihm sogar Boden abgewinnt.

Die deutsche Gewerbe- und Betriebszählung vom 12. Juni 1907, deren Ergebnisse von den statistischen Ämtern jetzt bekannt gegeben werden, hat festgestellt, dass in Preußen – und in andern Teilen Deutschlands sind die Zahlen für die bäuerlichen Betriebe noch günstiger – die klein- und mittelbäuerlichen Betriebe in der Landwirtschaft um über zehn Prozent zugenommen haben, und zwar nicht nur der Zahl nach, sondern auch in der Anbaufläche, ja, dass die Anbaufläche dieser Kategorien noch stärker gewachsen ist als die Zahl der Betriebe, während die Zahl und die Anbaufläche der /28/ Großbetriebe abgenommen haben. Aber auch die Konzentration in der Industrie, die kein Mensch leugnen kann, die /29/ selbst der verstockteste Konservative nicht leugnet, weil die Tatsachen eine zu deutliche Sprache reden, selbst die industrielle Konzentration hat nicht die Wirkung gehabt, die Gesell-

schaft in ihrer Klassengliederung zu vereinfachen. Sie hat die Klasse der Kapitalisten nicht vermindert, nein, sie hat sie im Gegenteil bedeutend *vermehrt*. Denn hinter jenen großen Riesenwerken, von denen oben gesprochen wurde, steht nicht je ein Mammutkapitalist, da läuft nicht nur ein Bataillon, laufen nicht ein paar Bataillone, nicht ein Regiment, nicht ein paar Regimenter, da laufen ganze Armeekorps von Miteigentümern in der Gestalt von Aktionären aller Grade.

Ich habe in verschiedenen meiner Schriften auf diese Tatsache aufmerksam gemacht und unter anderm darauf hingewiesen, dass der vielberühmte Stahltrust der Vereinigten Staaten, der ja sicher Hunderte von Fabriken aufgesogen hat, gegen 50 000 Aktionäre hinter sich hat. Ich habe mitgeteilt und wiederhole es hier, dass die 21 größten Feingarnspinnereien Englands, die sich vor jetzt zehn Jahren zu einem Feingarntrust verbanden, dadurch zwar eine bedeutsame Konzentration in ihrer Industrie herbeiführten, aber die Zahl der Kapitalisten nicht verminderten, da der Trust rund 4500 Aktionäre verschiedener Grade hatte. Gleiche Vorgänge lassen sich überall in der Industrie verfolgen, die unpersönliche Form des Eigentums hat steigend zugenommen. Selbst bei den Unternehmungen, die ursprünglich Schöpfungen einer Person gewesen sind, selbst bei ihnen teilt sich das Eigentum von Generation zu Generation, zuerst innerhalb der Familie des Begründers, dann aber, mit steigender Ausdehnung des Unternehmens, auch durch Übertragung von Anteilen an Fremde immer mehr, und man hat schließlich, um die passende Form für ein Kollektiveigentum zu finden, das weniger lose ist als die Aktiengesellschaft, in Deutschland und anderwärts das Institut der Gesellschaften mit beschränkter Haftung entwickelt. Als ein typisches Beispiel für die Zunahme der Zahl der Eigentümer von Einzelunternehmen mit dem Wachstum der Letzteren kann die Geschichte der Londoner *Times* dienen. Dieses bekannte Unternehmen wurde vor 1 $^1/_4$ Jahrhundert von einem Manne Namens John Walter in London gegründet, vererbte sich in immer mehr geteilten Anteilstiteln an dessen Nachkommen sowie an hervorragende /30/ Mitglieder

der Geschäftsleitung, und so wanderten $^1/_{32}$, $^1/_{64}$, ja sogar $^1/_{128}$ Anteile der *Times* von Hand zu Hand, bis das Blatt vor einigen Jahren Eigentum einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung wurde. Ähnliche Entwicklungen weisen viele große Unternehmungen auf. Das vorhergenannte Elektrizitätsunternehmen Siemens und Halske gehörte ursprünglich zwei Leuten, Werner Siemens, der ein bedeutender Techniker war, und dem kaufmännisch veranlagten Mechaniker Halske. Später erweiterte sich der Kreis der Eigentümer durch Eintreten der Söhne von Siemens in das Unternehmen, andere Personen wurden beteiligt, und aus dem bloßen Teilhabergeschäft ward eine *Kommanditgesellschaft*. Aber auch diese Eigentumsform ward mit dem Wachstum des Unternehmens zu eng, und heute ist es eine Aktiengesellschaft, deren Aktionäre, d. h. Eigentümer, nach Hunderten, wenn nicht nach Tausenden zählen.

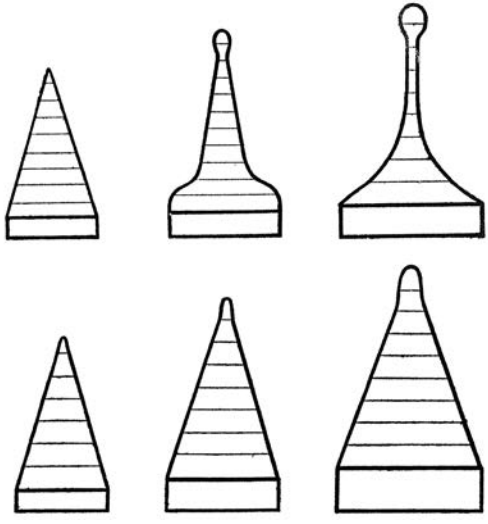
Eine detaillierte Statistik der Aktionäre gibt es nirgends. Aber die Zunahme der Klasse der Aktionäre tritt in die Erscheinung in der Statistik der *Einkommen* und *Vermögen*. Die Statistik der Einkommen nun zeigt nicht eine Abnahme, sondern eine *Zunahme* der Zahl der *großen* und *mittleren* Einkommen, und zwar eine Zunahme, die beträchtlich *stärker ist als der Zuwachs der Bevölkerung*. In meiner Schrift, die, wie ich vernehme, auch ins Holländische übersetzt ist, »Die Voraussetzungen des Sozialismus«, habe ich zur Illustrierung dieser Tatsache einige Zahlen aus der Einkommensstatistik für Preußen zitiert. Sie sind angefochten worden, weil sie zwei verschiedene Steuerveranlagungen zur Grundlage haben, das heißt, aus zwei Epochen genommen sind, die etwas abweichende Steuergesetze hatten. Das war aber damals nicht zu umgehen, sollte die neuere Zeit nicht ganz unberücksichtigt bleiben oder sollten Jahre verglichen werden, die zu nahe beieinander liegen, um ein anschauliches Bild der Bewegung zu liefern. Indes gebe ich der Kritik so viel zu, dass jene Gegenüberstellung nicht absolut zu nehmen war, sondern nur bedingten Beweiswert hatte. Heute können wir mit größerer Sicherheit sprechen.

1891 haben wir in Preußen die letzte große Reform der Einkommensteuer gehabt, die sogenannte miquelsche Steu-

erreform, und zum ersten Mal wurde aufgrund ihrer die /31/ Einkommensteuer erhoben im Jahre 1892. Im Jahre 1906 ist das Gesetz etwas abgeändert worden, und von 1908 ab tritt diese Änderung in der Steuerveranlagung zum Ausdruck. Nehmen wir nun die Zahlen für das Anfangs- und das Endjahr der unveränderten Geltung des miquelschen Gesetzes, nämlich 1892 und 1907, so finden wir, dass in dieser Periode in Preußen die unteren bürgerlichen Einkommen von jährlich 3000 bis 6000 Mark von 204 714 auf 369 046, d. h. um 80,37 Prozent, die bürgerlichen Einkommen von über 6000 Mark jährlich von 112 175 auf 190 445, d. h. um 69 $^1/_2$ Prozent gestiegen sind, während die Bevölkerung in der gleichen Zeit sich nur um 25,3 Prozent vermehrt hatte. Ich könnte die Zahlen noch weiter verfolgen und die Bewegung der einzelnen Gruppen der höheren Einkommensklasse vorführen, es würde sich dann zeigen, dass in jeder Gruppe die Zunahme erheblich größer war als die der Bevölkerung. Die Zahl der Kapitalisten nimmt zu und nicht ab. Die Gesellschaft ändert sich in ihren Grundlagen, aber ihre Gliederung wird nicht einfacher. /32/

Den Unterschied zwischen der ursprünglich in sozialistischen Kreisen über die Einkommens- und Vermögensentwicklung verbreiteten Ansicht und der tatsächlichen Entwicklung mögen zwei Zeichnungen veranschaulichen.

Die obere Zeichnung entspricht dem theoretischen Teil des Erfurter Programms der deutschen Sozialdemokratie. Dieses Programm, das im Jahre 1891 von Karl Kautsky unter meiner Mitwirkung entworfen wurde, spiegelt die Auffassung wider, welche wir Sozialisten früher von der Entwicklung der Gesellschaft hatten. Als Ausgangspunkt haben wir eine Gesellschaftspyramide, die aus einem Block und einem sich darauf erhebenden regelmäßigen Kegel besteht.



Der Block ist die Klasse der Lohnarbeiter, das Mittelstück oder die Mittelstücke sind die kleinbürgerlichen und die mittelbürgerlichen Klassen, das oberste Stück, die Spitze, stellt die Klasse der Großgrundbesitzer und /33/ Großkapitalisten vor. Nach dem Erfurter Programm müsste nun die Entwicklung dahin führen oder geführt haben, dass die Pyramide der in der Fachwelt als *Flaschenhals* bezeichneten Gestalt immer näher käme, dass die Spitze zu einem Kopf anschwellen, die Mitte sich zu einem Hals verdünnen, der untere Block immer massivere Gestalt erhalten würde, so, wie es auf der oberen Zeichnung die zwei folgenden Pyramiden zeigen. Ein bürgerlicher Nationalökonom, Professor Julius Wolf in Breslau,[23] hat sich des Vergnügen gemacht, als letzte Konsequenz dieser Theorie ein Bild zu entwerfen, das nur oben den dicken Kopf der Millionäre und unten den Riesenblock der Arbeiter zeigt, während die Mittelschichten ganz verschwunden sind, nicht einmal mehr einen Hals von der Dünne eines Haares bilden. Dahin würde es nun freilich nie kommen können. Aber die Mittel-

23 Julius Wolf (1862–1937) war Professor für Ökonomie und Statistik unter anderem in Zürich, Breslau und Berlin. Rosa Luxemburg promovierte bei Wolf über »Die industrielle Entwicklung Polens« 1897, Wolf nahm die Arbeit »mit großem Lob« an. [T.S.]

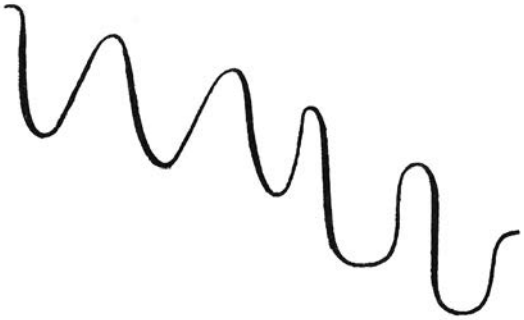
stücke haben sich in Wirklichkeit überhaupt nicht verdünnt. Die untere Gruppe der Pyramiden, der die wirkliche heutige Tendenz der Klassengliederung zugrunde gelegt ist, zeigt zwar eine Änderung der Pyramidenform, aber der Aufbau ist im Wesentlichen *Kegel geblieben*. Das oberste Stück ist nicht mehr spitz, sondern abgestumpft, die Klasse der Großkapitalisten ist stärker geworden, im Übrigen aber sind die Zwischenschichten in fast der gleichen Abstufung zu finden, es ist kein Glied in den Schichten zwischen der Arbeiterklasse und den ganz Reichen nennenswert zusammengeschrumpft.

Man hat aus dieser Tatsache die Folgerung abgeleitet, bei solcher Entwicklung sei ja alles gut und schön, und die Sozialisten hätten keine Ursache, sich über den Gang der Dinge zu beschweren. Das ist aber grundfalsch. Man sehe sich nur die dritte Pyramide unten genauer an. Der Block, auf dem der Kegel sich aufbaut, ist mächtig gewachsen, die Klasse der Proletarier, die Klasse der um Lohn Arbeitenden hat gewaltig zugenommen, und dazu hat noch ein Zweites immer mehr zugenommen: die *Größe des Abstandes zwischen oben und unten*. Meine Zeichnung gibt, beiläufig, nur ein Bild der Tendenz, die sich vor unsern Augen vollzieht, sie macht auf mathematische Genauigkeit keinen Anspruch. Man könnte die Entwicklung auch durch eine aufgehängte Ziehharmonika veranschaulichen, an deren unterem Stück ein Gewicht befestigt ist, während eine etwas stärkere Kraft nach oben zieht. /34/ Die obersten Teile – die Klasse der Reichen – gehen am schnellsten in die Höhe, immer riesenhaftere Vermögen sammeln sich in einzelnen Händen an. Die Zwischenglieder folgen, es fällt keines heraus, aber je weiter wir nach unten kommen, umso langsamer ist die Hebungsbewegung; am langsamsten ganz unten bei den Arbeitern. Auch hier ist noch eine gewisse Hebung, das unterste Stück ist nicht tiefer gesunken, es ist um die Arbeiterklasse nicht positiv schlechter bestellt, als es früher war; aber der Abstand von oben und unten ist ungeheuer gewachsen und hat das soziale Missbehagen erhöht. Die Schichten aber, die die oberen Stufen einnehmen, die Masse der Kapitalisten, sind oder werden, was sie auch als Menschen sein mögen, volkswirtschaftlich betrachtet

als Kapitalisten immer mehr zu Parasiten, die keinerlei funktionelle Beziehung zur schaffenden Arbeit haben, die bloß als Aktionäre am Ertrag der Unternehmungen teilnehmen, ihnen sonst aber verantwortungslos gegenüberstehen.

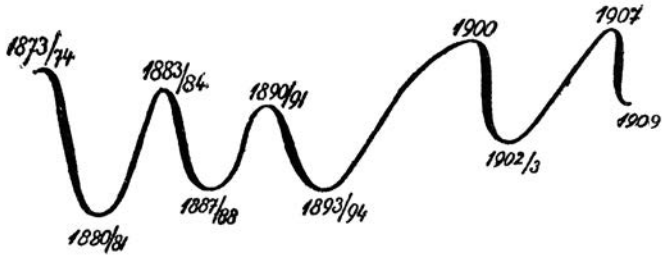
Die Zusammenbruchstheorie

Inzwischen haben sich aber auch in einem zweiten Punkt die marxistischen Voraussetzungen nicht erfüllt. Wer das Erfurter Programm durchliest, wird im vierten Absatz des ersten Stücks auf folgenden Satz stoßen: »Der Abgrund zwischen den Besitzenden und Besitzlosen« – es ist noch kein Abgrund da, wenn man das Wort nicht moralisch, sondern ökonomisch verstehen soll – »wird aber noch erweitert durch die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen, die *immer umfangreicher und verheerender* werden.« Das haben, als das Erfurter Programm verfasst wurde, fast alle Sozialisten geglaubt. Wir hatten die Vorstellung, dass die wirtschaftliche Entwicklung in Bezug auf die Geschäftskonjunkturen den Weg einer Spirale nehme, die immer enger wird. Das ist der Sinn dieses Satzes, unter dieser Annahme hat er im Erfurter Programm seine Formulierung erhalten. Wenn man den Gedanken des Erfurter Programms zeichnerisch veranschaulichen will, so erhält man eine Kurve, deren Senkungen immer länger und deren Hebungen immer kürzer werden, und immer kürzer werden /35/ auch die Zwischenräume zwischen dem Anfang einer guten Zeit und dem einer neu ausbrechenden Krise. Etwa wie es das folgende Bild zeigt:



Eine direkt absteigende Linie der Konjunkturen. Wie ist aber die wirkliche Entwicklung gewesen? Wir haben eine Geschichte und Statistik der Krisen, die uns darüber Auskunft gibt. Stellen wir daher einmal fest, welche Krisen das Deutsche Reich seit seiner Gründung gehabt hat. Von 1871 bis 1873 hatten wir einen großartigen Aufschwung, die berühmte oder berüchtigte Gründerperiode, während der alles im Golde zu schwimmen schien und Unsummen in zweifelhaften Unternehmungen festgelegt wurden. Dann setzte 1874 im Gefolge des großen Krachs von 1873 eine Krise und Depressionsperiode ein, die bis 1880–81, fast sieben Jahre, dauerte, und die so verheerend gewesen ist – ich habe sie als Angestellter eines Bankgeschäfts und tätiger Sozialist miterlebt –, dass man damals im Verhältnis mehr Arbeitslose hatte und es mehr Elend gab als bei allen späteren Krisen. Erst 1881 machte sich ein gewisser Aufschwung bemerkbar, er blieb aber sehr matt und dauerte nicht lange, sondern fand seinen Höhepunkt im Jahre 1883. Denn gab es von Neuem eine Depression, die bis 1887/88 dauerte, nicht ganz so lange, aber doch beinahe so lange wie die von 1874 bis 1880. Wieder stellte sich ein kleiner Aufschwung ein, er hatte starke Bewegungen der Arbeiter im Gefolge, dauerte aber auch knapp drei Jahre, nämlich bis 1890/91. Im Jahre 1891 war die Herrlichkeit vorüber, und dies war das Jahr, wo das Erfurter Programm verfasst /36/ wurde. Es war das erste Jahr eines neuen Geschäftsdrucks, der bis 1893 andauerte. Dann aber stellte sich ein Aufschwung ein, wie man ihn nie vorher erlebt hatte, nicht nur in Bezug auf die *Stärke*, sondern auch in Bezug auf die *Dauer*, denn er fand erst im Jahre 1900 seinen Abschluss. Neue Periode der Depression, die aber nicht besonders intensiv und 1903 schon wieder vorüber war. Die Besserung, die nun anhob, war wieder sehr kräftig, sie hielt bis 1907 an. Jetzt, seit 1907, sind wir von Neuem in einer Periode des Geschäftsdrucks, von der wir aber nicht wissen, wie lange sie dauern wird, und die wir daher nicht als Größe einsetzen können. Soweit wir jedoch Tatsachen sprechen lassen können, haben wir eine ganz andere Kurve vor uns, als das Programm sie vorzeichnete; grade seit 1891 eher eine aufsteigende als eine

abfallende Linie der Konjunkturen. Man betrachte die Zeichnung, der der geschilderte tatsächliche Gang der Konjunkturen zugrunde gelegt ist, und vergleiche sie mit der Zeichnung, wie das Programm sie vorschrieb:



Es ist ein ganz anderes Bild, ein ganz anderer Verlauf der Konjunkturen, als wie sie der Sozialdemokratie früher vor Augen standen. Gegenkräfte, die früher nicht im gleichen Maße existierten, haben die Kraft der Krisenfaktoren abgeschwächt. Der Reichtum der Gesellschaft ist so ungemein gestiegen und hat sich so weit ausgebreitet, dass sich zur Gegenaktion gegen die Gefahr der Stagnation heute ganz andere Möglichkeiten darbieten als früher. Die große Ausdehnung des Marktes hat Ausgleichungsmöglichkeiten geschaffen, wie sie in gleichem Maße früher nicht bestanden. Ebenso hat die Kartellierung von Industrien zu Möglichkeiten der Regulierung der Produktion geführt, die früher fehlten, und dies sowie verschiedenes andre mehr scheint dahin zu wirken, dass die Krisen und Depressionen des Geschäftslebens /37/ schneller als früher überwunden werden. Ich sage nicht, dass das alles absolute Vorteile sind für die Gesamtheit. Die Kartelle mögen gewissen Industrien über die Krisen hinweghelfen, sie verschärfen aber ihre Wirkung auf andre Industrien dadurch, dass sie das Preisniveau künstlich hochhalten, während früher in den Krisen Preissenkungen heilsam zu wirken pflegten. Und wenn auch die Konjunkturenlinie sich im Ganzen heute besser stellt, so ist doch eines geblieben – darin hat das Erfurter Programm recht – die *allgemeine Unsicherheit* ist heute

nicht geringer als früher. Noch heute ist die Arbeiterklasse in den verschiedenen Ländern dem Spiel der Konjunkturen ausgesetzt, ist sie abhängig von unablässig sich vollziehenden Umwälzungen der Industrie, die immer von Neuem Arbeiter hinauswerfen auf den allgemeinen Arbeitsmarkt. Und diese Unsicherheit besteht nicht bloß für die Arbeiterklasse, sie gilt auch für die Mehrheit der andern Elemente der erwerbenden Klassen, auch für die Geschäftsleute. Man könnte das Verhältnis vergleichen mit den Wellenbewegungen, wie Stürme auf einem Landsee und auf einem Ozean sie hervorrufen. Wirft der Sturm auf einem Landsee die Wellen hoch, so gibt das je nachdem ein fürchterliches Bild: Die Wellen und die Zerstörung, die sie anrichten, erscheinen im Angesicht der mäßigen Ausdehnung des Sees gewaltig. Ein anderer Sturm kann auf dem Ozean die Wellen noch viel, viel höher werfen und viel, viel größeres Unheil anrichten, gegenüber dem Gesamtbild, das der Ozean darbietet, wird es unbedeutend erscheinen. Was ist der Einzelne auf dem Ozean? Auch ohne Krisen wird der Arbeiter heute auf dem Ozean der Weltwirtschaft hin- und hergeworfen, ist die Existenz für den Einzelnen im Wirtschaftsleben bedrängter, unsicherer, gefährdeter geworden. Täglich verschlingen die Wellen Opfer in großer Zahl, während das Meer Weltwirtschaft anscheinend ungestört dahinflutet.

Das darf nicht vergessen werden, soll die Tatsache, dass das alte Schema der Krisenentwicklung unhaltbar geworden ist, nicht zu trügerischem Optimismus verleiten. Das Schema aber muss fallen, und mit ihm fallen alle Zukunftserwartungen, die aufgrund seiner aufgestellt worden sind, vor allem der Gedanke an eine wirtschaftliche Riesenkatastrophe, die die moderne Gesellschaft vor den unmittelbaren Ruin, vor den /38/ völligen Zusammenbruch stellen werde. Dieser Gedanke hat nicht nur an Wahrscheinlichkeit nicht gewonnen, sondern nimmt steigend an Wahrscheinlichkeit ab. Alle Spekulationen, die früher an dieses Krisenschema geknüpft worden sind, sind hinfällig geworden und können nur schaden.

Der Revisionismus und die sozialistische Praxis

Wenn wir aber den Katastrophengedanken aufgeben müssen, dann erhält das, was man *sozialistische Gegenwartsarbeit* nennt, selbstverständlich einen *erhöhten Wert*. Dann handelt es sich bei ihr nicht um Palliativmittel, die bloß Wert haben, sofern sie geeignet sind, die Arbeiter bis zur großen Katastrophe kampffähig zu erhalten, dann wird sie wichtige *fundamentale Vorarbeit*. Das ist ein Hauptmoment, worin der Revisionismus sich von der andern, der alten Auffassung der Sozialdemokratie unterscheidet: in der erhöhten Wertschätzung dessen, was zur sozialistischen Gegenwartsarbeit gehört. In der erhöhten Wertschätzung der Parlamentsarbeit, nicht so sehr als Agitation, obwohl diese auch ihre Berechtigung hat, als vielmehr in Hinblick auf positive gesetzgeberische Resultate, auf Erkämpfung von Gesetzen, die darauf gerichtet sind, möglichst tief greifende Änderungen in Recht und Wirtschaft herbeizuführen; dann in höherer Wertung der sozialistischen Tätigkeit in den Gemeinden, die gar nicht überschätzt werden kann; in höherer Würdigung der sozialen Bedeutung der Gewerkschaften unter dem Gesichtspunkt aller Funktionen, die sie im Wirtschaftsleben auszuüben fähig sind, im erhöhten Interesse für den systematischen Ausbau ihrer Organisationen, und ebenso im Interesse für die Ausbreitung und den Ausbau der Arbeiterkonsumgenossenschaften – alle Arbeit dieser Art erhält eine ganz andere, eine viel größere Bedeutung als früher, wenn man die Idee jenes Krisenschemas und die Spekulation auf den großen ökonomischen Zusammenbruch fallen lässt und sich die Gesellschaft vergegenwärtigt, wie sie in Wirklichkeit sich entwickelt.

Nun ist gegen diese Feststellung von andrer Seite gesagt worden: Was da als notwendige Gegenwartsarbeit hingestellt /39/ wird, das wird ja schon alles getan, das tut die Sozialdemokratie ja schon jetzt! Bis zu einem gewissen Grade ist das richtig, aber nur bis zu einem gewissen Grade. Es ist ein Unterschied, unter welchen Voraussetzungen eine Arbeit verrichtet wird. Als mein Buch über die Voraussetzungen des Sozialismus erschien und den heftigsten Angriffen begegnete, da sagte in

einer Londoner Versammlung ein polnischer Sozialist, Dr. Ludwig Gumplowicz[24], und es war das Erhebendste, was mir gesagt werden konnte: »Was Bernstein empfiehlt, haben wir schon vorher getan, aber wir haben es mit halbem Herzen und mit schlechtem sozialistischen Gewissen getan. Bernstein hat uns in die Lage versetzt, es mit ganzem Herzen und mit gutem sozialistischen Gewissen zu tun.« Ob das in der Sache zutrifft, habe ich natürlich nicht zu entscheiden, aber es traf in Bezug auf die Absicht zu, und von einem mir bis dahin fremden Mitkämpfer war das Wort der schönste Lohn, der dem politischen Schriftsteller zuteilwerden konnte.

In der Tat ist die sozialistische Bewegung, wie man das geschichtlich verfolgen kann, durch die realen Bedingungen ihres Kampfes und ihr eigenes Wachstum dahin geführt worden, eines ihrer früheren, noch auf halb utopistischem Boden erwachsenen Urteile nach dem andern fallenzulassen. Ursprünglich meinten Sozialisten, dass die Parlamente die Arbeiter gar nichts angingen, das seien alles winzige Dinge, um die da gestritten werde, was hätten die mit den großen sozialistischen Zielen zu tun? Dann ging man in die Parlamente, erklärte es aber für zwecklos, wenn nicht schädlich, in die parlamentarischen Kommissionen einzutreten. Jetzt aber, wo die sozialistischen Parteien in den Parlamenten Bedeutung erlangt haben, hat man sich in den Gedanken hineingefunden, dass die Arbeiterklasse in allen gesetzgebenden und verwaltenden Körpern mit voller Kraft zu arbeiten hat und suchen muss, sie immer mehr mit ihrem Geiste zu erfüllen. So ist es in diesem Punkt gekommen, und so wird es diesen und anderen Punkten weiter gehen. Auf Kongressen durch die Macht der Tradition geschlagen, dringt der Revisionismus in der Praxis doch siegreich durch.

Nun kommen einige meiner sozialistischen Parteigenossen und sagen: Das klingt soweit alles ganz schön und gut, aber meinen, bei dieser Kleinarbeit gehen die großen Gesichts-

24 Ludwig Gumplowicz (1838–1909) war ein polnischer Jurist und Professor für Staats- und Verwaltungsrecht an der Universität Graz. [T.S.]

punkte, die /40/ großen zusammenfassenden Ideen aus dem Gesichtskreis verloren, und wenn du dem Arbeiten noch das sozialistische *Endziel* nimmst, so wird es in diesem Punkt immer schlimmer werden.

Meine Antwort auf diesen oft gehörten Vorwurf ist die, dass die modernen Arbeiter keine Kinder sind, denen man den Mond zeigen muss, um ermunternd und anfeuernd auf sie zu wirken. Die moderne Arbeiterklasse, die heranreift, in großen Schichten schon herangereift ist, braucht keine Utopie, sie ist auch ohne das doch immerhin verschwommene »Endziel« für den sozialistischen Kampf zu begeistern. Was man Arbeitern zu zeigen hat, um ihnen Begeisterung und Sinn für große Ziele einzuflößen, ist ganz etwas anderes. Es ist erstens einmal ihre wachsende Bedeutung in der modernen Gesellschaft, die geschichtliche *Mission* ihrer Klasse, die darin sich ausdrückt, dass sie die einzige Klasse bilden, die als solche heute vollständig vorurteilsfrei jedem wirklichen Fortschritt in Erkenntnis, Technik, Wirtschaft usw. gegenübersteht, deren Interesse an nichts Veraltetes und Veraltendes gebunden ist, wie das anderer Klassen der Gesellschaft, die teils reaktionär sind, Überlebtes erhalten wollen, teils aber im Fortschritt nur Halbe sind, weil sie beim Fortschritt als Klasse das eine oder andre zu verlieren haben. Nur die Arbeiter sind, sobald sie als Klasse auftreten, in jeder Hinsicht gebunden an den gesellschaftlichen Fortschritt, sie sind seine sicherste Vorhut, wie das Lassalle so schön in die Worte gekleidet hat, die er im Arbeiterprogramm den Arbeitern zuruft: »Sie sind der Fels, auf dem die Kirche der Gegenwart gebaut werden soll.« Wenn man das den Arbeitern sagt und ihnen die Wahrscheinlichkeit zeigt eines stetigen Aufstieges, der vielleicht langsam sich vollzieht, aber infolge ihrer zunehmenden sozialen Bedeutung ihnen doch sicher ist, sofern sie nur vereint vorgehen, so zeigt man ihnen damit ein großes Ziel, das umso stärkere Wirkung ausüben muss, als es ein Ziel ist, an das auch der nüchtern Urteilende glauben kann. Blicken wir noch einmal auf das Bild der sozialen Pyramide, wie sie sich faktisch entwickelt hat. Oben der Kegel drückt auf den Block Arbeiterklasse und verhindert deren volle Entfal-

tung. Die Parasiten, die der Kegel in wachsender Zahl birgt, sind das Schwergewicht, das den Block niederhält. Aber /41/ der Block wird immer größer, die Arbeiterklasse wächst im Verhältnis stärker als die andern Klassen, der Block kommt an Umfang dem Kegel immer näher, und immer stärker wird seine Fähigkeit der Gegenwehr. Das gilt es den Arbeitern zu zeigen. Damit nimmt man ihnen nicht die Begeisterung, mit uns Sozialisten zu arbeiten, damit nimmt man ihnen nicht die großen Gesichtspunkte, man zeigt ihnen nur, wie in der Tat in der Gesellschaft gekämpft werden muss, und weckt das Selbstvertrauen, das auch bei langsamem Vormarsch die Geister zur höchsten Anspannung ihrer Kräfte zu entflammen vermag.

Die alte Perspektive, die durch die marxschen Ausführungen über den sozialen Zusammenbruch uns Sozialdemokraten, die wir ja alle Schüler von Marx und Engels sind, vorleuchtete, war das Bild eines Heeres, das vorwärtsdringt auf vielen Umwegen, über Gestein und durch Gestrüpp, jedoch auf diesem Wege immer wieder abwärts geführt wird auf dem Vorwärtsmarsch, bis es schließlich ankommt an eine große Kluft, jenseits derer, zu erreichen durch ein gewaltiges Meer – nach manchen war es ein *rotes* Meer, – das erstrebte Ziel, der Zukunftsstaat, winkt. Diese Perspektive ändert sich nun. Ein andrer Ausblick tut sich auf. Die Perspektive, die wir jetzt vor uns sehen, zeigt uns den alltäglichen Kampf der Arbeiter, der sich abspielt und wiederholt trotz aller Verfolgungen, das Wachstum der Arbeiter an Zahl, an allgemeiner sozialer Macht, an politischem Einfluss, dem sich keine Partei mehr entziehen kann; diese Perspektive zeigt uns den Weg der Arbeiterklasse nicht nur *vorwärts*, sondern gleichzeitig auch *aufwärts*, nicht nur ein Stärkerwerden der Zahl nach, sondern auch eine Hebung ihres ökonomischen, ethischen und politischen Niveaus, eine steigende Befähigung und Betätigung als mitregierender Faktor in Staat und Wirtschaft. Und im Sinne dieser Perspektive wirkt und wirbt heute am entschiedensten diejenige Richtung in der Sozialdemokratie, deren Bekenner man Revisionisten nennt.

Gruppenbild im Restaurant Löwen in Bendlikon anlässlich eines Ausfluges im Rahmen des Internationalen Sozialistischen Arbeiterkongresses; 1893: Ferdinand Simon (Schwiegersohn August Bebels), Frieda Simon, Clara Zetkin, Friedrich Engels, Julie Bebel, August Bebel, Ernst Schaffer, Regine Bernstein und Eduard Bernstein (v.l.n.r.).

Wie ist wissenschaftlicher Sozialismus möglich?

EIN VORTRAG[1]

»Zum unmittelbaren Zielpunkte hat alles Können entweder den Nutzen oder das Behagen; alles Wissen hingegen die Erforschung der Wahrheit, und dem entspricht auch die Verschiedenartigkeit des beiderseitigen Bereiches.«

THOMAS HENRY BUCKLE:
»DER EINFLUSS DER FRAUEN AUF DIE WISSENSCHAFT«

»Wie alle sozialen Reformparteien hat auch der Sozialismus seine lebendige Quelle in den offenkundigen Unvollkommenheiten der jetzigen Gesellschaftsordnung. Solange diese Quelle fließt, hat die kämpfende Partei des Sozialismus, die Sozialdemokratie, von der Selbstkritik ihrer Theorie nichts zu fürchten.«

TOMÁŠ GARRIGUE MASARYK:
»DIE WISSENSCHAFTLICHE UND PHILOSOPHISCHE KRISE INNERHALB DES GEGENWÄRTIGEN MARXISMUS«

1 Am 17. Mai 1901 hielt Eduard Bernstein im Sozialwissenschaftlichen Studentenverein zu Berlin einen Vortrag, zu dem er anmerkt, dass »das darin behandelte Problem mich schon seit längerer Zeit beschäftigt und auch gelegentlich von mir zur Debatte gestellt worden ist«. Bernstein verweist auf einen Artikel in *Die Zeit* (Wien) vom 15. Juli 1899. »Soweit schriftliche Vorarbeiten und mein Gedächtnis mir dies möglich machten, habe ich mich bestrebt, ihn hier genau so wiederzugeben, wie er in der vorerwähnten Versammlung selbst vorgetragen wurde«, so Bernstein. »Wo mir für die Ausgabe in Broschürenform Zusätze zweckmäßig erschienen, habe ich solche in Form von Fußnoten und kurzen Nachträgen eingefügt.« Letztere wurden hier ausgelassen. Der Vortrag sorgte seinerzeit für einiges Aufsehen, Bernstein dazu: »Es fehlt mir an der Zeit und, offen heraus gesagt, auch an der Lust, mich auf Pressfehden darüber einzulassen«. Und weiter: »Ehrliche Irrtümer über die Tendenz des Vortrags, wie sie gegenüber dem gesprochenen Wort ja so leicht möglich sind, wird seine schriftliche Wiedergabe berichtigen. Gegen böswillige Auslegungen aber hilft keine Richtigstellung.« Es würde ihn »freuen, wenn er zu einer fruchtbringenden Diskussion Anlass bietet«. Die gedruckte Fassung erschien im Verlag der Sozialistischen Monatshefte (M. Mundt), Berlin 1901. [T.S.]

I.

Die einflussreichste der in der Gegenwart verbreiteten sozialistischen Theorien, das von Karl Marx und Friedrich Engels ausgearbeitete Lehrgebäude, zu dem, als die Richtung ihrer Forderungen und Ziele bestimmend, sich in fast allen Ländern die große Mehrzahl der kämpfenden Sozialisten heute bekennt, ist von seinen Urhebern als wissenschaftlicher Sozialismus bezeichnet worden. In einer Schrift, welche den meisten von Ihnen bekannt sein wird und Ihnen allen bekannt zu sein verdient: »Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft«[2] – einem Auszug aus seiner nicht minder lesenswerten Streitschrift »Herrn Eugen Dührings[3] Umwälzung der Wissenschaft«[4] – sagt Friedrich Engels, dass mit zwei wissenschaftlichen Entdeckungen, die Marx gemacht habe, nämlich der *materialistischen Geschichtsauffassung* und der Bloßlegung der *Mehrwerterzeugung* in der kapitalistischen Wirtschaft der Sozialismus eine Wissenschaft geworden sei. Dies die authentischste, wenn auch nicht die erste Stelle, wo der Titel »wissenschaftlich« für den marxistischen Sozialismus reklamiert worden ist. Artikel, in denen dies auch sonst geschehen, finden sich vielfach in der sozialistischen Literatur, die vor der ersten Veröffentlichung jenes Satzes – 1877 – datiert. Selbst ein deutscher Sozialist, der gewöhnlich mit Karl Marx in Fehde lag, der sehr begabte J. B. von Schweitzer[5], schrieb, als der erste Band von Marx' Hauptwerk »Das Kapital« erschien, er habe sich, nachdem er das Buch zu Ende gelesen, gesagt: »Der Sozialismus ist eine Wissenschaft.« /8/[6]

2 Friedrich Engels: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, in: Karl Marx/ders.: Werke [MEW], Berlin 1956ff., Bd. 19, S. 177–228. [T.S.]

3 Eugen Karl Dühring (1833–1921) war Philosoph und Ökonom. Bernstein setzte sich zunächst für Dühring ein, sorgte aber dann als Chefredakteur des *Sozialdemokraten* in der Zeit der Sozialistengesetze stark mit dafür, dass der »Anti-Dühring« von Engels zu einer zentralen Grundlage innerhalb der Sozialdemokratie wurde. Dühring trat 1881 mit einer antisemitischen Schrift hervor, die spätere Antisemiten bis in die Zeit des NS-Regimes beeinflusste. [T.S.]

4 Friedrich Engels: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft (1878), in: MEW, Bd. 20, S. 1–303. [T.S.]

5 Johann Baptist von Schweitzer (1833–1875) war ein sozialdemokratischer Agitator und Dramatiker. Von 1867 bis 1871 war er Präsident des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV). [T.S.]

6 Angabe der Originalseitenzahlen nach der Ausgabe von 1901. [T.S.]

Indes ist der marxistische Sozialismus, um diesen abkürzenden Ausdruck zu gebrauchen, weder die einzige noch die erste sozialistische Lehre, welche sich als wissenschaftlich bezeichnet hat. Bei Marx selbst können Sie, gleich im ersten Kapitel des »Kapital« in der 24. Note lesen, dass nie eine Schule mehr mit dem Wort *science* um sich geworfen habe als die des französischen Sozialisten Proudhon[7]. Proudhon aber war zur Zeit, in der Marx dies schrieb, der einflussreichste der romanischen Sozialisten. Lesen Sie jedoch die Schriften der beiden sozialistischen Schulen Frankreichs, die vor Proudhon auftraten: der Schüler Fouriers und der Schüler St. Simons; gehen Sie nach England und lesen Sie die Schriften der Schule Robert Owens, so werden Sie auch dort häufig genug ähnlichen Berufungen auf die Wissenschaft begegnen. Auch in Lassalles Schriften fehlt sie nicht. Man könnte fast sagen, dass so ziemlich alle Sozialisten des 19. Jahrhunderts in der einen oder anderen Weise die Wissenschaft für ihre Lehre in Anspruch nahmen.

Auf den ersten Blick ist diese Übereinstimmung geeignet, unser Misstrauen zu erregen. Ist es uns doch bekannt, dass zwischen diesen Schulen die größten Unterschiede in der Auffassungs- und Folgerungsweise bestanden. Wie heftig zog Proudhon gegen die Fourieristen zu Felde, und wie wuchtig fiel die kritische Rute eines Karl Marx auf ebendiesen Proudhon nieder. Aber auch Marx selbst hat seine sozialistischen Kritiker gefunden, die ihm Dasselbe vorwarfen, was er an anderen verurteilt hatte: Utopisterei und metaphysisches Begriffsspiel. Von neueren sozialistischen Marxkritikern ganz zu schweigen, hat ein französischer Sozialist, der heute ziemlich vergessen ist, aber in seiner Zeit eine ziemliche Rolle spielte und auch ein Mann von Kenntnissen war, Dr. Paul Brousse[8], Marx wiederholt des Utopismus geziehen und ihn schließlich in einem Nachruf

7 Pierre-Joseph Proudhon (1809–1865) war ein französischer Ökonom und Soziologe, der als Vertreter eines solidarischen Anarchismus in die Geschichte einging. [T.S.]

8 Paul Louis Marie Brousse (1844–1912) war ein französischer Mediziner und Sozialist, er galt als Führungsfigur der Possibilisten, einer reformistischen Richtung der Sozialdemokratie. [T.S.]

als den letzten großen Utopisten bezeichnet. Wenn nun unter Sozialisten, die sämtlich gleichmäßig sich auf die Wissenschaft berufen, so große Meinungsverschiedenheiten bestehen, und wenn diese Differenzen, wie das tatsächlich der /9/ Fall ist, nicht bloß Äußerlichkeiten oder beiläufige Anwendungen betreffen, sondern in vielen Fällen bis an die Wurzel der Lehre gehen – sollte da nicht der Gedanke in jemand erstehen, dass sie möglicherweise alle Unrecht haben, dass keiner von ihnen Anspruch auf den Ring in der Fabel habe, keiner berechtigt sei, seinen Sozialismus als wissenschaftlich zu bezeichnen?

Indes selbst wenn wir den Streit der Systeme oder Theorien beiseitelassen und an uns die Lehre halten, die im Kampfe ums Dasein unter ihnen heute als Siegerin dasteht, den Marxismus, so stoßen wir auch da auf Punkte, die geeignet sind, kritisch veranlagte Naturen stutzig zu machen.

Wir haben gesehen, dass Friedrich Engels die Wissenschaftlichkeit des Sozialismus aus zwei theoretischen Aufstellungen ableitete, von denen die eine die Lehre vom Mehrwert ist. »Es wurde bewiesen«, schreibt Engels, »dass die Aneignung unbezahlter Arbeit die Grundform der kapitalistischen Produktionsweise und der durch sie vollzogenen Ausbeutung des Arbeiters ist; dass der Kapitalist, selbst wenn er die Arbeitskraft des Arbeiters zum vollen Wert kauft, den sie als Ware auf dem Warenmarkt hat, dennoch mehr Wert aus ihr herausschlägt, als er für sie bezahlt hat; und dass dieser Mehrwert in letzter Instanz die Wertsumme bildet, aus der sich die stets wachsende Kapitalmasse in den Händen der besitzenden Klassen aufhäuft. Der Hergang sowohl der kapitalistischen Produktion wie der Produktion von Kapital war erklärt.«[9]

Hiernach könnte man versucht sein anzunehmen, dass zwischen dem wissenschaftlichen Nachweis des Mehrwerts und dem Sozialismus ein innerer Zusammenhang in der Weise bestehen soll, dass aus der Tatsache des Mehrwerts sich die Notwendigkeit des Sozialismus ableite. Wir finden jedoch bei Marx und Engels eine ganze Anzahl Sätze, welche dieser

9 Friedrich Engels: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, in: MEW, Bd. 19, S. 209. [T.S.]

Folgerung widersprechen. Die schärfste hierher gehörende Äußerung /10/ steht im Vorwort zur deutschen Ausgabe des »Elends der Philosophie«, das Engels im Jahre 1884 geschrieben hat. Dort wendet sich Engels aufs Entschiedenste gegen die Auffassung, dass sich der Sozialismus wissenschaftlich aus der Tatsache des Mehrwerts ableiten lasse. Sie sei, erklärt er unter Hinweis auf einen Ausspruch von Marx, ökonomisch formell falsch, denn sie sei »einfach *eine Anwendung der Moral auf die Ökonomie*«. Nach den Gesetzen der bürgerlichen Ökonomie gehöre der größte Teil des Produktes nicht den Arbeitern, die es erzeugt haben. »Sagen wir nun: Das ist unrecht, das soll nicht sein, so geht das die Ökonomie zunächst nichts an«, fährt Engels fort. »Wir sagen bloß, dass diese ökonomische Tatsache unserem sittlichen Gefühl widerspricht. *Marx hat daher nie seine kommunistischen Forderungen hierauf begründet, sondern auf den notwendigen, sich vor unseren Augen täglich mehr und mehr vollziehenden Zusammenbruch der kapitalistischen Produktionsweise*; er sagt nur, dass der Mehrwert aus unbezahlter Arbeit besteht, *was eine einfache Tatsache ist*.«[10]

Das klingt so anders als die vorher zitierte Stelle, dass der Leser zunächst den Eindruck empfängt, hier liege ein unlösbarer logischer Widerspruch vor. Erst sollte die Mehrwertlehre einen der beiden wissenschaftlichen Grundpfeiler des Sozialismus abgeben, und wir wissen von Engels, dass er die Schrift, in der dies steht, Marx vor der Drucklegung im Manuskript vorgelesen und mit ihm reiflich durchdiskutiert, dass sie sozusagen das marxsche Approbat erhalten hatte. Und nun wird der Mehrwertsatz als beweisunkräftig für den Sozialismus erklärt. Das scheint uns mit Bezug auf die eine Frage den Boden unter den Füßen wegzuziehen.

Es könnte nun vielleicht jemand kommen und die Legitimierung von Engels zu dem zuletzt zitierten Satz bestreiten. /11/ An Versuchen, größere Verschiedenheiten in der Denkweise von Engels und Marx festzustellen, hat es ja nicht

10 Friedrich Engels: Vorwort (zur ersten deutschen Ausgabe von Karl Marx' Schrift »Das Elend der Philosophie«), in: MEW, Bd. 21, S. 175–187, hier: S. 178. [T.S.]

gefehlt, noch sind sie durchgängig verunglückt, wenn sie auch meines Erachtens meist erhebliche Übertreibungen aufweisen. Es gibt Gebiete, auf denen Engels kein völlig genauer Interpret von Marx gewesen sein dürfte. Aber für den vorliegenden Fall trifft dies schwerlich zu. Haben wir doch allerhand Äußerungen von Marx selbst, aus denen ganz unverkennbar eine gleiche Auffassung spricht. Der Satz, auf den Engels an der zitierten Stelle verweist,[11] könnte ebenfalls eine andere Deutung als die engelssche zulassen. Aber wenn wir im »Kapital« vernehmen, der Umstand, dass – in dem dort erörterten Beispiel – der Wert, den der Gebrauch der Arbeitskraft (des Lohnarbeiters) während eines Tages schaffe, doppelt so groß sei als ihr eigener Tageswert, sei »ein besondres Glück für den Käufer [den Kapitalisten], *aber durchaus kein Unrecht gegen den Verkäufer*« – den Arbeiter,[12] oder in dem Brief von Marx über den Entwurf zum Gothaer Programm lesen: »Ist sie« – die heutige Verteilung des Arbeitsertrages – »nicht in der Tat die einzige ›gerechte‹ Verteilung auf Grundlage der heutigen Produktionsweise« und gleich im Anschluss daran den Nachweis, dass in jeder Gesellschaftsform außer dem vollkommenen Kommunismus zwischen /12/ Arbeitsbelohnung und Arbeitsleistung notwendig ein quantitativer Unterschied bestehe, so können wir nicht länger bezweifeln, dass die engelssche Bemerkung die marxsche Auffassung richtig wiedergibt.

11 Es ist dies die folgende Stelle aus der Schrift »Zur Kritik der politischen Ökonomie«: »Wenn der Tauschwert eines Produkts gleich ist der in ihm enthaltenen Arbeitszeit, ist der Tauschwert eines Arbeitstages gleich seinem Produkt. Oder der Arbeitslohn muss dem Produkt der Arbeit gleich sein. Nun ist das Gegenteil der Fall.« Dazu (bei Marx) die folgende Note: »Dieser von bürgerlich-ökonomischer Seite gegen Ricardo beigebrachte Einwand ward später von sozialistischer Seite aufgegriffen. Die theoretische Richtigkeit der Formel vorausgesetzt, wurde die Praxis des Widerspruchs gegen die Theorie bezichtigt und die bürgerliche Gesellschaft angegangen, praktisch die vermeinte Konsequenz ihres theoretischen Prinzips zu ziehen. In dieser Weise wenigstens kehrten englische Sozialisten die ricardosche Formel des Tauschwerts gegen die politische Ökonomie.« Bernstein lässt bei dieser die folgenden Sätze aus: »Herrn Proudhon blieb es vorbehalten, nicht nur das Grundprinzip der alten als Prinzip einer neuen Gesellschaft, sondern zugleich sich als den Erfinder der Formel zu verkünden, worin Ricardo das Gesamtergebnis der klassischen englischen Ökonomie zusammengefasst hat. Es ist bewiesen worden, dass selbst die utopistische Auslegung der ricardoschen Formel in England bereits verschollen war, als Herr Proudhon sie jenseits des Kanals ›entdeckte‹.«

12 Karl Marx: Das Kapital, in: MEW, Bd. 23, S. 208. [T.S.]

Und doch wird in der Populärliteratur der Sozialdemokratie, und zwar auch in Schriften, die von Engels herrühren oder seinen und Marx' vollen Beifall fanden, die Tatsache des Mehrwertes in der entschiedensten Weise als Argument für den Sozialismus ins Feld geführt, wird im »Kapital« der Mehrwert immer wieder als Ausbeutung gekennzeichnet – und Ausbeutung, wo es sich um Beziehungen von Menschen zu Menschen handelt, heißt immer sittlich verwerfliche Ausnutzung, heißt – worauf schon der sprachliche Zusammenhang mit dem Wort Beute hindeutet – Raub in verkleideter Form. Die Kapitalisten erscheinen denn auch, sozial – nicht als Einzelne – betrachtet, als Berauber oder Auswucherer der Arbeiterklasse.

Wie verträgt sich dies nun mit der berührten engelsschen Bemerkung? Die ihr bei Engels folgenden Sätze geben uns darüber einen Fingerzeig:

»Was aber ökonomisch formell falsch, kann darum doch weltgeschichtlich richtig sein. Erklärt das sittliche Bewusstsein der Masse eine ökonomische Tatsache, wie seinerzeit die Sklaverei oder die Fronarbeit, für unrecht, so ist das ein Beweis, dass die Tatsache selbst sich schon überlebt hat, *dass andere ökonomische Tatsachen* eingetreten sind, kraft deren jene unerträglich und unhaltbar geworden ist. *Hinter* der formellen ökonomischen Unrichtigkeit kann also ein *sehr wahrer ökonomischer Inhalt* verborgen sein.«[13]

Das heißt, es ist nicht die Tatsache des Mehrwerts schlechthin, die für die Notwendigkeit der sozialistischen Umwandlung der Gesellschaft zeugt, sondern die Missbilligung des Mehrwerts durch die Massen, seine Beurteilung als Ausbeutung ist der Beweis für die Unerträglichkeit der gegebenen Ordnung, ist, wenn ich mich so ausdrücken darf, der Indikator dafür, dass /13/ die gegebenen Umstände unhaltbar geworden sind — nur dass diese Unhaltbarkeit nicht in der Mehrwertaneignung, sondern in *anderen ökonomischen Tatsachen* zu suchen ist.

Wenn das richtig ist, so stößt es meines Erachtens den Satz, dass mit der Entdeckung des Mehrwertes der Sozialismus

13 Friedrich Engels: Vorwort (zur ersten deutschen Ausgabe von Karl Marx' Schrift »Das Elend der Philosophie«), in: MEW, Bd. 21, S. 175–187, hier: S. 178. [T.S.]

Wissenschaft geworden sei, um. Die Leistung selbst mag wissenschaftlich noch so hoch stehen, theoretisch noch so unanfechtbar sein, so verliert sie nach der hier gegebenen Auseinandersetzung doch jede wissenschaftliche Beweiskraft für den Sozialismus. Ja, sie kann nach ihr nicht einmal als wissenschaftlicher Beweis gegen die gegebene Gesellschaft gelten. So wenig wie etwa die Entdeckung, dass bei der Sklavenarbeit die Sklaven mehr erzeugen mussten als sie verbrauchten, ein wissenschaftlicher Beweis gegen die auf der Sklaverei beruhende Gesellschaftsordnung gewesen wäre.

Beiläufig bemerkt, halte ich den Ausdruck Entdeckung mit Bezug auf die Feststellung des Mehrwertes bei Marx für sehr irreführend. Es ist allgemein zugegeben, dass lange vor Marx die Tatsache des Mehrwerts bekannt war, und ich muss gestehen, dass, soweit es sich dabei um die Feststellung des Umstandes gehandelt hat, dass der Arbeiter im Lohn nicht die volle Differenz zwischen dem Marktwert des fertigen Produkts und dem Preis der Rohmaterialien samt Werkzeugverschleiß etc. erhält, mir die Entdeckung als keine besondere Leistung erscheint. Das Bedeutende der betreffenden Kapitel bei Marx besteht in der *Aufdeckung* und tiefgehenden *Analyse der Art* und *Methoden der Mehrwerterzeugung* in der kapitalistischen Wirtschaft und ihrer Folgen für die gesellschaftliche Entwicklung. Es ist sogar meines Erachtens für den Erkenntniswert des größten Teils der bezüglichen Untersuchungen bei Marx ziemlich gleichgültig, ob man die Ableitung des Mehrwerts, wie Marx sie vornimmt, in allen Punkten akzeptiert oder nicht. Es wird Ihnen nicht unbekannt sein, dass es heute eine ziemlich beträchtliche Anzahl von Sozialisten gibt, die den /14/ Ausgangspunkt der marxschen Mehrwertlehre: die Auflösung des Wertes in Mengen menschlicher Arbeit, gemessen nach Zeit, überhaupt nicht anerkennen, sondern der Grenznutzen-Wertlehre der anglo-österreichischen Schule zustimmen. Aber diese Sozialisten erkennen nichtsdestoweniger an, dass der Arbeiter heute ausgebeutet wird und Mehrarbeit leisten muss, nur führen sie den Nachweis auf eine andere, nach ihrer

Ansicht weniger metaphysische Weise.[14] Ja, es gibt auch Leute, die die ganze Heranziehung der Wertlehre beim Nachweis der Ausbeutung für verfehlt erklären und die Ausbeutung ohne jede Werttheorie aus der Produktionslehre, aus dem Mehrprodukt, ableiten. Ein Beispiel dafür ist das bemerkenswerte Buch des Professors Antonio Graziadei[15] in Bari »La Produzione Capitalistica«.

Um aber zu unserem Thema zurückzukehren, so haben wir nach Engels in der sittlichen Entrüstung der Massen wieder den Mehrwert, in der Verurteilung des Mehrwerts als Ausbeutung den Indikator dafür zu erblicken, dass *andere* ökonomische Tatsachen die heutige, auf jenem beruhende Wirtschaftsordnung unerträglich und unhaltbar machen. Welches sind diese Tatsachen?

Engels erklärt an der angegebenen Stelle, Marx habe seine kommunistischen Forderungen auf den notwendigen sich vor /15/ unsern Augen mehr und mehr vollziehenden Zusammenbruch der kapitalistischen Produktionsweise begründet. Über diese Auffassung nun, die Ableitung des Sozialismus aus dem Zusammenbruch, haben, wie Ihnen vielleicht bekannt ist, vor einiger Zeit in den Reihen von theoretisierenden Mitgliedern der Sozialdemokratie sehr lebhafte Debatten stattgefunden und sich bei Leuten, die sämtlich aus der marxschen Schule hervorgegangen sind, recht erhebliche Meinungsverschiedenheiten herausgestellt. Ich will auf diese Debatten, da ich selbst

14 Für sie fällt der Mehrwert in die Kategorie Rente bzw. bildet er in seinen verschiedenen Unterabteilungen jedes Mal eine der verschiedenen Spezialformen des Sammelbegriffs Rente, der alles aus Besitz, Ausschlussrechten, Vorzugsstellen etc. fließende Einkommen umfasst. Es liegt auf der Hand, dass man bei dieser Betrachtungsweise zu genau derselben prinzipiellen Stellungnahme in der Bekämpfung der Mehrwertsaneignung durch Kapitalisten und Monopolisten gelangen kann wie aufgrund der marxschen Mehrwertlehre, und es ist nicht so sehr die Frage, ob sie richtig ist und jene falsch – denn es sind im Grunde nur zwei verschiedene Arten, einen und denselben Grundgedanken zu entwickeln –, als vielmehr die, welche von ihnen den Vorzug größerer Einheitlichkeit und Begriffsschärfe hat. Eine Frage, die selbst wieder erst auf einer fortgeschrittenen Stufe sozialer Entwicklung Bedeutung für die Praxis erhält.

15 Graf Antonio Graziadei (1872–1953) war ein italienischer Wissenschaftler und Politiker. Als Mitbegründer der Kommunistischen Partei Italiens war er von 1910 bis 1926 Professor für politische Ökonomie an den Universitäten von Cagliari und Parma und Mitglied des italienischen Parlaments. 1928 ging er nach Frankreich ins Exil, nach dem Krieg lehrte er an der Universität Rom. [T.S.]

an ihnen beteiligt war, hier nicht näher eingehen, es genüge der Hinweis auf die Tatsache, dass in ihnen mehr als zwei verschiedene Ansichten darüber entwickelt wurden, wie dieser Zusammenbruch zu verstehen sei, und wenn Sie die eben verlesenen Worte von Engels genauer überdenken, so werden Sie das auch verstehen. Was heißt in diesem Zusammenhang »notwendig«, was »Zusammenbruch der kapitalistischen Produktionsweise«? Man kann bei dem Satz an einen unvermeidlichen ökonomischen Zusammenbruch, an eine große wirtschaftliche Katastrophe, man kann aber auch an einen großen Zusammenbruch der gesellschaftlichen Ordnung denken, die auf der kapitalistischen Produktionsweise beruht, und dazwischen sind noch allerhand Kombinationen denkbar. Und dann, ist der Zusammenbruch überhaupt als *notwendig* bewiesen, ist er wissenschaftlich beweisbar? Oder ist er nicht vielleicht doch nur eine mehr oder minder wahrscheinliche Annahme? Und weiter, folgert aus dem Zusammenbruch der kapitalistischen Produktionsweise schon mit wissenschaftlicher Notwendigkeit der Sozialismus? Das sind alles Fragen, die wir zu beantworten oder über deren Tragweite wir uns klarzuwerden haben, wenn wir die Wissenschaftlichkeit des Sozialismus festzustellen suchen. Alle geschichtliche Erfahrung spricht und viele Erscheinungen der Gegenwart zeugen dafür, dass die kapitalistische Produktionsweise so gut vergänglich ist wie frühere Produktionsweisen; aber hier handelt es sich um die Frage, ob ihr Ende ein Zusammenbruch sein wird, ob dieser Zusammenbruch in näherer /16/ Zukunft zu erwarten ist und ob er mit *Notwendigkeit* zum Sozialismus führt. Und auf diese Frage oder Fragen gehen die sozialistischerseits erteilten Antworten ziemlich weit auseinander.

Nicht anders steht es mit verschiedenen andern Hypothesen oder Deduktionen, aus denen sonst von Sozialisten der Beweis für den Sozialismus abgeleitet wurde. Ich darf Sie nur an das Schicksal des sogenannten ehernen ökonomischen Lohngesetzes erinnern,[16] auf das Lassalle seinerzeit seine Agi-

16 Die Theorie besagt, dass der durchschnittliche Arbeitslohn sich mittelfristig stets auf das Existenzminimum einpendelt. [T.S.]

tation gründete. Selten ist eine ökonomische Lehre so fest, mit solcher Inbrunst geglaubt worden, wie diese. Lange Jahre war sie das Schibboleth[17] für die moderne Arbeiterbewegung, das Glaubensbekenntnis, aus dem ihre tüchtigsten und ergebensten Kämpfer ihre seelische Kraft zogen. Und eines Tages ward mit – ich möchte fast sagen rauher – Entschiedenheit erklärt, dies »Gesetz« existiere nicht, seine Begründung sei unwissenschaftlich, es müsse aus unsern Programmen verschwinden. Es hat, wenn ich recht unterrichtet bin, damals manchen braven Kämpfern recht harte innere Kämpfe gekostet, diese neue Lesart anzuerkennen, aber – es geschah. Heute gilt jenes »Gesetz« für überwunden, für mehr überwunden, als meiner Ansicht nach richtig ist – es spricht niemand mehr von ihm. Lassen Sie mich ferner der Auffassung gedenken, dass die wirtschaftliche Lage der Arbeiter sich im Laufe der Entwicklung des Kapitalismus notwendig immer schlechter gestalte, eine immer elendere werde – eine Auffassung, die mit dem Namen Verelendungstheorie bezeichnet worden ist. Diese Auffassung hatte einst eine weite Verbreitung, sie schien wissenschaftlich fest begründet zu sein – sie durchleuchtete das »Kommunistische Manifest« und findet sich in vielen Schriften der jüngeren sozialistischen Generation wiederholt – auch sie ist heute aufgegeben. Dann die Auffassung von der Parallelität der Entwicklung in Industrie und Landwirtschaft, von dem Zusammenschmelzen der Kapitalistenklasse, von der Aufhebung der Differenzierung der Arbeiten – eine ganze Liste von Theorien, die für wissenschaftlich festgestellt /17/ galten und alle sich als irrig – nein, übertreiben wir nicht, als *Teilwahrheiten* herausgestellt haben.

Indes, Teilwahrheiten sind der Wissenschaftlichkeit oft noch verhängnisvoller als ganze Irrtümer, und so könnte man angesichts der vorgeführten und anderer Wandlungen in der Beurteilung sozialer Erscheinungen vonseiten der Vertreter des Sozialismus – auch die andere Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus, von der Engels spricht: die materialistische

17 Charakteristisches Zeichen, Codewort. [T.S.]

Geschichtsauffassung, hat ihre Schicksale durchgemacht – so könnte man, sage ich, sich versucht fühlen, in das Gerede vom wissenschaftlichen Bankrott des Sozialismus einzustimmen. Während wir auf der Seite der praktischen Bewegung den Sozialismus in beständigem Aufstieg vor uns sehen, die sozialistischen Parteien in fast allen Ländern Erfolge über Erfolge erringen, die Arbeiterbewegung Position über Position gewinnt und immer sicherer auf bestimmte, selbstgesetzte Ziele vorrückt, ihre Forderungen immer klarer formuliert, scheint auf dem Gebiet der Wissenschaft der Sozialismus statt größerer Einheit der Zersetzung der Theorie entgegenzugehen, scheint statt Sicherheit Zweifel und Zerfahrenheit sich der theoretischen Vertreter des Sozialismus zu bemächtigen. Und so erhebt sich, wenn wir sehen, wie das eine das andere nicht hindert, ganz naturgemäß die Frage, ob überhaupt ein innerer Zusammenhang zwischen Sozialismus und Wissenschaft besteht, ob ein wissenschaftlicher Sozialismus möglich und – ich füge als Sozialist die Frage hinzu – ob ein wissenschaftlicher Sozialismus überhaupt *nötig* ist.

Glauben Sie nicht, dass es das erste Mal ist, dass diese Frage aufgeworfen wird. Es haben sich in anderen Ländern sehr kenntnisreiche Männer mit ihr beschäftigt, und auch Ihr Vortragender hat sie schon vor Jahren, allerdings mit etwas anderen Worten, gestellt. Und so wie eben vorgeführt, ist die Frage wohl auch nicht sehr zweckmäßig formuliert.

Erlauben Sie mir, an dieser Stelle an ein Beispiel aus einer andern Disziplin zu erinnern. In der Mitte des /18/ achtzehnten Jahrhunderts herrschte auf dem Gebiet der Philosophie große Zerfahrenheit. Die Geister schienen sich nicht mehr zu verstehen. Da trat 1781 in Königsberg Immanuel Kant mit seiner »Kritik der reinen Vernunft« auf, deren erster Zweck war, zur Selbstbesinnung über die möglichen Aufgaben der Philosophie, zur Erkenntnis der Grenzen vernünftigen Philosophierens zu ermahnen und anzuleiten. Und als sein Buch wegen der etwas schwerfälligen Diktion und Einteilung nicht alsbald verstanden wurde, da legte er 1783 die leitenden Gedanken in verständlicherer Form in einer kleinen Schrift nieder, der er

den Titel gab: »Prolegomena zu jeder künftigen Metaphysik, die als Wissenschaft wird auftreten können«. In dieser Schrift stellt er nach den notwendigen Vorerläuterungen zwei Fragen, die er dann hintereinander mit scharfer Begriffsanalyse beantwortet. Die erste lautet: Wie ist Metaphysik überhaupt möglich? Die zweite: Wie ist Metaphysik als Wissenschaft möglich?[18] Ich glaube, dieser Vorgang des großen Philosophen ist uns ein Fingerzeig, was wir zu unternehmen haben, um zu einer befriedigenden Lösung des vorliegenden Problems zu gelangen. Natürlich brauchen wir die Fragen nicht sklavisch in der gleichen Form zu stellen wie Kant, sondern müssen sie der anderen Natur des Gegenstandes anpassen, mit dem wir es zu tun haben, aber wir müssen sie in demselben kritischen Geiste wie Kant stellen, in demselben Geiste, der gegen den alles theoretische Denken /19/ untergrabenden *Skeptizismus* ebenso entschieden gerichtet ist wie gegen den allezeit fertigen *Dogmatismus*. Wir müssen uns zunächst über das klarwerden, was wir überhaupt unter Sozialismus zu verstehen haben, wenn von einer Beziehung desselben zur Wissenschaft die Rede ist, und dann zur Frage übergehen: Ist ein wissenschaftlicher Sozialismus möglich und wie?

Was ist der Sozialismus? Es sind sehr verschiedene Antworten auf diese Frage möglich, aber für unsere Untersuchung können nur solche in Betracht kommen, die an die Vorstellung von einer bestimmten Gesellschaftsordnung anknüpfen. Sie lassen sich in zwei Gruppen unterbringen. Man kann sagen, der Sozialismus ist das Bild, die Vorstellung, die Lehre von einer bestimmten Gesellschaftsordnung, und man kann ihn auffassen als die Bewegung zu einer bestimmten Gesellschaftsordnung hin. Ob aber als Zustand, als Lehre oder Bewe-

18 Die Antwort Kants auf die letztere Frage lautet bekanntlich, dass Metaphysik als Wissenschaft nur möglich sei eben als Kritik der reinen – d. h. der Erfahrung vorhergehenden und sie erst ermöglichenden Vernunft, wie wir es heute ausdrücken, als *Erkenntniskritik*. »Also enthält Kritik, und auch sie ganz allein, den ganzen wohlgeprüften und bewährten Plan, ja, sogar alle Mittel der Vollziehung in sich, wonach Metaphysik als Wissenschaft zustande gebracht werden kann; durch andere Mittel und Wege ist sie unmöglich.« (Reclam-Ausgabe, S. 155.) So sehr nun Kant durch die moderne Evolutionslehre in den Einzelheiten seiner Vernunftkritik korrigiert worden ist, bleibt seine prinzipielle Auseinandersetzung über ihre Grundsätze und Bedeutung doch unerschüttert bestehen.

gung aufgefasst, immer ist der Sozialismus hierbei mit einem *idealistischen* Element versetzt, entweder selbst dieses Ideal oder die Bewegung nach einem solchen hin. Er ist so ein Stück *Jenseits* – selbstverständlich nicht jenseits unseres Planeten, auf dem wir leben, wohl aber jenseits von dem, worüber wir positive Erfahrung haben. Er ist etwas, was sein *soll*, oder in Bewegung auf etwas hin, was sein *soll*. Das trifft sogar für die konservativen Systeme des Sozialismus zu.

Indessen wollen und dürfen wir für unsere Betrachtung von ihnen absehen, da sie den Namen Sozialismus nur fälschlich führen. Wollen wir aller Begriffsverwirrung aus dem Wege gehen, dann werden wir gut tun, das Wort Sozialismus nicht von dem so verschwommenen Begriff der *societas* (= Gesellschaft), sondern von dem sehr viel bestimmteren des *socius* (= Genosse) bzw. der *Genossenschaft* abzuleiten. Gesellschaftlich ist alles Mögliche, und in der Ableitung vom Worte gesellschaftlich kann der Begriff sozial, sozialistisch für Bestrebungen in Anspruch genommen werden, die grundverschieden sind von und unvereinbar sind mit dem, was die sozialistischen /20/ Arbeiterparteien der Gegenwart wollen. Es gibt aber keine Forderung dieser Parteien, die nicht in den Rahmen des Begriffs des Genossenschaftlichen passte. In diesem Sinne habe ich seinerzeit den Sozialismus als *Bewegung zur Genossenschaftlichkeit* bezeichnet, und in diesem Sinne wird er hier fortan gebraucht.

Wenn von wissenschaftlichem Sozialismus gesprochen wird, so kann es sich immer nur um die Begründung sozialistischen *Strebens*, sozialistischer *Forderungen* handeln, um die diesen Forderungen zugrunde liegende *Theorie*. Die sozialistische Bewegung als Massenerscheinung bildet zwar den Gegenstand dieser Theorie, den sie zu verstehen, zu erklären und je nachdem auch zu verteidigen und über sich selbst zu unterrichten sucht, ist aber selbstverständlich so wenig eine wissenschaftliche Bewegung, wie etwa der deutsche Bauernkrieg, die Französische Revolution oder irgendein anderer geschichtlicher Kampf. Der Sozialismus als *Wissenschaft* beruft sich auf die *Erkenntnis*, der Sozialismus als *Bewegung*

wird vom *Interesse* als seinem vornehmsten Motiv geleitet, wobei indes ausdrücklich bemerkt werden soll, dass Interesse hier nicht als ausschließlich persönliches bzw. wirtschaftliches Selbstinteresse verstanden wird. Es gibt auch ein *moralisches* (sozial empfundenes), ein *idealistisches* Interesse. Aber *ohne Interesse* gibt es keine *soziale Aktion*. Die Erkenntnis kann ein Interesse wachrufen oder leiten, aber sie selbst ist nach außen hin inaktiv, solange sie nicht zu einem Interesse in intime Verbindung tritt, sich mit ihm verschmilzt. Seinerseits kann ein materielles oder ideologisches Interesse wohl das Erkennen fördern, der Verbreitung von Erkenntnis dienlich sein, aber es wird dies bewusst und absichtlich immer nur tun, soweit die Erkenntnis seine Zwecke fördert oder wenigstens nicht schädigt. Zwischen der Wissenschaft als dem Träger der Erkenntnis und jedem politischen, wirtschaftlichen, spekulativen Interesse ist daher immer ein Gegensatz möglich. /21/

II.

Der moderne Sozialismus wird von Engels als das Erzeugnis des in der gegenwärtigen Gesellschaft bestehenden *Klassenkampfes* zwischen Besitzenden und Besitzlosen, zwischen Bourgeois und Lohnarbeitern bezeichnet. Es ist klar, das er als solcher keine reine Bewegung einer wissenschaftlichen Erkenntnis sein kann. Der Klassenkampf ist ein Kampf der *Interessen*, und wenn auch jedes Interesse, um zu einem Kampf zu führen, mehr oder minder klar erkannt sein muss, die Auffassung des ursprünglich bloß gelegentlichen, bloß örtlich und beruflich spielenden und sich um untergeordnete Dinge drehenden Kampfes zwischen Besitzenden und Besitzlosen als eines allgemeinen, geschichtlichen Klassenkampfes sogar eine ziemlich fortgeschrittene Erkenntnis gesellschaftlicher Zusammenhänge voraussetzt, so bleibt er doch stets ein Kampf, bei dem es sich in erster Linie um Geltendmachung der Interessen einer Klasse oder Partei und nicht von Erkenntnissätzen – von solchen überhaupt nur insoweit handelt, als sie mit jenen zusammenfallen. Hinzu kommt, dass der Sozialismus mehr ist als bloß registrierende

Zusammenfassung der Punkte, um welche sich der jeweilig von den Arbeitern auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet mit den Besitzenden geführte Kampf dreht. Als Doktrin ist er die Theorie dieses Kampfes, als Bewegung seine Zusammenfassung im Hinblick auf ein bestimmtes Ziel: die Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung in eine solche kollektivistisch geregelter Wirtschaft. Dies Ziel ist jedoch nicht ein bloß von /22/ der Theorie vorherbezeichneter Akt, dessen Eintreten mehr oder minder fatalistisch erwartet wird, sondern es ist in hohem Grade ein *gewolltes* Ziel, für dessen Verwirklichung *gekämpft* wird. Indem er sich jedoch ein solches Zukunftsgebilde als Ziel setzt und in dem Maße, als er sein Verhalten in der Gegenwart von der Rücksicht auf dieses Ziel abhängig macht, ist der Sozialismus notgedrungen mit einem Stück Utopismus behaftet. Ich meine das selbstverständlich nicht in dem Sinne, dass er Unmögliches oder Unwahrscheinliches erstrebe, sondern will damit lediglich feststellen, dass er ein Element von spekulativem Idealismus in sich trägt, ein Stück von nicht wissenschaftlich Erwiesenem oder wissenschaftlich Feststellbarem enthält. Die hier infrage kommende Wissenschaft – die Soziologie – kann nicht mit jener Gewissheit, mit der die exakten Wissenschaften gewisse Erscheinungen vorherbestimmen, von der Gesellschaftsordnung, die der Sozialismus erstrebt, vorhersagen, dass sie unter allen Umständen sein werde. Sie kann nur die Bedingungen entwickeln, unter denen sie voraussichtlich eintreten werde, und den Grad ihrer Wahrscheinlichkeit annähernd abschätzen.

Das Element des nicht mit unbedingter Sicherheit Wissbaren im Sozialismus ist auch durchaus nicht schlechtweg als ein Fehler in der sozialistischen Theorie zu bezeichnen. Wie selbst die strengste der exakten Wissenschaften für ihre Fortentwicklung der Hypothese nicht entbehren kann, so die auf den Fortschritt der Gesellschaft gerichtete angewandte Soziologie nicht der Vorauszeichnung der mutmaßlichen künftigen Entwicklung. Und solche Vorauszeichnung ist stets bis zu einem gewissen Grade Utopie. Ich gebrauche dies Wort, wie schon bemerkt, hier nicht als gleichbedeutend mit überspannt träu-

merischer, ins Unrealisierbare fliegender Fantastik. Wohl wird es häufig auch in diesem Sinne gebraucht, aber wenn es allein so zu verstehen wäre, so wäre es die größte Ungerechtigkeit von der Welt, das Wort mit Leuten wie Robert Owen, Henry Saint-Simon, Charles Fourier in Verbindung zu bringen, diesen /25/ Vorläufern des modernen Sozialismus, die man gewöhnlich als die drei großen Utopisten des 19. Jahrhunderts bezeichnet.

Engels hat sich in der schon zitierten Schrift das große Verdienst erworben, die genannten Sozialisten gegen eine epigonenhaft abschätzige Kritik, wie sie sich zu jener Zeit nicht nur bei seinem Widersacher Dühring fand, in Schutz zu nehmen. Er hat ihr Andenken wieder zu Ehren gebracht, und in der Tat kann man von jenen »Utopisten« selbst heute noch lernen. Es gibt eben auch eine *schöpferische Fantasie*, eine Einbildungskraft, die, unterstützt durch einen geschärften Blick für die realen Kräfte und Vorgänge, Lebensfähiges ersinnen, bedeutsame Entdeckungen vorwegnehmen kann.[19] /24/

Owen, Saint-Simon und Fourier waren für ihre Zeit sehr bedeutende Realisten, wenn man darunter nicht engherzige, dem Augenblick lebende, nur dem Allernächstliegenden zugewandte Philister, sondern Leute versteht, welche den

19 In dem Essay, aus dem ich einen Satz als Motto für diese Schrift vorausgeschickt habe, führt der englische Kulturhistoriker Thomas Buckle eine Reihe epochemachender Entdeckungen auf, die wesentlich deduktiv, durch die Vorstellungskraft dichterisch veranlagter Geister gemacht wurden. »Goethe, Deutschlands größter Dichter, ja, einer von den größten Dichtern überhaupt«, schreibt er u. a., »machte die Entdeckung – die Metamorphose der Pflanzen – *nicht obgleich, sondern gerade weil er ein Kind der Musen war*.« Und: »Im menschlichen Innenleben ist noch eine gewisse geistige, dichterische und, so viel wir wissen, freiwillig wirkende Kraft vorhanden. Sie hört nicht auf, uns plötzlich und unvermittelt Blicke in die Zukunft zu erschließen und dabei gleichsam vorweg mit fester Hand nach der Wahrheit greifen zu lassen.« Er hofft, »nicht ganz vergebens für die in England so unvernünftig in den Hintergrund gedrängte deduktive Forschungsweise gesprochen zu haben.« Natürlich verwirft er damit keineswegs die induktive Methode schlechthin, sondern nur das, was Engels im Vorwort zur zweiten Auflage des »Anti-Dühring« die aus dem englischen Empirismus überkommene »bornierte Denkmethode« nennt. Aber auch hier gibt es eine Grenze. Und so sei uns Altmeister Kant ein warnender Berater. »Es kann der Einbildungskraft vielleicht verziehen werden, wenn sie bisweilen schwärmt, d. h. sich nicht behutsam innerhalb der Schranken der Erfahrung hält, denn wenigstens wird sie durch einen solchen freien Schwung belehrt und gestärkt, und es wird immer leichter sein, ihre Kühnheit zu mäßigen, als ihrer Mattigkeit aufzuhelfen. Dass aber der Verstand, *der denken soll*, an dessen statt *schwärmt*, das kann ihm niemals verziehen werden; denn auf ihm beruht allein alle Hilfe, um der Schwärmerei der Einbildungskraft, wo es nötig ist, Grenzen zu legen.« (Kant: Prolegomena, S. 35).

Problemen ihrer Zeit tiefer auf den Grund gehen und für die Ermittlung und Untersuchung der das Handeln der Menschen bestimmenden Kräfte einen schärferen Blick bekunden als ihre den Tagesströmungen folgenden Zeitgenossen. Vieles in ihren Theorien und ihren Vorschlägen für die Praxis, was uns heute als Ausfluss einer großen Naivität, als illusionär erscheint, war es für ihre Zeit in sehr viel minderem Grade und entsprach durchaus den Verhältnissen, unter denen sie lebten, den Kräften, mit denen sie es zu tun hatten.[20]

Robert Owen, um mit ihm zu beginnen, war durch intimere Beschäftigung mit den Lehren der fortgeschrittensten Philosophen seiner Epoche und durch Beobachtungen über die sozialen Wirkungen der technischen Umwälzungen in der Industrie zu einer Gesellschaftsauffassung gelangt, die der materialistischen Geschichtsauffassung ungemein nahekommt. Der bei ihm nicht ohne Übertreibungen gebliebene, aber im Fundament durchaus rationelle Satz, den zu predigen er nicht müde ward und der den Ausgangspunkt seiner Vorschläge zur Gesellschaftsreform bildet, nämlich *dass der Charakter des Menschen für ihn und nicht von ihm gebildet werde* – dieser Satz, wonach /25/ die ihm von seinen Eltern bei der Geburt mitgegebenen bzw. übertragenen Anlagen und die ihn umgebenden Verhältnisse den Charakter und die Handlungen des Menschen bestimmen, liegt auch dem Geschichtsmaterialismus von Marx zugrunde, und schon im Jahre 1815 legte Owen in einer seiner Schriften dar, welche tiefgehenden Veränderungen die Ausbreitung der Fabrikindustrie in Bezug auf das ganze soziale Leben der Nation zur Folge habe.[21]

20 Berücksichtigt man z. B. den intellektuellen und moralischen Tiefstand der englischen Arbeiterschaft und die Natur der politischen Parteien Englands in der Zeit, in die Owens Haupttätigkeit fällt, so wird man auch begreifen, warum Owen die Parteipolitik und die auf sie bezügliche politische Aktion mied und die wohlgesinnten Elemente aller Klassen und Parteien zur Teilnahme an dem Werk der Gesellschaftsreform aufrief. Aber die Enthaltung von der Parteipolitik hieß für Owen keineswegs grundsätzlicher Verzicht auf politische Reformen und gesetzgeberische Maßnahmen zugunsten der Arbeiterklasse. Er war, wie schon Marx und Engels hervorgehoben haben, einer der ersten und eifrigsten Agitatoren für Arbeiterschutzgesetze und hat an vielen Agitationen und Demonstrationen für aktuelle Forderungen der Arbeiter teilgenommen.

21 »Observations on the Effect of the Manufacturing System«. »Bisher«, schreibt Owen dort, »scheinen die Gesetzgeber die Fabrikindustrien nur von einem

Die auf das Wirtschaftliche bezüglichen Vorschläge Owens gehen sämtlich von der Großindustrie als der fortgeschrittensten Wirtschaftsform aus, seine Pläne zur Organisierung von kollektivistischen Gemeinschaften — »Heimcolonien«, wie er sie nannte – fußen auf genauen Berechnungen, denen der damalige Stand der Technik zugrunde liegt. Wenn sie uns heute wegen ihrer Unzulänglichkeit gegenüber dem mit ihnen Erstrebten als utopistisch erscheinen, so waren sie für ihre Zeit ein Fortschritt vom fantastischen Utopismus hinweg. Owen war stets bemüht, der wissenschaftlichen Erkenntnis zu folgen, und die Bildungsinstitute, welche seine Schüler ins Leben riefen, wurden von ihnen Hallen der Wissenschaft – *halls of science* – getauft. Owens Kritik der offiziellen Ökonomie seiner Zeit geht selten auf Einzelfragen ein, aber aufgrund seiner betreffenden Ausführungen haben begabte Schüler von ihm[22] Bedeutendes in Bezug auf Kritik der bürgerlichen Ökonomie geleistet. /26/

Charles Fourier war nicht minder wie Owen bemüht, seiner Gesellschaftsreform ein wissenschaftliches Fundament zu verleihen, und soweit ihn auch bei Aufstellung seiner Weltphilosophie und bei der Ausmalung der in der weiteren Zukunft liegenden Entwicklungen eine ungezügelte Fantasie, verbunden mit einer wahren Manie für dialektisches Begriffsspiel über jede zulässige Hypothese hinaus fortriss, so bleibt ihm doch das Verdienst, die Geschichts- und Sozialwissenschaft um eine Reihe sehr fruchtbarer Gedanken bereichert zu haben. In seiner Lehre von den Trieben und Leidenschaften erweist er sich als scharfsinniger Erforscher der mensch-

Gesichtspunkte aus – als Quelle des Nationalreichtums – betrachtet zu haben. Die andern gewaltigen Folgen, die von der Ausbreitung der Fabrikindustrien bewirkt werden, wenn diese ihrem natürlichen Fortgang überlassen bleiben, haben noch nie die Aufmerksamkeit irgendeines Gesetzgebers auf sich gelenkt. Und doch verdienen die politischen und moralischen Wirkungen, auf die wir hinweisen, die besten Geisteskräfte der größten und weisesten Staatsmänner zu beschäftigen. Die allgemeine Verbreitung der Manufaktur und Fabrikindustrien im Lande bringt *einen neuen Charakter* bei seinen Bewohnern hervor.«

22 Thompson, Bray, Hodgkin etc. William Thompson (1775–1833) war irischer Philosoph, Schriftsteller und Sozialreformer. John Francis Bray (1809–1897) war Chartist, Verfasser sozialistischer Ökonomie und Aktivist in Großbritannien. Thomas Hodgkin (1798–1866) war britischer Arzt und Anatom. [T.S.]

lichen Seele, und seine Idee, all jenen Trieben die Möglichkeit zu geben, sich im freien Spiel zum Wohl des Ganzen zu betätigen, sein Eintreten dafür, die Arbeit anziehend zu gestalten oder so zu verteilen, dass sie von denen geleistet wird, deren Neigungen sie am meisten entspricht, darf einen bleibenden Wert beanspruchen. Seine Abhandlung über die *Association domestique agricole* ist in ihren kritischen Partien eine meisterhafte Bloßlegung der ökonomischen Zustände Frankreichs in der Zeit, wo Fourier lebte, und die in ihren positiven Teilen entwickelten Vorschläge für die Gründung großer Assoziationen, die Industrie, Land- und Hauswirtschaft vereinigen sollten, sind fast noch mehr als die owenschen Heimkolonien auf die großwirtschaftliche Betriebsweise zugeschnitten, deren Vorteile Fourier nachzuweisen nicht müde wird.

Bei *Saint-Simon* ist es schwer, irgendetwas zu finden, was sich als utopistisch im Sinne des Unmöglichen oder Unwahrscheinlichen bzw. der fantastischen Spekulation bezeichnen lässt. Wohl trägt auch ihn seine Fantasie über das unmittelbar vor ihm Liegende hinweg und lässt ihn Ideen entwickeln, die erst eine spätere Zeit verwirklichen oder aktuell werden lassen sollte. Aber seiner Fantasie liegt durchweg ein wissenschaftliches Erforschen und Folgern zugrunde. Er kann als der Vater der modernen Soziologie bezeichnet werden. Was sein /27/ Schüler und Mitarbeiter Auguste Comte[23] später methodisch entwickelt und in ein geschlossenes System gebracht hat, findet sich dem Ideengehalt nach größtenteils schon bei Saint-Simon entwickelt. Von ihm stammt die Forderung, den Begriff der Politik als Wissenschaft dahin zu erweitern, dass er den gesamten Gesellschaftszustand umfasst; von ihm der Gedanke, dass die gesellschaftlichen Verhältnisse: die *Eigentumsverteilung*, *Produktionsordnung* und *Klassenbildung* die bestimmenden Grundlagen der jeweiligen Staatsverfassung bilden; von ihm die Einteilung der Entwicklungsphasen des menschlichen Geistes in die Epochen der *theologischen*, der *metaphysischen* und der *positiven*, *d. h. wissenschaftlichen*,

23 Auguste Comte (1798–1857) war ein französischer Mathematiker, Philosoph und Religionskritiker, der als Mitbegründer der Soziologie gilt. [T.S.]

Auffassungsweise und der Hinweis darauf, dass zwischen diesen Denkarten und der jeweiligen Gesellschaftsverfassung ein kausaler Zusammenhang bestehe; und von ihm und Comte schließlich die Einteilung der Gesellschaftszustände in Perioden kritischen und Perioden *organischen* Zustandes, – die letzteren solche, wo zwischen den Grundlagen und der Verfassung der Gesellschaft *Einklang* besteht, die ersteren solche, wo die Ideen, welche der gesellschaftlichen Ordnung zugrunde liegen, angefochten werden und an bindender Kraft verlieren; wo neue Klassen aufkommen und den herrschenden Gewalten feindlich entgegentreten, bis schließlich, die Gegensätze aufs Äußerste getrieben sind, die alte Ordnung gestürzt und eine neue Ordnung errichtet, eine »neue Religion« proklamiert wird, welche den veränderten Grundlagen des Gesellschaftslebens genügend entspricht, womit dann die Gesellschaft wieder in eine Phase *organischen* Zustandes – »sozialer Synthese« – eintritt. Als die Klasse, welche in der Neuzeit zum maßgebenden Element der Gesellschaft emporstrebt, erscheint bei Saint-Simon ursprünglich die der *Industriellen*, worunter, dem Zustand des damaligen Frankreich entsprechend, noch gewerbliche Unternehmer und Arbeiter gemeinsam verstanden sind, – die Ersteren als die Hauptleute, die »Chefs« der Industrie. Comte und die von ihm begründete positivistische Schule halten an diesem Gedanken /28/ fest, die eigentlich Saint-Simonistische Schule aber schärfte den Begriff des Industriellen bzw. Produzenten zu dem des *Arbeiters* zu, und bei dem radikaleren Flügel der Saint-Simonisten wird aus dem Arbeiter bald der *Proletarier*.[24]

Der Versuch Saint-Simons, ein neues Christentum zu stiften, steht mit dem wissenschaftlichen Charakter seiner Lehre in keinem grundsätzlichen Widerspruch. Denn dieses Christentum sollte kein dogmatisches, sondern eine Art Gefühls-

24 In Übereinstimmung damit entfalteten die Saint-Simonisten schon früh eine lebhafte Propaganda unter den Arbeitern. Dies unter anderem in dem stark industriellen Lyon. Dem großen dortigen Weberaufstand vom November 1831 war eine saint-simonistische Agitation fast unmittelbar vorausgegangen, und Vertreter dieser Richtung saßen im Ausschuss der Arbeiter. Auch die ersten Versuche der Bildung von Arbeitergenossenschaften gingen von Schülern Saint-Simons aus.

und Vernunftreligion sein. Comte (der seinem Lehrer an Genialität nachstand, ihn aber in Bezug auf methodisches Denken übertraf, das dann freilich wieder bei ihm zuweilen in fast kindische Pedanterien ausartete) ließ auch im Namen den Zusammenhang mit den alten Offenbarungsreligionen fallen und nannte sein neues Kirchentum »Religion de l'Humanité« – *Menschheitsreligion*. Jeder Dualismus zwischen wissenschaftlichem Denken und religiösem Empfinden sollte damit aufgehoben sein.

Betrachten wir nun im Verhältnis zu den Doktrinen der drei sogenannten Utopisten die Marxistische Lehre, so werden wir finden, dass bei dieser das wissenschaftliche Element zwar bedeutend stärker fundiert und entwickelt ist als in jenen, dass aber hier so wenig wie dort die Wissenschaft *alles* ist. Das Gebiet, das der von der Tendenz, dem Willen geleiteten Fantasie freigelassen ist, ist enger gezogen und seine Richtung schärfer abgegrenzt, aber es ist darum doch nicht völlig verschwunden. Engels kennzeichnet in der zitierten Schrift den Unterschied dahin, dass er auseinandersetzt, Owen, Fourier, Saint-Simon seien, entsprechend der Unreife der Verhältnisse, die sie vor sich /29/ sahen, im Wesentlichen noch *Erfinder* sozialistischer Systeme gewesen, Denker, die vollkommenere Systeme der gesellschaftlichen Neuordnung aus dem Kopf zu erzeugen gesucht hätten, welche der Gesellschaft von außen her durch Propaganda und Musterexperiment aufoktroyiert werden sollten; nach der Marxistischen Lehre aber seien die Mittel der gesellschaftlichen Umwälzung nicht »aus dem Kopf zu *erfinden*, sondern vermittelst des Kopfes in den vorliegenden materiellen Tatsachen der Produktion zu *entdecken*«. Ich halte das für durchaus zutreffend, soweit damit die Richtung der Entwicklungslinie gekennzeichnet ist, die von den erstgenannten drei Sozialisten und ihren ihr theoretisches Werk fortsetzenden Schülern zu Marx und Engels führt. Auf dieser Entwicklungslinie verschiebt sich in der Tat das Verhältnis von Erfindung und Entdeckung immer mehr zugunsten der Letzteren. Dennoch enthält der Satz meines Erachtens nach zwei Seiten hin ein Stück Übertreibung. Nach der Seite der Owen,

Fourier, Saint-Simon hin lässt es den Rang, in dem bei ihnen das Entdecken gegenüber dem Erfinden steht, als zu ungünstig erscheinen, auch sie haben auf das Erstere den größeren Wert gelegt. Für den modernen Sozialismus aber proklamiert es eine Freiheit von der Erfindung, die er meines Dafürhaltens weder hat noch haben kann. Der von Marx und Engels begründete Sozialismus unterscheidet sich von den Systemen der Owen, Saint-Simon, Fourier durch eine *andere Wertung der Kräfte und Mittel*, die sozialistische Gesellschaft herbeizuführen, und es braucht nicht erst des Längeren dargelegt zu werden, warum er darin einen höchst bedeutenden Fortschritt ihnen gegenüber darstellt. Aber er ist als Theorie doch nicht lediglich Wissenschaft des Erkennens solcher Kräfte, sondern es kommt auch bei ihm zum Erkennen noch ein gewisses Erfinden, wenn nicht der Mittel selbst, so doch von *Formen* und *Methoden* ihrer Anwendung. Es ist hier nicht der Ort, dies im Einzelnen nachzuweisen, ich kann es nur als meine Überzeugung ausdrücken, dass der Unterschied zwischen Marx und seinen genannten Vorgängern in dieser Hinsicht mehr ein /30/ solcher des *Grades* als einer gänzlich entgegengesetzten Auffassung ist.[25]
Nehmen wir indes den Faden unserer Entwicklung wieder auf.

Der Sozialismus als kämpfende Bewegung kann, bemerkte ich, der Wissenschaft nicht völlig tendenzlos gegenüberstehen. Es liegt dies in der Natur der Sache, denn sein erster Zweck ist nicht, Postulate der Wissenschaft zu verwirklichen. Aber in Würdigung des Wertes wissenschaftlicher Erkenntnis der Entwicklungsfaktoren und Entwicklungsgesetze sucht er

25 Man könnte von Owen, Fourier und, wenn nicht von Saint-Simon selbst, so doch von verschiedenen seiner Schüler sagen, dass, wie oben schon mit Bezug auf Owen angedeutet, was sie vor allem zu Utopisten im schlimmeren Sinne des Wortes stempelt, die *Unzweckmäßigkeit* ihrer Mittel war, die auf Herbeiführung der von ihnen erstrebten sozialistischen Gesellschaft abzielten, das *Missverhältnis*, das in diesem Punkt bei ihnen zwischen *Zweck* bzw. *Ziel* und *Mittel* besteht. Dies führt auch Engels im »Anti-Dühring« aus. Und er setzt zugleich zu ihrer Entschuldigung in treffender Weise auseinander, dass die Unzulänglichkeit ihrer Mittel durch den ungenügenden Stand der gesellschaftlichen Entwicklung bedingt war, den jene Männer vor sich sahen. Aber nicht zustimmen kann ich ihm, wenn er im »Anti-Dühring« auf Seite 4 von ihnen sagt, sie betrachteten es als einen von der geschichtlichen Entwicklung unabhängigen Zufall, wann und wo die Wahrheiten gefunden wurden, welche sie der Welt aufdeckten. Das gibt in dieser Verallgemeinerung ein irriges Bild von ihrer Gesichtsauffassung.

sich bei der Wahl seiner Mittel und Methoden auf sie zu stützen, seine jeweiligen Zwecke aufgrund ihrer zu bemessen. Das ist ein in der Sozialdemokratie allgemein anerkanntes Prinzip. Die Frage ist bloß, ob und inwieweit der Charakter einer politischen Kampfpartei dem Sozialismus jene theoretische Unbefangenheit lässt, welche die Vorbedingung echter Wissenschaftlichkeit ist. Und die Antwort darauf lautet, dass der Grad dieser Unbefangenheit von der Klarheit über das Grenzverhältnis besteht, das zwischen der Wissenschaft als objektiver Erkenntnis und den Programmen und Theorien politischer Parteien besteht. /31/

Der britische Staatsmann und Philosoph *Bacon*[26] sagt in einem seiner Essays, der Unterschied zwischen den staatlichen Angelegenheiten und den Wissenschaften sei der, dass in den Letzteren nichts als Wechsel und Bewegung am Platze sei, die Ersteren aber Autorität und Ansehen zur Stütze haben sollten. Bacon als Anwalt der absolutistischen Monarchie verstand die Autorität in einem Sinne, der für uns nicht infrage kommen kann. Auch soll hier nicht untersucht werden, was in diesem Punkt hinsichtlich der jeweiligen Staatseinrichtungen im engeren Sinne des Wortes das Wünschenswerte ist. Halten wir uns aber an die Dinge, wie sie *tatsächlich* sind, und setzen wir für staatliche Angelegenheiten politische Parteien, die ja unter den heutigen Verhältnissen durchaus in den weiteren Begriff der Staatsangelegenheiten fallen und wichtige Funktionen im sozialen Körper versehen,[27] so gilt die baconsche Gegenüberstellung prinzipiell auch heute. Mehr noch als der moderne Staat sind die Parteien, um mich so auszudrücken, autoritärer Natur. Sie vertreten gewisse Prinzipien und Forderungen, die sie zur Verwirklichung zu bringen suchen, und um sie mit gehöriger Energie vertreten zu können, müssen sie im gegebenen Moment von ihren Anhängern verlangen, dass sie sich rückhaltlos zu ihnen bekennen. Ich erkenne das

26 Francis Bacon (1561–1626) war ein englischer Philosoph, Jurist und Staatsmann. [T.S.]

27 Bacon selbst gebraucht den Ausdruck *civil affairs*, der Staat und Gesellschaft umfasst, wie es ja zu seiner Zeit überhaupt noch keine von der Staatswissenschaft unterschiedene Gesellschaftswissenschaft gab.

vollkommen an, wenn ich es auch für Übertreibung halte, in dieser Verbindung Ausdrücke wie Unerschütterlichkeit des Islam zu gebrauchen oder, was vor nun fast 30 Jahren ein sozialistisches Organ einmal tat, für die von ihm vertretene Lehre jene *Unfehlbarkeit* zu verlangen, welche die katholische Kirche dem Papst zuspricht. Über Dergleichen sind wir längst hinweg. Es handelt sich um keinen Glaubens- oder Gewissenszwang. Es handelt sich nur um Anerkennung der Beschlüsse der Partei als bindend für das politische Verhalten ihrer Mitglieder und um Eintreten dieser für die von ihr für fundamental erklärten Forderungen und /32/ Prinzipien – zwei Bedingungen, ohne welche ein kräftiges Parteileben auf die Dauer nicht bestehen kann.[28] Soweit wird man jeder Partei das Recht auf eine gewisse Intoleranz zuerkennen müssen. Aber gerade weil ich für dieses Recht eintrete, halte ich eine scharfe Abgrenzung der Gebiete von Partei und Wissenschaft für erfordert. Und dies erheischt vor allem eine Verständigung darüber, was wir unter Wissenschaft zu verstehen haben.

Wissenschaft ist, wenn wir den Begriff streng fassen, lediglich das systematisch geordnete Wissen. Wissen heißt Erkenntnis der wahren Beschaffenheit und Beziehungen der Dinge, und da es, je nach dem Stande der Erkenntnis, stets nur eine Wahrheit gibt, kann es auf jedem Wissensgebiet stets auch nur eine Wissenschaft geben. Hinsichtlich der sogenannten exakten Wissenschaften ist dies allgemein anerkannt. Es wird heute niemand einfallen, von einer liberalen Physik, einer sozialistischen Mathematik, einer konservativen Chemie etc. zu reden. Aber steht es mit der Wissenschaft der Menschheitsgeschichte und der menschlichen Einrichtungen anders? Ich kann das nicht zugeben und halte eine liberale, konservative oder sozialistische Sozialwissenschaft für einen Widersinn. Wo

28 Es ist selbstverständlich, dass diese Norm in der Praxis sehr verschiedene Auslegungen erfahren kann. Aber eine Partei, die nicht zur Sekte herabsinken oder – da Parteien häufig als Sekten beginnen – auf dem Standpunkt einer solchen verharren will, wird von dem Begriff fundamental keinen zu engherzigen Gebrauch machen; eine Partei, die sein bloßes Agglomerat in den meisten Punkten verschiedenartig denkender Elemente sein will, wird ihn nicht auf reine Formalien beschränken. *Est modus in rebus* – ich setze, indem ich von politischen Parteien spreche, Verständnis für deren Wesen und normale Lebensbedingungen voraus.

man der Anschauung von Derartigem begegnet, wird man bei genauer Untersuchung stets finden, dass es sich um die Ignorierung oder Unterschätzung des Unterschiedes handelt, der zwischen wissenschaftlich formulierten Theorien oder Doktrinen und der Wissenschaft selbst besteht, dass eine Theorie oder Doktrin deshalb als Wissenschaft bezeichnet /33/ wird, weil ihr Aufbau formal den Anforderungen wissenschaftlichen Folgerns entspricht. Aber die wissenschaftliche Form macht ein Lehrgebäude noch nicht zur Wissenschaft, wenn seine Voraussetzungen und Zwecke außerhalb der tendenzfreien Erkenntnis liegende Momente enthalten. Gerade das ist aber bei sozialpolitischen Theorien in der Regel, bei sozialpolitischen Doktrinen immer der Fall.[29]

Soziale und politische Doktrinen unterscheiden sich u. a. dadurch von den entsprechenden Wissenschaften, dass sie gerade da abgeschlossen sind, wo jene offen bleiben. Sie stehen unter dem Diktat bestimmter Zwecke, bei denen es sich nicht um ein Erkennen, sondern um ein *Wollen* handelt, und die ihnen, selbst wenn sie in gewissen Punkten neuen Erkenntnissen Raum offenlassen, den Charakter des *Fertigen* und *Dauernden* verleihen. Die wissenschaftliche Soziologie aber ist nie abgeschlossen, weil ihr Objekt, die Gesellschaft, ein lebendiger Organismus ist und weil sie hinsichtlich der für diesen Organismus geltenden Gesetze keine endgültigen Wahrheiten letzter Instanz kennt. Selbstverständlich haben auch die Wissenschaften ihre festen Errungenschaften. Der Satz vom beständigen Wechsel ist nicht so zu verstehen, als verlangten die Wissenschaften nicht volle Berücksichtigung aller festgestellten Erfahrungen und Erkenntnissätze und erlaubten sie irgendwelche Willkür in der Folgerungsweise. Im Gegenteil sind sie, deren Aufgabe darin besteht, das gesetzmäßig Notwendige zu ermitteln, hierin von unnachsichtiger Strenge.

29 Eine vom politisch-konservativen Standpunkt aus abgefasste Gesellschaftsdoktrin kann z. B. ein sehr einheitlich durchdachtes, streng logisch aufgebautes Lehrgebäude sein, so wird sie damit doch noch nicht soziologische Wissenschaft, sondern verhält sich zu dieser wie etwa ein vegetarisches Kochbuch zur Physiologie des Geschmacks und der Ernährung. Damit ist selbstverständlich nicht der Stab über die Existenz solcher Doktrinen und Kochbücher gebrochen.

Aber mit Bezug auf die letzten Ursachen der untersuchten Erscheinungen und Vorgänge und die /34/ Endresultate der festgestellten Entwicklungen sind sie agnostisch. Sie anerkennen keinen endgültigen Abschluss ihres Lehrgebäudes, sondern halten es beständiger Erweiterung und Korrektur durch neue Tatsachen offen. Für sie gibt es keinen andern leitenden Zweck als den der Erkenntnis.[30]

In diesem Sinne schrieb seinerzeit Proudhon, der unzweifelhaft den ehrlichen Wunsch hatte, dem Sozialismus ein wissenschaftliches Fundament zu geben, in demselben Briefe an Marx, worin er diesem das Werk ankündigte, das Marx in seiner berühmten Schrift »Das Elend der Philosophie« so scharf kritisiert hat (ich gebe das Stück hier etwas ausführlicher als in der Versammlung): »Erforschen wir gemeinsam die Gesetze des Gesellschaftslebens, die Art und Weise, wie diese Gesetze sich durchsetzen, das Verfahren, vermöge dessen wir zu ihrer Entdeckung gelangen, aber hüten wir uns um Gottes willen, nachdem wir alle aprioristischen Dogmengebäude zerstört haben, nun unsererseits dem Volke Doktrinarismus zu predigen [...] Halten wir eine Frage niemals für erschöpft, und wenn wir unser letztes Argument verbraucht haben, lassen Sie uns, wenn nötig, mit Beredsamkeit und Ironie *wieder von vorne anfangen*.[31]

»Halten wir eine Frage niemals für erschöpft« – das wäre allerdings ein passendes Motto für den Sozialismus, soweit er wissenschaftlich sein kann und will. Dass er nicht /35/ lediglich Wissenschaft, nicht reine Wissenschaft ist und sein kann, glaube ich im Vorhergehenden nachgewiesen zu haben. Schon der Begriff, wie er im Wort zum Ausdruck kommt, schließt das aus. Kein Ismus ist eine Wissenschaft. Was wir mit Ismen

30 Auf den in der Versammlung von einem Redner erhobenen Einwand, dem ich auch anderwärts begegnet bin, dies könnte nicht stimmen, da doch z. B. die Medizin, die sicher eine Wissenschaft sei, den Zweck des Heilens habe, hatte und habe ich zu erwidern, dass das Heilen die Aufgabe einer Kunst, der ausgeübten Medizin ist, die allerdings zur Voraussetzung gründliche Beherrschung der medizinischen Wissenschaft hat. Diese selbst aber hat nicht das Heilen, sondern *die Erkenntnis der Bedingungen und Mittel des Heilens zur Aufgabe*. Nimmt man diese begriffliche Unterscheidung als typisches Muster, so wird man auch bei komplizierteren Beispielen unschwer feststellen können, wo die Wissenschaft aufhört und die Kunst oder Doktrin beginnt.

31 Brief von Proudhon an Marx vom 17. Mai 1846.

bezeichnen, sind Anschauungsweisen, Tendenzen, Systeme von Gedanken oder Forderungen, aber keine Wissenschaften. Der Grundstein jeder echten Wissenschaft ist die Erfahrung, sie baut sich auf gesammeltes Wissen auf. Der Sozialismus aber ist die Lehre von einer kommenden Gesellschaftsordnung, und darum entzieht sich gerade das Charakteristische an ihm der streng wissenschaftlichen Feststellung.

Indes besteht trotzdem ein intime Beziehung zwischen dem Sozialismus, wie ihn die Sozialdemokratie vertritt, und der Wissenschaft. Der Sozialismus schöpft in immer stärkerem Maße seine Begründung aus ihrem Arsenal. Er steht von allen gesellschaftlichen Parteiungen ihr am nächsten, denn als die Bewegung einer aufsteigenden Klasse ist er freier in der Kritik des Gegebenen wie jede andere Partei oder Bewegung, und Freiheit in der Kritik ist eine der Grundbedingungen wissenschaftlichen Erkennens. Die Gesellschaft ist ein lebendiger, sich fortentwickelnder Organismus, und diejenige Partei oder Klasse, die von diesem Fortschritt, dessen Richtung wir vor uns sehen, am meisten zu erhoffen hat, ist naturgemäß auch mehr als jede andere am Fortschritt der Erkenntnis interessiert.

Dieses Interesse besteht für die Sozialdemokratie oder den Sozialismus schon deshalb, weil die Erkenntnis der gesellschaftlichen Zusammenhänge ihr das Auffinden derjenigen Mittel verbürgt, die geeignet sind, den gesellschaftlichen Fortschritt zu beschleunigen, sowie das Vermeiden derjenigen Mittel, die ihn aufhalten oder verlangsamen würden. Der Sozialismus ist zwar, wie vorher ausgeführt, stets in bestimmtem Grade eine Sache des *Willens*, aber er ist *keine Sache der Willkür*. Um zum *gewollten* Ziele zu gelangen, bedarf er der Wissenschaft von den Kräften und Zusammenhängen des /36/ Gesellschaftsorganismus, von Ursache und Wirkung im Gesellschaftsleben als leitenden Führers.

Der Titel Wissenschaftlicher Sozialismus verführt jedoch zu der Auffassung, als wolle oder solle der Sozialismus als Theorie reine Wissenschaft sein. Diese Vorstellung ist nicht nur irrig, sie birgt auch für den Sozialismus eine nicht geringe Gefahr. Denn sie ist sehr geeignet, ihm gerade das zu rauben, was eine

der vornehmsten Bedingungen wissenschaftlichen Urteils ist: *die wissenschaftliche Unbefangenheit*. Jeder Satz im gegebenen Lehrgebäude des Sozialismus wird alsdann in der Form, die er einmal erhalten, für ein unersetzliches Glied in der Kette der sozialistischen Beweisführung gehalten, und bei dem Zusammenhang, wie ihn gerade der Sozialismus zwischen Theorie und Praxis aufrechtzuerhalten sucht, kann dies unter Umständen auch die Praxis nachteilig beeinflussen. Darum würde ich der Bezeichnung wissenschaftlicher Sozialismus eine solche vorziehen, die gleichzeitig den Gedanken genügend zum Ausdruck bringt, dass der Sozialismus sich auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnis aufbaut und diese als Richtung gebendes Element anerkennt, und doch die Vorstellung ausschließt, als erhebe oder anerkenne er den Anspruch, ausschließlich Wissenschaft und als solche zu irgendeiner Zeit abgeschlossen zu sein. Diesem doppelten Bedürfnis entspricht meines Erachtens am besten der Name kritischer Sozialismus – Kritik im Sinne von Kants wissenschaftlichem Kritizismus verstanden.

Indem ich dies ausspreche, will ich gleich hinzufügen, dass ich keineswegs der einzige Sozialist bin, der dieser Bezeichnung den Vorzug gibt, noch Anspruch darauf habe, sie zuerst formuliert zu haben. Er kommt vielmehr einem Manne zu, der ebenfalls der marxistischen Schule zugehört, indes in verschiedenen Punkten andere Ansichten hegt wie ich. Ich meine den Professor *Antonio Labriola* in Rom. Schon im Jahre 1896 erklärte Labriola in einer dem Andenken des /37/ »Kommunistischen Manifests« gewidmeten Schrift,[32] nicht der Titel wissenschaftlich, dessen man sich häufig in ganz gedankenloser Weise bediene, sondern der Name kritisch sei die passendste Bezeichnung für den marxschen Kommunismus.[33]

32 Antonio Labriola: Drei Versuche zur materialistischen Geschichtsauffassung, hrsg. von Wolfgang Fritz Haug, Berlin, 2018. [T.S.]

33 »Der kritische Kommunismus – das ist sein wahrer Name, und es gibt keinen zutreffenderen für diese Lehre.« In: memoria del manifesto dei comunisti. Saggi intorno alla concezione materialistica della storia. I. Rom 1896. Labriola ist, wie seine philosophischen Abhandlungen zeigen, als Philosoph eher Hegelianer wie Kantianer. [Vgl. Labriola: Drei Versuche, a.a.O. S. 43. T.S.]

Es ist nicht Laune, nicht Wortklauberei, sondern gerade der Wunsch, der sozialistischen Theorie einen möglichst hohen Grad von Wissenschaftlichkeit zu sichern, der zu dieser Beanstandung des Beinamens wissenschaftlich führt. Es handelt sich darum, einer falschen Auslegung der Beziehung von Wissenschaft und Sozialismus vorzubeugen. Dagegen behält der Name wissenschaftlicher Sozialismus dann für mich seine volle Berechtigung, wenn der Begriff wissenschaftlich in ihm eben im kritischen Sinne, als *Postulat* und *Programm*, aufgefasst wird – als eine Forderung, die der Sozialismus an sich selbst stellt und die besagt, dass für sein Wollen die wissenschaftliche Methode und Erkenntnis richtunggebende Kraft haben.

Die Wissenschaft ist tendenzlos, als Erkenntnis des Tatsächlichen gehört sie keiner Partei oder Klasse an. Der Sozialismus dagegen ist Tendenz, und als die Doktrin einer für Neues kämpfenden Partei kann er sich nicht lediglich an schon Festgestelltes binden. Aber weil das Ziel, dem er entgegenstrebt, auf der Linie der gesellschaftlichen Entwicklung liegt, wie sie die wissenschaftliche Erforschung der treibenden Kräfte in der modernen Gesellschaft anzeigt, kann die sozialistische Lehre mehr als jede andere den Anforderungen der Wissenschaftlichkeit Genüge leisten, kann die Partei des Sozialismus, die Sozialdemokratie, mehr als jede andere ihre Ziele und Forderungen in Einklang setzen mit den Lehren und /38/ Anforderungen der für sie infrage kommenden Wissenschaften. Ich darf meine Gedanken in die Worte zusammenfassen: Es ist so viel wissenschaftlicher Sozialismus *möglich*, als *nötig* ist, d. h. als man vernünftigerweise von der Lehre einer Bewegung verlangen kann, die grundsätzlich Neues schaffen will.

Die

Voraussetzungen des Sozialismus

und die

Aufgaben der Sozialdemokratie

Von

Ed. Bernstein

„Und deshalb war die Zehnstundenbill nicht blos ein großer praktischer Erfolg, sie war der Sieg eines Prinzips."

Karl Marx,
Inaugural-Adresse der „Internationale".

Stuttgart
Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. (G. m. b. H.)
1899

Titel der Erstausgabe von 1899

Von der Sekte zur Partei

DIE DEUTSCHE SOZIALDEMOKRATIE EINST UND JETZT[1]

Sektenbewegung und Revolutionspartei

Der Staat der bürgerlichen Gesellschaft ist ohne politische Parteien nicht zu denken. Sie gehören als der naturgemäße Ausfluss der im Schoße dieser spielenden wirtschaftlichen und ideologischen Interessenkämpfe zu den Grundbedingungen seines organischen Lebens, zu den Hauptkräften seiner Weiterentwicklung. Das ist im Lager der Staatstheoretiker längst gemeinplätzliche Erkenntnis. Aber die Notwendigkeit von Parteien anerkennen heißt noch nicht, jeder Partei Berechtigung zuerkennen. Es hat eine gute Weile gedauert, bis der Sozialdemokratie in der Republik der politischen Parteien das Bürgerrecht eingeräumt wurde, wie es allerdings auch einer guten Spanne Zeit bedurfte, bis die aufkommende sozialistische Bewegung dies Bürgerrecht reklamierte. Das heißt, anders ausgedrückt, sich selbst als politische Partei erkannte.

Der geistige Umbildungsprozess der sozialistischen Bewegung, für den *Friedrich Engels* die Bezeichnung »die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft« gewählt hat, stellt sich auf dem Gebiet des praktischen Wirkens dar als *die Entwicklung der sozialistischen Bewegung von der Sekte zur politischen Partei*. Solange und in dem Maße, als der Sozialis-

1 In einer Vorbemerkung von Eduard Bernstein zu dem hier wiedergegebenen Text heißt es: »Die vorliegende Abhandlung erschien unter dem Titel ›Die Entwicklung der Sozialdemokratie von der Sekte zur Partei‹ vor jetzt über Jahresfrist in der von Dr. Richard Schmidt und Dr. Adolf Grabowsky herausgegebenen *Zeitschrift für Politik* (Berlin, Carl Heymanns Verlag, Bd. III, Heft 3/4). Die günstige Beurteilung, die ihr von Fachleuten und Gesinnungsgenossen zuteil geworden ist, ermutigt mich, sie nun auch in Broschürenform herauszugeben. Ich habe sie für diesen Zweck hier und dort materiell ergänzt, wobei die neueren Vorgänge und Feststellungen gebührend berücksichtigt wurden, und an verschiedenen Stellen präziser und populärer zu fassen gesucht. Am Geist der Darlegungen und dem vertretenen Standpunkt ist jedoch nichts geändert. Schöneberg – Berlin, 18. September 1911.« In der Druckfassung sind dem Text der Wortlaut des Erfurter Programms und eine »Revisionistische Kritik« daran beigegeben, auf deren Wiedergabe hier verzichtet wird. [T.S.]

mus utopistisch aufgefasst wird, tritt er als kämpfende Bewegung sektiererhaft auf. Die Sekte aber ist entweder unpolitisch oder direkt antipolitisch. Sie will entweder die bestehende Gesellschaft unvermittelt nach einem vorher ausgedachten Schema in eine andere ummodeln oder sie will außerhalb des organischen Lebens dieser Gesellschaft eine andere aufbauen. Von solchen Vorstellungen sind die Sozialisten allerorts noch um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert erfüllt. Erst das 19. Jahrhundert sieht sozialistische *Parteibewegungen* erstehen, in die aber lange noch utopistisch-sektiererhafte Vorstellungen und Bestrebungen hineinspielen.

Es war dies ein notwendiger Entwicklungsprozess, wobei das notwendig nicht oder nicht bloß im Sinne geschichtlicher Ursächlichkeit zu verstehen ist. Heute tritt überall die Sozialdemokratie als Partei der Arbeiterklasse auf. Bevor dies aber möglich wurde, musste eine solche Klasse sich überhaupt entwickeln und ein Bewusstsein ihrer selbst und /3/[2] ihrer geschichtlichen Aufgaben gewinnen. Für das Erstere sorgte die Ausbreitung der kapitalistischen Wirtschaft, das andere war ohne vorbereitende Ideologie nicht zu erreichen, und die Ideologie, die diese Vorbereitungsarbeit leistete, war eben der utopistische Sozialismus. In der neueren Geschichte tritt er zunächst kurzerhand als das Evangelium der Armen und Gedrückten auf. Die Verfasser der sozialistischen Utopien wollen nicht eine Klasse, sondern »die Menschheit« befreien. Das entsprach einem Gesellschaftszustand, wo die arbeitenden Klassen oder Schichten nur zu geringem Teil aus ungebundenen Lohnarbeitern bestanden, die keinen Aufstieg zur wirtschaftlichen Selbstständigkeit vor sich haben. Aber je mehr die wirtschaftliche Grundlage der Gesellschaft, die Produktionsweise und mit ihr die ganze soziale Struktur der Gesellschaft sich ändern, umso mehr ändern sich auch die Utopien und ihre vorgestellten Träger. Schon in der großen Französischen Revolution sehen *Babeuf*[3] und seine Mit-

2 Angabe der Originalseitenzahlen nach der Ausgabe von 1911. [T.S.]

3 François Noël Babeuf (1760–1797) war Journalist und aktiv in der französischen Revolution, er gründete die Verschwörung der Gleichen und gehörte zu den ersten Frühsozialisten. [T.S.]

verschworenen für die kommunistische Gleichheitsrepublik in den Proletariern »die einzigen wahren Stützen der Gleichheit«. In der Verschwörung *Babeufs* kündigt sich überhaupt der Übergang des Sozialismus von der Sekte zur Partei an. Die Absicht der Verschworenen ist nicht mehr, hinter dem Rücken der Gesellschaft oder abseits ihrer eine schönere Gesellschaft zu errichten. Sie wollen vielmehr schon mit den Mitteln der vor ihnen stehenden Gesellschaft diese selbst in eine andere umwandeln. Das ist jedoch, im Lichte seiner Konsequenzen gesehen, der erste Schritt zur politischen Partei.

Die Verschwörung scheiterte, und diejenigen, die sich später als ihre Erben bezeichneten, hielten sich, wie solche Erben zu tun pflegen, lange Zeit mehr an die *Form* des Unternehmens als an seine Bedeutung als Entwicklungsanzeiger. Im Jahre 1796 war die Verschwörung für politische Zwecke nichts Außergewöhnliches, nichts der Sekte Eigentümliches. Sie war vielmehr noch die auf dem Festland vorherrschende Form des politischen Kampfes, und nicht darin, *dass* sie konspirierten, sondern durch das große Distanzverhältnis des als unmittelbar gedachten sozialpolitischen Zieles ihrer Konspiration zur Wirklichkeit des sozialen Lebens ihrer Epoche unterschieden sich die *»Gleichen«* grundsätzlich von den andern Revolutionsparteien. An diesem Distanzverhältnis /4/ wäre die Verschwörung unrettbar gescheitert, auch wenn sie nicht der Regierung des Tages durch Verrat ausgeliefert worden wäre. Ja, sie hatte sich, wie ich anderwärts an der Hand ihrer am Vorabend des Verrats ausgearbeiteten Aufstandsproklamation gezeigt habe,[4] in Bezug auf die Idee der unmittelbaren Verwirklichung dieses Zieles *prinzipiell schon selbst aufgegeben*, als der Schlag sie traf. Dieser war etwas Zufälliges, die Selbstpreisgabe dagegen bittere Notwendigkeit gewesen, die unumgängliche Anpassung an die soziale Wirklichkeit. Statt dies jedoch zu erkennen und diese notwendige Anpassung nun mit Bewusstsein und so nach Möglichkeit auch ohne innere Widersprüche zu vollziehen, hielten sich die an *Babeuf* anknüpfenden Kommunisten

4 Vgl. die Abhandlung »Die Arbeiterbewegung« (Bd. 35 und 36 von »Die Gesellschaft«, Frankfurt a. M.: Rütten & Loening, S. 30f.).

des 19. Jahrhunderts an die ganz äußerliche Tatsache, dass die Ausführung von dessen Verschwörung durch Verrat vereitelt worden war. Sie verharrten nicht nur noch bei der Form der Verschwörung, als diese schon durch die Entwicklung des politischen Lebens stark überholt war, sondern auch bei der kindlichen Idee, die Distanz von der noch vorwiegend kleinbürgerlichen Wirklichkeit zur kommunistischen Gesellschaft mithilfe von einigen Salto mortale kurzweg im Fluge zurücklegen zu können. Es blieb daher lange bei jenem ersten Schritt zur politischen Partei, und nur auf vielen Umwegen ist in den letzten Dezennien des 19. Jahrhunderts in Frankreich eine politische Partei des Sozialismus zustande gekommen, die indes immer noch mit den Rückwirkungen der geschilderten Vorstellung zu kämpfen hat. Noch heute strebt eine starke Richtung in der Sozialdemokratie Frankreichs danach, sich außerhalb der laufenden Politik zu halten, während die politische Entwicklung dieses Landes den Vertretern des Sozialismus mehr Handhaben des gesetzgeberischen Schaffens und Wirkens darbietet, als dessen organisatorischer Stärke entspricht. Daher aber auch die vielen Fälle der Loslösung schaffensdurstiger Führer vom Verband der Partei.

Natürlich hat es den Babouvisten zu keiner Zeit an Kritikern im sozialistischen Frankreich gefehlt. Aber sie waren meistens entweder selbst wieder Feilbieter irgendwelchen sozialpolitischen Wundermittels /5/ oder hieben, wie *Pierre-Joseph Proudhon*, mit ihren Angriffen auf den »autoritären Sozialismus« weit über die Schnur. *Proudhon* ertötete mit dem Aberglauben an die Omnipotenz der revolutionären Staatsgewalt zugleich das Verständnis für die schöpferische Leistungskraft des Staats und seiner Organe als Gesetzgeber und Verwalter.

Es ist das große und unbestrittene Verdienst von *Karl Marx* und *Friedrich Engels*, den Ausgangspunkt für die wissenschaftliche Kritik jedes utopistischen Sozialismus und jeder antisozialistischen Reaktionsutopie aufgezeigt zu haben. Indem sie auf den gesetzmäßigen Zusammenhang zwischen der jeweiligen Produktionsweise und der politisch-sozialen Struktur der Gesellschaft hinwiesen, legten sie den Grund für eine

von utopistischen Vorstellungen freie sozialdemokratische Politik. Die Nachfolger *Babeufs* und die von ihnen beeinflussten Schüler *Saint-Simons*[5] hatten die modernen Lohnarbeiter als die Träger der sozialistischen Bewegung im Industriezeitalter erkannt, von ihnen stammt die Auffassung der sozialistischen Bewegung dieser Epoche als Klassenkampf zwischen der um Lohn arbeitenden Gesellschaftsklasse und der Kapitalistenklasse. *Marx* und *Engels*, die ihre sozialistische Theorie Mitte der vierziger Jahre des 19. Jahrhunderts ausgearbeitet und von da ab bis an ihr Lebensende in literarischer Waffengemeinschaft verfochten haben, zeigten nun des Näheren, wie die Lohnarbeiterklasse und die Bedingungen ihrer Emanzipation selbst wieder Gegenstand einer gesellschaftlichen Entwicklung sind, die sich fördern bzw. beschleunigen, aber nicht nach Belieben überspringen lässt. Damit war für die Bewegung der große geschichtliche Gesichtskreis gewonnen, der ihren Anhängern mit dem Vertrauen in die Unausrottbarkeit ihrer Sache eine vordem nicht gekannte *innere Festigkeit* und eine ihren Vorgängern fehlende *Weite des Blickes* verlieh. Zugleich lag die Forderung auf der Hand, dass die Bewegung *an keine überlieferte Form gebunden* sei, sondern ihre Formen gemäß den sich verändernden Bedingungen des politischen und wirtschaftlichen Lebens selbst wählen darf und entwickeln muss. Hatten *Babeuf* und Genossen die politische Aktion auf ihre Fahne geschrieben, aber sich auf eine ganz bestimmte Form der Aktion beschränkt, hatten sie noch gemeint, mittels der durch einen Handstreich zu gewinnenden politischen Macht in kurzer Frist die /6/ Gesellschaft und ihre Produktionsverhältnisse auf eine ganz neue Basis stellen zu können, so war mit der neuen Auffassung der Weg freigelegt für neue Formen der politischen Aktion, für eine dem organischen Entwicklungsgedanken entsprechende Theorie des politischen Kampfes.

Marx und *Engels* haben indessen diese letztere Theorie nicht auch selbst lehrmäßig ausgebildet. Sie haben sich hin-

5 Henri de Saint-Simon (1760–1825) war ein französischer soziologischer und philosophischer Autor und bedeutender Vertreter des Frühsozialismus. [T.S.]

sichtlich ihrer auf Aussprechen einiger allgemeiner geschichtsphilosophischer Sätze beschränkt, die obendrein nicht ganz frei von Widersprüchen sind. Es rührt dies unter anderem daher, dass sie ihre Geschichtstheorie zu einer Zeit ausarbeiteten, wo namentlich für Deutschland die politische Aktion noch Vorbereitung einer Revolution oder mindestens auf eine Revolution hieß, die in verhältnismäßiger Kürze eintreten sollte. Außerdem war zur Zeit, wo ihr berühmtes »Manifest der Kommunistischen Partei« entstand – die Jahreswende 1847/48 – noch in *keinem* Parlament der Welt die Arbeiterklasse durch eigene Abgeordnete aus ihrer Mitte vertreten, in Deutschland überhaupt nur erst in Kleinstaaten ein Anfang parlamentarischen Lebens zu verzeichnen. In Frankreich belief sich trotz der glorreichen Julirevolution das »Pays légal«, wie man zusammenfassend die Wahlberechtigten für die Deputiertenkammer nannte, bei einer Bevölkerung von 35 Millionen Seelen erst gerade auf knapp 300 000 Personen. In England war das Verhältnis für das Kleinbürgertum etwas günstiger, aber alle Massenpetitionen und sonstigen Aktionen der Chartistenpartei[6] hatten das Parlament nicht bewegen können, das Wahlrecht auch nur auf einen nennenswerten Bruchteil der Arbeiterklasse auszudehnen. So war es kein Wunder, dass sich für die Anwälte dieser Klasse deren politische Aktion nur immer noch unter dem Gesichtswinkel von Revolutionskämpfen alten Stils darstellte. Das »Kommunistische Manifest«[7] zählt in seinem Schlusskapitel *Maßregeln der Arbeiterrevolution* auf, die eine längere Entwicklungs- oder Übergangsphase von der kapitalistischen zur sozialistischen oder kommunistischen Gesellschaft unterstellen, als wie sie der Revolutionsplan *Babeufs* und der Gleichen voraussetzte, stimmt aber doch darin noch mit dem ihm zugrunde liegenden Ideengang überein, dass die

6 Die Chartisten agierten als politische Reformbewegung im Großbritannien der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts und forderten unter anderem die Zulassung von Gewerkschaften, eine Arbeitszeitverkürzung und eine Erweiterung des Wahlrechts. [T.S.]

7 Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, London, Februar 1848, dies.: Werke [MEW], Berlin 1956ff., Bd. 4, S. 459–493, hier: S. 492f. [T.S.]

Übergangsphase hier wie dort nur als eine *Phase diktatorischer Gewaltherrschaft* vorgestellt wird. /7/

Für die Kennzeichnung der seitdem vor sich gegangenen Entwicklung ist von Interesse, das betreffende Stück des »Manifestes« an dieser Stelle zu reproduzieren.

Nach einem Hinweis darauf, dass die Arbeiterrevolution als ersten Schritt die Erkämpfung der Demokratie bringen werde, die als gleichbedeutend mit der *Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse* gesetzt wird, heißt es daselbst:

»Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staats, d. h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats, zu zentralisieren und die Masse der Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren.

Es kann dies natürlich zunächst nur geschehen vermittelst despotischer Eingriffe in das Eigentumsrecht und in die bürgerlichen Produktionsverhältnisse, durch Maßregeln also, die ökonomisch unzureichend und unhaltbar erscheinen, die aber im Lauf der Bewegung über sich selbst hinaustreiben und als Mittel zur Umwälzung der ganzen Produktionsweise unvermeidlich sind.

Diese Maßregeln werden natürlich je nach den verschiedenen Ländern verschieden sein.

Für die fortgeschrittensten Länder werden jedoch die folgenden ziemlich allgemein in Anwendung kommen können:

1. Expropriation des Grundeigentums und Verwendung der Grundrente zu Staatsausgaben,
2. starke Progressivsteuer,
3. Abschaffung des Erbrechts,
4. Konfiskation des Eigentums aller Emigranten und Rebellen,
5. Zentralisation des Kredits in den Händen des Staates durch eine Nationalbank mit Staatskapital und ausschließlichem Monopol,

6. Zentralisation des Transportwesens in den Händen des Staates,
7. Vermehrung der Nationalfabriken, Produktionsinstrumente, Urbarmachung und Verbesserung der Ländereien nach einem gemeinschaftlichen Plan,
8. gleicher Arbeitszwang für alle, Errichtung industrieller Armeen, besonders für den Ackerbau,
9. Vereinigung des Betriebes von Ackerbau und Industrie, Hinwirken auf die allmähliche Beseitigung des Unterschiedes von Stadt und Land,
10. öffentliche und unentgeltliche Erziehung aller Kinder; Beseitigung der Fabrikarbeit der Kinder in ihrer heutigen Form; Vereinigung der Erziehung mit der materiellen Produktion usw.« /8/

»Sind im Laufe der Entwicklung die Klassenunterschiede verschwunden«, heißt es im »Manifest« weiter, »und ist alle Produktion in den Händen der assoziierten Individuen konzentriert, so verliert die öffentliche Gewalt den politischen Charakter. Die politische Gewalt im eigentlichen Sinne ist die organisierte Gewalt einer Klasse zur Unterdrückung einer andern. Wenn das Proletariat im Kampfe gegen die Bourgeoisie sich notwendig zur Klasse vereint, durch eine Revolution sich zur herrschenden Klasse macht und als herrschende Klasse gewaltsam die alten Produktionsverhältnisse aufhebt, *so hebt es mit diesen Produktionsverhältnissen die Existenzbedingungen des Klassengegensatzes, die Klassen überhaupt und damit seine eigene Herrschaft als Klasse auf.*

An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.«

So das für die Geschichte des modernen Sozialismus epochemachende Dokument. Ein kritisches Eingehen auf seine Vorschläge und Folgerungen kann hier unterbleiben. Es genüge die Feststellung, dass Einiges davon in verschiedenen Ländern schon heute verwirklicht oder auf dem Wege der Verwirkli-

chung ist. Allerdings ist es zweierlei, ob eine Maßregel in einer Revolutionsbewegung oder in normalen Zeitläufen, als diktatoriale Revolutionsverfügung oder als Gesetz mit den üblichen Übergangsbestimmungen unter Umständen ins Werk gesetzt wird, wo die Unternehmungslust im Allgemeinen sich ungeschwächt betätigt. Aber nachdem *Friedrich Engels* 1895 im Vorwort zu *Marx'* »Klassenkämpfe in Frankreich«[8] selbst erklärt hat, dass die Geschichte die Voraussetzungen, unter denen dies Programm zusammengestellt wurde, in Bezug auf die vorgestellte Raschheit der Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse und die Formen der politischen Kämpfe als in wesentlichen Punkten irrig nachgewiesen hat, kann für die Zwecke dieser Abhandlung nur noch seine *sozialpsychologische Charakteristik* infrage kommen. /9/

Zwischen Revolutionspolitik und parlamentarischer Aktion

Als Ausdruck sozialer Beziehungen ist das politische Programm des »Kommunistischen Manifests« das Programm eines *Eroberers*, der eine dem Feinde abgenommene Provinz so rasch wie möglich dem eignen Land einzuverleiben sucht. Irgendwelche Gemeinschaft der Interessen, irgendwelche Verbindlichkeiten zwischen Sieger und Besiegten existieren nicht, man gehörte eben vorher zwei absolut getrennten Lagern an, zwischen deren Einzelgliedern keinerlei Verbindungsfäden liefen. Und war die Wirklichkeit zur Zeit der Abfassung des »Manifests« sehr wesentlich anders? Für das politische Leben standen die Arbeiter noch außerhalb des Staats, ihren Lebensverhältnissen nach außerhalb dessen, was man die Gesellschaft nennt. Sie waren nach einem vielgebrauchten Zitat »die andere Nation«. Selbst in England bezeichnete ein Carlyle[9] ihre politischen Kundgebungen als »unartikuliert«, d. h. der an der Staatsregierung beteiligten »Nation« unverständlich. Gewiss

8 Karl Marx: Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850, in: MEW, Bd. 7, S. 9–107. [T.S.]

9 Thomas Carlyle (1795–1881) war ein schottischer Essayist, Historiker und Ideengeber für verschiedene soziale Bewegungen. [T.S.]

fehlte es hüben und drüben nicht an Leuten, die für die Arbeiter als nächstes Ziel *Teilnahme am Staatsleben* erstrebten. Aber die Machthaber wollten nirgends etwas davon wissen. Ein Palmerston[10] in England, ein Guizot[11] in Frankreich stemmten sich nicht minder hartnäckig gegen die Ausdehnung des Stimmrechts auf die Arbeiter, wie sich ein Friedrich Wilhelm IV. in Preußen[12] und ein Metternich[13] in Österreich gegen parlamentarische Einrichtungen sträubten. Inzwischen verbreitete sich überall die Industrie, die Arbeiterklasse wuchs, und dass sie sich mit der Rolle von Außenstehenden oder bestenfalls Schutzbefohlenen auf die Dauer nicht begnügen konnte und würde, war für diejenigen, die dieses Wachstum als unabwendbaren Naturprozess der gesellschaftlichen Entwicklung betrachteten, ein naheliegender Schluss. Und ebenso begreift man die Folgerung, dass bei Fortdauer der geschilderten politischen und sozialen Klassenscheidung die Arbeiter, zur herrschenden Klasse erstarkt, sich nicht mit halber Arbeit begnügen würden. Jedenfalls schienen nach wie vor für die großen Umwälzungen in den gesellschaftlichen Beziehungen politische Revolutionen katastrophaler Natur unvermeidlich und unumgänglich. /10/

Die Revolution von 1848 hat an dieser Auffassung zunächst wenig geändert. Wohl brachte sie in Frankreich den Arbeitern das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht und eine Anzahl Arbeitervertreter in die Deputiertenkammer, wohl ward auch in den deutschen Kleinstaaten das Wahlrecht demokratisiert und selbst in Preußen das allgemeine, wenn auch noch nicht direkte Wahlrecht eingeführt. Die Vorarbeiten zur Bildung von politischen Arbeiterparteien wurden mit Eifer betrieben, Programme und Grundzüge der Politik dieser Parteien entwor-

10 Henry John Palmerston (1784–1865) war britischer Premierminister (1855–58 und 1859–65). [T.S.]

11 François Guizot (1787–1874) war ein französischer Politiker und Schriftsteller. [T.S.]

12 Friedrich Wilhelm IV. (1795–1861) war von 1840 bis zu seinem Tode König von Preußen. [T.S.]

13 Klemens Wenzel Lothar von Metternich (1773–1859) war deutscher Diplomat im Dienste Österreichs. [T.S.]

fen und diskutiert. Aber alles das ward bald vom ertötenden Hauch der Reaktion erstickt. Das Wahlrecht ward entweder wieder verkürzt oder mit solchen Bestimmungen umgeben, dass es für die ihrer Organisationen und Presse beraubten Arbeiter gegenstandslos wurde. Demokraten und Sozialisten erhofften nichts von ihm; im Vorwort, das Karl Marx 1859 seiner »Kritik der Politischen Ökonomie« gab,[14] wird der Gedanke der Einteilung der Geschichte in revolutionäre und nichtrevolutionäre Epochen – die organischen und kritischen Perioden Saint-Simons – ungeschwächt festgehalten, und als 1862 die Arbeiter Deutschlands sich von Neuem zu selbstständiger Geltendmachung ihrer Interessen regten, fehlte in ihren Aufrufen anfangs jeder Hinweis auf eine eigene Parteibildung und die Wahlrechtsforderung. Erst *Ferdinand Lassalle*[15] wirft *diesen* Gedanken in die Bewegung und wird so zunächst für Deutschland und dann weiterwirkend für andere Länder der *Gründer der Sozialdemokratie als einer durch das Parlament wirkenden politischen Partei der Arbeiterklasse.*

Welche Vorstellungen vom Gang der politischen Entwicklung ihn dabei beseelten, welche menschlichen Schwächen nebenwirkend sein Handeln bestimmten, das ist für den Biografen von Interesse, für die Wissenschaft der Parteibildungen ist es gleichgültig. Bedeutungsvoll für sie ist dagegen der Satz, den Lassalle Rodbertus[16] entgegenhielt, als dieser sich gegen die Wahlrechtsforderung erklärte:

> »Ohne das allgemeine Wahlrecht, also eine praktische Handhabe, unsere Forderungen zu verwirklichen, können wir sein eine *philosophische Schule* oder auch eine *religiöse Sekte*, aber *niemals* eine politische Partei. Darum scheint mir, dass das allgemeine Wahlrecht so

14 Karl Marx: Zur Kritik der Politischen Ökonomie, in: MEW, Bd. 13, S. 3–160, hier: S. 7–11.

15 Ferdinand Lassalle (1825–1864) war ein sozialistischer Politiker und Initiator des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV), der 1875 mit der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP) fusionierte, aus der später die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wurde. [T.S.]

16 Johann Karl Rodbertus (1805–1875) war Ökonom und gilt als Begründer des Staatssozialismus. [T.S.]

zu unseren sozialen Forderungen gehört wie der Stiel zu der Axt.« (Brief vom 30. April 1863) /11/

Dieser Ausspruch zeigt nicht nur, wo die Grenze lag, die Lassalle von Rodbertus und den diesem seelenverwandten Sozialpolitikern trennte, er lässt auch mehr als andre Aussprüche Lassalles die *Grenzscheide der lassalleschen von der marxschen politischen Denkart* zutage treten. Gab es wirklich keine andre praktische Handhabe, die sozialistischen Arbeiterforderungen zu verwirklichen, als das allgemeine Wahlrecht? Gemäß der marxschen Auffassung unbedingt. Nach ihr war bis zur Revolution der Arbeiterklasse deren ökonomische und politische Agitation auch ohne Wahlrecht imstande, den herrschenden Klassen Zugeständnisse abzunötigen. Wie Marx 1868 an Lassalles Nachfolger Johann Baptist von Schweitzer schrieb, hatte ähnlich wie Rodbertus, wenn auch von sehr anderen Grundanschauungen aus, auch er sich 1862 Lassalle gegenüber gegen die Agitation für das allgemeine, gleiche usw. Wahlrecht ausgesprochen, und zwar unter Hinweis auf die Erfahrungen, die man in Frankreich unter dem zweiten Kaiserreich mit ihm gemacht habe, wo es bis dahin nur bonapartistische Mehrheiten geliefert hatte. Indes konnte Lassalle darauf antworten, dass die bonapartistischen Mehrheiten in Frankreich von Wahl zu Wahl geringer wurden, dass gerade die Wahlen das Kaiserreich zu immer neuen Konzessionen an die Demokratie genötigt hätten. Die Geschichte der Wahlen unter dem zweiten Kaiserreich spricht vom Standpunkt der Demokratie für und nicht gegen das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht. Nicht dadurch war Lassalle zu widerlegen, dass das Wahlrecht anfangs bonapartistische Mehrheiten geliefert hatte. Entscheidend war vielmehr die Frage, ob man bei der Verlegung auf die Erringung und Ausnutzung des allgemeinen, gleichen usw. Wahlrechts noch revolutionär oder, schärfer zugespitzt, noch in dem *alten* Sinne revolutionär bleiben konnte. Und diese Frage hat die Geschichte ziemlich unumwunden mit Nein beantwortet.

Es soll indes nicht verschwiegen werden, dass zu der Zeit, wo Lassalle seine Agitation einleitete, in Europa noch so viel

Revolutionsstoff aufgehäuft lag, dass eine revolutionäre Politik, wie Marx sie vertrat, immerhin noch als durchaus realistisch bezeichnet werden konnte. In Frankreich hatte das Kaiserreich mit unversöhnlichen Feinden zu rechnen, die niemals abrüsteten, sondern stets auf der Lauer lagen, die /12/ Verlegenheiten, in die es sich durch die Doppelnatur der bonapartistischen Politik immer wieder selbst bringen musste, zu Erhebungen auszunutzen. Der Italienische Krieg hatte dem Kaisertum militärischen Ruhm, aber zum Schluss eine große diplomatische Niederlage gebracht, es fand sich in eine überaus verzwickte Situation hineingedrängt, in der es immer nur Fehler begehen konnte. Dabei war das Einheitsstreben der Italiener nur erst halb befriedigt, und da die Restfragen der Einheit Italiens (Venetien, Rom) wieder nur durch Krieg oder Revolution oder eine Kombination beider gelöst werden konnten, blieb die Situation dort revolutionär, was in seinen Rückwirkungen sowohl Frankreich wie Österreich nicht unberührt ließ. Nicht weniger spitzten sich die Dinge in Deutschland selbst zu, wo die Frage der nationalen Einheit immer brennender geworden war und es ohne Revolution oder Krieg gleichfalls kaum abgehen konnte. In Polen gärte es von Neuem, die Magyaren regten sich immer kräftiger, die schleswig-holsteinische Frage war akut geworden, Spanien kam nicht zur Ruhe – kurz, die Weltlage war noch durchaus ungesichert, und folgenschwere Zusammenstöße waren jederzeit zu gewärtigen. Man brauchte durchaus kein Fantast zu sein, um seine Berechnungen auf eine sich in Bälde einstellende revolutionäre Situation zu basieren, es gehörte im Gegenteil arge Kurzsichtigkeit oder weltfremde Träumerei dazu, an eine friedlich-gesetzliche Erledigung all dieser Fragen zu glauben.

Kurzsichtigkeiten oder Träumereien dieser Art lagen nicht in Lassalles Wesen. Wie er in Wort und Schrift wiederholt offen erklärt hat, rechnete er im Gegenteil sehr stark mit bevorstehenden europäischen Konflikten der geschilderten Gattung. Er hatte den Revolutionsgedanken keineswegs aufgegeben, die Forderung des allgemeinen Wahlrechts durchaus nicht in Gegensatz zu ihm gestellt. Es kann dahingestellt werden, wie es

gemeint war, als er in vertrauter Unterhaltung zu Frankfurter Arbeitern sagte: »Jedesmal, wenn ich sage ›allgemeines Wahlrecht‹, müsst ihr es verstehen als soziale Revolution.« Aber auch in seinen Briefen an Rodbertus betont er seine revolutionäre Gesinnung. »Wir müssen alle wollen: Großdeutschland *moins les dynasties*«, heißt es im Brief vom 2. Mai 1863, und ebendaselbst schreibt Lassalle von der kleindeutschen Partei, er betrachte sie als »das *Produkt der bloßen* /13/ *Furcht* vor: Ernst, Krieg, *Revolution*, Republik und als ein gutes Stück Nationalverrat.« Für ihn vertrug sich die Agitation für das allgemeine Wahlrecht durchaus mit weitergehenden revolutionären Absichten und Plänen. Aber er sollte noch selbst erfahren, dass die Dinge ihre eigenen Gesetze haben, denen sich selbst der Stärkste nicht entziehen kann.

Die Arbeiter traten dem von Lassalle gegründeten Verein nicht in den Massen bei, wie er erwartet hatte, und um den Erfolg zu erzwingen, verlegte Lassalle sich auf das Diplomatisieren mit Bismarck[17], in der festen Überzeugung, vermöge seiner Gabe der Dialektik diesen *seinen* Zwecken dienstbar machen zu können. Indes nötigte ihn dieses Vorhaben, seine eigene Sprache in der Öffentlichkeit zu ändern, und er kam dadurch in eine immer zweideutigere Situation, sodass er schließlich nicht umhin konnte, eine Sprache zu führen, die sich umgekehrt *Bismarcks Zwecken* nutzbar erwies, als ihn sein vorzeitiger Tod ereilte. Eine Wandlung, die nicht hätte einzutreten brauchen, wenn Lassalle der Mann des ruhigen Abwartens gewesen wäre. Denn dass die politische Situation in Preußen der Erlangung des allgemeinen Wahlrechts günstig war, hatte er richtig vorausgesehen. Nur ging es nicht so im Sturm, wie er es um seiner persönlichen Stellung willen brauchte – oder, darf man sagen, brauchen zu müssen glaubte. Das politische Kartenspiel, auf das er sich in dieser Auffassung verlegt hatte, brachte ihn dagegen in die Lage, dass seine politische Position von den Trümpfen in der Hand des Gegners abhing,

17 Otto von Bismarck (1815–1898) war Ministerpräsident in Preußen (1862–90) und erster Reichskanzler des Deutschen Reichs (1871–90), dessen Gründung er maßgeblich vorangetrieben hatte. [T.S.]

wo er im Bewusstsein der Stärke seiner Sache sich ausschließlich jener politischen Arbeit hätte widmen können, die keiner Glückszufälligkeiten bedarf.

Immerhin hat Lassalle wesentlich dazu beigetragen, dass die deutschen Arbeiter das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht erhielten und als selbstständige politische Partei zu benutzen lernten. Als der Moment kam, wo bei der Gründung des Norddeutschen Bundes der Wechsel auf das Wahlrecht fällig wurde, sahen, dank der Agitation des von Lassalle gegründeten Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, die Liberalen sich genötigt, es gleichfalls zu fordern, und Bismarck gab schließlich, wogegen er sich erst gesträubt hatte, auch in der Frage der geheimen Stimmabgabe nach. Kaum aber saßen erst eine Anzahl /14/ Arbeitervertreter im Reichstag, so streifte die sozialistische Arbeiterbewegung Deutschlands auch alsbald schnell wieder die Anflüge von Sektiererei ab, die sich nach dem Tode Lassalles bei ihr eingestellt hatten. Sie vollzog nun mit raschen Schritten die Entwicklung zur Partei im vollen Sinne des Wortes.

In dieser Zeit spielt sich erst in der Öffentlichkeit der Partei und im Hinblick auf unumgängliche Entscheidungen die politische Auseinandersetzung ab, wie sie zwischen Marx und Lassalle unvermeidlich geworden wäre, wenn der Letztere das Duell mit Janko von Racowitza überlebt hätte. An Lassalles Stelle stand jetzt *Johann Baptist von Schweitzer*[18], der mit kühlerem Temperament und ohne Lassalles revolutionäre Ader dessen zuletzt eingeschlagene Politik fortführte und weiterentwickelte, während Wilhelm Liebknecht auf deutschem Boden im Sinne der marxschen Intransigenz wirkte – allerdings zum Teil *mit Argumenten, die Marx nicht unterschrieb*. Liebknecht unterschätzte die Tragweite der Ereignisse des Jahres 1866 für die Konsolidierung der staatlichen Verhältnisse Europas und speziell Deutschlands. Der Norddeutsche Bund war ihm eine Gelegenheitsschöpfung, über welche die

18 Johann Baptist von Schweitzer (1833–1875) war von 1867 bis 1871 der am längsten amtierende Präsident des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV). [T.S.]

Geschichte bei der ersten europäischen Katastrophe zur Tagesordnung übergehen werde, ein Gebilde preußisch-junkerlicher Staatskunst, dessen Diskreditierung und Zerstörung im Interesse der demokratischen Entwicklung Deutschlands und der Vereinigung aller Volksstämme Deutschlands zu einer großen deutschen Republik lag. Schweitzer, der zwar gleich Liebknecht[19] von Geburt Süddeutscher war, aber seine Studienjahre in Berlin in den Kreisen leidenschaftlicher Verfechter des Preußentums zugebracht hatte, gab sich über die Kraft dieses Preußentums keinen auf Unterschätzung beruhenden Täuschungen hin und behandelte den Norddeutschen Bund als die Vorstufe zu der unter den gegebenen Machtverhältnissen einzig möglichen Einigung Deutschlands. Gemäß dieser Auffassung betrieb er im Reichstag des Norddeutschen Bundes eine Politik *sozialdemokratischer Reformen*, während Liebknecht, der zugleich mit ihm in den Reichstag eintrat, sich auf die Politik des *demokratisch-revolutionären Protestes* beschränkte und damit in die politische Nachbarschaft von Leuten kam, die den Norddeutschen Bund um partikularistisch-reaktionärer Zwecke willen bekämpften. /15/

Wenngleich nun Liebknecht sich sehr hütete, mit diesen Elementen *cause commune*[20] zu machen, so kann man doch sagen, dass dem Norddeutschen Bund gegenüber seine Politik in der Tat »reichsfeindlich« war, selbstverständlich ohne dass sie deshalb etwa antinational im Sinne von Gleichgültigkeit gegen nationale Interessen gewesen wäre. Umgekehrt war Schweitzer durch seine Anerkennung des Bundes, so bedingt sie war, in Reichsfragen Nachbar von Regierungsparteien jener Tage geworden. Im Kampf der damaligen sozialdemokratischen Fraktionen gab das zu bitteren gegenseitigen Verdächtigungen Anlass. Schweitzer ward von Liebknecht als »Königlich Preußischer Hofsozialdemokrat« und Agent des preußischen Junkertums befehdet, während von Schweitzers Seite Lieb-

19 Wilhelm Liebknecht (1826–1900) war einer der Gründer der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und maßgeblich am Zusammenschluss von SDAP und ADAV beteiligt; er war Chefredakteur des *Vorwärts* und Abgeordneter im Reichstag. [T.S.]

20 Dt.: gemeinsame Sache. [T.S.]

knecht als Agent Österreichs und Alliierter der Welfen[21] hingestellt wurde – Beschuldigungen, die gewiss unschön waren, die aber nicht pharisäisch beurteilt werden dürfen, denn sie wurden von denen, die sie erhoben, tatsächlich *geglaubt*.

Die Frage Reichsfreund oder Reichsfeind wurde durch den Deutsch-Französischen Krieg und die Gründung des Deutschen Reiches erledigt. Am Vorabend des Krieges kam der Gegensatz noch einmal in der bekannten Differenz mit Bezug auf die erste Kriegsanleihe zum Ausdruck. Schweitzer und sein engerer Fraktionsgenosse Wilhelm Hasenclever[22] bewilligten die Anleihe, weil Deutschland als der angegriffene Teil sich im Zustand legitimer Verteidigung befinde, Liebknecht und sein Fraktionsgenosse August Bebel[23] enthielten sich mit der Erklärung der Abstimmung, sie erblickten in dem Krieg die Folge der von ihnen verurteilten bismarckschen Politik und könnten daher die Mittel für ihn nicht bewilligen, wollten aber, da Frankreich der Angreifer sei, die Mittel der Verteidigung nicht verweigern. Das war durchaus nichts Schlimmeres, sondern eher noch weniger, als was z. B. in England Politiker, deren Andenken als das von großen Patrioten gefeiert wird – man denke an Edmund Burke, an Charles Fox, an John Bright – in Fällen getan haben, wo England im Krieg lag. Trotzdem ward die Erklärung Bebel und Liebknecht als ein Stück Landesverrat angerechnet; selbst führende Mitglieder des von ihnen vertretenen Flügels der deutschen Sozialdemokratie, der 1869 gegründeten sozialdemokratischen Arbeiterpartei Eisenacher Programms, lehnten sich gegen sie auf, und /16/ es wäre darüber womöglich zu einem Bruch mit diesen gekommen, wenn nicht nach der Gefangennahme Napoleons III. bei Sedan der Krieg ein ande-

21 Deutsches Adelsgeschlecht. Georg V. war bis 1866 König von Hannover, seine Regentschaft endete durch preußische Annexion, nachdem sich Georg V. im Preußisch-Österreichischen Krieg auf die unterlegene österreichische Seite gestellt hatte. [T.S.]

22 Wilhelm Hasenclever (1837–1899) saß für sozialdemokratische Parteien im Reichstag, gehörte dem Vorstand der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP) an und begründete mit Wilhelm Liebknecht zusammen den *Vorwärts*. [T.S.]

23 August Bebel (1840–1913) gehört zu den großen Figuren der deutschen Sozialdemokratie, als »Arbeiterkaiser« populär saß er im Reichstag (1867–1881, 1883–1913) und war ab 1892 einer der Vorsitzenden der SPD. [T.S.]

res Gesicht erhalten hätte. Die Fortführung des Kriegs gegen die mittlerweile in Frankreich proklamierte Republik und die gewaltsame Annexion Elsass-Lothringens ward von beiden Fraktionen gleichmäßig bekämpft. Und als im Reichstag des Deutschen Reichs beide Fraktionen wieder Abgeordnete hatten (von 1871 bis 1873 gehörte ihm nur Bebel an), war ihre politische Stellungnahme in allen wesentlichen Fragen die gleiche, sodass ihre 1875 erfolgte Vereinigung in Bezug auf die parlamentarische Politik für keine ein Aufgeben von Prinzipien bedeutete.

Dies gilt von den *Fraktionen*. Was *Liebknecht persönlich* anbetrifft, so war er in Bezug auf die parlamentarische Taktik in der eigenen Fraktion in der Minderheit gewesen. Zwischen ihm und *Bebel* herrschten schon in den Jahren, wo sie vor der Welt als Dioskurenpaar[24] im Norddeutschen Reichstag saßen, Meinungsverschiedenheiten über diesen Punkt. So wenig *Bebel* sonst von *Schweitzer* wissen wollte oder ihm nachzuahmen trachtete, so ging er doch in dem einen Punkt mit ihm und nicht mit *Liebknecht*: Er ließ es im Reichstag nicht bei Protesten und kritisierenden Reden bewenden, sondern zeigte sich auch zu gesetzlicher Reformarbeit bereit. Bei Beratung der Gewerbeordnung des Norddeutschen Bundes, die später auf das Deutsche Reich ausgedehnt wurde, finden wir ihn mit den *Lassalleanischen* Abgeordneten gleichmäßig bemüht, so viele Verbesserungen als möglich für die Arbeiter herauszuschlagen. *Liebknecht* dagegen erklärte um dieselbe Zeit in einer später als Broschüre veröffentlichten Rede[25] über die politische Stellung der Sozialdemokratie jedes Parlamentieren mit dem Gegner für verwerflich und verberblich. Der Sozialismus sei eine Machtfrage, die nicht in Parlamenten, sondern *auf der Straße*, auf dem *Schlachtfelde* werde gelöst werden. Das Volk dürfe nicht darüber im Unklaren gelassen werden, dass der Kampf im Reichstag »nur ein *Scheinkampf*, nur eine *Komodie*« sei. Wörtlich heißt es:

24 In Anlehnung an die griechischen Dioskuren, zu denen Kastor und Pollux gehören, wird so ein unverbrüchliches Freundespaar bezeichnet. [T.S.]

25 Vortrag in der am 1. Mai 1869 abgehaltenen Versammlung des Berliner demokratischen Arbeitervereins, in: Wilhelm Liebknecht: Kleine politische Schriften, Frankfurt a. M. 1976, S. 14–30. [T.S.]

»Bei Beratung der *Gewerbeordnung*, welche den Hauptgegenstand der gegenwärtigen Session bildete, glaubten einige meiner Parteigenossen im Interesse der Arbeiter und zu propagandistischen Zwecken eine Ausnahme machen /17/ zu müssen. Ich war dagegen. Die Sozialdemokratie darf *unter keinen Umständen* und auf *keinem* Gebiet mit den Gegnern verhandeln. *Verhandeln kann man nur, wo eine gemeinsame Grundlage besteht.* Mit prinzipiellen Gegnern verhandeln heißt, sein Prinzip opfern. Prinzipien sind unteilbar, sie werden entweder ganz bewahrt oder ganz geopfert. Die geringste prinzipielle Konzession ist die Aufgebung des Prinzips. Wer mit Feinden parlamentelt, parlamentiert; wer parlamentiert, paktiert.«

Es steht außer Zweifel, dass *Liebknecht* hier in der Bekämpfung parlamentarischer Aktionen wesentlich über das hinausgeht, was *Marx* und *Engels* in dieser Hinsicht für richtig hielten. Insbesondere widersprach die dogmatische Behandlung der Frage als die eines *Prinzips*, das man entweder *ganz bewahrt oder ganz opfert*, durchaus ihrer geschichtsdialektischen Denkweise. Öffentliche und private Äußerungen aus ihrer Feder lassen erkennen, dass sie die Haltung *Bebels*, der ihnen damals persönlich noch unbekannt war, und *Schweitzers* bei der Beratung der Gewerbeordnung für richtig hielten, und nicht die *Liebknechts*. Sie sagten sich mit Recht, dass man sich bei Beratung von Arbeiterforderungen, für die man außerhalb des Parlaments agitiert, im Parlament nicht passiv verhalten könne. Und an der Hand der geschichtlichen Erfahrungen darf man weiter aussprechen, dass, wenn es nach *Liebknechts* Willen gegangen wäre, die Sozialdemokratie es schwerlich in Deutschland zu jener achtunggebietenden Stellung gebracht hätte, die sie heute einnimmt. Sie wäre voraussichtlich eine *Revolutionsverbindung* »reiner« Sozialisten geblieben, aber niemals die Partei der deutschen Arbeiter geworden. Hätte vielmehr der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein nicht schon damals unter Schweitzers Führung sich zur Arbeiterpartei entwickelt, so wäre eines Tages eine solche *neben* den beiden sozi-

alistischen Fraktionen und je nachdem *im Gegensatz zu ihnen* erstanden.

Und doch muss man einen Satz der zitierten Auseinandersetzung *Liebknechts* unterschreiben. Darin hatte er recht: »Verhandeln kann man nur, wo eine gemeinsame Grundlage besteht.« In Bezug auf den Gegenstand, hinsichtlich des Fragengebiets, worüber man verhandelt, müssen ausgesprochen oder unausgesprochen gewisse Begriffe als gemeinsam anerkannt gelten, wenn das Verhandeln einen Sinn haben soll. Selbst wer mit einem wildfremden Landstreicher verhandelt, der /18/ ihm auf der Landstraße den Weg verlegt, setzt dabei voraus oder unterstellt, dass gegebenes Wort für bindend betrachtet wird. So kann man Gesetze nur vorschlagen, wenn man zugibt oder verlangt, dass sie, sofern sie angenommen wurden, auch vom betreffenden Gemeinwesen durchgeführt werden. In der Teilnahme an der Gesetzgebung liegt daher ein Stück Anerkennung des infrage kommenden gesetzgebenden Körpers und der hinter ihm stehenden Regierungsgewalt eingeschlossen. Die Anerkennung braucht nicht bedingungslos zu sein, sie kann sich auf die Hinnahme einer geschichtlichen Tatsache als eines zeitweiligen, auf Gewalt gegründeten Rechtszustands beschränken. Aber irgendeinen Rechtszustand setzt alle gesetzgeberische Tätigkeit voraus, namentlich dann, wenn, wie hier, die sie ausübenden Personen nicht auf einmalige Manifestationen, auf Mitberatung eines einzelnen Gesetzes sich beschränken, sondern auch weiterhin in die Beratung von Gesetzen und in Abstimmungen über solche einzugreifen gesonnen sind. In der Mitberatung und Amendierung[26] der Gewerbeordnung lag in der Tat ein Abweichen von der unbedingt revolutionären Intransigenz. Dieser gegenüber hieß sie das Betreten der schiefen Ebene.

Aber wenn *Liebknecht* sich gegen solches Parlamentieren sträubte, so konnten ihm Revolutionäre schärferer Tonart antworten, dass trotzdem auch er schon die schiefe Ebene betreten habe. Die Beteiligung an der Wahl war Anerkennung des

26 Ein Amendement (Änderungsantrag zu einem Gesetzentwurf) einreichen; verbessern, berichtigen. [T.S.]

Wahlausschreibens, der Eintritt ins Parlament konnte allenfalls mit Beschränkung auf den Protest verbunden sein, das *Verbleiben im Parlament* aber nicht. *Liebknecht* dachte folgerichtig genug, es beim Ersteren belassen zu wollen. Nach seinem Vorschlag sollte man ins Parlament eintreten, den Protest aussprechen und dann dem Haus den Rücken kehren. Er fand damit keinen Anklang und fügte sich. Aber die bloße Tatsache, dass er im Parlament verblieb, brachte ihn unter dessen ungeschriebene Gebote. Man lese noch einmal die Sätze, mit denen er und *Bebel* die Nichtbewilligung der Kriegsanleihe motivierten. Sie enthalten einen Protest gegen die *bismarcksche* Blut- und Eisenpolitik, der in jenem Moment eine überaus mutige, charaktervolle Tat war, den aber jeder bürgerliche Demokrat, jeder bürgerliche Friedenspolitiker unterschreiben konnte. Sie enthalten jedoch nichts von revolutionärer Gegnerschaft gegen Bund und Staat. /19/

Im neuen Reich

In der ersten Legislaturperiode des deutschen Reichstags gehörte diesem, wie schon bemerkt, von Sozialdemokraten nur August Bebel an, und auch er war die größte Zeit über durch Gefängnishaft verhindert, an den Sitzungen des Reichstags teilzunehmen, außerdem als Einzelnstehender durch die Natur der Dinge auf eine rein kritische Haltung angewiesen. Als die Verfassung des Reichs zur Verhandlung kam, sprach und stimmte er unter Betonung der demokratischen Grundsätze, denen sie widersprach, gegen sie. Unter ähnlicher Begründung bekämpfte er den Antrag Wiggers[27], nach dem alle deutschen Bundesstaaten zu verfassungsmäßigen Regierungseinrichtungen verpflichtet werden sollten, als ungenügend, und das Jesuitengesetz, mit dem Bismarck seinen Kulturkampf gegen die katholische Kirche eröffnete, als zwecklose Beeinträchtigung der Freiheit. Aus alledem tönte wohl scharfe Gegnerschaft gegen bestimmte Reichseinrichtungen und den Geist der damaligen Reichsregierung heraus, aber keine

27 Julius Wiggers (1811–1901) und Moritz Wiggers (1816–1894) waren liberal-fortschrittliche Abgeordnete im Reichstag. [T.S.]

Reichsfeindschaft; in der Rede über die Reichsverfassung ward der Reichsgedanke selbst nicht infrage gestellt. Die Jahre, um die es sich hier handelt – 1871/72 – sind noch Jahre der Diskussion des Reichsaufbaues, und hier blieb dem entschiedenen Demokraten und Republikaner nur übrig, seine Gegnerschaft gegen die Konstituierung des Reiches als eines monarchischen Bundesstaats mit beschränktem Recht der Volksvertretung scharf zum Ausdruck zu bringen.

Anders als in der zweiten Legislaturperiode des Reichs wieder neun Sozialdemokraten zu Abgeordneten gewählt wurden, von denen, da Bebel und Liebknecht noch längere Freiheitsstrafen abzusitzen hatten, freilich zunächst nur sieben – drei Lassalleaner und vier Mitglieder der Sozialdemokratie Eisenacher Programms – in den Reichstag eintreten konnten. Sie fanden das Reich jetzt endgültig konstituiert, sozusagen mit festem Rahmen vor, sodass nicht mehr dessen Gefüge, sondern die Einzelgesetze zu beraten waren – Pressegesetz, Justizwesen, Heereseinrichtungen, Wirtschafts- und Verkehrsgesetze –, die zur Ausfüllung des Rahmens gehörten. War dem Norddeutschen Bund /20/ gegenüber immer noch denkbar gewesen, dass der Strom der Geschichte in kurzer Zeit ihn als politisches Gebilde wieder hinwegschwemmen werde, so musste man Schlimmeres als bloß Fantast sein, um Derartiges jetzt noch für möglich oder wahrscheinlich zu halten: eine Auslandsmacht, das neue Reich zu zertrümmern, gab es nicht, für einen darauf gerichteten und dazu fähigen Revolutionssturm im Innern fehlten alle Voraussetzungen. Auch war es kaum zu bezweifeln, dass eine Zertrümmerung des Reichs bei der damaligen politischen Weltlage zum Nachteil der deutschen Arbeiterschaft ausgeschlagen wäre, die kein Interesse an der Wiederherstellung der Sonderhoheiten der Kleinstaaten und ihrer Rivalitäten hatte.

Man findet denn auch in den Reden keines der damaligen sozialdemokratischen Abgeordneten einen Satz, der in dem Sinne als Protestkundgebung gegenüber dem Reich gelautet hätte, wie etwa die elsass-lothringische Protestpartei sich gegenüber der gewaltsamen Einfügung von Elsass-Lothringen

in das Reich, die Welfenpartei gegenüber der Absetzung ihrer Dynastie sich protestierend verhielten. Dagegen war es bemerkenswerterweise ein Mitglied der Eisenacher Partei, der Abgeordnete *Julius Motteler*[28], der am 20. April 1874 eine Rede über den Militäretat in die Worte auslaufen ließ:

> »Wir sind Gegner des Reichs, insofern das Reich bestimmte Einrichtungen repräsentiert, unter denen wir uns gedrückt fühlen, unter denen wir leiden. Wir sind aber nicht Gegner des Reichs als eines solchen, als eines nationalen, als eines staatlichen Ganzen.«

In einem Blatt der Eisenacher Partei, dem Dresdener *Volksboten*, in dem gelegentlich noch sächsisch-partikularistische Einflüsse sich bemerkbar machten, ward Motteler wegen dieser Erklärung scharf angegriffen. Es handle sich bei der Oppositionsstellung zum Reich, führte der Verfasser aus, keineswegs nur um eine Summe bestimmter Reichseinrichtungen, sondern um das Ganze des Reiches, dessen Gestalt im Widerspruch stehe mit den sozialistischen Grundsätzen. Mottelers Erklärung sei eine Preisgabe des Internationalismus, wie er bisher in der Eisenacher Partei verstanden worden sei. Werde sie ohne Verwahrung hingenommen, so wäre nicht einzusehen, durch welchen politischen Grundsatz sich dann die Eisenacher noch von den Lassalleanern /21/ unterschieden, sie hätten dann kein Recht mehr, deren politische Stellung zu bemängeln.

Das Letztere war durchaus richtig, wie sich der Artikel überhaupt durch logische Schärfe auszeichnete. Nur verkannte er die Stimmung der Mehrheit der Eisenacher. Vom Gefängnis aus suchte Liebknecht im Zentralorgan der Eisenacher, dem *Volksstaat*, zu vermitteln und nachzuweisen, dass der Verfasser des *Volksboten*-Artikels Motteler *missverstanden* habe. Indes dieser selbst ließ das nicht gelten. Im *Volksstaat* vom 13. und 20. Mai 1874 wies er sowohl Kritik wie Verteidigung zurück. Er kehrte den Spieß um und warf seinem Kritiker vor,

28 Julius Motteler (1838–1907) war ein führender Sozialdemokrat, er organisierte während des Sozialistengesetzes den Vertrieb der Parteipresse im Untergrund; Reichstagsabgeordneter 1874–78 und 1903–07. [T.S.]

er sei »weniger *inter-* als *anti*national«. Am Ende seiner Antwort heißt es:

> »Man kann also nicht nur national sein, ohne seine sozialen und internationalen Prinzipien zu verleugnen, sondern wir müssen *vorweg als Nation, als Volk im engen Rahmen* eintreten, um da sozial freier der *Internationalität der Völker und Reiche* die Wege zu ebnen. Dies ist mein Dafürhalten, und auf weitere Erörterung in dieser Angelegenheit einzugehen, wäre hier gegenstandslos.«

Dabei blieb es mit der Polemik. Es ist für die Stimmung der Eisenacher Partei kennzeichnend, dass diese prinzipielle Auseinandersetzung kein Echo bei der Parteimitgliedschaft fand. Die Frage hatte für sie jede Gegenständlichkeit eingebüßt. Kurze Zeit darauf löste der Staatsanwalt Tessendorf[29] die Organisationen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen für Preußen auf und beschleunigte damit deren Vereinigung. Bei der Beratung des Programmentwurfs für die geeinte Partei spielten die Frage national oder international und die Frage nach der Stellung zum Reich keine Rolle. Wenn der Satz im Entwurf, der die Internationalität der Arbeiterbewegung betrifft, von ihr nur als Sache der Zukunft sprach, und Karl Marx daher mit Bezug auf ihn schreiben konnte, dies internationale Bekenntnis stehe »noch tief unter dem der Freihandelspartei«, so war keine grundsätzliche Meinungsverschiedenheit in den Reihen der mit der Abfassung des Entwurfs betrauten Vertreter der beiden Fraktionen dafür Ursache. Der Satz war nicht das Ergebnis eines Kompromisses zwischen einer mehr nationalen und einer mehr internationalen Richtung unter ihnen, sondern die Rückwirkung der Tatsache auf die Geister, dass die Internationalität /22/ der Arbeiterbewegung damals jeder Realität entbehrte, dass Fragen für eine internationale Aktion der Arbeiter nicht existierten, und wenn sie existiert hätten, keine Bewegung

29 Hermann Tessendorf (1831–1895) war für sein scharfes Vorgehen gegen Sozialdemokraten und Gewerkschafter berüchtigt; die Verfolgung trug erheblich zur Vereinigung der beiden Arbeiterparteien 1875 bei. [T.S.]

von einiger Kraft vorgefunden hätten, sie aufzunehmen. Frankreichs Arbeiterbewegung lag ausgeblutet am Boden, England kannte nur noch eine Trade-Union-Bewegung, die sich der Internationale ablehnend gegenübergestellt hatte, Italien und Spanien waren dem Anarchismus verfallen, der sich auf gelegentliche Aufstände verlegte, aber keine wirkliche Arbeiterbewegung hinter sich hatte, in Österreich und der Schweiz war nur erst unter den Deutsch sprechenden und nach Deutschland blickenden Arbeitern von einer Arbeiterbewegung die Rede, in Russland und Russisch-Polen schlief noch alles, und in den skandinavischen Ländern hatte nur erst Dänemark den Anfang einer sozialistischen Arbeiterpartei. Die Internationale Arbeiterassoziation aber lag in den letzten Zügen, oder vielmehr sie hatte als Verbindung ihr Leben unter recht unerquicklichen Zersetzungserscheinungen ausgehaucht und für die Kämpfe der Arbeiterklasse zu keiner Zeit sich als leistungsfähige Stützkraft erwiesen. Gerade die Mitglieder der Eisenacher Partei, die ihre Internationalität stets mit besonderer Begeisterung betont hatten, waren durch alles das überaus enttäuscht. Ihren hochgespannten Vorstellungen hinsichtlich der Internationale war eine umso stärkere Ernüchterung gefolgt. *Daher* die Fassung im Entwurf, welche die Internationalität nur als Sache der Zukunft verkündet:

> »Die Arbeiterklasse wirkt für ihre Befreiung zunächst *im Rahmen des heutigen nationalen Staats*, sich bewusst, dass das notwendige Ergebnis ihres Strebens, welches den Arbeitern aller Kulturländer gemeinsam ist, die internationale Völkerverbrüderung sein wird.«

Unter dem Einfluss eines Briefes von Marx an führende Mitglieder der Eisenacher Partei,[30] worin unter anderem auch dieser Satz als unzulänglich kritisiert worden war, ward er auf dem Einigungskongress ohne Widerspruch wie folgt abgeändert:

30 Karl Marx: Kritik des Gothaer Programms, Brief an Wilhelm Bracke vom 5. Mai 1875; ders.: Randglossen, erstmals veröffentlicht in: Die Neue Zeit 18, Bd. 1, 1890–91; siehe auch: MEW, Bd. 19, S. 13–32. [T.S.]

»Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, obgleich zunächst im nationalen Rahmen wirkend, ist sich *des internationalen Charakters der Arbeiterbewegung* bewusst und entschlossen, *alle Pflichten*, welche *Derselbe den Arbeitern auferlegt, zu erfüllen*, um die Verbrüderung aller Menschen zur Wahrheit zu machen.« /23/

Das war eine positivere Sprache, aber die Praxis der Partei wäre ohne sie den nationalen und internationalen Fragen gegenüber nicht anders ausgefallen, als wie sie sich tatsächlich gestaltete. Durch die Geschichte wie durch die geografische Lage ihres Landes sind die deutschen Arbeiter zu Trägern der Internationalität berufen.

Im Übrigen entwickelte das Programm der geeinten Sozialdemokratie Deutschlands – das Gothaer Programm – die Forderungen der Demokratie und eines starken Arbeiterschutzes und stellte als das Ziel ihres Strebens hin: »den freien Staat«, die sozialistische Gesellschaft, die Zerbrechung des ehernen Lohngesetzes durch Abschaffung des Systems der Lohnarbeit, die Aufhebung der Ausbeutung in jeder Gestalt, »die Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit«. Die »Lösung der sozialen Frage« sollte »angebahnt« werden »durch Errichtung von sozialistischen Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe unter der demokratischen Kontrolle des arbeitenden Volkes«, diese Produktivgenossenschaften seien jedoch »für Industrie und Ackerbau in solchem Umfange ins Leben zu rufen, dass aus ihnen die sozialistische Organisation der Gesamtarbeit entsteht«.

Die scharfe und der Sache nach berechtigte Kritik, die *Marx* in seinem Brief an der Mehrzahl dieser Sätze übte, hat deren Übergang in das endgültige Programm nicht verhindert. Man hielt an der Forderung der staatlich finanzierten Produktivgenossenschaften fest, weil sie noch in beiden Fraktionen vielen als die plausibelste Übergangsmaßregel zur erstrebten sozialistischen Gesellschaft erschien und bei der gegebenen Wirtschaftsentwicklung Deutschlands eine andere Forderung

in der Tat nicht plausibler gewesen wäre. Es täuschte sich niemand darüber, dass die Forderung, der mit Vorbehalt eine Formel gegeben ward, welche Experimente im Kleinen ausschloss, die Praxis der Partei auf längere Zeit hinaus unberührt lassen würde, und als Zukunftsgedanke war sie im Grunde doch nur eine Umschreibung des Gedankens der Überführung der kapitalistischen Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum. Dieses aber stellte man sich allgemein nur in der Form von *Staatseigentum* vor. Marx' Einwände gegen die staatssozialistischen Wendungen im Programm, seine Bezeichnung der Forderung »allgemeine und gleiche Volkserziehung durch den Staat« als /24/ verwerflich und der Forderung des »freien Staats« als sinnlos blieben unberücksichtigt.

Dass unter dem Begriff des freien Staats die *demokratische Republik* gemeint war, lag auf der Hand, und unter ihrer Voraussetzung erschien daher auch die Forderung der Volkserziehung durch den Staat als unbedenklich. Die theoretische Auffassung beider Flügel der geeinten Partei war im Wesentlichen die eines *demokratischen Staatssozialismus*, der allerdings in der Praxis durch die Gegnerschaft gegen den bürokratischen Polizeistaat und die feindliche Stellung zum bismarckschen Regierungssystem erheblich modifiziert wurde. So nahm, als in der Mitte der siebziger Jahre das Projekt der Überführung der Eisenbahnen in den Besitz des Reiches auftauchte, der zweite Kongress der geeinten Partei – Gotha, 1876 – mit Bezug auf dieses Projekt folgende Resolution an:

> »Der Kongress erklärt sich, dem sozialdemokratischen Programme gemäß, dafür, dass die Privateisenbahnen in den Besitz des Staates übergehen, da das Privatbahnensystem ein ungerechtfertigtes Monopol schafft, vermöge dessen die Eisenbahnunternehmer das Publikum nach Belieben auszubeuten vermögen. Andererseits ist der Kongress überzeugt, dass die deutsche Reichsregierung, falls das Reich alle Eisenbahnen in Besitz bekäme, vornehmlich die Interessen des Klassen- und Militärstaates damit zu fördern und die Einnahmen zu unproduktiven Zwecken zu verwenden bestrebt sein

und dass sie ein neues Übergewicht in volksfeindlichem Sinne erlangen würde, sowie dass durch Verwirklichung des Reichs-Eisenbahnprojekts den Börsenjobbern neue Summen vom Volkseigentum zugespielt werden würden. Aus diesen Gründen kann sich der Kongress mit dem Projekte nicht befreunden.«

Man beachte die vorsichtige Form, die eine absolute Verwerfung des Projekts umgeht.

Die Reichstagswahlen von 1877 hatten neben einem sehr bedeutenden Zuwachs der sozialdemokratischen Wählerstimmen[31] auch eine Vermehrung der sozialdemokratischen Mandate von 9 auf 13 zur Folge. Noch ward die Gruppe der Abgeordneten der Partei im Reichstag nicht als Fraktion anerkannt; aber sie konnte mithilfe von einigen Demokraten eigene Anträge einbringen, und sie tat dies zuerst mit einem *Arbeiterschutzgesetzentwurf*, der den Reichstag in der Winter-Session 1877/78 beschäftigte. Die Forderungen des Entwurfs waren /25/ durchaus gemäßigt – ein zehnstündiger Maximalarbeitstag, Verbot der Kinderarbeit, Gewerbekammern, Fabrikinspektoren und Ähnliches – die sie begründenden Reden, darunter nicht zum Wenigsten die des als besonders wild betrachteten *Johann Most*[32], durchaus auf Reformpolitik gestimmt. Auch sonst beschäftigte man sich in der Partei bald wieder lebhafter mit Reformfragen. Ein angesehenes Parteimitglied, *Moritz Rittinghausen*[33] in Köln, proponierte die Idee der Verstaatlichung der Feuerversicherung, und wenn der Gedanke auf scharfen Widerspruch stieß, so fand dagegen die Vorlage für die Einrichtung eines *Reichsgesundheitsamts* selbst den Beifall des auf der Linken der Partei stehenden *August Bebel*. Man stimmte nicht allem zu, aber man verwarf auch nicht alles, was nach Verstaat-

31 Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAP) erreichte 493 000 Stimmen, das entsprach 9,1 Prozent und bedeutete ein Plus von 2,3 Prozentpunkten gegenüber der Wahl von 1874. [T.S.]

32 Johann Most (1864–1906) spielte eine führende Rolle in der Sozialdemokratie seiner Zeit, zunächst in der SDAP, später in der SAP. Er war Reichstagsabgeordneter, wandte sich später aber dem Anarchismus zu. [T.S.]

33 Moritz Rittinghausen (1814–1890) gehörte zu den Mitbegründern der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und war Mitglied des Reichstags, ehe er 1883 nach Differenzen aus der Fraktion ausgeschlossen wurde. [T.S.]

lichung aussah. Es griff ganz ersichtlich eine reformistische Stimmung um sich.

Sie wurde durch das im Jahre 1878 über die Sozialdemokratie verhängte Ausnahmegesetz unterbrochen. Es war das besondere Geschick Bismarcks, Staatsfeindschaft zu züchten. Indes gelang es ihm doch nicht, die Sozialdemokratie auf die Bahn einer impossibelistischen[34] Politik zu drängen. Diejenigen extremeren Sozialisten, die damals annahmen, die Sozialdemokratie werde durch das Ausnahmegesetz »von ihrem Parlamentarismus kuriert« werden, hatten falsch vorausgesehen. Das Gegenteil trat ein. Die zweite Wahl unter dem Ausnahmegesetz brachte 24 Sozialdemokraten in den Reichstag,[35] die nun kraft ihrer Zahl ein Recht auf Vertretung in fast allen seinen Kommissionen hatten und zuerkannt hielten. Sie bildeten zwischen der damaligen gouvernementalen Mehrheit und der aus Zentrum und Freisinnigen bestehenden Opposition das Zünglein an der Wage, das Interesse an ihren Reden und Abstimmungen stieg. Zugleich stieg aber auch die Verantwortung für ihre Abstimmungen, die unter Umständen für Annahme oder Verwerfung von Vorlagen den Entscheid gaben. Wieweit und inwiefern diese Verantwortung die Abstimmungen der Abgeordneten beeinflussen dürfe, war eine nicht leicht zu beantwortende Frage. Es kam darüber schon im Winter 1884/85 aus Anlass der Frage der Subventionierung von Dampferlinien nach Ostasien zu scharfen Auseinandersetzungen in der Partei, und ähnliche Diskussionen haben sich seitdem immer wieder abgespielt. Es gibt eben auch in der Politik Grenzfragen, /26/ die sich nicht kurzerhand mit dem Hinweis auf Klassengegensätze und Oppositionsaufgaben erledigen lassen. Auch vollzieht sich in der Politik, wo so viele Nebenerscheinungen und Tagesvorgänge auf die Geister einwirken,

34 Als impossibelistisch wurde damals eine Strömung der an Marx orientierten Arbeiterbewegung bezeichnet, die Reformen innerhalb des Kapitalismus als Maßnahmen zu dessen Stabilisierung ansah und entsprechend wenig auf sie setzte. [T.S.]

35 Bei der Reichstagswahl 1884 erreichte die SAP rund 550 000 Stimmen, das entsprach 9,7 Prozent und somit einem Zuwachs von 3,6 Prozentpunkten gegenüber der Wahl 1881. Allerdings verdoppelte sich die Zahl sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter. [T.S.]

keine Entwicklung ganz gradlinig. Es gibt immer Rückfälle und Ausgleitungen.

So wirkten die Entlassung *Bismarcks* und das Auftreten seines Nachfolgers *Caprivi*[36] auf die Sozialdemokratie innerhalb wie außerhalb des Reichstags durchaus günstig ein. Aber was sie etwa tun konnten, die Partei für eine weniger schroffe Beurteilung der Sozialpolitik der Reichsregierung zu gewinnen, das hob die Betonung des persönlichen Regiments in den Reden Wilhelms II. wieder auf. /27/

Das Erfurter Programm und die reformistischen Tendenzen

Die Zeit des Sozialistengesetzes war die Zeit der Aufnahme der marxistischen Doktrin durch die deutsche Sozialdemokratie gewesen, und als das Gesetz gefallen war, gab sich die Partei 1891 auf dem Erfurter Parteitag ein Programm, das dieser Lehre entsprach: Das heute noch in Kraft befindliche *Erfurter Programm*. Es unterscheidet sich vom Gothaer Programm weder in seinen politischen noch in den wirtschaftlichen Zielen und ist insofern durchaus nicht radikaler als dieses. Der wesentliche Unterschied zwischen dem Erfurter und dem Gothaer Programm besteht in der andern *Begründung* dieser Ziele, in der andern Behandlung der Frage des *Weges* zu ihnen und in der *bestimmteren* und teilweise auch *veränderten Formulierung* der politischen und sozialpolitischen Forderungen.

Von grundlegender Bedeutung ist hierbei die Ableitung des Sozialismus im Erfurter Programm, das der Leser seinem vollen Wortlaut nach im Anhang findet, aus der *Wirtschafts- bzw. Produktionsentwicklung* und dem durch sie bewirkten, aufgrund ihrer sich gestaltenden und zuspitzenden *Klassenkampfe* der Lohnarbeiter und der ihnen sozial verwandten Klassen gegen die kapitalbesitzenden Klassen, Grundeigentümer und deren Trabanten. Das Gothaer Programm dagegen hatte den Sozialismus *naturrechtlich* oder *rechtsphilosophisch* aus dem Gedanken abgeleitet, dass *aller* Reichtum und alle Kulturprodukte

36 Leo von Caprivi (1831–1899) war ein preußischer Offizier und Nachfolger Otto von Bismarcks als deutscher Reichskanzler (1890–94). [T.S.]

gesellschaftlicher Entwicklung »nur in der Gesellschaft und durch die Gesellschaft möglich« seien. Nach ihm war somit der Sozialismus eine bloße Rechts- und Machtfrage, müsste er zu jeder Zeit eingeführt werden können, sofern nur der Staat veranlasst werden kann, die nötigen Mittel dazu herzugeben. Nach dem Erfurter Programm aber ist er in erster Linie eine Frage *gesellschaftlicher Entwicklung*, setzt er eine gewisse Höhe der Produktionsentwicklung (überwiegen der Groß- und Riesenbetriebe) und sozialen Struktur (überwiegen des Proletariats, Verschwinden der ökonomischen Mittelschichten) voraus. Nach dem Gothaer Programm war der Sozialismus /28/ noch in erster Linie eine Sache des *Willens* und damit des *Zufalles*, nach dem Erfurter Programm ist er durch die Produktions- und Klassenentwicklung bedingt, die sich mit *innerer geschichtlicher Notwendigkeit* vollzieht, und insofern *vom Zufall unabhängig*.

Man begreift ohne Weiteres, dass diese letztere Theorie das Selbstvertrauen der Sozialdemokratie ungemein steigern musste. Allerdings war sie schon vor Aufstellung des Erfurter Programms propagiert worden und findet sich in ihren Grundgedanken auch bei *Lassalle* angezeigt. Aber diejenigen Konsequenzen, die das Erfurter Programm aus ihr zog, waren in so bestimmter Form und Zusammenfassung, wie es dort geschieht, vordem noch nicht vorgeführt worden, und ihre Eindruckskraft daher umso größer. Der Gedanke, dass die kapitalistische Gesellschaftsordnung in immer rascherer Entwicklung einem Punkt zutreibe, wo das kapitalistische Wirtschaftssystem an seinen eignen Widersprüchen zusammenbrechen und so der Sieg des Sozialismus, der den einzigen, der großen Volksmehrheit förderlichen Ausweg aus dem Chaos darbiete, *unvermeidlich* sein werde, diese Folgerung erhielt für die große Mehrheit der Parteimitglieder die Kraft eines wissenschaftlich unumstößlich bewiesenen Axioms. So fest wurde an sie und die ihr zugrunde liegenden Sätze aus Marx' »Kapital« geglaubt, dass, wenn neuere statistische Erhebungen Abweichungen von ihnen zeigten, diese Erhebungen kurzweg als falsch betrachtet wurden, der Gedanke, dass die Theorie der Korrektur bedürfen könne, gar nicht der Erwägung wert schien.

Dagegen zeigte der Fortgang der Bewegung, dass diejenigen Kritiker der *marxschen* Lehre und des Erfurter Programms, die ihnen eine quietistisch-fatalistische Wirkung auf die Gemüter nachsagten, durchaus im Irrtum waren. Das Element von Fatalismus, welches sie enthielten, sagte den Arbeitern nicht, dass die Entwicklung selbst alles für sie tue, sodass sie im gegebenen Moment nur noch zuzugreifen haben würden; aber es sagte ihnen, dass die Entwicklung ihnen in die Hände arbeite, sie dagegen sich organisieren und nach Möglichkeit kampffähig erhalten müssten, um jederzeit ihre Interessen wahrnehmen und im gegebenen geschichtlichen Moment wohlorganisiert und wohlgerüstet eingreifen und die soziale Revolution zielbewusst durchführen zu können: »Bereit sein ist alles.« /29/

So weit haben sich der Marxismus und das Erfurter Programm dem Aufbau und Kampf der Sozialdemokratie durchaus vorteilhaft erwiesen. Nicht, ob sie die Arbeiter einlullten, war und ist die Frage, sondern ob sie ihnen nicht die Sache *zu einfach* und die Entwicklung *zu schnell* erscheinen ließen und so ihren Blick für viele notwendige Entwicklungsphasen und Vorarbeiten lähmten. Dass aber die Gefahr dieser Auslegung bestand und die Bewegung nicht unberührt ließ, haben die Parteidiskussionen der deutschen Sozialdemokratie seit der Zeit bewiesen, wo die marxistische Theorie offizielle Doktrin wurde. Will man sich nicht in Einzelheiten verlieren, so kann man die ganze Epoche dieser Diskussionen als die eines parteitheoretischen Dualismus kennzeichnen, der nach Auflösung strebt, ausgedrückt durch die Gegenüberstellung: *Reformistischer Parlamentarismus – Revolutionäre Agitation*.

Der Streit der Partei mit den »Jungen« über den Parlamentarismus beim Erlöschen des Ausnahmegesetzes[37]; die Auseinandersetzung mit *Georg Vollmar*[38] über Opportunitätspolitik

37 Die »Jungen« waren eine heterogene, linksgerichtete Opposition innerhalb der SPD, deren wesentliche Vertreter auf dem Erfurter Parteitag 1891 ausgeschlossen wurden. Die »Jungen« hatten ihren Schwerpunkt in Berlin. [T.S.]

38 Georg von Vollmar (1850–1922) war erster Vorsitzender der bayerischen SPD und Reichstagsabgeordneter (1881–87, 1890–1918). Er gehörte dem reformorientierten Flügel an und entwickelte sich zu einem Antipoden August Bebels in der Sozialdemokratie seiner Zeit. [T.S.]

auf demselben Erfurter Kongress (1892), auf dem das neue Parteiprogramm beschlossen wurde, mit *Vollmar* und der Mehrheit der bayerischen Delegierten über Bauernprogramme und Budgetbewilligung auf dem Frankfurter Parteitag (1894), über Budgetbewilligung mit bayerischen und badischen Delegierten auf dem Lübecker Parteitag (1902) und mit der Mehrheit der süddeutschen Delegierten auf dem Nürnberger (1908) und dem Magdeburger Parteitag (1910); die Konflikte mit den Hauptvertretern der Gewerkschaftsbewegung auf dem Kölner Parteitag (1893), dem Lübecker Parteitag (1902) und die Verständigung auf dem Mannheimer Parteitag (1906); die Diskussionen über die Beteiligung an den preußischen Landtagswahlen auf den Parteitagen von 1893, 1896, 1897, 1900; über die Agrarpolitik der Sozialdemokratie auf dem Parteitag von Breslau (1895); über die Stellung zum Heerwesen auf den Parteitagen von 1897 und 1899; über die Handelspolitik der Sozialdemokratie auf den Parteitagen von 1898, 1900 und 1904 sowie über die Bestrebungen zur Revision der Grundbegriffe der Partei (1899 und 1903) – das sind die bemerkenswertesten Äußerungen dieses Gärungsprozesses. Wenngleich sich für ihn der Sache nach im Allgemeinen /30/ eine Scheidelinie ziehen lässt, bei der auf der einen Seite, gewissermaßen als der eine Pol, die Rücksicht auf die jeweilig *gegebene* Konstellation von Parteien und Klassen und auf die danach möglichen Verbesserungen und Betätigungsarten, und auf der andern als *Gegenpol* die Rücksicht auf die *kommende*, als schroffste Zuspitzung der sozialen Gegensätze gedachte Gestaltung der Klassengliederung und der politischen Konstellation das Leitmotiv für die Behandlung der Parteifragen abgeben, so ist diese Scheidungslinie doch nicht durchgängig für die Gruppierung *der Personen* maßgebend gewesen. Denn in der Wirklichkeit handelt es sich nicht um einen absoluten, Pol und Gegenpol schroff zum Ausdruck bringenden, sondern nur um einen relativen Unterschied. Kein Sozialdemokrat wird die Entwicklungstendenzen der Gesellschaft grundsätzlich außer Betracht lassen, und ebenso wird keiner die Aufgaben und Möglichkeiten des Moments »aus Prinzip« vernachlässigen. Man wird daher

nicht selten dieselben Personen bei praktischen Entscheidungen auf einer anderen Seite der Parteifraktionen finden, als bei Abstimmungen über Fragen allgemeiner Natur. Insofern ist das Zusammenwerfen des für die reformistische Richtung aufgekommenen Begriffs revisionistisch mit opportunistisch und die Gleichsetzung von marxistisch mit radikal oder revolutionär häufig irreführend. Ganz verkehrt ist es aber, revisionistisch und marxistisch schlechthin als Gegensätze zu behandeln.

Sehen wir von den Rückwirkungen des Temperaments und lokaler Besonderheiten ab, die ja stets das Handeln der Menschen mitbestimmen, aber für große Bewegungen nur episodische Bedeutung haben, und halten wir uns an die theoretischen und grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten, die in der Sozialdemokratie die Bildung eines rechten und eines linken Flügels zur Folge haben, so handelt es sich dabei nicht *um die Fundamentalgedanken der marxschen Geschichts- und Gesellschaftstheorie*. Sie sind von *allen* Sozialisten anerkannt, wie sie übrigens in der Hauptsache auch allgemein in die Sozialwissenschaft übergegangen, von ihr rezipiert sind. Man kann aber den Satz, dass die Entwicklung der Produktion in letzter Linie die Entwicklung der Gesellschaftseinrichtungen, des Rechts, der Sitte usw. bestimme, durchaus unterschreiben und dabei über *Raschheit* und Art /31/ dieser Umgestaltungen *sehr* auseinandergehende Ansichten haben. *Marx* und *Engels* haben eingestandenermaßen ursprünglich selbst die Raschheit der ökonomischen Entwicklung bedeutend überschätzt, sie sich viel einheitlicher vorgestellt, als sie sich in Wirklichkeit abgespielt hat, und die Lebenszähigkeit und die Widerstandskraft überlieferter sozialer Gewohnheiten und Ideologien sehr unterschätzt, und Ähnliches wieder holt sich bei Sozialisten aus ihrer Schule. Eine Anzahl Sozialisten, die sonst gleichfalls auf dem Boden der von *Marx-Engels* ausgebildeten Geschichtstheorie stehen, erkennen den Gegenkräften gegen die von *Marx* vorgezeichnete Zuspitzung der gesellschaftlichen Verhältnisse einen wesentlich stärkeren Einfluss zu, und diese sind dann, wenn sie die Folgerungen aus ihrer abweichenden

Anschauung mit Bezug auf die Praxis der Partei und die kommende Entwicklung ziehen, das, was man seit 1902 *Revisionisten* nennt.

Denn es liegt auf der Hand, dass Sozialisten, die von der ersteren Auffassung ausgehen, logischerweise die Tätigkeit, die auf unmittelbare Erfolge gerichtet ist, gering einschätzen und nur in solchen Formen zulassen werden, die von dem Ausblick auf den nahe gedachten großen sozialen Zusammenstoß bestimmt sind, dass sie in der Politik die scharfe Tonart lieben, jede Zuspitzung der politischen Verhältnisse als Widerspiel der wirtschaftlichen Zuspitzung begrüßen und jeden Kompromiss grundsätzlich verwerfen werden. Dagegen werden Sozialisten, die sich den Entwicklungsprozess langsamer vorstellen – ebenfalls logischerweise – die Tätigkeit stärker auf unmittelbare Verbesserungen einrichten, für Gattungen der Reformarbeit Sinn und Interesse haben, die sich nicht, oder nicht unmittelbar, auf einen Zusammenstoß beziehen, sich eher für Kompromisse bereit finden und auf örtliche und nationale Besonderheiten stärker als jene Sozialisten Bedacht nehmen.

Dies das theoretische Moment des Gegensatzes. Lässt man alle Personenfragen beiseite und hält man sich nicht an Erklärungen und Beschlüsse, sondern an das tatsächliche Verhalten der Partei, so wird es sich immer deutlicher zeigen, dass die deutsche Sozialdemokratie seit der Zeit des Sozialistengesetzes im Wesentlichen sich in der Richtung *von der ersteren Politik zur letzteren hin* entwickelt hat.

Oder vielmehr *weiter* entwickelt hat. Denn wir haben ja gesehen, /32/ dass dies auch der Charakterzug der Entwicklung der Partei vor der Zeit des Sozialistengesetzes war. So wenig jenes Gesetz die Partei aus dem Geleise ihrer Entwicklung werfen konnte, so wenig hat die zeitweise allzu optimistische Auffassung vom Gang und den Wirkungen der industriellen Entwicklung dies vermocht. Indes ist es weniger die Rückkehr von dieser Auffassung gewesen, was die Partei im Geleise gehalten hat, als umgekehrt das Verharren und immer intensivere Arbeiten bisheriger Natur die erziehende Kraft war, welche der Korrektur jener Auffassung den Weg geebnet hat. /33/

Das organische Wachstum der Partei

Einen wie großen zahlenmäßigen Aufschwung die Sozialdemokratie in Deutschland genommen hat und wie fest und schlagfertig ihre Organisation ist, ist ziemlich allgemein bekannt. Immerhin mögen einige Daten darüber hier Platz finden.

Nach dem Jahresbericht des Vorstandes der deutschen Sozialdemokratie an den Parteitag für 1911 (Jena) zählte die Partei am 30. Juni 1911: 728 869 männliche Personen, 107 693 weibliche, zusammen 836 562 Personen als zahlende Mitglieder und 4216 auf 383 Reichstagswahlkreise verteilte Ortsvereine. Nur in 14 Wahlkreisen des Reichs hat die Partei keine Vereinsorganisation. Aber in elf davon hat sie Vertrauenspersonen, welche die Werbung und Gruppierung von Mitgliedern besorgen.

Die Organisation ist nach dem zuletzt im Jahre 1909 revidierten Statut eine *organische Verbindung von föderativen und zentralistischen Einrichtungen*. Die Grundlage der Organisation bildet in *jedem Reichstagswahlkreis ein Verein* der Sozialdemokratie dieses Wahlkreises, selbst meist ein Verband von Vereinen der Orte oder Bezirke, aus denen der Wahlkreis sich zusammensetzt; und die Ortsvereine in den Städten gliedern sich wieder für Agitations- und Verwaltungszwecke (Einziehung der Beiträge, Verbreitung von Flugblättern, Hausagitation, Wahlarbeiten, Diskussion von Parteifragen, von Kandidaturen usw.) in Bezirke und Abteilungen. Alle diese Körper genießen für ihre Angelegenheiten *weitgehende Selbstverwaltung*. Die höchste Instanz der Partei und Träger ihres zentralistischen Elements ist der *Parteitag*, der sich aus Delegierten der Wahlkreisvereine zusammensetzt. Er stellt die Grundsätze der Partei fest, beschließt über taktische Fragen und Schaffung gemeinsamer Parteieinrichtungen, gibt die letzte Entscheidung über Streitigkeiten und Ausschlussanträge, bestimmt die Gehälter und Entschädigungen der /34/ Beamten der Gesamtpartei und wählt die Mitglieder der *Parteileitung*, die aus dem *Parteivorstand* und den *Kontrolleuren* besteht, sowie die Mitglieder des *Bildungsausschusses* der Partei und ähnlicher Sonderausschüsse. Der Parteivorstand führt die Parteigeschäfte

gemäß den Parteitagsbeschlüssen; er ist im Wesentlichen Verwaltungsbehörde mit gewissen Aufsichtsvollmachten, die sich aber nicht auf Anstellung oder Entlassung von Beamten der Kreis- oder Lokalvereine erstrecken, sodass z. B., mit Ausnahme des *Vorwärts*, der Organ der Gesamtpartei ist, die Parteipresse durchaus vom Parteivorstand unabhängig ist, und auch beim *Vorwärts* teilt der Parteivorstand das Aufsichtsrecht mit der Parteikommission der Parteimitglieder Groß-Berlins. Die Zahl der *Tageszeitungen* der Partei beläuft sich auf 81, die in 61 Druckereien hergestellt werden. Für den Nachrichtendienst der Parteipresse besteht ein eigenes *Pressebüro* mit vier festbesoldeten Redakteuren; außerdem gibt die Partei eine 14-tägig erscheinende *Sozialdemokratische Korrespondenz*, eine Wochenschrift *Die Neue Zeit*, eine kommunalpolitische Zeitschrift *Die kommunale Praxis*, ein humoristisches Wochenblatt *Der wahre Jakob* und ein illustriertes Unterhaltungsblatt *Die neue Welt* heraus. Der Bildungsausschuss der Partei veranstaltete im Berichtsjahr 1910/11 122 Wanderkurse wissenschaftlichen Charakters mit 733 Vorträgen und 21 529 Teilnehmern (darunter 2759 Frauen). In der gleichen Zeit wurden von örtlichen Bildungsausschüssen der Partei, soweit durch Umfrage festgestellt werden konnte, 345 Kurse mit 2879 Vorträgen und 45 873 Teilnehmern veranstaltet. Die Einnahmen der Zentralkasse der Partei beliefen sich im Berichtsjahre 1910/11 auf 1 357 761 Mark, die Ausgaben auf 897 180 Mark, sodass nahezu eine halbe Million Mark für außergewöhnlichen Bedarf beiseitegelegt werden konnte. Nach dem Statut der Partei müssen die lokalen Organisationen mindestens 20 Prozent ihrer Einnahmen aus dem regelmäßigen Parteibeitrag an die Zentralkasse abführen. Da sie meist noch andere Einnahmen haben, kann man annehmen, dass im Ganzen die deutsche Sozialdemokratie im Jahre 1910/11 zwischen sechs und sieben Millionen Mark Parteieinnahmen hatte.

Der Sozialdemokratie rechnen sich geistig die *freien* (zentralistischen) /35/ *deutschen Gewerkschaften* zu, die in der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften ihre Zentralvertretung haben. Sie umfassten Ende des Jahres 1910 53

Zentralverbände mit zusammen 2 017 298 Mitgliedern (davon 161 512 Frauen) und einem Kassenvermögen von 52 575 505 Mark. Die Jahresausgabe dieser Gewerkschaften belief sich im Jahre 1910 auf 57 Millionen Mark, wovon etwas mehr als der dritte Teil, nämlich 19 600 000 Mark, für Streiks und ähnliche Kämpfe, sieben Millionen für Arbeitslosen- und Reiseunterstützung, über zehn Millionen für Kranken- und dergleichen Unterstützung und nahezu zweieinhalb Millionen für Belehrungszwecke (Organ, Bibliotheken, Unterrichtskurse) verausgabt wurden. Von anderen Verbindungen, die einen starken Bestand sozialdemokratisch gesinnter Mitglieder haben, sind namentlich die im letzten Jahrzehnt sehr an Ausdehnung und innerem Ausbau zur Entwicklung gelangten *Arbeiterkonsumvereine* zu erwähnen, die über eine Million Mitglieder zählen; sehr entwickelt sind ferner die der körperlichen Ausbildung (Turnen, Radfahren, Schwimmen usw.) und der Kunstpflege (Gesang, Theater) sich widmenden Verbindungen sozialistischer Arbeiter.

Soweit das äußere Wachstum.

Es wurde oben gezeigt, wie die Sozialdemokratie unter dem Sozialistengesetz dazu gekommen war, die Beteiligung an den Reichstagswahlen und die Betätigung im Parlament erheblich höher zu werten als vorher. Daran hat auch die Zeit nach dem Sozialistengesetz nichts geändert. Von Wahl zu Wahl ist die Zahl der sozialistischen Stimmen und, mit einer Ausnahme, auch die der sozialdemokratischen Mandate gestiegen. Die sozialdemokratischen Abgeordneten sind im Reichstag heute nicht, wie vor dem Sozialistengesetz, ein Häuflein »Wilder«, die man als Eindringlinge betrachten konnte. Sie sind auch nicht, wie in der zweiten Phase des Sozialistengesetzes, »bloß das Zünglein an der Waage«. Sie sind ein ganz gehöriges Gewicht in der Waagschale der Parteien und machen sich als solches geltend. Sie sind nun in allen Kommissionen vertreten, und wenn man ihnen im Büro des Reichstags selbst noch nicht die ihnen gebührende Vertretung einräumt, so wählt man in dessen Kommissionen und Abteilungen seit Jahren schon Sozialisten zu Vorsitzenden und Schriftführern. /36/

Aus der Zeit des Sozialistengesetzes datiert ferner das Eindringen von Sozialdemokraten in die *Landtage* der Einzelstaaten. Was damals ein schüchterner Versuch war, hat sich seitdem schrittweise verallgemeinert. In einem Staat nach dem andern wurden Erweiterungen des Landtagswahlrechts erkämpft, und der Bericht des sozialdemokratischen Parteivorstandes für 1908/09 kann feststellen, dass Ende Juni 1911 die deutsche Sozialdemokratie in zehn Landtagen deutscher Bundesstaaten zusammen 188 Abgeordnete hatte. Ebenfalls in den Tagen des Sozialistengesetzes beginnt das Eindringen der Sozialdemokratie in die *Gemeindevertretungen* und andere örtliche Vertretungskörper. Ende Juni 1909 hatte sie nach dem erwähnten Bericht: 8661 Stadtverordnete und Landgemeindevertreter, 249 Mitglieder städtischer Magistrate und von Landgemeindevorständen.

Zur öffentlichen Verwaltung gehören heute die Organe der *Arbeiterversicherung* und der *kommunalen Arbeitsnachweise*. Die Zahl der Sozialdemokraten, die in Deutschland als Arbeitervertreter in den Verwaltungen, Schiedsämtern und Kuratorien der einschlägigen Institute öffentliche Funktionen erfüllen, ist mit 50 000 eher zu niedrig als zu hoch angegeben. Ihnen können wir noch die sozialdemokratischen Arbeiterbeisitzer hinzurechnen, deren Zahl jedenfalls über Tausend beträgt.

Nach vielen Tausenden zählen ferner die sozialdemokratischen Verwaltungsbeamten (Vorstände, Ortsleiter, Geschäftsführer usw.) in den freien gewerblichen Schöpfungen der Arbeiter: Gewerkschaften, Freie Hilfskassen, Konsumvereine usw. Allein die zentralisierten Gewerkschaften Deutschlands, deren Leiter und Beamte in ihrer übergroßen Mehrheit der Sozialdemokratie angehören, zählten im Jahre 1910 in genauer Zahl 11 926 örtliche Verwaltungsstellen, die meist eine Vielheit von Beamten zur Führung ihrer Geschäfte brauchen. Rechnet man nur einen Durchschnitt von drei Beamten für diese Verwaltungsstellen und davon zwei Drittel der Sozialdemokratie zu, so ergibt dies ein Heer von 24 000 sozialdemokratischen Gewerkschaftsbeamten. Auf mindestens 3000 kann man die sozialdemokratischen Beamten der anderen freien Schöpfungen der Arbeiterklasse ansetzen.

Alle die hier aufgezählten Vertreter und Beamten nun sind durch /37/ die Natur ihres Amtes in steigendem Maße darauf angewiesen, sich mit *Gegenwartsfragen der Arbeiterklasse* zu beschäftigen. Mögen sie in ihrer politischen Grundanschauung noch so radikal sein – und einen ansehnlichen Bruchteil von ihnen haben wir sicherlich auf dem linken Flügel der Sozialdemokratie zu suchen –, so bringt es doch die Art ihres Amtes mit sich, dass sie sich für laufende Fragen der Gesetzgebung und staatlichen Verwaltung in erhöhtem Maße interessieren, und wirkt so einem Verlieren in abstrakte Betrachtungen entgegen. An die Sozialdemokraten in den gesetzgebenden Körpern aber treten jetzt infolge dieser Betätigung der sozialistischen Arbeiterschaft in Verwaltungen aller Art ungleich mehr Verpflichtungen zur Wahrung von Gegenwartsinteressen von Arbeitern heran als zu irgendeiner früheren Zeit, und aus diesen Aufgaben ergibt sich wiederum die Notwendigkeit viel häufigerer Berührung mit Vertretern der Regierungen und gegnerischer Parteien, als man ehedem vermutete.

Auf diese Weise ist es das Wachstum der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung gewesen, das den stärksten Faktor des Festhaltens der Partei im Geleise des parlamentarischen Arbeitens gebildet hat. Abhandlungen und Vorträge zugunsten der parlamentarischen Betätigung haben diese Tendenz bestärken können, aber sie hätten sie schwerlich allein zustandegebracht. Zugleich wäre jenes Wachstum der politischen Organisationen der Sozialdemokratie, wie wir es in Deutschland vor uns sehen, ohne die große Ausbreitung der wirtschaftlichen Arbeiterbewegung und die zunehmende Betätigung der Sozialdemokratie in Gesetzgebung und Verwaltung gar nicht denkbar. Es greift hier eins ins andere. In verschiedenen Ländern gibt es sozialistische Verbindungen antiparlamentarischer Tendenz. Aber sie haben es nirgends zu jenem stetigen Wachstum gebracht, wie es der deutschen Sozialdemokratie eigen ist, hängen in viel höherem Grade als diese und die ihr wesensgleichen sozialistischen Arbeiterparteien anderer Länder von *Zeitströmungen* und *Stimmungen* ab. Man kennt das seinerzeit von Wilhelm *Liebknecht* propagierte

Wort, dass die Gesellschaft der fortgeschrittenen Kulturländer *in den Sozialismus hineinwächst*, und der müsste blind für die Erscheinungen des sozialen Lebens und ein seltsamer Anhänger der ökonomischen Entwicklungstheorie sein, /38/ der ihm nicht mindestens ein beträchtliches Stück Berechtigung zuerkennen wollte. Ebenso aber, wie dieses Wort auf tatsächliche Entwicklungen sich stützt, ist man berechtigt, mit Bezug auf diese Länder von einem *Hineinwachsen der Sozialdemokratie in den Organismus des Staatslebens* zu reden. Sie ist heute durch so viele Funktionsadern mit diesem Organismus verbunden, dass eine Loslösung aus ihm im Sinne einer gewaltsamen Amputation schon gar nicht mehr möglich ist.

Das mag manchem auf den ersten Blick als eine etwas kühne Behauptung erscheinen. Ein Blick auf das *Wirken* der Sozialdemokratie im deutschen Gegenwartsstaat wird zeigen, dass es keine Übertreibung ist.

Die sozialistische Durchdringung des Staatslebens

Jede politische Partei, die mehr ist oder zu sein strebt als die Agentin von Tagesinteressen irgendwelcher Koalition oder Koalitionen, sucht das Leben des ganzen Gesellschaftskörpers mit ihren Grundsätzen zu durchdringen, Staat und Gesellschaft nach ihnen zu modeln. Welches sind nun die hier infrage kommenden Grundsätze der Sozialdemokratie?

Staatsrechtlich betrachtet unterscheiden sie sich nicht von den Grundsätzen des demokratischen Naturrechts, wie sie in der Einleitung zur Verfassung der französischen Republik von 1793 niedergelegt sind und deren wesentliche Sätze lauten: Gleichheit der Rechte aller Staatsangehörigen ohne Unterschied der Abstammung; Selbstbestimmungsrecht der Nation und Selbstbestimmungsrecht jeder Generation. Was sich auch so formulieren lässt: *Beseitigung aller Klassen- und Geburtsvorrechte einschließlich dynastischer Rechte über das Volk und Beseitigung der Geltung erworbener Rechte, sobald diese dem von der Nation für notwendig Erkannten widersprechen.*

Diese Sätze umschließen im Begriff oder der Sache nach schon fast alle andern in jener Einleitung aufgezählten Rechte

und Freiheiten, wie *Vereins- und Versammlungsfreiheit, Presse- und Redefreiheit, Sicherheit der Person, Beseitigung der Privilegien- und Ausnahmegerichte* usw. usw. Denn keine Beschränkung des Vereins- und Versammlungsrechts z. B. trifft alle Klassen von Staatsbürgern gleich, ebenso keine Beschränkung der Presse. Von jeher haben Beschränkungen des Versammlungsrechts, des Vereinsrechts, der Presse ihre Spitze gegen bestimmte Klassen und Parteien gerichtet, als auf missliebige Elemente berechnete Ausnahmegesetze gewirkt. Ihre Aufhebung lässt sich denn auch mit zwingender Logik aus dem Grundsatz der staatsbürgerlichen Gleichheit ableiten.

Bei alledem ist die staatsbürgerliche Gleichheit noch nicht Gleichheit der Lebensmöglichkeiten. Die Erklärung der Rechte des Menschen und Staatsbürgers ergänzt sie daher im Artikel 21 durch das Recht der »unglücklichen Staatsbürger« auf öffentliche Unterstützungen und /40/ Arbeit. So schön die Worte klingen, in die das Recht gekleidet ist, ist es faktisch doch nur ein Armenrecht und nie als etwas anderes praktiziert worden.

Für einen Gesellschaftszustand, wie er den Verfassern der Erklärung vorschwebte, mochte das auch ausreichen. Denn sie glaubten fest daran, durch die Beseitigung der Zünfte und sonstigen Gewerbsprivilegien, durch Freigabe aller öffentlichen Ämter *(la carrière ouverte à tous)* und durch Zwangsbestimmungen zugunsten der gleichen Erbteilung jedem Fortbestand und umso mehr jeder Vermehrung der Klasse ewiger Lohnarbeiter einen Riegel vorgeschoben zu haben. Für die Gesellschaft aber, wie sie sich tatsächlich entwickelt hat, reicht, das haben die Vereinigten Staaten von Amerika, die Schweiz und andere demokratische Republiken gezeigt, diese Ergänzung der staatsbürgerlichen Gleichheit nicht aus. Die Sozialdemokratie ersetzt sie daher durch den Grundsatz der *Gemeinhaftung* oder *Solidarität* und den Grundsatz der *Gemeinwirtschaft* oder des *Kommunismus*.

Dass es sich hierbei nicht um spekulativ aufgestellte Rechtsbegriffe, sondern um Forderungen handelt, die mehr und mehr realen Bedürfnissen entsprechen, nicht um utopi-

sche Schwärmereien, sondern um Wirtschaftsziele handelt, deren *Zwecknotwendigkeit* sich den Gesetzgebern und Verwaltungsleuten in immer größerem Umfange aufdrängt, kann keinem Beobachter des modernen Lebens entgehen.

Eine der markantesten Wirkungen der kapitalistischen Wirtschaft, wie sie sich unter der Herrschaft der unbeschränkten Konkurrenz und des Privateigentums an Grund und Boden und beweglichen Produktionsmitteln entwickelt haben, ist die Schaffung immer neuer direkter und indirekter *Abhängigkeiten*! Zur Abhängigkeit der Geschäftswelt von den Konjunkturen des großen Marktes, bei denen trotz Welthandels die Ernteausfälle noch eine so große Rolle spielen, haben sich die Abhängigkeiten von den Operationen und spekulativen Manövern der Monopolisten und Monopolistenverbände der Rohprodukte und Halbfabrikate gesellt. Ökonomische Machtmittel, wie sie die Welt noch nicht gekannt, häufen sich in den Händen einzelner Kapitalisten oder von Kapitalistenverbindungen auf und setzen sie in die Lage, Geschäftsstockungen im Riesenumfange hervorzurufen. *Lassalles* Wort, dass im modernen /41/ Wirtschaftsleben jeder verantwortlich ist für das, was er nicht tut, ist wahrer als je, die Unsicherheit für die große Mehrheit der Geschäftswelt größer als früher. Und mit dieser Zunahme der *indirekten* Abhängigkeiten wächst in gleichem, wenn nicht noch schnellerem Schritt das Gewicht der *direkten* Abhängigkeiten. Die Berufs- und Gewerbestatistik zeigt uns die Schicht der Abhängigen in stärkerem Wachstum als irgendeine andere Gesellschaftsklasse. Von 1882 auf 1907 entwickelten sich in Industrie, Handel, Verkehr und Landwirtschaft Deutschlands zusammengenommen die drei Hauptklassen: Selbstständige, Angestellte (kaufmännisches und technisches Personal) und Arbeiter folgendermaßen:

	1882:	1895:	1907:	Zunahme 1907 gegen 1882:
Selbständige	4 995 000	5 332 000	5 332 000	+ 327 000
Angestellte	307 000	622 000	1 291 000	+ 984 000
Arbeiter	10 705 000	12 817 000	17 836 000	+ 7 131 000

Die Schicht der Selbstständigen hat sich nur in der ersten Periode – 1882 auf 1895 – noch etwas erhöht, von 1895 auf 1907 ist sie aber positiv zurückgegangen. Dagegen hat sich die *Zahl der Angestellten vervierfacht*, die der *Arbeiter um über 60 vom Hundert* vermehrt, und in diesen zwei Schichten war der Zuwachs im zweiten Zeitabschnitt ganz bedeutend – absolut und relativ – stärker als im ersten. In Industrie, Handel und Verkehr allein, wo 1882 noch von je 100 Erwerbstätigen 45 im Sinne der Statistik selbstständig waren, waren es 1895 nur 30 und 1907 nur noch 20 vom Hundert!

Wenngleich es nun durchaus irrig wäre, aus dieser Verschiebung der Wirtschaftsklassen auf eine Zunahme von Not und Elend zu folgern, wenn vielmehr ein erheblicher Prozentsatz der jetzt als *Angestellte* Tätigen und auch ein Teil der *Arbeiter* im Einkommen nicht schlechter gestellt sind als früher und als auch heute noch die große Unterschicht derer, die in der Statistik als *Selbstständige* aufgeführt werden; wenngleich auch früher schon – und wahrscheinlich sogar im höheren Verhältnis als heute – die Masse dieser Gattung »Selbstständige« Proletarier im Sinne von *Hungerleidern* waren, so musste der große Wechsel in der Gliederung der Klassen doch mit Notwendigkeit eine wesentlich /42/ veränderte öffentliche Meinung erzeugen. Heißt er doch nichts anders, als dass von denjenigen, die jetzt in Handel, Industrie und Verkehr berufstätig werden, *vier Fünftel* im *direkten* Abhängigkeitsverhältnis bleiben.

Das hat umso mehr zu bedeuten, als der ganze Bevölkerungszuwachs des Deutschen Reiches seit Jahrzehnten schon diesen Berufszweigen nebst dem ihnen sozial immer näher rückenden Berufskreis der *öffentlichen* und *privaten* Dienste zufällt, die von der Landwirtschaft lebende Bevölkerung dagegen zurückgeht. Die Landwirtschaft ernährt heute als *direkte Erwerbsquelle* kaum noch drei Zehntel der Bevölkerung, und während bei der Gründung des Deutschen Reiches noch fünf Achtel der Bevölkerung in Ortschaften mit 2000 Seelen und darunter wohnten, waren es 1905 nur noch fünf Zwölftel. Damals drückte noch in hohem Grade das platte Land, jetzt drückt die Stadt dem Geist der Nation den Stempel auf. Seit

Gründung des Deutschen Reichs hat sich die Zahl der Mittelstädte von 75 auf 208, die der Großstädte von 8 auf 41 vermehrt, und diese Bewegung – der Zug vom Land in die Stadt – kennt keinen Stillstand.

Alles das stellt den Staat und die Gemeinden, stellt die Gesetzgebung und die Verwaltung vor immer neue, immer größere Aufgaben. Die Gewerbegesetzgebung und das Unterrichtswesen müssen ihr Feld erweitern und vertiefen, eine öffentliche Hygiene großen Stils wird notwendig, desgleichen eine von Grundsätzen der Hygiene getragene Wohnungspolitik und mit ihr in Verbindung wiederum eine weitsichtige Verkehrs- und Bodenpolitik. Das macht seinerseits neue Verwaltungseinrichtungen und Verwaltungsgrundsätze und, da es meist Erhöhung der Ausgaben bedeutet, eine neue Finanz- und Steuerpolitik notwendig und begegnet Widerständen von *Interessenten aller Art*. Selbst vom Standpunkt bürgerlicher Regierung und Verwaltung wird damit die Bildung einer *Arbeiterpartei sozialistischen Charakters* als *Gegenkraft gegen jene Widerstände* und die eingewurzelten Vorurteile des administrativen Nihilismus ein Zeitbedürfnis. Denn wie konservativ in ihren Anschauungen und Absichten die heutigen Regierungen und Stadtoberhäupter auch sein mögen, so haben sie doch im Interesse der allgemeinen Sicherheit und der /43/ Leistungsfähigkeit von Volk und Staat Maßnahmen zu treffen und die Annahme von Gesetzen zu betreiben, die mehr oder weniger an die Wurzel bisheriger Eigentümeransprüche, von Klassen- und Kastenrechten greifen. Selbst sehr konservative Minister sind denn auch schon öfters recht froh gewesen, dass Sozialdemokraten da waren, die politischen Freunde ebendieser Minister im Zaum zu halten oder gegebenenfalls auch zu Paaren zu treiben. In einer Zeit, wo nicht mehr Bauern und Kleinmeister das große Übergewicht der Produktion repräsentieren; wo Besitz und Arbeit sich zusehends trennen; wo die Zahl der ausschließlich von ihren Renten Lebenden und der nur anstandshalber etwas Berufsarbeit leistenden Rentenempfänger im steten Wachstum begriffen ist; wo die Ansprüche des befestigten Besitzes fast im gleichen Verhältnis steigen, wie

seine sozialen Funktionen an Wert abnehmen; in einer Zeit, wo die Lohnarbeiter in Stadt und Land mit ihren Angehörigen die bei Weitem breiteste Schicht – in Deutschland über die Hälfte der Bevölkerung – ausmachen, *ist eine durch keinerlei Rücksichten auf Eigentumsinteressen und überkommene Einrichtungen gebundene* oder in ihren Entschlüssen gehemmte *Partei* in der Gesetzgebung und Verwaltung tatsächlich *unentbehrlich geworden*.

Und man darf kühn sagen, die sozialdemokratischen Vertreter bringen für die den neuen Bedürfnissen entsprechenden Gesetze und Schöpfungen neben ihrer eigenartigen, aus der Praxis des Arbeiterlebens geschöpften oder auf ihr beruhenden *Sachkenntnis* ein Interesse mit, wie man es gleich *lebendig* und *tatbereit* bei keiner andern Partei findet. Gerade der *Klassengedanke* ist es, der den sozialdemokratischen Arbeiter unserer Lage zum zuverlässigsten Träger des Fortschritts in Gesetzgebung und Verwaltung macht; er ist es, der dort, wo theoretische oder sonstige Vorbildung fehlen, sehr oft als eine Art Ersatz, als ein ideeller Leitfaden sich bewährt. Der von den Vorkämpfern des Sozialismus entwickelte und teils von ihnen selbst – man denke an *Lassalles* »Arbeiterprogramm« –, teils von ihren Schülern in volkstümlichen Schriften den Arbeitern eingeprägte Gedanke an die Natur und die große geschichtliche Aufgabe seiner Klasse hebt den sozialdemokratischen Arbeiter immer wieder über die Vorurteile hinweg, die /44/ individuelle Lebensumstände etwa in ihm erzeugt haben oder wachrufen mögen. Im Übrigen schafft die Sozialdemokratie durch ihre *Presse*, ihr *Programm* und die dieses ergänzenden *Kongressbeschlüsse* für ihre Vertreter in den staatlichen und kommunalen Parlamenten *Richtlinien des Verhaltens* und eine *öffentliche Meinung* von viel stärkerem Wirkungsgrad, als sie für die Vertreter anderer Parteien bestehen. Der Nichtsozialdemokrat wird in dieser Feststellung vielleicht das Zugeständnis erblicken, dass in der Sozialdemokratie Unfreiheit, Heerdentum, kurz Unterdrückung der Individualitäten herrsche. Soweit handelt es sich indes im Allgemeinen nur um Beschränkungen, deren Alternative gewöhnlich Abhängigkeit

von kleinlichen Interessenverbindungen irgendwelcher Art heißt. Jede Mehrheit kann ihre Befugnis, Regeln vorzuschreiben, über das vernünftige Bedürfnis hinaus übertreiben. Aber der außerhalb jedes Parteiverbands stehende Politiker ist so wenig schon der *freie* Politiker, wie der außerhalb der Zivilisation sich versuchende Wirtschafter frei ist. Die Richtlinien der sozialdemokratischen Politik sind, von Fragen der Taktik abgesehen, nur die Ableitungen aus der Entwicklung des modernen Wirtschaftslebens unter dem Gesichtswinkel der Arbeiterklasse, die sein bedeutsamstes soziales Produkt ist.

Wie sehr die natürlichen politisch-sozialen Tendenzen der Arbeiterklasse mit den allgemeinen Erfordernissen der Gegenaktion gegen die zerstörerischen Wirkungen der kapitalistischen Wirtschaft im Einklang stehen, lässt sich am Beispiel des Grundprinzips der modernen Arbeiterbewegung erkennen, als das wir oben den Gedanken der *Solidarität* bezeichnet haben. Wo Abhängigkeit von unkontrollierbaren Gewalten ist, stellt sich bei Menschen ein Gefühl der *Gemeinhaftung* ein, das auf frühen Stufen und unter entsprechend einfachen Verhältnissen, wo die Elemente die Menschen im Bann halten, die Form einer moralischen *Verpflichtung zu gegenseitiger Hilfe* annimmt. Unter den entwickelten Verhältnissen der Verkehrswirtschaft tritt an ihre Stelle die *Versicherung*, die sich nun in allerhand Formen gegen *soziale Naturgewalten* richtet, wie man das Spiel der Konkurrenz und Konjunkturen, die Macht des koalierten Kapitals über die Einzelwirtschafter und das große Publikum, und die Macht der Unternehmer /45/ über die Arbeiter auf dem großen Arbeitsmarkt nennen kann. Sie nimmt entweder die Formen der Privatunternehmung zu *Gewinnzwecken*, die der *freiwilligen Gegenseitigkeitsschöpfung* oder aber die Form der vom Staat und den Gemeinden vorgeschriebenen *Zwangsversicherung* an. Die ungeheure Ausdehnung des Versicherungswesens in der Gegenwart zeigt, wie sehr der Gedanke der entwickelten Gemeinhaftung oder Solidarität Zeitgedanke geworden ist.

Während aber der Solidaritätsgedanke für andere Gesellschaftsklassen nur begrenzte Bedeutung hat und nicht selten

eine *gegen die Allgemeinheit* gerichtete Spitze erhält – man denke an die Preiskonventionen der Kartelle –, ist er für die Arbeiter der Gegenwart aufgrund ihrer ganzen Existenzbedingungen geradezu *Lebensprinzip* geworden. Sie sind seine stärksten Träger, und wo sie nicht als Gruppe, sondern als *Klasse* handeln, fällt er bei ihnen auch mit den besten Interessen der *Allgemeinheit* zusammen. Doktrinäre Begriffe, aus den alten Utopien überlieferte Vorstellungen können das gelegentlich einmal verdunkeln. Aber wer die Geschichte der parlamentarischen und kommunalen Tätigkeit der Sozialdemokratie näher verfolgt, wird finden, dass ihre Gesetzesvorschläge wie ihre Verbesserungsanträge zu Vorlagen der Regierungen und anderen Parteien stets von dem Bestreben Zeugnis ablegen, das große *allgemeine Interesse der Volkswirtschaft* nach seinem, sich aus der Entwicklungshöhe von Produktion und Austausch ergebenden Recht zu berücksichtigen. Das Auftreten der Arbeiter als Klasse ist aber ihr Auftreten als *politische Partei*, als *Sozialdemokratie*. Da die Gesellschaftsklasse viel mehr Elemente umfasst und viel weiter und tiefer greifende Interessen wahrzunehmen hat als früher der »Stand«, kann sie auch einheitlich und systematisch nur durch das Mittel der *organisierten Partei* handeln.

Ein weiteres Beispiel für die zunehmende Übereinstimmung der Praxis der Sozialdemokratie mit den Tendenzen und Bedürfnissen der allgemeinen Entwicklung liefert die Frage der Verstaatlichung und *Kommunalisierung*, d. h. der *Vergesellschaftung von Wirtschaftszweigen und -diensten*. Die in den Programmen der Sozialdemokratie figurierende Forderung der Vergesellschaftung aller Produktion und des ganzen Austauschs war ursprünglich eine /46/ Ableitung aus den Utopien der Sozialisten an der Wende des 18. zum 19. Jahrhundert, der eine in vielen Punkten geniale, aber im Ganzen voreilige Abschätzung der modernen Wirtschaftsentwicklung zugrunde lag. Ihre Korrektur durch das »Kommunistische Manifest« reichte, wie oben gezeigt, nicht aus, die Forderung rationell zu formulieren. Sie ist denn auch von Marx selbst ergänzt worden im dritten Abschnitt der Schrift »Der Bürgerkrieg in Frank-

reich«, wo Marx schreibt: *»Die Arbeiterklasse kann nicht die fertige Staatsmaschinerie einfach in Besitz nehmen und diese für ihre eignen Zwecke in Bewegung setzen«,*[39] und zeigt, dass noch große Veränderungen in der politischen Organisation und der Verwaltung notwendig sind, wenn die ökonomische Revolution im Sinne der Arbeiter durchgeführt werden soll. Diese Darlegung, die in ihren Veranschaulichungen eine Revolutionsepoche voraussah, ist jedoch lange unbeachtet geblieben; die Korrektur der alten Formel für die Praxis ist vielmehr *aus der Praxis der Sozialdemokratie selbst erfolgt*.

Rein aus der Praxis ihres Kampfes heraus ward die Sozialdemokratie veranlasst, bei der Frage von Verstaatlichungen und Kommunalisierungen sich die Körperschaften, die »vergesellschaften« wollten oder sollten, ihre Zusammensetzung, Fähigkeiten und Zwecke jedesmal genauer anzusehen. Je näher sie im wirtschaftlichen Kampf und durch ihre Vertreter in der Gesetzgebung und Verwaltung mit den Produktionsverhältnissen und dem sonstigen Wirtschaftsleben sich vertraut machte, umso mehr Gewicht legte sie selbst darauf, die Frage der Vergesellschaftung nicht nach den Buchstaben jener Programmsätze zu behandeln, sondern für Form und Umfang ihrer Anwendung die Entwicklungshöhe der jeweilig infrage kommenden Wirtschaftszweige, die allgemeine Wirtschaftsverfassung der Gesellschaft sowie in Verbindung mit den vorerwähnten Momenten Geist und Charakter der in Betracht kommenden Organe sorgfältig zu prüfen. Mit andern Worten, sie *bleibt* diejenige Partei, welche *den Gedanken der Gemeinwirtschaft am energischsten vertritt*, denn er entspricht der gesellschaftlichen Lage keiner Klasse mehr als der der Arbeiterklasse. Aber sie trennt ihn im Einzelfall nicht von den großen politischen Interessen dieser Klasse und der Frage seiner zweckmäßigen Durchführung. /47/ Sie behält sich daher die Freiheit vor, Anträge auf Verstaatlichungen zu verwerfen, wenn diese rein fiskalischen Zwecken eines unterdrückenden und nach engherzigen, bürokratischen Zwecken verwaltenden

39 Karl Marx: Der Bürgerkrieg in Frankreich, in: MEW, Bd. 17, S. 313–365, hier: S. 336. [T.S.]

Staates dienen sollen, bindet sich aber auch nicht daran, den Grundsatz der *Unentgeltlichkeit* öffentlicher Dienste und der Darbietung anderer Leistungen öffentlicher Betriebe gegen Entschädigungen, die *nur die Selbstkosten decken*, so weit zu treiben, dass er zur Subventionierung ohnehin privilegierter Klassen führt. Sie behandelt diese und ähnliche Fragen gemäß der Natur der in Betracht kommenden Dienste und Leistungen. Sie unterscheidet solche Dienste, die ein allgemeines Bedürfnis decken oder deren möglichst allgemeine Benutzung aus kulturellen, hygienischen usw. Rücksichten im öffentlichen Interesse liegt, von denen, die einem solchen Interesse überhaupt nicht oder nur in begrenztem Grade dienen, und macht es von dieser Feststellung und der sozialen Lage der Empfänger abhängig, ob volle Unentgeltlichkeit, Gewährung zu den Selbstkosten oder zum Marktwert am Platze sei.

Wie sehr diese Behandlung der Vergesellschaftungsfrage durch die Sozialdemokratie durchaus in Übereinstimmung steht mit den tatsächlichen Empfindungen der zu selbstständigem Denken gelangten Elemente der Arbeiterklasse, zeigt u. a. der Umstand, dass während englische Bergarbeitervertreter, die sich zur liberalen Partei Englands rechneten, auf internationalen Bergarbeiterkongressen wiederholt Resolutionen *zugunsten der Verstaatlichung der Bergwerke* beantragten, der deutschen Sozialdemokratie zugehörende Bergarbeiterdelegierte dagegen bis vor etlichen Jahren noch beharrlich diese Resolutionen ablehnten. Die englischen Bergarbeiter hatten mit einem Staat zu tun, in dessen Verwaltung der polizistische Bürokratismus unbekannt ist und dessen Tun und Lassen der Kontrolle durch ein nach leidlich demokratischem System gewähltes Parlament untersteht; die deutschen Bergarbeiter sahen sich Staaten gegenüber, deren größter, Preußen, ein Wahlrecht aufwies, das den Arbeitern jede Vertretung unmöglich machte, und der die Bergwerke, die ihm zu eigen sind, nach rein fiskalischen Rücksichten und mit Unterdrückung jeder selbstständigen Regung der Arbeiter betrieb. Noch heute sind in Preußen die Bergarbeiter auf den fiskalischen Bergwerken in ihrer Bewegungsfreiheit gehemmt und /48/ mate-

riell durchaus nicht besser gestellt als ihre Kameraden in den Gruben der Privatunternehmer. Wenn trotzdem Führer der deutschen Bergarbeiter in neuerer Zeit ihre Stellungnahme zu jener Resolution geändert haben, so bestimmt sie dabei der Umstand, dass mittlerweile doch auch in Preußen der Einfluss der Arbeiter auf den Staat sich fühlbar macht – teils infolge des bloßen Anwachsens der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen, teils unter dem Einfluss der Gesetzgebung des Reichs, dessen Vertretung nach dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht gebildet wird.

Der Einfluss dieses Wahlrechts hat im Laufe der Zeit die *Stellung der Sozialdemokratie zum Reich* selbst sehr bedeutsam geändert. Einer Vermehrung der Wirtschaftsbetriebe des Reichs setzt die deutsche Sozialdemokratie seit gut zwei Jahrzehnten keinerlei Einspruch mehr entgegen. Sie hat vielmehr von sich aus wiederholt solche Vermehrung in Vorschlag gebracht, darunter gerade auch die Überführung von Bergwerken in Reichseigentum. Ebenso hat sie die Ausdehnung der gesetzgeberischen Machtsphäre des Reichs stets unterstützt oder durch eigene Anträge betrieben, sodass schon gesagt werden konnte, *die Sozialdemokratie sei mit der Zeit die eigentliche »Reichspartei«* geworden. Das ist natürlich mit einem Körnchen Salz zu verstehen, sofern eben das Reich als Hebel für den Fortschritt dient. Der Tropfen demokratischen Öls in der Reichsverfassung hat die Arbeiterklasse in den Stand gesetzt, ihre Stimme in der Kritik und Kontrolle der Verwaltung der Reichsämter immer kräftiger und wirkungsvoller geltend zu machen, und damit musste ihre Stellung zur Vermehrung dieser Ämter eine andere werden. Das Bild wiederholt sich in den Gemeindeverwaltungen und denjenigen Einzelstaaten, die ein wenigstens etwas demokratisches Wahlrecht haben.

Inzwischen hat aber auch die Entwicklung der Wirtschaftszustände, die Zunahme der kapitalistischen Monopole und monopolartigen Verbindungen dahin gewirkt, dass die Ausdehnung und *Vermehrung der öffentlichen Betriebe* nicht mehr unter nur fiskalischen Gesichtspunkten, sondern auch als *Schutzmaßregel* für die Masse der Produzenten und den

Konsum eine Bedürfnisfrage wird. Es mehren sich die Betriebe und Unternehmungen, die schon jetzt /49/ *halböffentlichen Charakter* tragen und deren Umwandlung in vollständig öffentliche Betriebe rein verwaltungstechnischen Schwierigkeiten von Bedeutung kaum noch begegnet. Umso heftiger der Widerstand der Großindustriellen und der Finanzwelt, die es sehr unliebsam empfinden, wenn das Tummelfeld ihrer Operationen eingeengt wird. Wie schwach gerade in Staaten des beschränkten Wahlrechts die Regierungen ihnen gegenüber sind, hat im Jahre 1905 die *Niederlage des preußischen Ministers Möller* im Kampf mit den Finanzherrn gezeigt, die das Bergwerkunternehmen *Hibernia und Shamrock* in der Hand halten.[40] Ob aber ein solches Unternehmen von Monopolisten der Finanz für den Profit anonymer Aktionäre oder von Staatsangestellten für den Nutzen der Allgemeinheit geleitet wird, ist vom betriebstechnischen Standpunkt aus kein wesentlicher Unterschied. Es ist nicht unmöglich, die Leitungen öffentlicher Betriebe mit jenem Geist zu erfüllen, der die Erzielung der höchsten technischen und administrativen Leistungsfähigkeit nie aus dem Auge verliert. Es kommt nur auf den nötigen guten Willen an, den aus den vorentwickelten Gründen *keine Partei heute kräftiger liefert als eben die Sozialdemokratie*.

Damit steht ihr Bestreben, das *Preisniveau der menschlichen Arbeitskraft zu erhöhen*, in keinem irgendwie grundsätzlichen Widerspruch. Überschüsse durch Unterbezahlung der menschlichen Arbeitskraft zu erzielen mag vom Standpunkt der Privatwirtschaft wünschenswert sein, ist es aber sicherlich nicht vom Standpunkt der Volkswirtschaft. Deren Ziel muss es sein, der heute noch vorherrschenden Unterbezahlung der menschlichen Arbeitskraft unter ihrem Kultur- und Entwicklungswert ein Ende zu machen. Sie muss streben, das zu schaffen, was englische Soziologen ein *Kulturminimum* nennen, nämlich eine solche Entlohnung der einfachsten Arbeit,

40 Theodor Adolf Möller (1840–1925) war Unternehmer und einer der führenden Wirtschaftsfunktionäre der rheinisch-westfälischen Industrie. Als Handelsminister (1901–05) machte er sich für die Verstaatlichung der Hibernia & Shamrock Bergwerksgesellschaft stark, ab 1904 erwarb Preußen Aktien, 1917 ging die Gesellschaft vollständig in staatlichen Besitz über. [T.S.]

die ihrem Empfänger ein Mindestmaß von Teilhaberschaft an der Kultur seiner Epoche sichert, und von der die Bedingungen höherer Arbeiten stufenweise sich abheben mögen. Mit diesem Ziel geht als sein Korrelat Hand in Hand das von Rudolf Goldscheid[41] *Menschenökonomie* benannte Ziel der Ausmerzung aller Vergeudung von Menschenkraft und Menschenleben aus der Wirtschaft. Fast der ganze Umkreis der *Arbeiterschutzforderungen* der Sozialdemokratie fällt unter diese zwei Begriffe. Erstes /50/ Kriterium der Vorteilhaftigkeit eines Unternehmens oder Betriebes für die Volkswirtschaft ist, abgesehen von der Nützlichkeit seines Produkts oder Dienstes, nicht sein Überschuss, sondern seine Fähigkeit, das Kulturminimum zu gewährleisten.

Das ist aber nicht der Gesichtspunkt, der für die heute in Staat und Gemeinde herrschenden Elemente bei der Übernahme oder Monopolisierung von Produktionszweigen maßgebend ist. Vorläufig ist für sie noch die *Erzielung von Überschüssen* das bestimmende ökonomische Motiv. Wenn trotzdem die Sozialdemokratie solche Verstaatlichungen und Kommunalisierungen unterstützt und fordert, so tut sie es in der Überzeugung, schrittweise Staat und Gemeinde zu der im Vorstehenden gekennzeichneten Auffassung zu bringen, und von dem Gedanken geleitet, dass mittlerweile es jedenfalls besser ist, die Überschüsse der Allgemeinheit zuzuführen, statt sie Privaten zu überlassen. Unter den gegebenen Verhältnissen heißt das aber meist auch Vermehrung der finanziellen Machtmittel jener Körperschaften. Für Verstaatlichungen stimmen heißt, dem Staat Geldmittel bewilligen. Und doch haben sich die Vertreter der Sozialdemokratie wiederholt dazu bereiterklärt. Wie verträgt sich das mit dem Grundsatz *unversöhnlicher Opposition zum gegenwärtigen Staat*? /51/

Intransigenz und Revisionismus in der Sozialdemokratie

Hier stoßen wir auf eine Frage, für welche die Sozialdemokratie eine alle ihre Teile befriedigende Lösung noch nicht gefunden

41 Rudolf Goldscheid (1870–1931) war ein österreichischer Soziologe, Philosoph und Romancier, der für einen selbst wirtschaftenden Staat eintrat. [T.S.]

hat. Sie ist auf verschiedenen ihrer Parteitage in der Form der *Frage der Budgetbewilligungen* lebhaft erörtert worden und hat zuletzt noch zu scharfen Kontroversen darüber geführt, ob die Partei dem Reich Steuern, wie die Erbschaftssteuer, bewilligen dürfe oder nicht. Für die Tendenzströmungen im Schoße der Sozialdemokratie ist sie von besonderer Bedeutung. Man kann sogar sagen, dass keine zweite Streitfrage der Sozialdemokratie so sehr sich dazu eignet, das Wesen dieser Strömungen zu veranschaulichen, als sie. Weder die Fragen der Handelspolitik noch die Kolonialfrage, weder die Fragen der Rüstungen noch die Fragen der Landesverteidigung bringen die Vertreter der gleichen Tendenz in der Sozialdemokratie so sehr zusammen als diese Frage. Und ohne Weiteres ist zu begreifen, warum dem so ist. Bei den andern und ähnlichen Fragen spielen technische Momente, Ideologien und Wertungsdifferenzen hinein, die selbst Leute noch trennen können, welche in der politischen Grundanschauung durchaus übereinstimmen. Die Frage der Abstimmungen über Budget- und Steuervorlagen, wie sie sich in der Sozialdemokratie zugespitzt hat, wird dagegen, wo nicht etwa reiner Opportunismus der Bequemlichkeit vorliegt, durch die grundsätzliche Auffassung von der Stellung der Sozialdemokratie in Staat und Gesellschaft bestimmt. Wird sie prinzipiell gestellt, so muss sie zeigen, zu welcher Auffassung sich in dieser Hinsicht die Geister entwickelt haben.

Man hat sich daran gewöhnt, für die Bezeichnung der tendenziellen Strömungen innerhalb der Sozialdemokratie eine Zweiteilung dieser vorzunehmen, einen rechten und linken Flügel zu unterscheiden, den letzteren als *radikal* und *marxistisch*, den ersteren als *opportunistisch* und *revisionistisch* zu bezeichnen. Das ist aber sehr irreführend. Der aufmerksame Beobachter der Geisteskämpfe in der Sozialdemokratie wird vielmehr in ihr auf drei Richtungen oder Tendenzen /52/ stoßen: eine intransigente, d. h. streng *vermittlungsfeindliche*, eine im Wesentlichen radikale, aber *nicht unbedingt vermittlungsfeindliche* und eine *reformistische* Strömung.[42] Der Begriff opportu-

42 Sehr anschaulich ist dies auf dem soeben zu Jena abgehaltenen Sozialdemokratischen Parteitag [1905] zutage getreten.

nistisch ist vieldeutig und bleibt daher am besten ganz ausgeschaltet. Der Begriff *marxistisch* kann in seiner allgemeinen Form *kein Trennungsmerkmal* bilden, da die Grundgedanken der marxschen Gesellschaftstheorie Gemeingut aller Sozialisten sind, und der Begriff *revisionistisch* geht in erster Linie auf die Theorie und nicht auf die Praxis. Indes besteht insofern hier eine Identität, als der theoretische Revisionismus, dessen wichtigste These die Bekämpfung der simplistischen Auslegungen der sozialen Entwicklungstheorie ist, in der Praxis mit *Notwendigkeit zum Reformismus* führt.

Der sozialistische Reformist nun geht von der Auffassung aus, dass die Verwirklichung sozialistischer Grundsätze auf dem Wege schrittweise vor sich gehender Reform nicht nur möglich, sondern auch die *beste* und zugleich *sicherste* Methode der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft ist. Die Reform ist ihm ebensosehr das Mittel der sozialen Hebung der Arbeiterklasse wie der Verbesserung der Gesellschaftszustände überhaupt, und durch die Reform erstrebt er auch als ebenfalls möglich und auch wünschenswert die *Milderung der Formen der sozialen Kämpfe*. Nach der Auffassung der vermittlungsfeindlichen Richtung in der Sozialdemokratie ist dagegen eine wesentliche Verbesserung der Lage der Arbeiter auf dem Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung ausgeschlossen, und eine *schrittweise Umgestaltung* dieser, wenn nicht absolut unmöglich, *so doch im höchsten Grade unwahrscheinlich*. Sie sieht eine mit Notwendigkeit zunehmende Zuspitzung der gesellschaftlichen Gegensätze und *Verschärfung der gesellschaftlichen Kämpfe* vor sich und erblickt den einzig wahrscheinlichen Weg zum Sozialismus in der *Diktatur* der in den Besitz der politischen Macht gelangten Arbeiterklasse. Reformen sind den herrschenden Klassen abzuzwingen und wesentlich nur Mittel, die Fähigkeit der Arbeiter zur Führung des Klassenkampfes und Durchführung der sozialen Umwälzung zu steigern. Die Propagierung der Idee /53/ des Reformweges ist nach dieser Anschauung aber auch deshalb zu verwerfen, weil sie die Gefahr der Erschlaffung des Klassenkampfes einschließe, der vielmehr in der schärfsten Auffassung des Klassengegensatzes geführt werden müsse.

Danach bekämpft der Anhänger dieser letzteren Auffassung den *gegebenen* Staat in Denken und Fühlen gewissermaßen *von außen her*. Soweit eine Verständigung mit dessen Vertretern und den Parteien, die auf seinem Boden stehen, überhaupt möglich und zulässig ist, ist sie nach ihm lediglich im Sinne von Waffenstillstandsabmachungen zu verstehen, die den Kampf selbst unberührt lassen; *jede weitergehende Verständigung* dagegen ist um den Preis von *keinerlei Reform* zu erstreben.

Es ist indes nur ein sehr kleiner Bruchteil von Angehörigen der deutschen Sozialdemokratie, der diese streng vermittlungsfeindliche Auffassung mit all ihren Konsequenzen hegt und verficht. Wohl hat die Partei auf verschiedenen Kongressen Beschlüsse gefasst, die ihr zu entsprechen scheinen, aber sie hat dabei stets ihre *Vorbehalte* gemacht. Das trifft sogar von der schärfsten dieser Resolutionen, der auf dem Dresdener Parteitag von 1903 nach stürmischen Debatten beschlossenen Verurteilung des Revisionismus zu, die folgendermaßen lautet:

> »Der Parteitag verurteilt auf das Entschiedenste die revisionistischen Bestrebungen, unsre bisherige bewährte und sieggekrönte, auf dem Klassenkampf beruhende Taktik in dem Sinne zu ändern, dass anstelle der Eroberung der politischen Macht durch Überwindung unserer Gegner eine Politik des Entgegenkommens an die bestehende Ordnung der Dinge tritt.
>
> Die Folge einer derartigen revisionistischen Taktik wäre, dass aus einer Partei, die auf die möglichst rasche Umwandlung der bestehenden bürgerlichen in die sozialistische Gesellschaftsordnung hinarbeitet, also im besten Sinne des Wortes revolutionär ist, eine Partei tritt, die sich mit der Reformierung der bürgerlichen Gesellschaft begnügt.
>
> Daher ist der Parteitag im Gegensatz zu den in der Partei vorhandenen revisionistischen Bestrebungen der Überzeugung, dass die Klassengegensätze sich nicht abschwächen, sondern sich stetig verschärfen, und erklärt:

1. Dass die Partei die Verantwortlichkeit ablehnt für die auf der kapitalistischen Produktionsweise beruhenden politischen und wirtschaftlichen Zustande und dass sie deshalb jede Bewilligung von Mitteln verweigert, welche geeignet sind, die herrschende Klasse an der Regierung zu erhalten. /54/

2. Dass die Sozialdemokratie, gemäß der Resolution *Kautsky* des Internationalen Kongresses zu Paris im Jahre 1900[43], einen Anteil an der Regierungsgewalt innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft nicht erstreben kann.

Der Parteitag verurteilt ferner jedes Bestreben, die vorhandenen, stets wachsenden Klassengegensätze zu vertuschen, um eine Anlehnung an bürgerliche Parteien zu erleichtern.

Der Parteitag erwartet, dass die Fraktion die größere Macht, die sie durch die vermehrte Zahl ihrer Mitglieder wie durch die gewaltige Zunahme der hinter ihr stehenden Wählermassen erlangt, nach wie vor zur Aufklä-

43 Gemeint ist eine von Kautsky auf dem 5. internationalen Sozialistenkongress im September 1900 in Paris vorgeschlagene Formulierung. Bei dem Treffen war die Frage der Eroberung der politischen Macht und der Zulässigkeit der Beteiligung von Sozialdemokraten an Regierungen kontrovers diskutiert worden. »Die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat kann in einem modernen demokratischen Staat nicht das Werk eines bloßen Handstreiches sein, sondern kann nur den Abschluss einer langen und mühevollen Arbeit der politischen und ökonomischen Organisation des Proletariats, seiner physischen und moralischen Regenerierung und der schrittweisen Eroberung von Wahlsitzen in Gemeindevertretungen und gesetzgebenden Körperschaften bilden. Aber die Eroberung der Regierungsmacht kann dort, wo sie zentralisiert ist, nicht stückweise erfolgen. Der Eintritt eines einzelnen Sozialisten in ein bürgerliches Ministerium ist nicht als der normale Beginn der Eroberung der politischen Macht zu betrachten, sondern kann stets nur ein vorübergehender und ausnahmsweiser Notbehelf in einer Zwangslage sein. Ob in einem gegebenen Falle eine solche Zwangslage vorhanden ist, dass ist eine Frage der Taktik und nicht des Prinzips. Darüber hat der Kongress nicht zu entscheiden. Aber auf jeden Fall kann dieses gefährliche Experiment nur dann von Vorteil sein, wenn es von einer geschlossenen Parteiorganisation gebilligt wird und der sozialistische Minister der Mandatar seiner Partei ist und bleibt. Wo der sozialistische Minister unabhängig von seiner Partei wird, wo er aufhört, der Mandatar seiner Partei zu sein, da wird sein Eintritt in das Ministerium aus einem Mittel, das Proletariat zu stärken, ein Mittel, es zu schwächen, aus einem Mittel, die Eroberung der politischen Macht zu fördern, zu einem Mittel, um sie zu verzögern. Der Kongress erklärt, dass ein Sozialist ein bürgerliches Ministerium verlassen muss, wenn die organisierte Partei erklärt, dass es Parteilichkeit im Kampf zwischen Kapital und Arbeit bewiesen hat.« Vgl. Internationaler Sozialisten-Kongress zu Paris. 23. bis 27. September 1900. Berlin, Vorwärts, 1900.

rung über das Ziel der Sozialdemokratie verwendet und entsprechend den Grundsätzen unseres Programms dazu benutzt, die Interessen der Arbeiterklasse, die Erweiterung und Sicherung der politischen Freiheit und der gleichen Rechte für alle aufs Kraftvollste und Nachdrücklichste wahrzunehmen und den Kampf wider Militarismus und Marinismus, wider Kolonial- und Weltmachtspolitik, wider Unrecht, Unterdrückung und Ausbeutung in jeglicher Gestalt noch energischer zu führen, als es ihr bisher möglich gewesen ist, und für den *Ausbau der Sozialgesetzgebung* und die Erfüllung der politischen und kulturellen Aufgaben der Arbeiterklasse energisch zu wirken.«

Für diese Resolution haben in Dresden 288 von im Ganzen 299 an der Abstimmung teilnehmenden Delegierten gestimmt. Sie müsste danach als der Willensausdruck der erdrückenden Mehrheit der Partei zu betrachten sein. Aber tatsächlich war sie vonseiten eines erheblichen Teils der Delegierten nicht viel mehr als die Kundgabe einer durch verschiedene Vorkommnisse hervorgerufenen *Stimmung* – eine *Demonstration*, aber kein in ruhiger Erörterung beschlossenes *Programm*. Zu denen, die für sie stimmten, gehörte auch eine Anzahl Delegierte, die aus ihrer reformistischen Gesinnung damals und auch später kein Hehl gemacht haben. Sie taten es, wie *Georg von Vollmar* erklärte, im Interesse der Einheitlichkeit der Partei und weil es einen Revisionismus, wie ihn die Regierung schilderte, nicht gäbe. In welchem Maße dagegen die Resolution Ausdruck des wirklichen Mehrheitswillens der Partei war, haben spätere Kongresse gezeigt.

Fünf Jahre nach ihrer Annahme, im Jahre 1908, hatte auf dem Parteitag von *Nürnberg* die Partei dazu Stellung zu nehmen, dass in süddeutschen Landtagen die sozialdemokratischen Fraktionen für die Budgets ihrer Staaten gestimmt hatten. Und zwar hatten sie es getan, nachdem sie auf einer Zusammenkunft aufgrund eingehender Beratung zur Überzeugung gekommen waren, dass der Schritt unbedingt /55/ geboten sei. Sie vertraten ihn denn auch in Nürnberg mit

großer Festigkeit, indem sie darlegten, dass sie durch Ablehnung der Budgets den Erfolg ihrer Bemühungen, in dieselben Verbesserungen hineinzubringen, wenn nicht zerstört, so doch vor den Wählern verdunkelt und sich für später die Erzielung von Verbesserungen sehr erschwert haben würden. Auch bestritten sie, dass sie sich durch Abstimmung für die Budgets in Widerspruch mit den Grundsätzen der Partei und deren früheren Beschlüssen über die Budgetfrage gesetzt hätten. Die Vertreter der radikalen Richtung ließen diese Verteidigung nicht gelten und bezeichneten jede Rücksichtnahme auf Wähler, welche die Ablehnung der Budgets nicht begreifen könnten, für verfehlt und verwerflich. Sie brachten, behufs Feststellung einer unzweideutigen Meinungskundgabe, folgende Resolution ein:

»Der Parteitag bestätigt von Neuem die Resolutionen von Lübeck und Dresden, die aussprechen: dass der Staat, solange er sich in den Händen der besitzenden Klassen befindet, ein Organ der Klassenherrschaft darstellt und ein Mittel zur Niederhaltung der besitzlosen Volksmassen bildet, dass die politische Aufgabe des proletarischen Klassenkampfes die Eroberung der Staatsgewalt durch Überwindung der Gegner ist, dass jede Politik des Entgegenkommens an die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung abgelehnt werden muss.

Als notwendige Folge dieser grundsätzlichen Auffassung und angesichts der Tatsache, dass die Gesamtabstimmung über das Budget als Vertrauensvotum für die Regierung aufgefasst werden muss, ist jeder gegnerischen Regierung das Staatsbudget bei der Gesamtabstimmung zu verweigern, *es sei denn, dass die Ablehnung desselben durch unsere Genossen die Annahme eines für die Arbeiterklasse ungünstigeren Budgets zur Folge haben würde.*

Die Bewilligung des Budgets in den Landtagen von Württemberg, Baden und Bayern ist daher unvereinbar mit den Resolutionen von Lübeck und Dresden. Die grundsätzliche Verweigerung des Budgets entspricht

vollkommen der Klassenlage der besitzlosen Volksmassen, die eine unversöhnliche Opposition gegen die bestehende, dem Kapitalismus dienende Staatsgewalt notwendig macht. Die arbeitenden Klassen immer wieder nachdrücklich darüber aufzuklären, ist eine unerlässliche Aufgabe unserer agitatorischen Arbeit.«

Die Mehrheit des Kongresses stimmte für diese von *August Bebel* begründete Resolution. Aber im Gegensatz zu dem Vorgang von /56/ Dresden stimmten nun in namentlicher Abstimmung von insgesamt 377 Abstimmenden 119 ihr gegenüber mit Nein. Außerdem gaben 66 meist süddeutsche Delegierte mit Namensunterschrift folgende Erklärung zu Protokoll:

»Wir erkennen dem deutschen Parteitag als der legitimen Vertretung der Gesamtpartei die oberste Entscheidung zu in allen prinzipiellen und in den taktischen Angelegenheiten, die das ganze Land berühren. Wir sind aber auch der Ansicht, dass in allen speziellen Angelegenheiten der Landespolitik die Landesorganisation die geeignete und zuständige Instanz ist, die auf dem Boden des gemeinsamen Programms den Gang der Landespolitik nach den besonderen Verhältnissen selbstständig zu bestimmen hat und dass die jeweilige Entscheidung über die Budgetabstimmung dem pflichtgemäßen Ermessen der ihrer Landesorganisation verantwortlichen Landtagsfraktion vorbehalten bleiben muss.«

Damit waren grundsätzlich nicht nur die vorstehende, sondern in ihren Folgerungen auch die Dresdener Resolution selbst von Neuem infrage gestellt. Denn dass die Bewilligung von Budgets an bürgerliche Regierungen der Tendenz der Dresdener Resolution widerspricht, konnten die Vertreter der radikalen Richtung mit Recht behaupten. Und sie könnten, wenn die Unterzeichner der vorstehenden Erklärung wieder für ein Budget stimmten, sie des Verstoßes gegen jene Resolution zeihen.

Trotzdem beschäftigte die Frage der Geldbewilligung schon den folgenden Parteitag (Leipzig 1909). Es war im Reichstag die

sydowsche Reichs-Finanzaufbesserungsvorlage[44] zur Behandlung gekommen, die unter anderem auch eine Ausdehnung der Erbschaftssteuer forderte, und in sozialdemokratischen Kreisen war Meinungsverschiedenheit darüber entstanden, ob man in der entscheidenden dritten Lesung für die Steuer zu stimmen habe oder nicht. Zugunsten der Annahme der Steuer ward darauf verwiesen, dass die Erbschaftssteuer eine Programmforderung der Sozialdemokratie sei, durch ihre Ablehnung würde die Sozialdemokratie sich an die Seite des konservativ-klerikalen Blocks gestellt und, da dieser Block zur Deckung des Fehlbetrags im Reichsbudget entschlossen war, ihm die Ersetzung der Erbschaftssteuer durch Belastung von Verbrauch oder Verkehr sehr bequem gemacht haben. Für die Ablehnung aber ward geltend gemacht, dass die /57/ Annahme der Steuer jedenfalls eine Geldbewilligung bedeute, und zwar eine Bewilligung von Mitteln für Aufrechterhaltung eines Budgets, dessen größter Betrag für Rüstungszwecke verwendet werde, dass die Steuer außerdem aber in der Vorlage der Regierung nur das Schönheitspflästerchen für die gleichzeitig verlangten 400 Millionen *indirekter* Steuern dargestellt habe. Im Reichstag kam es darüber zu keiner Entscheidung, da die konservativ-ultramontane Koalition die Steuer schon in der zweiten Lesung zu Fall brachte. Aufgrund von Diskussionen in Versammlungen und in der Presse nahm dagegen der Leipziger Parteitag die Frage auf und widmete ihr eine längere Debatte, ohne jedoch durch eine Resolution ein Urteil auszusprechen. Es zeigte sich nur, dass diesmal die Scheidungslinie noch weiter nach links lief als in Nürnberg. Bekannte radikale Führer und Delegierte, obenan *Bebel*, der Urheber der Resolutionen von Dresden und Nürnberg, erklärten, dass nach ihrer Überzeugung die Fraktion in dritter Lesung für die Erbschaftssteuer hätte stimmen müssen.

Was bedeutete das?

Soweit *Bebel* und noch eine Reihe ihm zustimmender Vertreter der radikalen Richtung in Betracht kamen, lag ihnen

44 Reinhold von Sydow (1851–1943) stand 1908/09 an der Spitze des Reichsschatzamtes. [T.S.]

sicherlich nichts ferner als die Idee, von dem in Dresden und Nürnberg vertretenen Standpunkt abrücken zu wollen. Sie sind der Überzeugung, dass zwischen ihm und der infrage stehenden Zustimmung zur Erhöhung der Erbschaftssteuer kein innerer Gegensatz obwalte, dass es sich hier eben nur um eine im letzten Absatz der Dresdener Resolution ausdrücklich verlangte Wahrnehmung der Interessen der Arbeiterklasse gehandelt habe, und können sich darauf berufen, dass bei ähnlichen Anlässen die Sozialdemokratie ebenfalls Steuervorlagen, die ihren Programmforderungen entsprachen, zugestimmt hat. Auch würde der Absatz der Nürnberger Resolution hier zutreffen, der sogar (siehe oben) die Bewilligung ganzer Budgets zulässt, wenn deren Ablehnung durch die Sozialdemokratie »die Annahme eines für die Arbeiterklasse ungünstigeren Budgets zur Folge haben würde«.

So wäre denn in der Tat die Bewilligung der neuen Erbschaftssteuer mit gewissen Sätzen der beiden Resolutionen durchaus vereinbar gewesen. Ob aber mit dem Geist ihrer Hauptsätze, ist eine andere Frage. /58/

Nach der Ansicht des reformistischen Flügels der Partei und auch eines Teils der Gegner jeder Vermittlung ist es *nicht* der Fall. Sowohl die *Dresdener* wie namentlich die *Nürnberger* Resolution bergen nach Ansicht der Reformisten *innere Widersprüche*. Wenn die Dresdener Resolution am Schluss von den Abgeordneten der Partei verlangt, im Parlament die Interessen der Arbeiterklasse, die *Erweiterung und Sicherung der politischen Freiheit* und der *gleichen Rechte* aufs Kraftvollste wahrzunehmen und »für den *Ausbau der Sozialgesetzgebung*« und die Erfüllung der politischen und kulturellen Aufgaben der Arbeiterklasse energisch zu wirken, so sei das schwer mit der kategorischen Formulierung der dortigen Einleitungssätze zu vereinen, nach denen die Klassengegensätze sich *nicht* abschwächen, sondern *stetig verschärfen*. In der Nürnberger Resolution wiederum sei zunächst der Satz irrig, dass die Bewilligung des Gesamtbudgets als Vertrauensvotum für die Regierung des Tages aufgefasst werden müsse. Das sei in keinem parlamentarisch regierten Lande der Fall. Budgetver-

weigerung in toto finde dort nur dann statt, wenn Regierungen die Verfassung bewusst verletzen. Wenn aber die Budgetabstimmung die ihr in der Resolution zugesprochene Bedeutung wirklich habe und die Partei behufs Bekundung ihrer unversöhnlichen Opposition grundsätzlich das Budget verweigern müsse, dann sei die Zulassung von Ausnahmen bloß um der Vermeidung eines etwas ungünstigeren Budgets willen folgerichtig *nicht zu begründen*.

Dies die Hauptgesichtspunkte der Kontroverse, über deren Einzelheiten die stenografisch aufgenommenen und im Buchhandel erhältlichen Protokolle der berührten Kongresse der Sozialdemokratie Auskunft geben.

Es braucht kaum bemerkt zu werden, dass das hier als Ansicht der Reformisten mitgeteilte Urteil auch das des Verfassers ist. Ich habe in Versammlungen und Zeitschriften der eigenen Partei es unumwunden ausgesprochen, dass meines Dafürhaltens die Resolutionen von Dresden und Nürnberg in sich selbst Widersprüche enthalten, die zur Auflösung drängen. Es haben auch auf beiden Kongressen Vertreter der radikalen Richtung sich gefunden, denen jene Resolutionen nicht folgerichtig genug waren, und entweder gegen sie gestimmt oder ihre /59/ Abänderung verlangt. In Nürnberg beantragte z. B. ein radikaler Delegierter die ganze Streichung des mit »es sei denn« beginnenden Satzteils. Diese Forderung lässt sich mit guten Gründen verteidigen. Schon das eine spricht für sie, dass beim jetzigen Wortlaut der Resolution die Sozialdemokratie ihre Abstimmung über Budgets vom Verhalten anderer Parteien abhängig macht, statt lediglich das eigene und freie fachliche Urteil ihrer Vertreter über die Natur des Budgets und seinen Unterschied von früheren Budgets anzurufen. Außerdem aber hebt der Zusatz die vorher formulierten Grundsätze wieder auf. Er macht die Budgetabstimmung zu einer Frage opportunistischer Taktik. Was aber eine solche Taktikfrage ist, kann nicht zugleich Sache eines apodiktischen Prinzips sein.

Dieser logische Fehler wäre unbegreiflich, wenn er nicht die Folge einer irrigen Voraussetzung wäre. Diese Voraussetzung ist die Annahme eines entwicklungsunfähigen Staates, einer

Starrheit der Klassengliederung, der Klassenzusammensetzung und der Klassendisposition, die mit der tatsächlichen Entwicklung von Staat, Klassen und Parteien in Widerspruch steht. Abstrakt aufgefasst scheint der Satz eine eherne Wahrheit, dass »der Staat, solange er in den Händen der besitzenden Klassen sich befindet, ein Organ der Klassenherrschaft darstellt und ein Mittel zur Niederhaltung der besitzlosen Klassen bildet«. Für die Wirklichkeit mit ihrer ununterbrochen vor sich gehenden Entwicklung kann er jedoch nur einen *Maßstab* abgeben, an dem die Entwicklungsgrade gemessen werden, aber keinen *Wegweiser der Entwicklung* selbst. Das übersieht jene Erklärung und wird dadurch verleitet, Folgerungen zu ziehen, die sogar dem Fundamentalgedanken der marxistischen Geschichtstheorie durchaus widersprechen. Denn nach dieser Theorie gerade ist es unvermeidlich, dass in dem Maße, wie die Produktionsweise sich ändert, auch die gesellschaftlichen Klassen und mit diesen wiederum auch der Staat und seine Organe sich ändern. Und in der Tat sehen wir die besitzenden Klassen heute sich ganz anders gruppieren als vor einem Menschenalter. Die Stellung der Schichten, in die sie zerfallen, zueinander und zu den arbeitenden Klassen wird eine andere, und anders wird auch der Inhalt und die Tendenz der Gesetzgebung. Gewiss ist der Staat bei uns noch immer in hohem /60/ Grade Organ zur Niederhaltung der arbeitenden Klassen, aber doch nicht in gleichem Grade und in gleicher Weise wie früher; wir sehen ihn auch am Werk, in seiner Gesetzgebung besitzenden Klassen Zügel anzulegen. Er ist, wie das *Karl Marx* im Vorwort zum »Kapital« von der Gesellschaft sagt, *kein fester Kristall*, sondern ein der Wandlung fähiger Organismus. Denn er muss sich mit dieser Gesellschaft stets auch selbst ändern.

So vollziehen sich die Dinge in der Wirklichkeit, und so sieht auch, trotz jener Resolutionen, neun Zehntel der sozialdemokratischen Tätigkeit in der Wirklichkeit aus. Zu neun Zehnteln ist sie *Reformarbeit*, Arbeit am Staat und an der *Gesellschaft von innen* heraus, um sie zu reformieren, und nicht von außen her, um sie, *ob reformiert oder nicht, zu erobern*. Letzteres war die Idee des alten Blanquismus, nach der die Sozialdemokra-

tie sich auf den *reinen Protest*, auf die *absolute Opposition* zu beschränken hätte, was die deutsche Sozialdemokratie, wie wir gesehen haben, von Anfang an abgelehnt hat. Sie hat auch in der Praxis nie nach dem Satz gehandelt, dass es erst noch schlechter werden müsse, damit es gründlich besser werde. Sie hat ihre Wahlpolitik stets nach dem Prinzip des Kampfes um *unmittelbare Verbesserungen* eingerichtet. Sie hat bei Stichwahlen niemals reformfreundlichen Kandidaten Gegner von Reformen vorgezogen, mochte es aus Wahltaktik noch so zweckmäßig erscheinen. Sie hat vielmehr oft selbst dann für Kandidaten von Nachbarparteien gestimmt, wenn diese ihr im Kampf gehässiger entgegengetreten waren als weiter nach rechts stehende Gegner. Sie hat in den Parlamenten beharrlich und systematisch für Reformen gewirkt. Sie hat ihre eigenen Reformanträge stets so eingerichtet, dass sie selbst von bürgerlichen Parteien, die es mit Reformen ernst nahmen, angenommen werden konnten. Man ersieht dies unter anderm daraus, dass vom Arbeiterschutzgesetz-Entwurf, den die Sozialdemokratie 1877 im Reichstag einbrachte, das meiste heute teils Gesetz, teils aber mittlerweile auch von andern Parteien aufgenommen ist. Und wenn ihre Anträge abgelehnt wurden, hat die Sozialdemokratie für die ihnen zunächst kommenden Anträge anderer Parteien oder der Regierungen gestimmt. Alles das hat mit dem Wachstum der Partei nicht ab-, sondern zugenommen. /61/

Aus der neuesten Zeit ist in dieser Hinsicht besonders bemerkenswert die Abstimmung der Sozialdemokratischen Fraktion des Reichstags zu der *Verfassung für Elsass-Lothringen*, die in der Wintersession 1910/11 verhandelt und beschlossen wurde. Obwohl diese Verfassung eine monarchische Spitze, ein Zweikammersystem und einen Aufenthaltszensus[45] für

45 Gehört zu den Bedingungen, an welche die Ausübung des Wahlrechts geknüpft sind. Laut dem Gesetz über die Wahlen zur zweiten Kammer des Landtags vom 31. Mai 1911 mussten Wahlberechtigte »seit mindestens drei Jahren ihren Wohnsitz in Elsass-Lothringen haben«. Max Weber sprach von einer »Entrechtung von Teilen der Unterschicht (durch einen langen Aufenthaltszensus)«; vgl. Max Weber: Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland. Zur politischen Kritik des Beamtentums und Parteiwesens, Leipzig 1918, hier: Berlin 2011, S. 136. [T.S.]

die Wahlen zur Abgeordnetenkammer vorsieht, hat die Sozialdemokratische Fraktion ihr in der dritten Lesung zugestimmt. Es geschah dies unter Abgabe folgender vom Abgeordneten *Frank*-Mannheim[46] verlesenen Erklärung:

> »Die Sozialdemokratische Fraktion *bedauert* lebhaft, dass es ihr nicht gelungen ist, für Elsass-Lothringen eine ihren Forderungen entsprechende demokratische Verfassung zu erringen. Die Übertragung der Staatsgewalt auf den *Kaiser* und die Errichtung einer *Ersten Kammer* stehen im *Widerspruch* mit den Wünschen der Mehrheit der Elsass-Lothringer, deren Interessen wir hier vertreten haben. Auch die Aufenthalts- und Wohnsitzbedingungen, an welche die Ausübung des an sich *demokratischen* Wahlrechts geknüpft wurde, sind Rückständigkeiten, deren energische Bekämpfung und deren Beseitigung unser Ziel bleiben wird, wir haben aber das Vertrauen, dass das *allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht*, das die verbündeten Regierungen *nicht mehr versagen konnten*, die *Kraft* haben wird, den Willen des elsass-lothringischen Volkes auch *gegen* Erste Kammer und Kaisergewalt durchzusetzen, und wir sind überzeugt, dass die Rückwirkung der Einführung dieses Wahlrechts auch auf die *anderen* in dieser Beziehung *zurückgebliebenen Bundesstaaten* nicht wird aufgehalten werden können.«

Nur sechs Mitglieder der Fraktion glaubten es mit ihrer Überzeugung nicht vereinbaren zu können, für die so gekennzeichnete Verfassung zu stimmen. Aber sie stimmten auch nicht gegen sie, sondern verließen vor der Abstimmung den Sitzungssaal.

Die bejahende Abstimmung der Sozialdemokratischen Fraktion war im vorliegenden Falle von umso größerer Bedeutung, als sie für das Zustandekommen der elsass-lothringischen Verfassung den Entscheid gab. Zugleich ist aber im Hinblick auf

46 Gemeint ist Ludwig Frank (1874–1914), Rechtsanwalt und Sozialdemokrat, der seine Partei unter anderem im Badischen Landtag vertrat und im Reichstag als Abgeordneter für Mannheim vertreten war. [T.S.]

die entscheidenden Stimmen der Sozialdemokraten das Verfassungswerk weniger undemokratisch ausgefallen, als dies sonst der Fall gewesen wäre. Um der Sozialdemokratie das Ja möglich zu machen, mussten die Regierung und die für die Verfassung eintretenden Mittelparteien sich zu verschiedenen Zugeständnissen an die demokratischen Forderungen verstehen. /62/

Immerhin war das Ja der Sozialdemokraten mit den Grundsätzen radikaler Intransigenz nicht zu vereinbaren, und man durfte einigermaßen gespannt sein, wie der Parteitag der Sozialdemokratie es beurteilen werde. Der Jenaer Parteitag nun hat den Bericht der Reichstagsfraktion, der neben anderen Abstimmungen auch diese behandelt, ohne jede Erörterung ihrer zur Kenntnis genommen. Nicht von allen Mitgliedern des Parteitags wird man deshalb sagen dürfen: Wer schweigt, stimmt zu. Aber wenn eine nennenswerte Anzahl Delegierter in der Abstimmung eine Verletzung grundlegender Prinzipien erblickt hätte, so hätte sie die Entgegennahme des Berichts nicht ohne irgendwelche Verwahrung vorübergehen lassen. Jede Kundgebung solcher Art blieb aber aus.

Im Angesicht dieser Tatsachen können die Hauptsätze der *Dresdener* und *Nürnberger* Resolutionen, wie oben bemerkt, nicht als letztes Wort der Politik der deutschen Sozialdemokratie aufgefasst werden. Das Gleiche gilt von einer Resolution des Parteitags von *Magdeburg* (1910), in welcher der Sozialdemokratischen Fraktion des Badischen Landtags die schärfste Missbilligung dafür ausgesprochen wird, dass sie trotz der zu Nürnberg beschlossenen Resolution wieder das Budget ihres Landes bewilligt habe. Im ersten Absatz der Resolution, der mit 266 gegen 106 Stimmen Annahme fand, begegnet man wiederum jenem Widerspruch gegen die Lehre von der Entwicklung der sozialen Einrichtungen. Es wird erklärt, das Reich und die Einzelstaaten Deutschlands seien

> »Klassenstaaten, die auf der Klassenherrschaft beruhen und die Aufgabe haben, die bestehende Eigentumsordnung an den Produktionsmitteln und die Ausbeutung des Arbeiters durch den Kapitalisten mit allen Mitteln aufrechtzuerhalten«.

Aus dieser Behauptung, bei der die Tatsache ganz übersehen wird, dass mit den Änderungen im Stärkeverhältnis der Gesellschaftsklassen und der Gestaltung des Wahlrechts sich die Aufgaben des Staats hinsichtlich der bezeichneten und anderer Fragen notwendigerweise ändern müssen, wird als Folgerung weiter aufgestellt:

> »Der Staat kann daher den ausgebeuteten Klassen wohl notgedrungen mit kleinen Konzessionen, aber nie mit grundlegenden sozialen Umgestaltungen in der Richtung der Sozialisierung der Gesellschaft entgegenkommen.« /63/

Es kann unerörtert bleiben, wohin dieser Satz bei folgerichtigem Weiterdenken führen würde, denn die Sozialdemokratie hat nie die letzten Konsequenzen aus ihm gezogen und wird es auch schwerlich jemals tun. Ihre Politik ist im gewöhnlichen Verlauf in viel höherem Grade den Feststellungen der Entwicklungstheorie angepasst, als es nach ihm der Fall sein musste. Er ist ein unglücklicher Versuch, etwas mit objektivem Theoremen beweisen zu wollen, was in hohem Grade eine Sache des *Willens* ist. Worauf alle diese Resolutionen über die Budgetfrage abzielten, nämlich ein strengeres Festhalten der Oppositionsstellung gegenüber den Regierungen und insbesondere den Vertretern der Dynastien, ließ und lässt sich mit durchaus erwägungswerten Argumenten begründen, ohne dass man die Theorie vom Staat heranzieht oder vielmehr Theorien *ad usum Delphini*[47] formuliert. Eine Partei kann aus rein praktischen Erwägungen heraus, aus politischen Erziehungsrücksichten, im Hinblick auf mögliche Korrumpierungsgefahren oder auf besondere politische Vorkommnisse, um der Parteidynamik willen und aus vielen anderen Gründen für sich und ihre Mitglieder bestimmte politische Handlungen für unstatthaft erklären. Es sind das Zweckmäßigkeitsfragen, deren Beantwortung nicht ins Unbestimmte hinaus bindet, sondern jederzeit Korrektur zulässt, sobald die Erfahrung die Unzweckmäßigkeit des Verbots

47 »Zum Gebrauch des Dauphins«, bezeichnet ursprünglich Bearbeitungen literarischer Werke der klassischen Antike in entschärfender Absicht. [T.S.]

erwiesen hat, oder die Voraussetzungen, aufgrund deren es beschlossen wurde, in Wegfall gekommen sind. Solche *Zweckmäßigkeitsfragen zu Prinzipienfragen erheben, ist stets ein Fehler*, man verschließt sich ohne Not Türen, durch die man später möglicherweise doch zu gehen haben wird. Allerdings ist es nicht immer leicht zu bestimmen, wo für eine Partei die Fragen aufhören, die für sie grundsätzliche Bedeutung haben, und die bloßen Zweckmäßigkeitsfragen anfangen. Denn die Grenze liegt natürlich für jede Partei an anderer Stelle, und oft wirken auch Momente verschiedener Natur zusammen und geben den zur Entscheidung stehenden Fragen einen sehr komplizierten Charakter. /64/

Die internationale Politik der Sozialdemokratie

Kaum eine zweite Frage veranschaulicht vielleicht deutlicher die verwickelte Natur der Politik der Gegenwart als die Frage der *Rüstungen*. Dass die Internationalität der Sozialdemokratie die Anerkennung nationaler Aufgaben und Rechte nicht ausschließt, ist eine geradezu Gemeinplatz gewordene Wahrheit. Aber wie schwer ist es, hier die Grenze zu ziehen. Als *August Bebel* in den neunziger Jahren sich bereit erklärte, für den Ersatz der bunten durch dunkle Uniformen die Mittel zu bewilligen, weil sie nötig seien, die Soldaten gegen die weittragenden neuen Gewehre zu schützen, ward ihm von extrem radikalen Sozialisten geantwortet, mit dieser Begründung könne man auch die Bewilligung neuer Gewehre rechtfertigen, da der Soldat, der das schlechtere Gewehr habe, stets größerer Gefahr ausgesetzt sei als der, dessen Gewehr dem jeweilig erreichten Höhepunkt der Waffentechnik entspreche, und weiter hinaus führe sie auch zur Bewilligung von neuen Kanonen. In der Tat scheint das Gesetz der Konsequenzen hier jedes Einhalten zu verbieten. Umgekehrt würde aber auch das grundsätzliche Ablehnen von Verbesserungen in der Ausstattung der Soldaten bei strenger Logik über Tolstoi hinaus zum Verhalten der indischen Säulenheiligen oder Nabelphilosophen führen. Anscheinend liegt also hier ein unlösbarer Konflikt, eine kantische Antinomie vor.

In der Praxis ist die Sozialdemokratie bisher durch ihre Gegnerschaft gegen das *heutige* Militärsystem der Notwendigkeit enthoben worden, mit dem Versuch der Auflösung dieses Konflikts viel Zeit zu verlieren. Als politische Gegnerin der Halbfeudalen, einen Staat im Staat bildenden Einrichtung, als welche sich in Deutschland das Heerwesen trotz der allgemeinen Dienstpflicht noch darstellt, verwirft sie den Militäretat grundsätzlich. Und das Gleiche gilt für den Flottenetat. Also stellen sich ihr für gewöhnlich auch die Fragen der Technik des Heeres unter den Gesichtspunkten dieser Verwerfung der politischen Grundlage dar, was aber nicht gleichbedeutend ist mit grundsätzlicher Verwerfung des Gedankens der höchstmöglichen nationalen Wehrkraft, nicht mit Gleichgültigkeit in Bezug auf die Fähigkeit der /65/ Landesverteidigung zusammenfällt. Wenn ein *Bebel* erklärt, er würde, wenn eine fremde Macht Deutschland mit Krieg überzöge, im Notfalle selbst noch die Flinte in die Hand nehmen, so ist das nicht als leere Redensart aufzufassen, und von anderen sozialdemokratischen Abgeordneten, die ähnliche Erklärungen abgegeben haben, gilt das Gleiche. Der Gedankengang, der die Ablehnung des Militär- und Flottenetats bestimmt, ist vielmehr der, dass die Sozialdemokratie, solange Heer und Flotte den *persönlichen* Anordnungen des Monarchen oder einer herrschenden Oligarchie unterstehen und eine den demokratischen Grundsätzen widersprechende Verfassung haben, in Bezug auf alles, was sie betrifft, nur eine kritische Haltung einnehmen kann und die Verantwortung für ihre Beschaffenheit den Parteien überlassen muss, welche diese Verfassung gutheißen und aufrechterhalten.

Indes wäre das erst eine *formale* Gegnerschaft. Zu ihr gesellt sich noch ein Moment von sehr großer *materieller* Bedeutung; das zunehmende *Missverhältnis* zwischen *Kosten und Nutzwert der Rüstungen*. Während das Rüstungswesen, wie alle Welt weiß und bejammert, in unserer Epoche der rastlos umwälzenden Technik eine Schraube ohne Ende, aber mit immer dickerem Umfang ist, immer größere Mittel verschlingt, wird der *Krieg immer gegenstands- und aussichtsloser*.

Die Bildung der Staaten und ihr Verhältnis zueinander sind so weit gefestigt, dass es kaum noch Objekte gibt, die der eine dem andern gewaltsam abnehmen kann, ohne dass im Angesicht des steigenden Selbstbewusstseins der Völker und der Unmöglichkeit, Völker mit den früheren Unterdrückungsmitteln in Unterwürfigkeit zu halten, der mögliche Gewinn hinter den voraussichtlichen Kosten und üblen Nachwirkungen ganz bedeutend zurückzubleiben droht. *Es sind weder Welten noch Weltruhm in der alten Weise zu erobern.* Das Friedensbedürfnis ist allgemein, die Friedensbeteuerungen der Regierungen dürfen als echt aufgefasst werden. Aber der Friede wird durch die Rüstungen immer teurer, und weil er unerträglich teurer wird, doch wieder äußerst prekär.

Das ist die Antinomie der Rüstungsfrage für die regierenden und herrschenden Klassen, für die diese noch weniger eine Lösung finden als bisher die Sozialdemokratie für die ihre. Und da beginnt die /66/ *Internationalität der Arbeiterbewegung eine praktische Bedeutung zu erhalten*, die sie bisher noch nicht gehabt hat. Aus *theoretischem* Protest, der nur erst moralischen Wert hatte, wird ihre Opposition gegen die Rüstungen und Kriegshetzereien *befreiende Tat*. Sie macht die Kriegsaussichten noch zweifelhafter, als sie bisher schon waren, den Krieg noch bedenklicher, den Bruch mit dem alten System und den Übergang zu wirklichen internationalen Schiedsgerichten noch dringender. Sie ist aus einer Sache wesentlich heimischer Opposition zu einer Angelegenheit der *internationalen Politik der Arbeiterklasse der Kulturwelt geworden*. Aus dieser Internationalität zieht sie, weil Dieselbe heute eine Realität ist, zugleich ihre Kraft und sittliche Berechtigung. Die Idee des französischen Sozialisten Hervé und anderer, jeden Krieg, welcher es auch sei, mit unverzüglicher Proklamation des Generalstreiks zu beantworten, ist, milde ausgedrückt, Auswuchs einer durch keine Vernunftserwägung gezügelten Fantasie. Aber dass kaum ein Krieg zwischen Kulturvölkern noch denkbar ist, der nicht die Masse der Arbeiter auf beiden Seiten zu entschiedenen Gegnern hätte, ist außer Zweifel. Es gibt in den Reihen der sozialdemokratischen Reformisten einen Flügel, der den

hier entwickelten Standpunkt nicht teilt, der von der Ansicht ausgeht, wir seien international noch nicht so weit fortgeschritten, in den meisten Ländern hätten die nationalistischen Elemente noch das Heft in der Hand, und daher müsste die deutsche Sozialdemokratie die Rüstungen des Deutschen Reiches zu Wasser und zu Lande, wenn nicht direkt unterstützen, so doch wohlwollender als jetzt beurteilen. Die Vertreter dieser Anschauung stellen sich auch dem Schutzzollsystem des Deutschen Reiches nicht ablehnend gegenüber. Ein anderer Flügel der Reformisten ist aber in diesen Fragen »orthodox«. Nicht, dass sie die tatsächlichen Verhältnisse durchaus anders beurteilten. Sie wären nicht Reformisten, wenn sie nicht verständen, dass alles in der Welt relativ ist, dass die Abrüstung Zeit braucht und der Freihandel keine Panacee[48] ist. Aber was sie vor allem abhält, dadurch ihre Haltung in diesen Fragen bestimmen zu lassen, ist der Gedanke, dass es sich in Bezug auf sie um eine spezielle *Mission der Arbeiterklasse der Gegenwart* handelt. Die Arbeiterklasse sei durch ihre ganzen Lebensverhältnisse dazu veranlasst, /67/ die Partei des freien Austauschs und Verkehrs, des Friedens unter den Nationen zu sein, und würde ihren Kompass verlieren, würde aufhören, als Kraft in den großen Fragen der Völkerbeziehungen zu zählen und zu wirken, wenn sie hierin den Gegenströmungen nachgäbe. Was die Arbeiterpartei des einen Landes in Bezug auf Zollmauern und Rüstungen zugestehe, würden die Arbeiter andrer Länder gegebenenfalls nicht verweigern können. Im Übrigen handle es sich gar nicht um schroffe und einseitige Preisgabe von Interessen der eigenen Nation, sondern darum, das Gewicht der Arbeiterparteien im Spiel der politischen Kräfte für eine Politik der Völkerverbindung mit dem möglichst großen Nachdruck geltend zu machen.

Das entwickelte und differenzierte Parteiwesen unserer Zeit ist ja überhaupt nur dann richtig einzuschätzen und zu behandeln, wenn es *dynamisch*, d. h. als ein Verhältnis und gegenseitiges Einwirken von Kräften, begriffen wird. Es heißt da: *Eines*

48 Allheilmittel [T.S.]

schickt sich nicht für alle. Auch das Mitglied der extremsten Partei kann sich im Urteil auf den Standpunkt des betrachtenden Historikers stellen und danach das jeweilig Erreichbare und mit Vorteil Durchzuführende geistig fixieren. Aber wenn es dann zugleich die Hemmungen subjektiver und objektiver Natur erblickt, die sich den Maßnahmen, für die es kämpft, in den Weg legen, dann wird es zur Folgerung gedrängt, dass es nicht genügt, das jeweilig Erreichbare als Ziel aufzustellen, sondern dass im *Getriebe der Parteien Kräfte notwendig sind, die beharrlich für absolute Grundsätze wirken.*

Eine solche Kraft ist die Arbeiterbewegung, deren politischer Ausdruck und Repräsentant die Sozialdemokratie ist. Sie ist als die Partei einer werdenden, aus Unterdrückten und Rechtlosen sich entwickelnden Klasse, die Partei des stärksten *Gegensatzes gegen die erworbenen Rechte* und ihre ideologischen Grundlagen. Als Partei der Arbeiter kann sie nur *demokratisch* sein und die volle Demokratie in *Staat* und *Gemeinde* postulieren, muss sie die Partei der *politischen Gleichheit* sein und als solche auch für das *gleiche Recht der Frauen* im öffentlichen Leben eintreten. Als Partei einer Klasse von Besitzlosen kann sie nur die Partei der weitgehenden Ausbildung *unentgeltlicher öffentlicher Dienste* und der *Gemeinhaftung* /68/ sein. Als Partei des radikalen Bruchs mit der Vergangenheit muss sie das Recht der wissenschaftlichen Forschung über kirchliche Dogmen, die *volle Geistesfreiheit*, die *Verweisung der Konfessionalität aus Staat und Schule* fordern. Dies sind die Hauptmomente, aus denen sich das ganze Programm *praktischer* Forderungen der Sozialdemokratie ableitet. Auf abstrakte Begriffe zurückgeführt, ergeben sie die *Grundsätze der Partei*, und die Durchführung dieser Grundsätze auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens ergibt ihr *Gesellschaftsideal*. Sie sind nicht beschränkt auf die Angehörigen der Arbeiterklasse, die ja keine abgeschlossene Klasse ist.

Die Sozialdemokratie ist die *Partei der Arbeiter*, aber nicht *ausschließlich* die Partei von Arbeitern. Es kann ihr jeder angehören, der ihre Grundsätze unterschreibt. Aber er muss begreifen, dass die Politik der Sozialdemokratie zum Leitfaden hat

und haben muss die sozialen Bedürfnisse der Klasse, die kraft ihrer Lebensverhältnisse und Entwicklung heute der stärkste Träger dieser Grundsätze ist, und das ist *die moderne Lohnarbeiterschaft*.

Verwendete Literatur

Eduard Bernstein: Texte zum Revisionismus. Ausgewählt, eingeleitet und kommentiert von Horst Heimann, Bonn/Bad Godesberg 1977.

Christoph Butterwegge: Der Bernstein-Boom in der SPD, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 5/1978.

Francis L. Carsten: Eduard Bernstein 1850–1932. Eine politische Biographie, München 1993.

Lucio Colletti: Bernstein und der Marxismus der Zweiten Internationale, Frankfurt am Main 1971.

Richard J. Evans (Hrsg.): Kneipengespräche im Kaiserreich. Die Stimmungsberichte der Hamburger Politischen Polizei 1892–1914, Hamburg 1989.

Georg Fülberth: Zur Genese des Revisionismus in der deutschen Sozialdemokratie vor 1914, in: Das Argument 63, 1971.

Peter Gay: Das Dilemma des demokratischen Sozialismus. Eduard Bernsteins Auseinandersetzung mit Marx, Nürnberg 1952.

Helga Grebing: Der Revisionismus. Von Bernstein zum Prager Frühling, München 1977.

Bo Gustafsson: Marxismus und Revisionismus. Eduard Bernsteins Kritik des Marxismus und ihre ideengeschichtlichen Voraussetzungen, 2 Bde., Frankfurt am Main 1972.

Horst Heimann/Thomas Meyer (Hrsg.): Bernstein und der demokratische Sozialismus. Bericht über den wissenschaftlichen Kongress »Die historische Leistung und aktuelle Bedeutung Eduard Bernsteins«, Berlin/Hannover 1978.

Horst Heimann/Thomas Meyer (Hg.): Reformsozialismus und Sozialdemokratie – Zur Theoriediskussion des demokratischen Sozialismus in der Weimarer Republik, Bericht zum Wissenschaftlichen Kongress der Friedrich-Ebert-Stiftung »Beiträge zur Reformistischen Sozialismustheorie in der Weimarer Republik«, Bonn/Berlin 1982.

Uwe-Jens Heuer: Der Bernstein-Kautsky-Streit und die Unvermeidbarkeit ideologischer Kontroversen, in: Z, Zeitschrift für Marxistische Erneuerung 58, 2004.

Helmut Hirsch (Hrsg.): Ein revisionistisches Sozialismusbild. Drei Vorträge von Eduard Bernstein, Hannover 1966.

Helmut Hirsch: Der »Fabier« Eduard Bernstein, Bonn/Bad Godesberg 1977.

Karl Kautsky: Bernstein und das Sozialdemokratische Programm. Eine Antikritik von Karl Kautsky, Stuttgart 1899.

Leszek Kołakowski: Bernstein und der Revisionismus, in: ders.: Die Hauptströmungen des Marxismus, Band 2, München 1978.

Erika König: Vom Revisionismus zum »Demokratischen Sozialismus«. Zur Kritik des ökonomischen Revisionismus in Deutschland, Berlin 1964.

Michael Krätke: Eduard Bernstein und der »Revisionismus«, in: SPW, Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft 201, 2014.

Hendrik Küpper: Bernsteins revisionistisch-reformistisches Sozialismuskonzept. Ein radikaler Reformismus für die heutige Sozialdemokratie, Berlin 2018, unveröffentlichtes Manuskript.

Antonio Labriola: Drei Versuche zur materialistischen Geschichtsauffassung, Berlin 2018.

Klaus Leesch: Eduard Bernstein und die Fabian Society. Der Einfluss englischer sozialreformerischer Vorstellungen auf das Bernsteinsche Marxismusverständnis und sein Konzept von Sozialdemokratie, Gummersbach 2012.

Detlef Lehnert: Reform und Revolution in den Strategiediskussionen der klassischen Sozialdemokratie. Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung von den Ursprüngen bis zum Ausbruch des 1. Weltkriegs, Bonn/Bad Godesberg 1977.

W. I. Lenin: Marxismus und Revisionismus (1908), in: Lenin Werke, Bd. 15, Berlin 1962.

Teresa Löwe-Bahners: Der Politiker Eduard Bernstein. Eine Untersuchung zu seinem politischen Wirken in der Frühphase der Weimarer Republik 1918–1924, Bonn 2000.

Rosa Luxemburg: Sozialreform oder Revolution? (1899), Leipzig 1908.

Karl Marx/Friedrich Engels: Werke [MEW], Berlin 1956ff.

Christina Morina: Die Erfindung des Marxismus. Wie eine Idee die Welt eroberte, München 2017

Thomas Meyer: Bernsteins konstruktiver Sozialismus, Bonn/Bad Godesberg 1977.

Sven Papcke: Der Revisionismusstreit und die politische Theorie der Reform – Fragen und Vergleiche, Stuttgart 1979.

Ernst Piper: Rosa Luxemburg. Ein Leben, München 2018.

Veli-Matti Rautio: Die Bernstein-Debatte. Die politisch-ideologischen Strömungen und die Parteiideologie in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1898–1903. Übers. von Marjo Kuivikko [Studia historica. Nr. 47], Helsinki 1994.

Manfred Tetzel: Philosophie und Ökonomie oder Das Exempel Bernstein. Studie zur Geschichte des historischen Materialismus, Berlin 1984.

Ausgewählte Schriften von Bernstein

Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, Stuttgart 1899.

Wie ist wissenschaftlicher Socialismus möglich? Ein Vortrag, Berlin 1901.

Zur Theorie und Geschichte des Socialismus. Gesammelte Abhandlungen. Neue, umgearbeitete und ergänzte Ausgabe. Teil I: Zur Theorie des Lohngesetzes und Verwandtes. Teil II: Probleme des Socialismus. Teil III: Socialistische Controversen, Berlin 1904.

Ferdinand Lassalle und seine Bedeutung für die Arbeiterklasse. Zu seinem vierzigsten Todestage, Berlin 1904.

Der Streik. Sein Wesen und Wirken, Frankfurt 1906.

Sozialismus und Demokratie in der grossen englischen Revolution, Stuttgart 1908.

Von der Sekte zur Partei. Die deutsche Sozialdemokratie einst und jetzt, Jena 1911.

Die Grundbedingungen des Wirtschaftslebens, Berlin 1912.

Sozialdemokratische Völkerpolitik: die Sozialdemokratie und die Frage Europa. Gesammelte Aufsätze, Leipzig 1917.

Aus den Jahren meines Exils. Erinnerungen eines Sozialisten, Berlin 1918.

Wirtschaftswesen und Wirtschaftswerden: drei gemeinverständliche Abhandlungen, Berlin 1920.

Die Wahrheit über die Einkreisung Deutschlands. Dem deutschen Volke dargelegt, Berlin 1920.

Die Deutsche Revolution von 1918/19. Geschichte der Entstehung und ersten Arbeitsperiode der deutschen Republik, Berlin-Fichtenau 1921.

Der Sozialismus einst und jetzt. Streitfragen des Sozialismus in Vergangenheit und Gegenwart, Berlin 1922.

Was ist Marxismus? Eine Antwort auf eine Hetze, Berlin 1924.

Die Berliner Arbeiterbewegung von 1890 bis 1905. Illustriert mit Bildern und Dokumenten aus der Zeit, 3. Bde., Berlin 1924.

Sozialdemokratische Lehrjahre, Berlin 1928.

Entwicklungsgang eines Sozialisten, Leipzig 1930.

Eduard Bernsteins Briefwechsel mit Karl Kautsky. 1895–1905. Eingel. und hrsg. von Till Schelz-Brandenburg unter Mitarb. von Susanne Thurn, Frankfurt a. M. 2003.

Eduard Bernsteins Briefwechsel mit Karl Kautsky. 1912–1932. Eingel. und hrsg. von Eva Bettina Görtz unter Verwendung von Vorarbeiten von Jürgen Rojahn und Tine Koldehofe, Frankfurt a. M. 2011.

Ausgewählte Daten

1850
6. Januar: Eduard Bernstein wird in Schöneberg als Sohn des Lokomotivführers Jakob Bernstein und dessen Frau Johanna (geb. Rosenberg) geboren.

1866
Aus finanziellen Gründen muss Bernstein mit 16 Jahren das Werdersche Gymnasium verlassen und beginnt in Berlin eine Lehre als Bankangestellter.

1871
Bernstein wird Angestellter im Bankhaus Rothschild.

1872
Eintritt in die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (»Eisenacher«).

1875
Einigungsparteitag der SDAP mit dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (»Lassalleanern«) zur Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) in Gotha. Bernstein ist an der Ausarbeitung des »Gothaer Programms« maßgeblich beteiligt.

1878
Bernstein wird Privatsekretär des sozialdemokratischen Mäzens Karl Höchberg.

1879
Das Sozialistengesetzt, das alle Aktivitäten der Sozialdemokratie außerhalb des Reichstags verbot, zwingt Bernstein ins schweizerische Exil. Zusammen mit Höchberg gibt er dort das Parteiorgan *Sozialdemokrat* heraus, dessen Leitung er zwei Jahre später alleine übernimmt.

1887
Auf Druck Preußens Ausweisung nach London. Bernstein wird enger Mitarbeiter von Friedrich Engels und nach dessen Tod 1895 zum Nachlassverwalter seines literarischen Werks.

1890
Aufhebung der Sozialistengesetze. Neukonstitution der SAP als Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD). Der Haftbefehl gegen Bernstein bleibt bestehen.

1891
Zusammen mit Karl Kautsky entwirft Bernstein von London aus das Erfurter Programm der SPD.

1890–1899
Londoner Korrespondent des *Vorwärts* und der *Neuen Zeit*.

1897
Heirat mit Regina Zadek.

1896–1903
Mit seiner Artikelserie in der *Neuen Zeit* »Probleme des Sozialismus« löst Bernstein die sogenannte Revisionismusdebatte in der SPD aus. Seine Positionen führten zum Bruch mit Karl Kautsky und dem marxistischen Zentrum der SPD. Auf Antrag Karl Kautskys hin lehnt der Parteitag von Dresden 1903 die Positionen Bernsteins ab.

1901–1905
Nach der Rückkehr nach Deutschland gibt er seine eigene Zeitschrift *Dokumente des Sozialismus* heraus.

1902–1907
Reichstagsabgeordneter für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) (Wahlkreis Breslau).

1910–1920
Bernstein wird Stadtverordneter und zeitweise unbesoldeter Stadtrat in der damals noch eigenständigen Stadt Schöneberg.

1912–1918
Reichstagsabgeordneter für die SPD, später für die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD).

1915
Bernstein stimmt gegen die Kriegskredite und veröffentlicht gemeinsam mit Hugo Haase und Kautsky einen Aufruf gegen die expansionistischen Kriegsziele der deutschen Regierung und gegen die Kriegspolitik der SPD.

1917
Er tritt der USPD bei, aus der er zwei Jahre später ausgeschlossen wird.

1920–1928
Als Reichstagsabgeordneter vertritt er den dritten Berliner Wahlkreis (Potsdam) für die SPD.

1921
Mitverfasser des Görlitzer Programms.

1923
Tod seiner Frau.

1932
18. Dezember: Eduard Bernstein stirbt in Berlin.

Der Herausgeber

Tom Strohschneider, Jahrgang 1974, lebt als Publizist in Berlin. Er hat unter anderem Geschichte und Politikwissenschaften studiert und war danach bei verschiedenen Zeitungen als Journalist tätig. Sein Interesse an Bernstein verfolgt er unter anderem im Blog bernstein-gesellschaft.com.

Von der »linken« Kritik wurde er als Verräter diffamiert, von »rechten« Sozialdemokraten vereinnahmt und ungelesen in die Ahnengalerie gestellt. Dabei war Eduard Bernstein einer der großen, von Marx her kommenden Sozialdemokraten.

Seine Überlegungen zu einer sozialistischen Reformpolitik sind keine Folie, die man nach Belieben verwenden könnte, um damit »richtige Wege« auf seine eigenen Landkarten einzuzeichnen. Aber Bernsteins Arbeit wohnt eine Haltung inne, die der Suche nach linken Pfaden der Veränderung heute mitunter zu fehlen scheint.

ISBN 978-3-320-02361-4
dietzberlin.de/miniaturen